



Institut für
Angewandte
Wirtschaftsforschung

IMU-Institut



Zur wirtschaftlichen und
beschäftigungspolitischen Lage
in der Region Stuttgart



HANDWERKSKAMMER
REGION STUTTGART



Industrie- und Handelskammer
Region Stuttgart



Sigried Caspar
Jürgen Dispan
Ralf Grammel
Frank Iwer
Raimund Krumm
Sylvia Stieler

Strukturbericht 2001/02

Zur wirtschaftlichen und
beschäftigungspolitischen Lage
in der Region Stuttgart

Stuttgart / Tübingen 2002

Alle Angaben wurden mit größter Sorgfalt erarbeitet und zusammengestellt. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhalts sowie für zwischenzeitliche Änderungen übernehmen die Auftraggeber und die bearbeitenden Institute keine Gewähr.

Herausgeber:

Verband Region Stuttgart, Kronenstraße 25, 70174 Stuttgart

Telefon: 0711/22759-0

Telefax: 0711/22759-70

E-Mail: info@region-stuttgart.org

Internet: www.region-stuttgart.org

Handwerkskammer Region Stuttgart, Heilbronner Straße 43, 70191 Stuttgart

Telefon: 0711/1657-0

Telefax: 0711/1657-222

E-Mail: info@hwk-stuttgart.de

Internet: www.hwk-stuttgart.de

Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart, Jägerstraße 30, 70174 Stuttgart

Postfach 10 24 44, 70020 Stuttgart

Telefon: 0711/2005-221

Telefax: 0711/2005-238

E-Mail: info@stuttgart.ihk.de

Internet: www.stuttgart.ihk.de

IG Metall Region Stuttgart, Fronackerstraße 60, 71332 Waiblingen

Telefon: 07151/9526-0

Telefax: 07151/9526-22

E-Mail: waiblingen@igmetall.de

Internet: www.bw.igm.de/region-stuttgart

Erstellung und Bearbeitung:

Institut für Medienforschung und Urbanistik

Hasenbergstraße 49B, 70176 Stuttgart

Telefon: 0711/23705-0

Telefax: 0711/23705-11

E-Mail: imu-stuttgart@imu-institut.de

Internet: www.imu-institut.de

Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung

Ob dem Himmelreich 1, 72074 Tübingen

Telefon: 07071/9896-0

Telefax: 07071/9896-99

E-Mail: iaw@iaw.edu

Internet: www.iaw.edu

Redaktion:

Dr. Sigried Caspar (IAW), Jürgen Dispan (IMU), Ralf Grammel (IMU), Frank Iwer (IMU),

Dr. Raimund Krumm (IAW), Sylvia Stieler (IMU)

ISBN 3-924003-99-8

© 2002 Verband Region Stuttgart, Handwerkskammer Region Stuttgart, Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart, IG Metall Region Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf Papier und elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung der Herausgeber.

Vorwort der Herausgeber

Zum dritten Mal geben der Verband Region Stuttgart, die IG Metall Region Stuttgart und die IHK Region Stuttgart gemeinsam einen Strukturbericht heraus. Als vierter Herausgeber ist zum ersten Mal die Handwerkskammer Region Stuttgart dabei. Der Bericht wurde wie die beiden Vorgänger vom Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung, Tübingen, und vom Institut für Medienforschung und Urbanistik, Stuttgart, erstellt. Ziel der Studie ist es, die wirtschaftlichen Strukturveränderungen in der Region Stuttgart nachzuzeichnen und auf gravierende Veränderungen hinzuweisen.

Nachdem im letzten Jahr ein Sonderkapitel den „Beschäftigungspotenzialen im Bereich einfacher Dienstleistungen“ gewidmet war, wird in diesem Jahr das Thema „Arbeit, Alter und Qualifikation“ ausführlich behandelt. Die Kernthese lautet: Die schon heute vorhandene Altersstruktur und die weitere Alterung der Bevölkerung und der Erwerbspersonen sind eine große Herausforderung für Wirtschaft und Beschäftigung in der Region Stuttgart. Dabei wird die Veränderung der Alterszusammensetzung in den Betrieben noch gravierendere Auswirkungen haben als die Abnahme der Erwerbspersonen und die Zunahme der Rentner und Rentnerinnen. In der Region Stuttgart wird das Problem zusätzlich verstärkt durch den hohen Anteil von un- und angelernten Beschäftigten.

Die Herausgeber haben ihre Kenntnisse der regionalen Wirtschaft in die Studie eingebracht und die verfügbaren Daten gemeinsam mit den Instituten erörtert. Ihr gemeinsames Ziel ist – bei aller Verschiedenheit ihres Auftrags – die Bündelung der Kräfte zur Behauptung der Region Stuttgart nach außen und die Entwicklung der regionalen Wirtschaft und die Sicherung der Arbeitsplätze nach innen. Auf dieser Basis wurden einige Handlungsempfehlungen formuliert. Sie betreffen die Stärkung der regionalen Handlungsebene, die Innovations- und Kooperationsförderung und den Umgang mit dem Alterungsprozess der Belegschaften. Zur Diskussion der Untersuchungsergebnisse und der Empfehlungen möchte dieser Bericht einladen.

Stuttgart, im Februar 2002

Verband Region Stuttgart	Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart	IG Metall Region Stuttgart	Handwerkskammer Region Stuttgart
-----------------------------	---	-------------------------------	-------------------------------------

Vorwort der Verfasser

Der Strukturbericht 2001/2002 verbindet in der Form Bewährtes mit Neuem. Die Lesbarkeit wurde durch eine straffere Gliederung und durch ein verändertes Layout verbessert. Im Anschluss an die Zusammenfassung werden in Kapitel 2 eine Reihe von Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen der Untersuchung gezogen und Handlungsempfehlungen formuliert. Dabei berücksichtigen wir die derzeit laufenden regionalen Initiativen und stellen sie kurz dar, soweit sie mit den Themen des Strukturberichts in Zusammenhang stehen. Manche von ihnen bewirken die Umsetzung von Handlungsempfehlungen der vorangegangenen Strukturberichte. Das dritte Kapitel besteht aus zwei Teilen: Im ersten Teil wird die Region mit einer Reihe anderer bundesdeutscher Großstadregionen verglichen. Hier gilt unser Dank der IHK Region Stuttgart, die uns den Zugang zu wichtigen Vergleichszahlen eröffnet hat. In der zweiten Hälfte von Kapitel 3 wird ein sektorenübergreifender Überblick zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Region Stuttgart gegeben.

Verarbeitendes Gewerbe und Dienstleistungssektor sind traditionell Gegenstand eigener ausführlicher Kapitel (4 und 5). Welche Zusammenhänge bestehen zwischen der zunehmenden Alterung unserer Gesellschaft und damit der Arbeitnehmer, ihren beruflichen Chancen und dem Bedarf der Unternehmen an qualifizierten Kräften? Welche Auswirkungen sind für die Region Stuttgart absehbar? Dies ist diesmal der Themenschwerpunkt des Berichts, der im sechsten, abschließenden Kapitel behandelt wird.

Zur Erarbeitung einer aussagefähigen Datenbasis wurden Daten aus verschiedenen Quellen zusammengefasst und systematisiert. Die wichtigste einzelne Quelle bildet eine Sonderauswertung zur Beschäftigtenstruktur in der Region Stuttgart. Sie bietet neue, interessante Aufschlüsse unter anderem dort, wo die Arbeitsplätze nicht nach ihrer herkömmlichen statistischen Zuordnung zu Produktion und Dienstleistungen, sondern entsprechend der tatsächlich ausgeübten Tätigkeit untersucht werden. Begleitend wurden vertiefende Gespräche mit Akteuren in der Region geführt, um die quantitativen Ergebnisse durch Hintergrundinformationen zu untermauern.

Die konstruktiven Gespräche mit den Auftraggebern waren für uns eine wertvolle Hilfe. Dafür danken wir den auftraggebenden Institutionen, vor allem den Mitgliedern des Beirats. Weiteren Dank schulden wir Jan-Fabio La Malfa (IAW) und Thomas Pölderl (IMU-Institut), die uns maßgeblich bei der Aufbereitung der Vielzahl aktueller Daten unterstützt haben. Ebenso danken wir Birgit Ullrich (IAW) für die abschließende Formatierung und die Vorbereitung des Drucks. Nicht zuletzt danken wir allen Ungenannten, die durch Sonderauswertungen, flankierende Gespräche und vielfältige anderweitige Unterstützung zu diesem Strukturbericht beigetragen haben.

Die Verfasser

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT DER HERAUSGEBER	3
VORWORT DER VERFASSEN	4
TABELLENVERZEICHNIS	9
ABBILDUNGSVERZEICHNIS	15

1	ZUSAMMENFASSUNG	17
---	-----------------------	----

1.1	Allgemeine Entwicklung	17
1.2	Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe	20
1.3	Entwicklung im Dienstleistungssektor	22
1.4	Ältere Arbeitnehmer	24

2	HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN UND REGIONALE INITIATIVEN ...	26
---	---	----

2.1	Resümee der Handlungsempfehlungen früherer Strukturberichte ...	27
2.1.1	Innovations- und Kooperationsförderung	27
2.1.2	Qualifizierung und regionale Arbeitsmarktpolitik	33
2.2	Zukünftige Aktivitäten im Kontext von Alter und Qualifikation ...	37

3	WIRTSCHAFTS- UND BESCHÄFTIGUNGSENTWICKLUNG IN DER REGION STUTTGART	42
---	---	----

3.1	Die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung im interregionalen Vergleich	42
3.1.1	Wirtschaftskraft und Arbeitsmarkt	42
3.1.2	Die Wettbewerbsfähigkeit	47

3.2	Die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung: ein regionaler Überblick	50
3.2.1	Die Wirtschaftsentwicklung in der Region Stuttgart	50
3.2.2	Die Beschäftigungsentwicklung in der Region Stuttgart	53
3.2.3	Stand und Entwicklung der Arbeitslosigkeit	65

4	WIRTSCHAFT UND BESCHÄFTIGUNG IM VERARBEITENDEN GEWERBE	69
4.1	Entwicklung von Industrie und produzierendem Handwerk	69
4.1.1	Wirtschaftliche Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes	70
4.1.2	Beschäftigte: Strukturen und Entwicklung	72
4.1.3	Fallbeispiel: (Ab-)Wanderetappen des Produzierenden Gewerbes? ...	79
4.2	Fahrzeugbau	82
4.2.1	Wirtschaftliche Entwicklung	82
4.2.2	Beschäftigungsentwicklung	88
4.3	Elektrotechnik	92
4.3.1	Wirtschaftliche Entwicklung	92
4.3.2	Beschäftigungsentwicklung	96
4.4	Maschinenbau	103
4.4.1	Wirtschaftliche Entwicklung	103
4.4.2	Beschäftigungsentwicklung	106
4.5	Metallgewerbe	110
4.5.1	Wirtschaftliche Entwicklung	110
4.5.2	Beschäftigungsentwicklung	111
4.6	Papier, Verlags- und Druckgewerbe	113
4.6.1	Wirtschaftliche Entwicklung	113
4.6.2	Beschäftigungsentwicklung	116
4.7	Baugewerbe	120
4.7.1	Wirtschaftliche Entwicklung	120
4.7.2	Beschäftigungsentwicklung	123
5	WIRTSCHAFT UND BESCHÄFTIGUNG IM DIENST- LEISTUNGSSEKTOR	127
5.1	Überblick über die Entwicklung im Dienstleistungssektor	127
5.2	Handel	138

5.3	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	149
5.4	Kredit- und Versicherungsgewerbe	155
5.5	Unternehmensbezogene Dienstleistungen	160
5.6	Personenbezogene Dienstleistungen	171
5.7	Öffentliche Verwaltung und Sozialversicherung	179
6	ARBEIT, ALTER UND QUALIFIKATION	184
6.1	Herausforderungen durch demografischen Wandel	184
6.1.1	Demografische Trends und Erwerbsverhalten	185
6.1.2	Wege aus dem Erwerbsleben	188
6.1.3	Ältere Arbeitnehmer in Unternehmen: Vorzeitiger Verschleiß oder biologisches Alter als Problem?	195
6.2	Ältere Erwerbstätige in der Region Stuttgart	199
6.3	Alter und Arbeitslosigkeit	216
6.3.1	Allgemeine Entwicklungen... ..	216
6.3.2	... und Trends in der Region Stuttgart	220
6.4	Ausblick und Handlungsbedarf	224
	LITERATURVERZEICHNIS	233
	VERFASSEN/INNEN	240
	INSTITUTE	241
	HERAUSGEBER	243

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 3.1:	Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen 1998	51
Tabelle 3.2:	Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen je Erwerbstätigem in Euro ..	52
Tabelle 3.3:	Wertschöpfungskennziffern von Verarbeitendem Gewerbe und Dienstleistungssektor in der Region Stuttgart 1998	53
Tabelle 3.4:	Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 1990 und 2000	55
Tabelle 3.5.1:	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe in der Region Stuttgart	56
Tabelle 3.5.2:	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Dienstleistungs- gewerbe in der Region Stuttgart	57
Tabelle 3.6:	Entwicklung unterschiedlich definierter Tertiärisierungsgrade in der Region Stuttgart	57
Tabelle 3.7:	Sektoral-funktionale Betrachtung der in der Region Stuttgart im Jahr 2000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	58
Tabelle 3.8:	Qualifikationsniveau der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2000	60
Tabelle 3.9:	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Berufsausbildung	61
Tabelle 3.10:	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Akademiker	64
Tabelle 3.11:	Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen)	65
Tabelle 3.12:	Arbeitslose in der Region Stuttgart Jahresdurchschnitt 2000 (nach Berufsbereichen)	66
Tabelle 3.13:	Arbeitslose nach Strukturmerkmalen, Jahresdurchschnitt 2000 (Region Stuttgart)	68
Tabelle 4.1:	Region Stuttgart – Beschäftigten- und Umsatzanteile der wich- tigsten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2000	69
Tabelle 4.2:	Region Stuttgart – Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2000 nach Unterabschnitten	71
Tabelle 4.3:	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe in den Jahren 1998 bis 2000	72
Tabelle 4.4:	Region Stuttgart – Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe	73
Tabelle 4.5:	Region Stuttgart – Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe insge- samt und in den wichtigsten regionalen Branchen in den Jahren 1998 bis 2000	74
Tabelle 4.6:	Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 1998 und 2000 im Verarbeitenden Gewerbe nach Geschlecht	75
Tabelle 4.7:	Region Stuttgart: Funktionale Gliederung der Beschäftigten im Verar- beitenden Gewerbe in den Jahren 1998 bis 2000 (alle Berufsklassen)	77
Tabelle 4.8:	Funktionale Gliederung der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe in den alten Bundesländern, in Baden-Württemberg und in der Region Stuttgart in den Jahren 1998 bis 2000 (ausgewählte Berufsklassen)	78
Tabelle 4.9:	Anteile ausgewählter Regionen Baden-Württembergs am Umsatz des Fahrzeugbaus in Prozent (1996, 1998 und 2000)	85

Tabelle 4.10:	Veränderungen des Umsatzes beim Fahrzeugbau im Jahr 2001 gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum in Prozent	.86
Tabelle 4.11:	Veränderungen des Auftragseingangsindex (Volumenindex) im Fahrzeugbau gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum in Baden-Württemberg	.87
Tabelle 4.12:	Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Fahrzeugbau	.89
Tabelle 4.13:	Entwicklung der Beschäftigten zwischen 1998 und 2000 im Fahrzeugbau nach Geschlecht	.90
Tabelle 4.14:	Anteile ausgewählter Regionen Baden-Württembergs am Umsatz der Elektrotechnik im Land zwischen 1996 und 2000	.93
Tabelle 4.15:	Veränderungen des Auftragseingangsindex (Volumenindex) bei der Elektrotechnik gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum in Baden-Württemberg	.95
Tabelle 4.16:	Veränderungen des Umsatzes bei der Elektrotechnik im Jahr 2001 gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum in Prozent	.96
Tabelle 4.17:	Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Wirtschaftsunterabschnitt: "Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik"	.97
Tabelle 4.18:	Entwicklung der Beschäftigten zwischen 1998 und 2000 in Bürotechnik, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik nach Geschlecht	.99
Tabelle 4.19:	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in den Wirtschaftsgruppen der Bürotechnik, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik in der Region Stuttgart im Jahr 2000 nach Geschlecht	.99
Tabelle 4.20:	Funktionale Gliederung der Beschäftigten in Bürotechnik, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik in den alten Bundesländern, in Baden-Württemberg und in der Region Stuttgart in den Jahren 1998 bis 2000 (ausgewählte Berufsklassen)	.100
Tabelle 4.21:	Region Stuttgart: Funktionale Gliederung der Beschäftigten in Bürotechnik, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik in den Jahren 1998 bis 2000 nach Geschlecht (ausgewählte Berufsklassen)	.102
Tabelle 4.22:	Entwicklung der Beschäftigten im Baugewerbe zwischen 1998 und 2000 nach Geschlecht	.105
Tabelle 4.23:	Veränderungen des Umsatzes im Maschinenbau im Jahr 2001 gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum	.105
Tabelle 4.24:	Veränderungen des Auftragseingangsindex (Volumenindex) im Maschinenbau gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum in Baden-Württemberg	.106

Tabelle 4.26:	Entwicklung der Beschäftigten zwischen 1998 und 2000 im Maschinenbau nach Geschlecht	109
Tabelle 4.27	Veränderung der Umsätze zwischen 1999 und 2000 in den Kreisen der Region Stuttgart im Metallgewerbe in Prozent	111
Tabelle 4.28:	Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Metallgewerbe zwischen 1998 und 2000	112
Tabelle 4.29:	Anteile der Kreise der Region Stuttgart an den Umsätzen in der Papier-, Verlags- und Druckindustrie an der Gesamtregion in den Jahren 1996, 1998 und 2000	115
Tabelle 4.30:	Veränderungen des Auftragseingangsindex (Volumenindex) beim Papier-, Verlags- und Druckgewerbe gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum in Baden-Württemberg	115
Tabelle 4.31:	Veränderungen des Umsatzes beim Papier-, Verlags- und Druckgewerbe im Jahr 2001 gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum	116
Tabelle 4.32:	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in den Wirtschaftsgruppen des Papier-, Verlags- und Druckgewerbes in der Region Stuttgart 2000 nach Geschlecht	117
Tabelle 4.33:	Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Wirtschaftsunterabschnitt „Papier-, Verlags- und Druckgewerbe“	118
Tabelle 4.34:	Funktionale Gliederung der Beschäftigten im Papier-, Verlags- und Druckgewerbe in den alten Bundesländern, in Baden-Württemberg und in der Region Stuttgart in den Jahren 1998 bis 2000 (ausgewählte Berufsklassen)	118
Tabelle 4.35	Region Stuttgart – Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Teilbranchen des Baugewerbes	123
Tabelle 4.36	Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Baugewerbe	124
Tabelle 4.37:	Entwicklung der Beschäftigten im Baugewerbe zwischen 1998 und 2000 nach Geschlecht	125
Tabelle 4.38:	Region Stuttgart: Funktionale Gliederung der Beschäftigten im Baugewerbe in den Jahren 1998 bis 2000 nach Geschlecht (ausgewählte Berufsklassen)	126
Tabelle 5.1:	Bruttowertschöpfung (zu Herstellungspreisen) je Erwerbstätigem im Dienstleistungssektor in Euro	128
Tabelle 5.2:	Anteil der SVP-Beschäftigten im Dienstleistungsbereich an allen SVP-Beschäftigten (Tertiärisierungsgrad in sektoraler Abgrenzung) . .	129
Tabelle 5.3:	Region Stuttgart: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Dienstleistungsbereich sowie nach wichtigen Teilbereichen in den Jahren 1998 – 2000	131

Tabelle 5.4:	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Dienstleistungsbereich in den Jahren 1998 bis 2000	132
Tabelle 5.5:	Anteile der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den verschiedenen Dienstleistungsfeldern an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (2000)	133
Tabelle 5.6:	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Frauen im Dienstleistungssektor	134
Tabelle 5.7:	Qualifikationsstruktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Dienstleistungssektor (2000)	136
Tabelle 5.8:	Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Dienstleistungsberufen in der Region Stuttgart nach Art der Tätigkeit	137
Tabelle 5.9:	Bruttowertschöpfung (zu Herstellungspreisen) je Erwerbstätigem im Bereich Handel (einschließlich Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung) in Euro	139
Tabelle 5.10:	Einzelhandelsrelevante Kaufkraft in der Region Stuttgart 2001 (Prognosewerte)	141
Tabelle 5.11:	Einzelhandelsumsatz in der Region Stuttgart 2001 (Prognosewerte) ..	142
Tabelle 5.12:	Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Region Stuttgart in den Teilbereichen des Handels	143
Tabelle 5.13:	Entwicklung der SVP-Beschäftigten im Handel	144
Tabelle 5.14:	Beschäftigungsentwicklung im Handel in der Region Stuttgart zwischen 1998 und 2000 nach Geschlecht	145
Tabelle 5.15:	Qualifikationsstruktur der im Handel sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2000 (Angaben in %)	146
Tabelle 5.16:	Zugänge an Arbeitslosen und Zugänge an Offenen Stellen aus dem Handelssektor in der Region Stuttgart	147
Tabelle 5.17:	Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Region Stuttgart im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung ..	149
Tabelle 5.18:	Entwicklung der SVP-Beschäftigten im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung	150
Tabelle 5.19:	Beschäftigungsentwicklung im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung in der Region Stuttgart zwischen 1998 und 2000 nach Geschlecht	151
Tabelle 5.20:	Qualifikationsstruktur der 2000 im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	152
Tabelle 5.21:	Zugänge an Arbeitslosen und Zugänge an Offenen Stellen aus den Sektoren Verkehr und Nachrichtenübermittlung in der Region Stuttgart	153

Tabelle 5.22	Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Region Stuttgart in den Teilbereichen des Kredit- und Versicherungsgewerbes	155
Tabelle 5.23:	Entwicklung der SVP-Beschäftigten in Banken und Versicherungen ..	156
Tabelle 5.24:	Beschäftigungsentwicklung im Kredit- und Versicherungsgewerbe der Region Stuttgart zwischen 1998 und 2000 nach Geschlecht	157
Tabelle 5.25:	Qualifikationsstruktur der im Kredit- und Versicherungsgewerbe sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2000	158
Tabelle 5.26:	Zugänge an Arbeitslosen und Zugänge an Offenen Stellen aus dem Kredit- und Versicherungsgewerbe in der Region Stuttgart	159
Tabelle 5.27:	Bruttowertschöpfung (zu Herstellungspreisen) je Erwerbstätigem im Bereich „Unternehmensbezogene Dienstleistungen (einschließlich Kredit- und Versicherungsgewerbe)“ in Euro	162
Tabelle 5.28:	Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Region Stuttgart in den Unternehmensbezogenen Dienstleistungen ..	163
Tabelle 5.29:	Entwicklung der SVP-Beschäftigten in den Unternehmensbezogenen Dienstleistungen	164
Tabelle 5.30:	Beschäftigungsentwicklung im Bereich Unternehmensbezogene Dienstleistungen in der Region Stuttgart zwischen 1998 und 2000 nach Geschlecht	166
Tabelle 5.31:	Qualifikationsstruktur der im Bereich Unternehmensbezogene Dienstleistungen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2000 ...	167
Tabelle 5.32:	Zugänge an Arbeitslosen und Zugänge an Offenen Stellen aus dem Sektor „Datenverarbeitung und Datenbanken“ in der Region Stuttgart	169
Tabelle 5.33:	Zugänge an Arbeitslosen und Zugänge an Offenen Stellen bei den „Unternehmensbezogenen Dienstleistungen im engeren Sinne“ in der Region Stuttgart	169
Tabelle 5.34:	Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Region Stuttgart in den Personenbezogenen Dienstleistungen	172
Tabelle 5.35:	Entwicklung der SVP-Beschäftigten in den Personenbezogenen Dienstleistungen	173
Tabelle 5.36:	Beschäftigungsentwicklung bei den Personenbezogenen Dienstleistungen in der Region Stuttgart zwischen 1998 und 2000 nach Geschlecht	174
Tabelle 5.37:	Qualifikationsniveau der in der Gastronomie sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2000	175
Tabelle 5.38:	Qualifikationsniveau der in Bildung und Erziehung sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2000	176

Tabelle 5.39:	Qualifikationsniveau der im Gesundheitswesen sozialversicherungs-	
	pflichtig Beschäftigten 2000	176
Tabelle 5.40:	Qualifikationsniveau der im Bereich „Interessenvertretungen“	
	sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2000	177
Tabelle 5.41:	Zugänge an Arbeitslosen und Zugänge an Offenen Stellen aus dem	
	Sektor Personenbezogene Dienstleistungen in der Region Stuttgart ..	178
Tabelle 5.42:	Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der	
	Region Stuttgart im Bereich Öffentliche Verwaltung und Sozial-	
	versicherung	180
Tabelle 5.43:	Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im	
	Sektor Öffentliche Verwaltung und Sozialversicherung	181
Tabelle 5.44:	Beschäftigungsentwicklung im Bereich Öffentliche Verwaltung und	
	Sozialversicherung in der Region Stuttgart zwischen 1998 und 2000	
	nach Geschlecht	182
Tabelle 5.45:	Qualifikationsniveau der im Bereich Öffentliche Verwaltung und	
	Sozialversicherung sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2000 ...	182
Tabelle 5.46:	Zugänge an Arbeitslosen bzw. Offenen Stellen aus dem Bereich	
	Öffentliche Verwaltung und Sozialversicherung in der Region	
	Stuttgart	183
Tabelle 6.1:	Erwerbsquoten nach Altersklassen von 1991 bis 2000 (alte Bundes	
	länder)	187
Tabelle 6.2:	Durchschnittliches Zugangsalter der Empfänger von Renten aus	
	der gesetzlichen Rentenversicherung (alte Bundesländer)	191
Tabelle 6.3:	Zugänge in verschiedene Rentenarten im Jahr 2000 (alte Bundes-	
	länder), Anteile in %	192
Tabelle 6.4:	Zugänge zu Versichertenrenten für die Kreise in der Region Stuttgart	
	im Jahr 2000	193
Tabelle 6.5:	Geschlechtsspezifische Zugänge zu Versichertenrenten in den Kreisen	
	der Region Stuttgart im Jahr 2000	193
Tabelle 6.6:	Veränderungen in der Leistungsfähigkeit Älterer	197
Tabelle 6.7:	Anteile der Altersklassen für die Region Stuttgart 1998	200
Tabelle 6.8:	Anteil der über 55-jährigen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	
	in ausgewählten Wirtschaftszweigen im Jahr 2000	202
Tabelle 6.9:	Anteil der unter 25-jährigen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	
	in ausgewählten Wirtschaftszweigen im Jahr 2000	203
Tabelle 6.10:	Beschäftigtenzahlen von über 55- und unter 25-Jährigen in ausge-	
	wählten Wirtschaftszweigen der Region Stuttgart im Jahr 2000	205
Tabelle 6.11:	Verhältnis der über 55-Jährigen zu den unter 25-jährigen bzw.	
	unter 35-jährigen Beschäftigten nach ausgeübten Tätigkeiten im	
	Jahr 2000	207

Tabelle 6.12:	Anzahl der bei der IHK und der HwK neu abgeschlossenen Ausbil- dungsverhältnisse in der Region Stuttgart von 1990 bis 2001	211
Tabelle 6.13:	Anteile der jeweiligen Schul- bzw. Berufsausbildung bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 2000	212
Tabelle 6.14:	Anteile der Beschäftigten an den Schul- bzw. Berufsabschlüssen nach Geschlechtern in der Region Stuttgart im Jahr 2000	213
Tabelle 6.15:	Anteile der Beschäftigten verschiedener Altersklassen an den Schul- bzw. Berufsabschlüssen in der Region Stuttgart im Jahr 2000	214
Tabelle 6.16:	Strukturanteile nach Altersklassen in beruflicher Weiterbildung 1997 . .	215
Tabelle 6.17:	Arbeitslosenquoten nach Altersklassen (alte Bundesländer, jeweils Ende September)	217
Tabelle 6.18:	Gründe für den Abgang aus der Arbeitslosigkeit nach Altersklassen im Jahr 2000 (alte Bundesländer)	219
Tabelle 6.19	Anteil der über 50jährigen Arbeitslosen an den wichtigsten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in den Arbeitsamtsbezirken der Region Stuttgart	222

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 3.1:	Bruttowertschöpfung (zu Herstellungspreisen) pro Erwerbstätigem 1998 (in Euro)	44
Abbildung 3.2:	Kaufkraft pro Kopf 2001 (Prognosewerte in Euro)	45
Abbildung 3.3:	Arbeitslosenquote (bezogen auf alle Erwerbspersonen) im Oktober 2001	47
Abbildung 3.4:	Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz des Verarbeitenden Gewerbes 1999	47
Abbildung 3.5:	Patentanmeldungen je 100.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte („Patentintensität“) im Jahr 1999	49
Abbildung 4.1:	Umsatzanteile des Fahrzeugbaus am Verarbeitenden Gewerbe in der Region Stuttgart in Prozent	83
Abbildung 4.2:	Umsatz- und Exportentwicklung im Fahrzeugbau zwischen 1999 und 2000 in Prozent	84
Abbildung 4.3:	Beschäftigtenentwicklung im Fahrzeugbau (in Prozent)	90
Abbildung 4.4:	Umsatz- und Exportentwicklung bei der Elektrotechnik zwischen 1999 und 2000	92
Abbildung 4.5:	Beschäftigtenentwicklung in der Elektrotechnik in Prozent	98

Abbildung 4.6:	Umsatz- und Exportentwicklung im Maschinenbau zwischen 1999 und 2000 in Prozent	104
Abbildung 4.7:	Beschäftigtenentwicklung im Maschinenbau der Region Stuttgart (in Prozent)	108
Abbildung 4.8:	Umsatz- und Exportentwicklung im Metallgewerbe zwischen 1999 und 2000 in Prozent	110
Abbildung 4.9:	Umsatz- und Exportentwicklung beim Papier-, Verlags- und Druckgewerbe zwischen 1999 und 2000 in Prozent	114
Abbildung 4.10:	Umsatzentwicklung beim Bauhaupt- und beim Ausbaugewerbe Betriebe ab 10 Beschäftigte) zwischen 1995/1999 und 2000	121
Abbildung 5.1:	Frauenanteile in einzelnen Teilbereichen des Dienstleistungssektor in der Region Stuttgart im Jahr 2000	135
Abbildung 5.2:	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Dienstleistungsberufen in der Region Stuttgart im Jahr 2000 nach Art der Tätigkeit	137
Abbildung 5.3:	Frauenanteil im Groß- und Einzelhandel 2000	145
Abbildung 5.4:	Frauenanteil an den Beschäftigten im Kreditwesen und bei Versicherungen 2000	157
Abbildung 6.1:	Altersklassen (Anteilswerte) der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Region Stuttgart im Jahr 2000	204
Abbildung 6.2:	Tätigkeitsstruktur der über 55jährigen Beschäftigten in der Region Stuttgart im Jahr 2000 (Anteile in %)	208
Abbildung 6.3:	Anteile der Schulabgänger in der Region Stuttgart und in Baden-Württemberg 1984 bis 2000	210
Abbildung 6.4:	Verweildauer in Arbeitslosigkeit in Monaten im Jahr 2000 (alte Bundesländer) nach Altersklassen	218
Abbildung 6.5:	Qualifikationsbezogene Arbeitslosenquoten in den alten Bundesländern	223

1 Zusammenfassung

1

1.1 Allgemeine Entwicklung

Die wirtschaftliche Entwicklung der Region Stuttgart verlief im Zeitraum 1998 bis 2000 ähnlich erfreulich wie in Baden-Württemberg insgesamt. Es gab eine Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung um 3,6 %. Dieses Wachstum war getragen vom Dienstleistungssektor, in dem 40.800 neue Stellen entstanden. Im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt stagnierte die Beschäftigung (-0,4 %).

Der Strukturwandel geht mit schnellem Tempo weiter. Er ist gekennzeichnet durch:

- eine Tendenz zu höheren Qualifikationsanforderungen in vielen Branchen,
- räumliche Verlagerungen von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes und Stagnation der Beschäftigtenzahl im Verarbeitenden Gewerbe trotz wirtschaftlicher Hochphase,
- hohe Beschäftigungszuwächse bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen, sowohl infolge des dynamischen Wachstums ansässiger Unternehmen als auch durch Neuansiedlungen,
- ein in der Region im Vergleich zum Landesdurchschnitt größeres Wachstum im Dienstleistungssektor und eine unterdurchschnittliche Beschäftigungsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe, wobei diese Unterschiede im Stadtkreis Stuttgart besonders ausgeprägt sind.

Ein Vergleich der Entwicklung in der Region mit der Landesebene ist aufgrund der unterschiedlichen strukturellen Voraussetzungen (z.B. höhere räumliche Verdichtung, relativ hohes Leistungsniveau, so dass Zuwachsraten tendenziell niedriger ausfallen) nur schwer möglich. Beim Vergleich mit anderen deutschen Metropolregionen zeigt sich, dass die Region Stuttgart bei den meisten wichtigen ökonomischen Indikatoren Spitzenpositionen einnimmt.

Arbeitsmarkt und Qualifikation

Die erfreuliche Beschäftigungsentwicklung hat dazu geführt, dass die Arbeitslosenquote von 6,5 % (Jahresdurchschnitt 1998) auf 4,4 % (Jahresdurchschnitt 2001) gesunken ist. Dabei konnten die Problemgruppen (insbesondere Ältere, Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen und Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung) nur unterproportional vom Aufschwung profitieren. Auch die Frauen konnten – wie schon im letzten Strukturbericht beobachtet – nur unterdurchschnittlich am Beschäftigungsaufbau teilhaben. Gleichzeitig waren sie vom Abbau von Produktionstätigkeiten besonders betroffen. Der Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit entsprach dem Rückgang der Arbeitslosigkeit insgesamt.

Der Arbeitsmarkt ist zugleich durch einen Mangel an Fachkräften in einigen Bereichen gekennzeichnet, was zum Teil bremsend auf das Wirtschaftswachstum wirkt.

Solange Menschen ohne berufliche Ausbildung relativ jung sind, können sie in den Arbeitsmarkt integriert werden. Bei den älteren Erwerbspersonen ohne Ausbildung fällt dies deutlich schwerer.

Entwicklung in den Kreisen

Standortverlagerungen von Unternehmen aber auch strukturelle Unterschiede beeinflussen die Beschäftigungsentwicklung in den einzelnen Kreisen maßgeblich. So ziehen sich die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes relativ stark aus alten (städtischen) Standorten zurück und beziehen, zum Teil in der Nähe zum bisherigen Standort, neue Standorte. Der Regionsgrenze im Sinne der Verwaltungseinheit kommt bei diesen Entscheidungen keine Bedeutung zu, schon eher der Zugehörigkeit zu einem Wirtschaftsraum. So können auch Standortverlagerungen in die angrenzenden Regionen (z. B. Neckar-Alb oder Franken) die Attraktivität des Wirtschaftsraums Stuttgart belegen.

Angesichts dieser Entwicklung zu einer höheren Mobilität der Unternehmen kommt einer kontinuierlichen Bestandspflege große Bedeutung zu.

Böblingen ist der Kreis mit den prozentual höchsten Beschäftigungszuwächsen (+7,7 %). Ursache dafür ist ein bemerkenswertes Wachstum im Verarbeitenden

Gewerbe (+8,8 %), vor allem im Fahrzeugbau (+3.983 Stellen) und bei der Elektrotechnik (+1.855). Im Dienstleistungssektor lag die Steigerungsrate bei 7,2 %.

Im Kreis **Göppingen** verlief die Entwicklung mit einem Beschäftigungszuwachs von 1,3 % am wenigsten dynamisch im Vergleich der Kreise der Region. Ursache dafür ist ein auffallend langsam wachsender Dienstleistungssektor. Lediglich die Personenbezogenen Dienstleistungen und der Bereich Verwaltung erreichten den Regionsdurchschnitt. Mit -1,3 % verlief die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe deutlich besser als in anderen Kreisen der Region, ausgenommen den Kreis Böblingen. Die relativ positive Entwicklung wurde vor allem vom Metallgewerbe getragen.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Stadtkreis **Stuttgart** ist aus zwei Gründen besonders bemerkenswert: Erstens hat dort der größte Beschäftigungsaufbau (+11.583) stattgefunden. Zweitens erreichen dort die Beschäftigungsrückgänge im Verarbeitenden Gewerbe mit -3.213 (-3,4 %) das höchste Niveau in der Region, gleichzeitig entstehen im Dienstleistungsbereich 17.143 neue Arbeitsplätze, fast 3/4 bei den Unternehmensbezogenen Dienstleistungen.

Der Kreis **Esslingen** ist durch eine ähnliche Entwicklung wie die Stadt Stuttgart gekennzeichnet: Relativ starke Beschäftigungsrückgänge im Verarbeitenden Gewerbe stehen überdurchschnittlichen Beschäftigungsgewinnen im Dienstleistungsbereich gegenüber, wobei der Stellenabbau im Verarbeitenden Gewerbe etwas schwächer und die Wachstumsraten des Dienstleistungsbereichs etwas höher waren als in der Stadt Stuttgart.

Der Kreis **Ludwigsburg** erreicht in der kurzfristigen Betrachtung (1998-2000) – wie Esslingen – eine mittlere Wachstumsrate (+2,7 %); im langfristigen Vergleich (1990-2000) ist es aber der einzige Kreis in der Region, der einen Beschäftigungsaufbau (+3,5 %) realisieren konnte. Ursache dafür könnte ein relativ ausgeglichener Mix an Unternehmen und Branchen sein, der zwar in Boomphasen nur langsames Wachstum ermöglicht, in Krisen aber auch zu wenigen Entlassungen führt.

Der **Rems-Murr-Kreis** gehört zu den Kreisen, in denen ein vergleichsweise starkes Wachstum des Dienstleistungsbereichs einer deutlichen Schrumpfung des Verarbeitenden Gewerbes gegenübersteht. Das Wachstum des Dienstleistungssektors kommt von den Unternehmensbezogenen Dienstleistungen und – im Unterschied zur Stadt Stuttgart – aus dem Handel. Der Beschäftigungsrückgang im Verarbeitenden Gewerbe ist ausschließlich durch den Bereich Elektrotechnik verursacht (-1.617).

1.2 Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe

Die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe in der Region verlief in den letzten beiden Jahren sehr uneinheitlich. Hinter dem Verlust von 1.494 Stellen (-0,4 %) im Zeitraum 1998-2000 verbirgt sich ein Rückgang um fast 5.000 Beschäftigte im Jahr 1998/99 und eine Zunahme um fast 3.500 Beschäftigte im Jahr 1999/2000. Im Gesamtzeitraum (1998-2000) stehen einem Beschäftigungszuwachs im Fahrzeugbau von 2.270 (+2,3 %) und im Metallgewerbe von 1.590 (+3,7 %) Streichungen von 4.130 Beschäftigten (-4,0 %) im "sonstigen" Verarbeitenden Gewerbe und -1.697 Beschäftigte (-2,2 %) im Maschinenbau gegenüber.

Trotz der geringfügigen Veränderungen bei den Beschäftigtenzahlen hat in allen Branchen ein beträchtliches Umsatzwachstum stattgefunden. Ein Großteil des Umsatzwachstums ist der hohen Auslandsnachfrage zuzuschreiben. Ein stärkerer Euro könnte hier bremsend wirken.

Parallel zu dieser Entwicklung ist die Zahl der offenen Stellen beträchtlich gestiegen. Dies spricht dafür, dass die Qualifikationen der Arbeitslosen und die Anforderungen am Arbeitsplatz nicht zusammenpassen (Mismatch-Arbeitslosigkeit).

Fahrzeugbau

Der Fahrzeugbau der Region Stuttgart hat seine starke Position weiter ausgebaut. Dies gilt sowohl im Vergleich mit den anderen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes in der Region (Anteil des Fahrzeugbaus: 43 %) als auch mit den Fahrzeugbauern in Baden-Württemberg (Anteil der Region am Fahrzeugbau in Baden-Württemberg: 60 %). Über die Hälfte des Auslandsumsatzes der Region kommt aus dem Fahrzeugbau.

Hohen Umsatzzuwächsen (18,6 % im Zeitraum 1999/2000) stehen vergleichsweise niedrige Wachstumsraten der Beschäftigung gegenüber (1999/2000: +2,0 %). Lediglich im Kreis Böblingen hat der Fahrzeugbau im Zeitraum 1998-2000 kontinuierlich an Bedeutung gewonnen. Es sind dabei knapp 4.000 Arbeitsplätze entstanden. Da in der Region insgesamt nur 2.270 Arbeitsplätze hinzugekommen sind, sind in anderen Kreisen Stellen weggefallen. Mit dieser Entwicklung geht eine wachsende Bedeutung der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten einher. In der eigentlichen Produktion arbeiteten im Jahr 2000 875 Beschäftigte weniger als noch zwei Jahre zuvor.

Elektrotechnik

Die Branche Elektrotechnik wuchs in der Region hinsichtlich des Umsatzes etwas langsamer als im Land und den alten Bundesländern. Dem Umsatzplus von 13,5 % (1999/00) stand ein Beschäftigungszuwachs von 1,8 % gegenüber.

Bei der Beschäftigungsentwicklung zeigt die Region ein sehr uneinheitliches Bild: Der Kreis Böblingen hat eine zweistellige Zuwachsrate (+14,8 %; 1.855 Beschäftigte), während im Rems-Murr-Kreis 14,6 % der Arbeitsplätze (1.617 Beschäftigte) wegfielen. Ähnlich wie beim Fahrzeugbau nehmen die Dienstleistungstätigkeiten auch in der Elektrotechnik an Bedeutung zu. Inzwischen erbringen fast 2/3 der in dieser Branche Beschäftigten Dienstleistungen. Das ist ein fast 10 Prozentpunkte höherer Anteil als in Baden-Württemberg oder in den alten Bundesländern.

Maschinenbau

Der Maschinenbau in der Region ist durch eine gespaltene Entwicklung gekennzeichnet: auf der einen Seite steht ein Beschäftigungsabbau um über 2.000 Arbeitsplätze (-19 %) in der Stadt Stuttgart und auf der anderen Seite eine relativ stabile Beschäftigungssituation in den Kreisen (+326 oder +0,4 %). Diese Entwicklung lässt die Auswirkungen von Produktionsverlagerungen besonders für die Stadt Stuttgart deutlich werden.

Diese dürften sich auch auf das Umsatzwachstum niedergeschlagen haben, wobei aus der Region Stuttgart vor allem die Produkte verschwanden, die stark für den Inlandsabsatz vorgesehen sind: Im Unterschied zum Bundesdurchschnitt, wo 1999/2000 ein Anstieg des Inlandsumsatzes von 4 % vorlag, sank der Inlandsumsatz der Region um 1 %. Trotz dieser partiellen Schwäche des Maschinenbaus in der Region wird in der Region Stuttgart noch immer fast ein Drittel des baden-württembergischen Maschinenbauumsatzes gemacht.

Metallgewerbe und Papier-, Verlags-, Druckgewerbe

Diese kleineren Branchen des Verarbeitenden Gewerbes haben sich in der Region hinsichtlich des Umsatzes im Jahr 1999/2000 schwächer entwickelt als in Baden-Württemberg oder in den alten Bundesländern, wobei vor allem der wesentlich schlechtere Inlandsabsatz auffiel.

Baugewerbe

Im Baugewerbe ist eine zweigeteilte Entwicklung zu beobachten: Das Bauhauptgewerbe, das vorwiegend im Neubau tätig ist, leidet unter der – auch in der Region Stuttgart – niedrigen Neubautätigkeit. Das Ausbaugewerbe kann durch Renovierungen und Modernisierungen einen Teil der Auftragsrückgänge aus dem Geschäft mit Neubauten kompensieren. Hier wird auch für die nächsten Jahre aus dem Bereich der Mietwohnungsmodernisierung und -sanierung mit einer relativ stabilen Auftragslage gerechnet. Im Vergleich zur Eigenheimrenovierung wird bei der Sanierung von Mietwohnungsbeständen in erheblich geringerem Umfang auf Eigenleistung oder Schwarzarbeit zurückgegriffen. Hinzu kommt, dass Sanierungsmaßnahmen meistens relativ kleinräumig vergeben werden, also vergleichsweise unmittelbare Auswirkungen auf den lokalen Arbeitsmarkt haben.

1.3 Entwicklung im Dienstleistungssektor

In der Dienstleistungsbranche der Region stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 1998 bis 2000 um über 40.800 (7,5 %). Damit war per saldo ausschließlich der Dienstleistungssektor für den Stellenzuwachs in der Region verantwortlich. Besonders dynamisch verlief die Entwicklung bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen, wo die Beschäftigtenzahl um ein Viertel zunahm.

Handel

Während die Beschäftigung im Handel in der Berichtsperiode des letzten Strukturberichts rückläufig war, fand von 1998 bis 2000 ein Beschäftigungsaufbau von 2,2 % (über 3.000 Stellen) statt. Ähnlich wie im Verarbeitenden Gewerbe nahm die Stadt Stuttgart – mit rückläufigen Beschäftigungszahlen – auch im Handel eine Sonderstellung ein. Trotzdem ist der Kreis Stuttgart derjenige mit dem – mit Abstand – höchsten Einzelhandelsumsatz pro Kopf in der Region. Ein herausragendes Strukturmerkmal der Entwicklung im Handel war, dass der Beschäftigungsaufbau ca. zur Hälfte vom Kraftfahrzeughandel (einschließlich des Tankstellenbereichs) getragen wurde, einem Bereich, der nur 15 % der Beschäftigten des Handels stellt.

Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Auch dieser Bereich ist durch einen beträchtlichen Beschäftigungsaufbau (über 4.000 Stellen) gekennzeichnet, wobei vor allem Fachkräfte eingestellt und vorwiegend Arbeitskräfte für die Erbringung von Verkehrsdienstleistungen gesucht wurden. Auffallend ist, dass die Beschäftigungsentwicklung in vier Kreisen – weitgehend übereinstimmend – bei ca. 10,5 % lag, obwohl sich die Beschäftigten unterschiedlich auf die Teilbereiche Verkehr und Nachrichtenübermittlung verteilten. Lediglich die Kreise Göppingen (+4,7 %) und Rems-Murr (0,0 %) wichen ab.

Banken und Versicherungen

Bei Banken und Versicherungen hat im Zeitraum 1998-2000 die Konzentration der Beschäftigten auf die Stadt Stuttgart weiter zugenommen: Im Unterschied zu den anderen Kreisen fand in Stuttgart in nennenswertem Umfang (+1.500 Beschäftigte, +4,7 %) Beschäftigungsaufbau – vorwiegend im Bankenbereich – statt. Die ohnehin hohe Konzentration von fast zwei Drittel der Beschäftigten in 17 Unternehmen wird bei der hohen Neigung zur Fusion von Finanzdienstleistern in Zukunft noch weiter ansteigen.

Unternehmensbezogene Dienstleistungen

Die Unternehmensbezogenen Dienstleistungen sind der dynamischste Teilbereich (Wachstum um 25 % bzw. 24.700 Stellen). Dabei ist das Wachstum in der Region ähnlich stark wie im Land Baden-Württemberg. Als besonders wachstumsstark erweist sich die Stadt Stuttgart, wo über die Hälfte der zusätzlichen Arbeitsplätze (nämlich 12.600) entstand. Besonderes Merkmal dieses Teilbereichs in der Region Stuttgart ist ein besonders hoher Akademikeranteil mit über 21 % der Beschäftigten, während er in Baden-Württemberg bei 18 % und in den alten Bundesländern bei 14,6 % lag.

Personenbezogene Dienstleistungen

Der Beschäftigungsaufbau von über 8.200 Personen (5,3 %) in der Region erfolgte vor allem in drei Teilbereichen: dem Sozial- und Gesundheitswesen (3.700), der Gastronomie (1.600) und dem Bereich Kultur, Sport und Unterhaltung (1.200).

Die Gastronomie ist dabei durch zwei Besonderheiten gekennzeichnet: Zum einen weist sie im Branchenvergleich den höchsten Anteil an Beschäftigten mit niedriger formaler Ausbildung auf (ohne Berufsabschluss oder Ausbildung unbekannt). Zum zweiten ist es die Branche mit einer relativ hohen Fluktuation der Beschäftigten. Sieht man des Weiteren von der stark expansiven Branche "Kultur, Sport und Unterhaltung" ab, dann vollzieht sich die Entwicklung in den anderen Teilbranchen relativ gleichmäßig.

Öffentliche Verwaltung/Sozialversicherung

Die Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung und bei den Trägern der Sozialversicherung, stieg im Zeitraum 1999/2000 – nach einem Stellenabbau im Vorjahr (1998/99: -1.245) – wieder an (+738), wobei der Beschäftigungsabbau vor allem in der öffentlichen Verwaltung und der Beschäftigungsaufbau im Bereich der Sozialversicherung und Arbeitsförderung (Arbeitsämter) erfolgte. Ob dieser Beschäftigungsaufbau ein Signal dafür ist, dass der Beschäftigungsabbau in diesem Bereich beendet wird, lässt sich noch nicht sagen.

1.4 Ältere Arbeitnehmer

Das Durchschnittsalter der Erwerbspersonen wird auch in der Region Stuttgart in den nächsten Jahren deutlich steigen. Während 2000 nur knapp 12 % der Beschäftigten über 55 Jahre alt waren, wird ihr Anteil bis 2020 auf 30-40 % steigen. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Beschäftigten stetig ab, für 2040 wird ein Rückgang auf 80 % des heutigen Standes vorausgesagt. Mit gut 30 % nimmt die Zahl der 15- bis 34-Jährigen überproportional ab. Schon heute wird in einzelnen Bereichen ein Arbeitskräftemangel beklagt. Das Durchschnittsalter der Belegschaften ist heute trotz der Frühverrentungswellen höher als zu Beginn der 1990er Jahre. Bemerkenswert ist auch, dass das durchschnittliche Rentenzugangsalter weniger durch das Absenken des Alters bei den Altersrenten sank, sondern durch jüngere Zugänge bei den Renten wegen Erwerbsminderung.

Über alle Branchen hinweg sind die Belegschaften in der Region Stuttgart im Durchschnitt älter als in den alten Bundesländern. Dadurch gewinnt die Frage nach dem Nachwuchs besondere Bedeutung. Hier könnten Rekrutierungsprobleme

auftreten, zumal ein Branchenwechsel in manchen Berufen nach der Ausbildung und den ersten Jahren Berufserfahrung bislang nicht praktiziert wird. In den dominierenden Branchen des Verarbeitenden Gewerbes (Fahrzeugbau, Maschinenbau und Elektrotechnik) ist die Situation durch mehr über 55-Jährige Beschäftigte als jüngere Arbeitnehmer gekennzeichnet. Auf ca. zwei über 55-Jährige kommt im Maschinenbau nur ein Arbeitnehmer unter 25 Jahren.

Der steigende Anteil älterer Beschäftigter erfordert vor allem in den Betrieben ein Umdenken: Oft wird ihnen allein aufgrund des Alters zugeschrieben, dass sie für neue Arbeiten oder Innovationen ungeeignet seien. Aber mit dem Alter können sich auch Fähigkeiten entwickeln, die in Arbeitszusammenhängen sehr vorteilhaft sind: Verantwortungsbewusstsein, menschliche Reife, Loyalität, Organisationstalent, Erfahrung, Zuverlässigkeit etc. Demgegenüber sind die Handicaps, die gemeinhin mit älteren Beschäftigten assoziiert werden, oft von der Institution maßgeblich mit verursacht (z. B. Ablehnung von Neuerungen, fehlende Weiterbildung, unterentwickelte Teamfähigkeit). Wichtige und einfache Ansätze gegen dieses Problem sind auf betrieblicher Ebene zum Beispiel altersgemischte Teams (keine Arbeitsteilung nach dem Motto: die „Alten“ für das „alte Produkt“ und die Jungen arbeiten am neuen Produkt), die kontinuierliche und altersunabhängige Weiterbildung der Beschäftigten sowie eine Personalführung, die die Mitarbeiter und deren Motivation als wichtiges Kapital des Unternehmens ansieht. Ein solcher Ansatz ist auch erforderlich, um das Ansteigen der Frühverrentungen in Folge von Erwerbsminderung zu bremsen. Sie betrifft bei den Männern derzeit rund ein Viertel der Rentenzugänge.

Darüber hinaus führt die Alterung der Bevölkerung dazu, dass das Erwerbspersonenpotenzial vor allem bei Frauen sowie die Qualifizierungspotenziale bei Jüngeren in noch größerem Umfang als bisher auszuschöpfen sind. Noch immer sind in der Region mehr als 20 % der Beschäftigten ohne Berufsausbildung.

2 Handlungsempfehlungen und regionale Initiativen

2

Regionalpolitik im weiteren Sinne betreibt – insbesondere seit der Gründung des Verbands Region Stuttgart 1994 – eine Vielzahl von regional agierenden Akteuren. Diese Vielfalt in der Regionalpolitik kann in den Strukturberichten nicht vollständig erfasst und bewertet werden. Mit ihren Schwerpunkten Wirtschaft und Beschäftigung wenden sich die Strukturberichte daher nur an einen begrenzten Adressatenkreis. Die Umsetzbarkeit ihrer Empfehlungen hängt von einem koordinierten Handeln der Akteure in der Region ab, mit dem konsensuale Ansätze möglich werden. Fragen der Landes-, Bundes- oder Europapolitik sind ebenso auszublenden wie die Tarifpolitik, weil sie von den hier angesprochenen Adressaten nicht beeinflusst werden können.

Aber national und in Europa rückt die Ebene der Regionen vor allem in den Ballungsräumen immer stärker als Handlungsebene in das Blickfeld, etwa wenn es um erfolgreiche Strategien der Wirtschaftsförderung geht. So zeigen zum Beispiel die in Kapitel vier beschriebenen Standortverlagerungen von Unternehmen, dass Gewerbeflächen in regionaler Abstimmung geplant, vorgehalten und vermarktet werden müssen. Handlungsfähig sind Regionen jedoch nur, wenn sie verbindliche, gesetzlich fixierte Organisations- und Finanzierungsformen sowie Kompetenzen in jenen Bereichen haben, die auf der Ebene „Region“ besser und effizienter bearbeitet werden können. Institutionen wie der Verband Region Stuttgart erfüllen eine Funktion als Kristallisationskern regionalen Handelns und regionaler Initiativen und Projekte. Die gemeinsame Herausgabe dieses Strukturberichts durch den Verband, IHK, Handwerkskammer und IG Metall bietet dafür ein Beispiel. Mit Blick auf andere Ballungsraumregionen ist anzumerken, dass im Jahr 2001 die Region Hannover durch Aufgabenübertragung von Stadt- und Landkreis Hannover als eine nach Organisationsform und Kompetenzen noch weitreichendere Lösung gegründet wurde, wenn man den Vergleich zur Region Stuttgart zieht.

In den bisherigen Strukturberichten zielten die Handlungsempfehlungen auf die Analyse struktureller Risiken und Chancen und die Ableitung aktueller Herausforderungen und Handlungsfelder. In ihnen wurden zahlreiche Projekte und Maßnahmen angeregt. Eine ganze Reihe davon befindet sich derzeit in Bearbeitung. Im Sinne einer erwünschten Kontinuität und Konsolidierung laufender Projekte

werden im vorliegenden Bericht neue Vorschläge für Projekte nur in wenigen Fällen formuliert. Die Vorschläge konzentrieren sich auf Folgerungen aus dem diesjährigen Schwerpunktthema Alter und Qualifizierung. Die derzeit laufenden Projekte und Initiativen mit Bezug zu den früheren Berichten werden kurz vorgestellt.

2.1 Resümee der Handlungsempfehlungen früherer Strukturberichte

Bereits in den bisherigen Strukturberichten für die Region Stuttgart wurde die Stärkung der regionalen Ebene als übergeordnetes Handlungsfeld betont. Die weiteren Ausrichtungen der Handlungsempfehlungen der letzten Strukturberichte lassen sich in zwei Hauptlinien gliedern:

- Innovations- und Kooperationsförderung,
- Qualifizierung und regionale Arbeitsmarktpolitik.

Entsprechend dieser zwei Hauptlinien werden im Folgenden zunächst ausgewählte Ansätze der Innovations- und Kooperationsförderung näher betrachtet und dann das Handlungsfeld „Qualifizierung und regionale Arbeitsmarktpolitik“ exemplarisch vertieft. Besonderes Augenmerk verdienen Vorschläge zur Verstärkung und zur weiteren Ausrichtung bisheriger Handlungsempfehlungen.

2.1.1 Innovations- und Kooperationsförderung

Ein wesentlicher Aufgabenbereich für Regionalpolitik und regionale Wirtschaftsförderung ist und bleibt die Innovations- und Kooperationsförderung. Dieses Handlungsfeld steht im Zentrum vieler auf regionaler Ebene angesiedelter Projekte, von denen hier die „Kompetenzzentren Region Stuttgart“, der „Standortdialog Fahrzeugbau“, „Mobilist“, das „Electronic Commerce Centrum“, „PUSH!“, die „MedienRegion“ und „BioRegio“ näher betrachtet werden.

Regionale Projekte im Handlungsfeld Innovations- und Kooperationsförderung

Die aus dem regionalen Wettbewerb „regionale Kompetenz- und Innovationszentren“ hervorgegangenen, von einer Fachjury ausgewählten Kompetenzzentren in der Region Stuttgart werden von der WRS (Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH) unterstützt, koordiniert und finanziell gefördert.¹ Ziel der Kompetenzzentren ist es, betriebliche Kooperationen und die Zusammenarbeit von Unternehmen mit Hochschulen und Forschungsinstituten in die Wege zu leiten, um das innovative Potenzial der Region Stuttgart optimal zu erschließen und zu vernetzen.

Für die Errichtung von Kompetenzzentren sind in der Region Stuttgart laut den Wettbewerbsunterlagen der WRS die Technologiesparten „Maschinenbau und Verfahrenstechnik“, „IuK-Technologien und neue Medien“, „Mobilität“, „Umwelt, Energie, Biotechnologie“ sowie „Dienstleistungen und IuK-Technologien“ geeignet. Diesen Technologiesparten sind jeweils Kompetenzzentren zugeordnet. Aus heutiger Sicht funktionieren die Kompetenzzentren am besten, bei denen die drei Akteursgruppen Unternehmen, Forschung und Kommunen gleichermaßen beteiligt und engagiert sind. Während der Förderphase von drei Jahren sollen die Kompetenzzentren zum Selbstläufer werden. Sie sollen entsprechend der Intention des zugrunde liegenden regionalen Wettbewerbs über den Förderungszeitraum hinaus Bestand haben und sich selber tragen, also so weit entwickelt sein, dass sie ohne weitere regionale Zuschüsse fortbestehen können.

Voraussetzungen für eine Weiterführung der Kompetenzzentren sind die Akzeptanz bei den genannten Akteursgruppen und der Bevölkerung, die Realisierung von Synergieeffekten aus den jeweiligen Kooperationen, der wirtschaftliche und beschäftigungspolitische Erfolg und damit letztendlich „success stories“. Unbedingt erforderlich für derartige Erfolgsgeschichten sind neben technischen Innovationen eine gelungene Öffentlichkeitsarbeit und vor allem die Praxistauglichkeit und Diffusionsfähigkeit von Produkten und Dienstleistungen. Das Handwerk sollte in seiner anwendungsbezogenen Rolle als „Diffusor“ für die Marktdurchdringung von Innovationen stärker eingebunden werden. Hier gibt es bei einigen Kompetenzzentren noch unerschlossene Potenziale, z. B. bei der Brennstoffzelle in stationären Einsatzfeldern (z. B. dezentrale Energieversorgung), beim Facility Management (Geislingen) und bei der Umwelttechnologie (Vaihingen an der Enz, Stuttgart).

¹ Nähere Informationen zu den 17 Kompetenzzentren gibt es im Internet unter www.rekiz.de.

Der bei der WRS angesiedelte Standortdialog Fahrzeugbau ist ein Projekt zur Unterstützung der Zulieferindustrie in der Region Stuttgart, das aus verschiedenen Projektbausteinen besteht: Branchenforen, Werkstattgespräche, Firmenbesuche, themenspezifische regionale Studien (Clusterreports, z. B. zum Thema E-Business), Newsletter, etc. An den seit dem Jahr 2000 vom IMU-Institut und vom RKW organisierten Veranstaltungen nahmen zahlreiche Unternehmen teil: vom kleinen Handwerksbetrieb bis zum konzernzugehörigen Großbetrieb. Dadurch wurde ein Forum für überbetriebliche Kommunikation und branchenbezogenen Informationsaustausch geschaffen. Dabei haben sich auch Gelegenheiten zur Kooperation von Kfz-Zulieferern ergeben, die aber beim jetzigen Zuschnitt des Standortdialogs Fahrzeugbau nicht weiter unterstützt und gefördert werden.

Entgegen der ursprünglichen Intention findet also – nicht zuletzt wegen begrenzter finanzieller Ressourcen – keine aktive Kooperationsförderung statt. Für 2002 sind weitere Veranstaltungen und Werkstattgespräche geplant, außerdem soll eine vergleichende Studie europäischer Automobilcluster-Regionen erstellt werden. Flankierend zum Standortdialog Fahrzeugbau hat die IG Metall Region Stuttgart ein Netzwerk von Betriebsräten der Kfz-Zulieferindustrie aufgebaut.

Die Stärkung des Automobilclusters der Region Stuttgart wird durch die Erweiterung der regionalen Kernkompetenz von einer Kfz-orientierten Verkehrsregion hin zu einer Mobilitätsregion ergänzt. Ein wichtiges Instrument für diese Strategie ist das vom Bundesforschungsministerium mit 13,6 Mio. Euro (plus 10,8 Mio. Euro Eigenmittel der beteiligten Unternehmen) geförderte regionale Verbundprojekt Mobilist (Mobilität im Ballungsraum Stuttgart). Ein Netzwerk aus über 40 Firmen jeder Größenordnung, Forschungseinrichtungen, Kommunen sowie dem Verband Region Stuttgart bietet gute Voraussetzungen dafür, neue Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln und sie auch prototypisch anzuwenden. Derzeit wird in den entsprechenden Handlungsfeldern „Mobilitätsdienstleistungen“, „Betriebsoptimierung im Individual- und Öffentlichen Verkehr“ und „Verkehrssubstitution“ der Schritt von der Forschung in die regionale Umsetzung erprobt.

Es ist zu prüfen, welche Handlungsfelder und spezifischen Arbeitspakete nach Projektende von einer regionalen Initiative begleitet werden können und sollen. Mobilist hat bereits Umsetzungsprojekte für alle Arbeitspakete definiert.² Aus regionaler Sicht sind von besonderem Interesse:

² Ein Überblick zu den Mobilist-Arbeitspaketen findet sich im Internet unter www.mobilist.de.

- Ausweitung der geplanten integrierten Verkehrsleitzentrale der Landeshauptstadt Stuttgart auf die Region mit dem Schwerpunkt Öffentlicher Verkehr,
- Unterstützung der flächendeckenden Realisierung des Anschlussinformationssystems für den Öffentlichen Verkehr,
- Weiterführung der in Mobilist entwickelten Mobilitätsdienstleistungen,
- Weiterführung der in Mobilist entwickelten Aktivitäten zur Verkehrsreduktion, hier in Sonderheit das virtuelle Rathaus und die Logistikunterstützung regionaler Internet-Malls.

Um eine kontinuierliche Entwicklung zu gewährleisten, müssten hier die Weichen noch 2002, dem letzten Jahr der Projektlaufzeit, gestellt werden.

Mit Unterstützung des Bundeswirtschaftsministeriums betreibt die IHK Region Stuttgart ein Electronic Commerce Centrum (ECC), das sich als Anlaufstelle für Fragen rund um den elektronischen Geschäftsverkehr etabliert hat. Das Beratungsangebot ist speziell auf kleine und mittlere Unternehmen aus Industrie, Handel und Handwerk ausgerichtet. Weitere Projektpartner sind der Baden-Württembergische Handwerkstag, das Fraunhofer Institut IAO und das RKW. Aufgabe des ECC ist es, mittelständische Unternehmen über die Möglichkeiten und den wirtschaftlichen Nutzen von Electronic Business zu informieren, sie an konkrete Anwendungen heranzuführen sowie sie in Form von Beratungen und Schulungen zu unterstützen. Seit 1998 wurden Merkblätter und Leitfäden erstellt, zahlreiche Beratungen durchgeführt sowie themenspezifische Informationsveranstaltungen und Workshops, Messen und Messepräsenzen organisiert.

Die WRS betreibt seit 1999 mit der PUSH!-Agentur (Partnernetz für Unternehmensgründungen aus Stuttgarter Hochschulen) eine spezielle Anlaufstelle für Existenzgründer und -gründerinnen aus Hochschulen und Forschungsinstitutionen, die sich in der Region Stuttgart selbstständig machen wollen. Das PUSH!-Netzwerk umfasst über 100 Institutionen, Firmen und Initiativen, die Existenzgründungen fördern und zu einem gründungsfreundlichen Klima in der Region beitragen sollen. Ziele dieses regionalen Gründernetzwerkes sind die Aktivierung von Gründern und die Unterstützung in der Gründungsphase, zugleich strebt PUSH! einen Impuls für den Technologietransfer und die Be-

schleunigung von spin-offs aus der Forschung an. Eine tragende Säule bilden die PUSH!-Beraterinnen und -Berater, die ihre Dienste den Gründungsinteressierten anbieten. Der Beratungsansatz zielt nicht nur auf eine quantitative Ausweitung von Gründungsaktivitäten, sondern ausdrücklich auf deren langfristige Überlebenschancen. Neben der Beratung bietet PUSH! Qualifizierung, Vermittlung von Information und Kontakten sowie finanzielle Förderung und Finanzierungskonzepte. Durch diese Leistungen hat PUSH! mit dazu beigetragen, dass eine europäische Expertenkommission die Region Stuttgart zur „Gründerregion Nr. 1“ gekürt hat.

Das Projekt MedienRegion Stuttgart, Anfang 1997 von der WRS ins Leben gerufen, hat zum Ziel, die Region als Medienstandort im nationalen und internationalen Wettbewerb zu positionieren und die Standortfaktoren im Sinne der Medienschaffenden weiterzuentwickeln, sprich die Attraktivität und Investitionsbedingungen der Medienregion Stuttgart zu verbessern. Die wichtigsten Instrumente der WRS sind Zusammenbringen, Bündeln und Verstärken, medienbezogene Projekte und Initiativen unterstützen sowie vor allem Kommunikation und Kontakte fördern. Im Rahmen der MedienRegion realisiert das WRS-Team vielfältige Aktivitäten, wie z. B. die Medieninitiative als Netzwerk mit mehr als 500 Medienmachern und Kulturschaffenden, regelmäßige Initiativkreise zu den Schwerpunktthemen Film und Fernsehen, Multimedia, Verlage sowie Werbung und PR, den Kreativ-Katalog „MedienRegion Stuttgart“ (bereits als fünftes Jahrbuch), den monatlich erscheinenden Newsletter „in medias res“ und das Medien-Meeting als großes Jahrestreffen.

Die überregionale Initiative BioRegio bündelt die Kompetenzen aus rund 120 wissenschaftlichen Forschungsinstituten, 90 Unternehmen und 30 Beratungs-, Finanzierungs- und anderen Dienstleistungsanbietern. Angestoßen durch den Gewinn beim BioProfile-Wettbewerb des Bundesforschungsministeriums (BMBF) wurden Ende 2001 ein Förderverein Biotechnologie und die BioRegio STERN Management GmbH gegründet. Während der Förderverein die Begutachtung der Forschungs- und Entwicklungsprojekte im Bereich der Regenerationsbiologie organisiert, fungiert die Management GmbH als Vermarktungs- und Beratungsplattform für die Biotechnologie in den Regionen Stuttgart und Neckar-Alb. Im Mittelpunkt des operativen Geschäfts der Gesellschaft steht die Unterstützung junger Existenzgründer und ansiedlungsinteressierter Unternehmen. Die BioRegio STERN Management GmbH erhält in den ersten fünf Jahren, als Anschubfinanzierung, Fördermittel des BMBF zum Aufbau des Betriebs sowie Zuschüsse der sechs

Gesellschafter WRS, Landeshauptstadt Stuttgart, Universitätsstadt Tübingen, Stadt Esslingen am Neckar, Stadt Reutlingen und Regionalverband Neckar-Alb.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass eine ganze Reihe innovationsorientierter Projekte in der Region erfolgreich betrieben werden. Erfolgreich wurden dafür Fördermittel in beträchtlichem Umfang eingeworben. Geklärt werden muss im Hinblick auf Langfristprojekte, in welchem Umfang und in welcher Aufteilung öffentliche Finanzierungsmittel und private Weiterfinanzierung möglich bzw. erforderlich sind.

2

Ausblick

Beim Handlungsfeld Innovations- und Kooperationsförderung sind zukünftig generell zwei Linien für die kommunale und regionale Politik und Wirtschaftsförderung von großer Bedeutung: die Standortsicherung und Bestandspflege sowie die Förderung der Humanressourcen. Der Innovations- und Kooperationsförderung kommt auch bei schlechter wirtschaftlicher Konjunktur eine besondere Bedeutung zu, weil sie einerseits Neuansiedlungen bzw. Existenzgründungen fördert, vor allem aber auch der Bestandspflege und damit der Standortsicherung dient. Im Zusammenhang mit der Standortsicherung ist unbedingt auf die Relevanz von integrierten, nachhaltigen Verkehrskonzepten im Ballungsraum Stuttgart zu verweisen. Die Notwendigkeit der Entwicklung von Systemen, die den Transport von Personen und Gütern optimieren, liegt bei den vorhandenen Verkehrsproblemen in der Region Stuttgart auf der Hand. Neben technischen Lösungen, die z. B. beim Mobilist-Projekt entwickelt werden, ist hier auch ein Augenmerk auf Verbesserungen beim Angebot des Öffentlichen Verkehrs (z. B. Netzerweiterungen) und flankierende Instrumente (z. B. Jobticket) zu richten sowie – in langfristiger Perspektive – auf raumplanerische und organisatorische Möglichkeiten der verkehrssparsamen Verknüpfung von Wohnen, Arbeiten und Freizeit.

Als Instrument der Standortsicherung ist die Flächenvorhaltung für zuziehende, aber vor allem auch für bereits hier ansässige Unternehmen von besonderer Bedeutung. Angesichts der Knappheit unumstrittener, gut verkehrsangebundener Standorte sind die Standortsicherung durch die Region im Regionalplan, die interkommunale Zusammenarbeit bei gemeinsamen Gewerbegebieten und insbesondere auch die Wiedernutzung aufgegebenener oder untergenutzter Standorte von zentraler Bedeutung. Unternehmen der Region, die ihre Betriebsflächen erweitern oder Betriebsteile verlagern müssen, benötigen geeignete Ausweich-

standorte in der Region. Der Verband und die Wirtschaftsförderung der Region leisten in diesen Bereichen Hilfestellung für ihre Gemeinden und Unternehmen.

Hervorzuheben ist die gerade in den letzten Jahren gestiegene Bereitschaft der Gemeinden, in interkommunalen Gewerbegebieten zusammenzuarbeiten. Die in den letzten Jahren entstandenen interkommunalen Gebiete bei Backnang, bei Vaihingen an der Enz, bei Holzgerlingen/Weil im Schönbuch sowie Nürtingen belegen dies. Für das ehemalige Flugplatzgelände Böblingen/Sindelfingen, den Raum Geislingen und längerfristig bei Sachsenheim sind interkommunale Gewerbegebiete in Planung.

Industrie- und Gewerbebrachen stellen angesichts der Knappheit gut geeigneter Gewerbeflächen ein wertvolles Potenzial dar. Das Engagement der Region (Verband und Wirtschaftsförderung) sowie der Gemeinden zur Wiedernutzung und Aufwertung dieser Standorte muss als Beitrag zur Standortsicherung fortgesetzt werden.

Die Förderung der Humanressourcen über regionale Arbeitsmarktpolitik und Qualifizierungsinitiativen, die gerade auch bei innovationsorientierter Regionalpolitik eine entscheidende Rolle spielt, wird im folgenden Teilkapitel aufgegriffen.

2.1.2 Qualifizierung und regionale Arbeitsmarktpolitik

Schon die früheren Strukturberichte betonten die große strukturelle Bedeutung des Handlungsfeldes Qualifizierung und Regionale Arbeitsmarktpolitik und unterbreiteten Vorschläge für hierauf bezogene Projekte und Initiativen. Es ist aus Sicht der Herausgeber und der Verfasser des diesjährigen Berichtes zu begrüßen, dass eine Vielzahl solcher Aktivitäten in der Region Stuttgart gestartet wurden und zum Teil weitergeführt werden. Diese beziehen sich zwar auf spezifische Problemlagen und Arbeitsmarktsegmente, es lässt sich jedoch durchaus ein gemeinsamer Nenner hierfür finden: die Verbesserung der „human resources“ bzw. der Fähigkeiten und Kompetenzen der Beschäftigten (employability) und der vorhandenen Rahmenbedingungen als Schlüsselfaktoren zur weiteren positiven Entwicklung der Region Stuttgart. Beispielhaft sollen hier folgende Ansätze und Aktivitäten angesprochen werden:

- **Fachkräftemangel:** Die Region Stuttgart ist schon seit geraumer Zeit durch das Paradox gekennzeichnet, dass sich trotz vorhandener Sockelarbeitslosigkeit ein immer größerer Fachkräftemangel aufgebaut hat. Eine Umfrage der IHK vom September 2001 belegt, dass ca. 56 % der Unternehmen offene Stellen haben, die nicht besetzt werden können. Dabei besteht dieser Engpass – entgegen der öffentlichen Wahrnehmung – nicht nur im Bereich der hochqualifizierten Ingenieure, IT- und Medienfachkräfte; vielmehr bestehen die größten Lücken bei den kaufmännischen und technischen Fachkräften mit betrieblicher Ausbildung. Hierauf bezogen finden sich eine Reihe von betrieblichen und regionalen Aktivitäten, die auch in Zukunft bedeutsam bleiben:

- (a) **Ausweitung der betrieblichen Ausbildung:** Die Unternehmen in der Region Stuttgart haben 2001 im Bereich der IHK die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Vergleich zum Vorjahr nochmals um 3,5 % erhöht (+ 388 auf 11.350 Neuabschlüsse). Allerdings stößt diese Ausweitung zunehmend an Grenzen, es fehlt z. T. an „geeigneten“ Bewerber/innen, etliche Ausbildungsplätze konnten beispielsweise im Metallgewerbe, im Einzelhandel und in der Gastronomie nicht besetzt werden. Das trifft besonders das Handwerk, wo 2001 im Vergleich zum Vorjahr -3,2 % weniger Ausbildungsverträge abgeschlossen wurden (-155 auf 4.660 Neuabschlüsse). Zum Ausbildungsbeginn im September 2001 waren noch rund 500 Lehrstellen unbesetzt. Der Lehrlingsmangel wird durch den absehbaren Rückgang der Schulabgänger/innen verschärft.
- (b) **Anwerbung und Vermittlung von Arbeitskräften:** Sowohl die Arbeitsverwaltung (Kooperationsabkommen mit Partnerstädten und -kreisen in Ostdeutschland) als auch die WRS (Anwerbung von IT-Fachkräften in den USA) haben diesbezügliche Aktivitäten gestartet. In diesem Kontext ist auch auf die gezielte Anwerbung von Hochschulabsolventen aus der Region Stuttgart im Rahmen von Bondingveranstaltungen zu verweisen (z. B. durch die Medieninitiative), mit der Studierende in der Region gehalten werden sollen.
- (c) **Erweiterung der Erwerbstätigkeit in der Familienphase:** Fehlende und unzureichende Betreuungsmöglichkeiten haben für die Region Stuttgart schon den Charakter einer Wachstumsbremse angenommen. Erste positive Impulse sind vom WRS-Projekt „Wege zur Kinderbetreuung“ zu erhoffen, mit dem das vorhandene Angebot

erfasst und transparenter dargestellt werden soll. Auch eine Ausweitung der Teilzeitarbeit erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit.

- **Neue Beschäftigungsfelder für Un- und Angelernte:** Dieser Personenkreis wurde als eine besondere Problemgruppe im regionalen Arbeitsmarkt identifiziert. Sie verfügen zwar häufig über Kompetenzen wie zum Beispiel betriebliche Erfahrungen, nicht jedoch über marktfähige Qualifikationen. Insbesondere mit Blick hierauf wurde das Projekt „Dienstleistungen für private Haushalte“ gestartet, mit dem die Herausbildung eines regulären Marktes für haushaltsnahe Dienstleistungen unterstützt werden soll. Hierzu zählt einerseits ein für potenzielle Kunden transparentes Angebot von Diensten, andererseits aber auch die Verbindung solcher Arbeitsangebote mit Qualifizierungsbausteinen sowie gegebenenfalls mit finanziellen Anreizen. Die Federführung für dieses Projekt liegt bei der IHK Region Stuttgart und dem Arbeitsamt Stuttgart.
- **Ausweitung der Aktivitäten im Bereich Fort- und Weiterbildung:** Diesem Feld wurde bereits im letzten Strukturbericht sowohl für die Unternehmen als auch für die Beschäftigten eine besondere Rolle zugemessen. Dies hat zunächst eine betriebliche Dimension. Hier gibt es seit dem Sommer 2001 im Bereich der Metall- und Elektroindustrie einen Tarifvertrag zur Weiterbildung, der sowohl einen entsprechenden Anspruch der Beschäftigten, die Etablierung von Instrumenten (jährliches Mitarbeitergespräch) als auch den Aufbau von Begleitstrukturen in Gestalt einer entsprechenden Weiterbildungsagentur für die Metall- und Elektroindustrie regelt. Besondere „Zielgruppen“ dieses Tarifvertrags sind insbesondere die Un- und Angelernten sowie die älteren Beschäftigten, für die auch spezifische Angebote zur Sicherung ihrer Qualifikation unterbreitet

³ Im Zentrum dieses von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Projekts stehen eine differenzierte Analyse regionaler Struktureffekte im Handwerk und die Fragen nach den Auswirkungen regionaler Strukturen auf die Beschäftigungs- und Wirtschaftsentwicklung und auf Perspektiven der Beschäftigung im Handwerk. Ziele des Projekts sind – allgemein gesprochen – die beschäftigungswirksame Stabilisierung und Förderung des Handwerks und – in regionalpolitischer Sicht – die stärkere Verankerung von „Handwerksinteressen“ bei regionaler und kommunaler Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarktpolitik. Am Projektnetzwerk wirken der Verband Region Stuttgart, die IG Metall Region Stuttgart, die Handwerkskammer Region Stuttgart, der Baden-Württembergische Handwerkstag und die IG Bauen-Agrar-Umwelt Region Stuttgart mit.

werden sollen. Dieser Tarifvertrag steht ab Januar 2002 zur Umsetzung an; dadurch sollen im Kernbereich der regionalen Industrie Fortschritte in der Fort- und Weiterbildung der Belegschaften erreicht werden. Auch beim Projekt „Perspektiven im Handwerk der Region Stuttgart“³ ist „Weiterbildung und Humanressourcen“ eines von vier Handlungsfeldern, die auf Basis zahlreicher Gespräche mit Fachleuten und einer umfassenden Datenanalyse identifiziert wurden. Den Auftakt für den anvisierten regionalen Branchendialog im Handwerk bildet im Februar 2002 eine Fachtagung zum Thema „berufliche Weiterbildung und Personalentwicklung im Handwerk“. Diesem Handlungsfeld wird im Handwerk wie in den meisten kleinen und mittleren Unternehmen zu wenig Beachtung geschenkt.

Wie auch im Bericht der Enquête-Kommission „Mittelstand“ vermerkt, ist „der Weiterbildungs- und Qualifizierungsbedarf groß“, jedoch „die Weiterbildungsbereitschaft eher gering“ und nur wenige Unternehmen analysieren ihre Bedarfe systematisch. Es bestehen „erhebliche Defizite bei der Wahrnehmung der Weiterbildung trotz drastischer Verkürzung der Halbwertszeit bei produktspezifischem Know-how und wachsender Reglungsdichte.“⁴ Gerade auch für die Beschäftigten im Handwerk werden Qualifizierung „on the job“ und „lebenslanges Lernen“ immer wichtigere Themen. Eine Aufgabe ist demnach, berufliche Weiterbildung und vor allem auch eine systematische, vorausschauende Personalentwicklung in Handwerksbetrieben besser zu verankern. Auf die regionale Handlungsebene bezogen steht die Frage im Zentrum, welche Unterstützungsleistungen von regionalen und kommunalen Institutionen in diesem Handlungsfeld möglich, notwendig und sinnvoll sind (z.B. Azubi-Tage, Image-Aktivitäten).

Insbesondere mit der Einrichtung von Arbeitskreisen für Projektempfehlungen im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) sowohl in der Region als auch in den einzelnen Kreisen wurde ein erster Schritt zur überbetrieblichen Koordination sowie zur konzeptionellen Flankierung dieses Feldes realisiert. In diese Arbeitskreise sind jeweils relevante arbeits-

⁴ Buschmann, Birgit (2001): Abschlussbericht der Enquetekommission „Situation und Chancen der mittelständischen Unternehmen, insbesondere der Familienunternehmen in Baden-Württemberg.“ Zusammenfassung Handwerk. Stuttgart (Hrsg.: BWHT), S. 54.

marktpolitische Akteure (Kammern, Arbeitsverwaltung, Gewerkschaften, Weiterbildungsträger etc.) einbezogen. Dadurch soll das vorhandene Know-how stärker für die konkrete Ausgestaltung mobilisiert und damit auch die Wirksamkeit von Projekten erhöht werden. Perspektivisch sollen diese Arbeitskreise zu einer stärker abgestimmten und koordinierten regionalen Arbeitsmarktpolitik führen, die bislang von einem Nebeneinander betrieblicher, arbeitsamtsgetragener oder sozialpolitisch orientierter Vorhaben und Aktivitäten geprägt ist. Für eine inhaltliche Bilanzierung ist es nach den beiden ersten Förderjahren noch zu früh, weil erst wenige Projekte abgeschlossen sind. Es zeichnet sich jedoch ab, dass eine derartige konzeptionelle Verzahnung und damit eine strategische Ausrichtung der geförderten Projekte noch nicht erreicht werden konnte.

Die mit Mitteln aus dem ESF Ziel 3 geförderten Projekte stellen meist neue Ansätze zur (beruflichen) Weiterbildung dar. Schwerpunkte im Förderbereich des Wirtschaftsministeriums sind die Qualifizierung von An- und Ungelernten (z. B. durch Mentoring für geringqualifizierte Frauen oder durch Jobrotation) und die Verbreitung neuer Techniken (E-Commerce, Balanced Scorecard), aber auch die Verbindung von klassischen Personalinstrumenten wie Kurzarbeit mit Qualifizierung. Da viele Projekte Modellcharakter haben, sollte eine Bilanzierung ihrer Ergebnisse möglichst einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. Das gilt für alle sieben Arbeitskreise in der Region (sechs im Förderbereich des Sozialministeriums und einer im Förderbereich des Wirtschaftsministeriums). Gerade Projekte im Kontext von Qualifikation und Alter entsprechen den Zielen des ESF Ziel 3.

2.2 Zukünftige Aktivitäten im Kontext von Alter und Qualifikation

Diese beiden Hauptstränge für Aktivitäten bleiben auch für die Zukunft bedeutsam; vor dem Hintergrund der Analysen des Schwerpunktkapitels sollte jedoch die Gewichtung geändert werden. Der Komplex Arbeit, Alter und Qualifikation gewinnt für die Zukunft weiter an strategischer Bedeutung. Zu den bekannten und keineswegs gelösten strukturellen Problemen wie dem Facharbeitermangel oder dem hohen Anteil Un- und Angelernter bei bestehender Sockelarbeitslosigkeit treten die betrieblichen und gesellschaftlichen Alterungsprozesse als

zusätzliche Herausforderung; es gilt, Aspekte eines lebenslangen Lernens mit Formen der Arbeitsorganisation und Arbeitszeit zu verbinden, die auf den Erhalt und die Weiterentwicklung von Fähigkeiten und Kompetenzen statt auf ihren möglichst effizienten Verbrauch hin ausgerichtet sind. Im Zentrum wird dabei die Ebene der Betriebe bzw. der betrieblichen Akteure stehen müssen, zugleich steigt aber auch die Bedeutung der regionalen Ebene, einerseits für die notwendige Sensibilisierung von Individuen, Betrieben und Institutionen, andererseits auch für die Formulierung und Umsetzung von koordinierten überbetrieblichen Strategien.

Dargestellt wird, dass ein regelrechter Paradigmenwechsel für alle relevanten Akteure im Bereich der Beschäftigung und des Arbeitsmarktes erforderlich ist, um sich auf die zukünftigen Entwicklungen adäquat vorzubereiten. Auch das Bundesministerium für Bildung und Forschung weist im Rahmen des Schwerpunkts „Demografischer Wandel“ dabei insbesondere auf zwei Aspekte hin: Es geht darum, erstens durch geeignete Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit zur Aufklärung und Sensibilisierung der Akteure beizutragen. Zweitens müssen parallel im Sinne einer Aktivierung erste Projekte und Initiativen gestartet sowie öffentlich aufbereitet werden; hierzu ist eine stärkere Verzahnung der Arbeitsmarktakteure unerlässlich.

Betriebliche Ebene

Gezeigt wurde, dass die Wirtschaft der Region Stuttgart schon heute anfangen muss, auf Probleme und Herausforderungen zu reagieren, die sich in anderen Regionen noch nicht stellen. Damit dies jedoch mehr als eine bloße Anpassungsreaktion wird, ist ein bewusster Umgang mit den zugrunde liegenden Trends und deren systematische Implementierung in den betrieblichen Alltag erforderlich. Die Ebene der Betriebe ist dabei die entscheidende Handlungs- und Eingriffsebene. Um dabei eine gewisse Kurzatmigkeit zu vermeiden, muss dieses Feld der Aufklärung eher mittelfristig angelegt werden und auf mehrjährige Strategien und Konzepte zielen. Zudem muss es verbunden werden mit einem ersten Einstieg in eine betriebliche Operationalisierung, die auch der Widersprüchlichkeit von betrieblichen, branchenspezifischen und regionalen Trends gerecht wird. Erste betriebliche Ansatzpunkte hierfür können sein:

⁴ Vgl. Hilpert, Markus; Kistler, Ernst; Wahse, Jürgen (o. J.): Demographischer Wandel, Arbeitsmarkt und Weiterbildung. <http://www.demotrans.de>, S. 99.

- Methoden zur Ermittlung und Dokumentation des betrieblichen Qualifikationsbedarfs,
- eine attraktive Gestaltung von Erwerbsverläufen in Unternehmen, die – nicht nur im Sinne eines Aufstiegs – Tätigkeitswechsel vorsieht und mit altersgemischten Teams verbindet,
- die Vermeidung von Burn-Out-Effekten durch lernförderliche Arbeitsbedingungen,
- die Förderung von Frauenbeschäftigung durch flankierende Programme (Kinderbetreuung, Qualifikationsberatung, Mentoring etc.),
- Mitarbeitergespräche als Instrument der Personalentwicklung,
- Arbeitszeitgestaltung (vor allem die Erweiterung der Teilzeitarbeit).

Regionale Arbeitsmarktpolitik

Auch der Arbeitsmarktpolitik kommt eine entscheidende Rolle zu. Unmittelbar deutlich wird dies an der in Kapitel sechs skizzierten unzureichenden Beteiligung Älterer an den Maßnahmen zur Fort- und Weiterbildung. Ansatzpunkte können sein:

- Bessere Koordination und Abstimmung der Aktivitäten im Sinne einer regionalen Arbeitsmarktpolitik. Als Ziel wäre eine echte Verzahnung von Förderinstrumenten wie dem ESF und dem SGB III anzustreben, beispielsweise könnten erfolgreiche Projekte stärker öffentlich kommuniziert werden. Außerdem sollten gemeinsame Schwerpunktprogramme und -projekte der vier Arbeitsämter in der Region gemeinsam mit anderen Akteuren angestrebt werden.
- Umsetzung des Job-Aktiv-Gesetzes: Im Rahmen dieses Gesetzes werden die Themen Vermittlung/Integration sowie Prävention eine grundlegend neue Gewichtung für die Arbeitsmarktpolitik erhalten. Dies erfordert von allen Beteiligten, die klassischen, segmentierten Pfade der Arbeitsmarktpolitik zu verlassen und sich stärker mit anderen Akteuren abzustimmen.

Das gilt insbesondere für den Einsatz von Fördermitteln für Beschäftigte mit Qualifikationsdefiziten, bei denen die Arbeitsämter mit den anderen Arbeitsmarktakteuren kooperieren sollten.

- Fachlich erforderlich ist eine konzeptionelle Weiterentwicklung von Qualifizierungsbausteinen (z. B. der Lernformen) auf die spezifische Zielgruppe „Ältere“ mit ihren besonderen Persönlichkeitsmerkmalen. Dies darf jedoch nicht zu Lasten „moderner“ Themen wie z. B. EDV-Systeme, Teamentwicklung oder Kommunikationstraining gehen.

Regionalpolitische Flankierung

Gezeigt wurde, dass auch für die regionalpolitische Ebene und die dort vorhandenen Akteure Handlungsbedarf besteht. Ansatzpunkte hierfür sind insbesondere im Sinne der Aufklärung einer breiten Öffentlichkeit gegeben:

- Integration und Verankerung des Themas Arbeit, Alter und Qualifikation in bestehende Projekte und Initiativen, etwa in den Bereichen des Branchendialogs Fahrzeugbau, den regionalen Kompetenzzentren oder der Medien-Region Stuttgart.
- Vertiefung von Analyse und Konzeptentwicklung für bestimmte Branchen (Kfz, Medien) und Teilarbeitsmärkte (Dienstleistungspools) in Form von Projektarbeiten.
- Angebot zur terminlichen Koordination (Veranstaltungsdatenbank) mit anderen Initiativen (z. B. das von der Evangelischen Akademie Baden, der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart sowie dem Sozial- und dem Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg geplante Symposium „Strategien und Modelle zur Verbesserung der Beschäftigungssituation älterer Erwerbspersonen“ in Hohenheim Mitte April 2002).
- Durchführung von spezifischen Veranstaltungen und Workshops. Gerade das Thema Arbeit-Alter-Qualifizierung kann mit einer Veranstaltung einer breiten (betrieblichen) Öffentlichkeit nahegebracht werden. Anhand der Ergebnisse dieses Strukturberichts kann die Bedeutung des demografischen Wandels und der lebensbegleitenden Qualifizierung für die regio-

nale Wirtschaft dargestellt werden. Weitere Fachvorträge wie z. B. zu Methoden zur Ermittlung des Qualifizierungsbedarfs oder zu Qualifizierungsformen bzw. Best-practice-Beispielen vervollständigen das Programm. Bildungsträger und Betriebe mit beispielhafter Personalentwicklung könnten sich begleitend präsentieren.

3 Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung in der Region Stuttgart

3.1 Die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung im interregionalen Vergleich

Um die wirtschaftliche und beschäftigungspolitische Situation in der Region Stuttgart zu beurteilen, vergleichen wir in diesem Abschnitt die Region Stuttgart mit anderen wirtschaftsstarken Regionen in Deutschland sowie mit der Landes- und der Bundesebene. Durch den interregionalen Vergleich erhält man auf Basis verschiedener ökonomischer Indikatoren einen Einblick in die relative wirtschaftliche Position der Region.¹

3.1.1 Wirtschaftskraft und Arbeitsmarkt

Wertschöpfung

Ein zentraler Indikator für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Region ist die in ihr realisierte Bruttowertschöpfung.² Um eine adäquate interregionale Vergleichsbasis zu haben, bezieht man die („zu Herstellungspreisen“ ausgewiesene) Wertschöpfung auf die Zahl der Erwerbstätigen, also die Summe der in der Region tätigen Arbeitnehmer und Selbstständigen.³ Damit erhält man gleichzeitig ein Maß für die regionale Arbeitsproduktivität.

¹ Aufgrund gewisser Defizite in Bezug auf die Verfügbarkeit regionaler Wirtschaftsdaten ist nicht sichergestellt, dass bei der Erfassung der Daten zu den einzelnen Rankingindikatoren für die Referenzregionen jeweils dieselben räumlichen Abgrenzungen zugrunde gelegt wurden.

² Die Bruttowertschöpfung erfasst den Wert der in einem Jahr produzierten Güter und Dienstleistungen. Sie wird errechnet, indem man vom Produktionswert – der den Umsatz sowie den Wert der selbsterstellten Anlagen und Vorratsänderungen umfaßt – die in den Produktionsprozeß eingegangenen Vorleistungen abzieht.

³ Die Wertschöpfung „zu Herstellungspreisen“ ergibt sich dadurch, dass die auf Marktpreisbasis ermittelte Wertschöpfung um den Fiskalsaldo ausgewählter Gütersteuern und

Die Region Stuttgart erwirtschaftete im Jahr 1998 pro Erwerbstätigem eine Bruttowertschöpfung von über 55.400 Euro.⁴ Damit fiel die Produktionsleistung pro Erwerbstätigem um über 8 % höher aus als in Baden-Württemberg insgesamt. Der Produktivitätsvorsprung gegenüber dem Bundesgebiet belief sich sogar auf knapp 15 %.

Vergleicht man die Arbeitsproduktivität der Region Stuttgart mit besonders wirtschaftsstarken deutschen Metropolregionen, dann zeigen sich jedoch gewisse Defizite. Während die Region München mit einem Produktivitätswert von über 64.600 Euro sämtliche deutschen Regionen weit hinter sich läßt (die Produktivität der Region Stuttgart wird um ein Sechstel überschritten), ist der Produktivitätsrückstand der Region Stuttgart gegenüber den anderen vier Regionen mit 3 bis 6 % weniger deutlich.

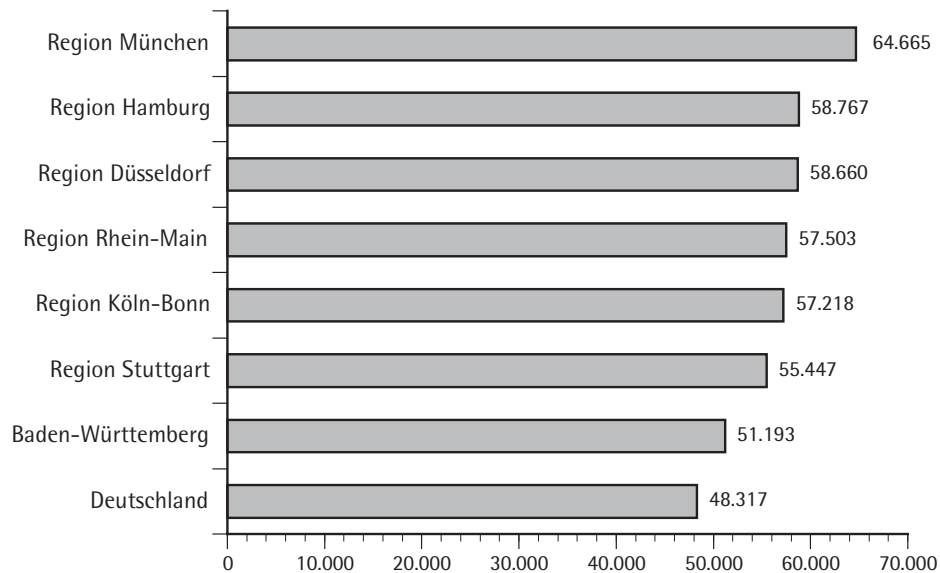
Eine Erklärung für das relativ schlechte Abschneiden der Region Stuttgart in diesem Vergleich bietet die Wirtschaftsstruktur, die durch einen relativ großen Anteil des Verarbeitenden Gewerbes gekennzeichnet ist. Speziell in den Ballungsräumen sind häufig unternehmensbezogene Dienstleistungsunternehmen mit einer weit überdurchschnittlichen Wertschöpfung pro Erwerbstätigem angesiedelt. In der Stadt Stuttgart ist noch über ein Viertel der Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe beschäftigt. In anderen Städten, wie zum Beispiel Hamburg oder Köln, liegt dieser Anteil mehr als 10 Prozentpunkte niedriger. Insofern sind die Regionen, insbesondere was das Zentrum betrifft, nur bedingt vergleichbar. Diese Unterschiede werden dadurch gemildert, dass zum Teil (z. B. Rhein-Main-Raum) sehr große Umlandgebiete zur Region hinzugezählt werden.

3

-subventionen korrigiert wird. Dadurch wird etwa vermieden, dass die beim Marktpreis-konzept einbezogenen Gütersteuern (insbesondere die Mineralölsteuer) die tatsächliche regionale Wirtschaftsleistung verzerrt widerspiegeln. Insofern ist für ein interregionales Ranking der Herstellungspreisansatz gegenüber dem Marktpreisansatz zu präferieren.

4 Aktuellere als die 1998er-Werte liegen für die Regionen nicht vor.

Abbildung 3.1: Bruttowertschöpfung (zu Herstellungspreisen) pro Erwerbstätigem 1998 (in Euro)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, IAW-Berechnungen

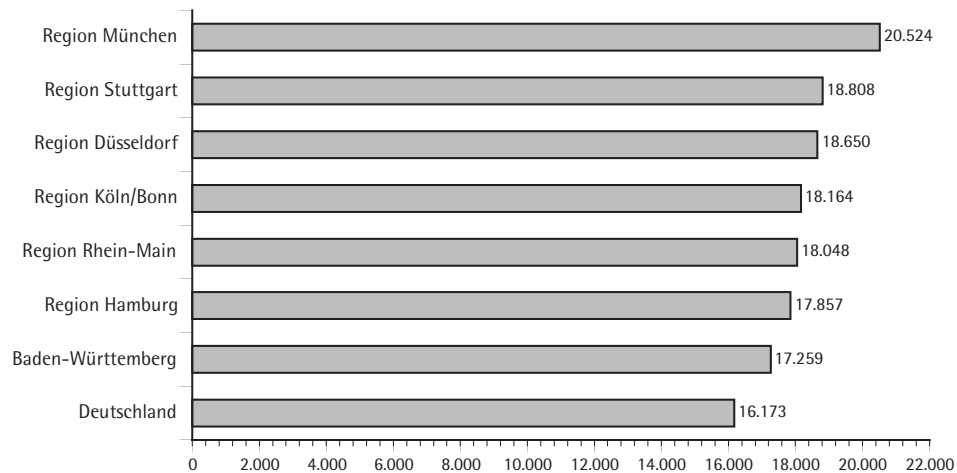
Kaufkraft

Das Absatz- oder Konsumpotenzial in einer Region lässt sich mit Kaufkraftkennziffern erfassen. Die so genannte „allgemeine Kaufkraft“ beschreibt – vereinfacht ausgedrückt – die Summe aller Nettoeinkünfte einer Region.⁵

Die Kaufkraft der Region Stuttgart lag im Jahr 2001 – bezogen auf die Einwohnerzahl – mit ca. 18.800 Euro etwa 8 % hinter der Region München, die auf 20.500 Euro kam. Dabei ist zu beachten, dass dieses Kaufkraftranking interregionale Differenzen der Wohnungsmieten ausklammert. Die anderen in den Vergleich einbezogenen deutschen Metropolregionen folgen mit ihren Kaufkraftwerten relativ dicht hinter der Region Stuttgart.

⁵ Die „allgemeine Kaufkraft“ berechnet sich wie folgt: Zunächst werden alle Einkünfte aus nichtselbständiger und selbständiger Arbeit sowie Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung erfasst. Davon werden Lohn- und Einkommensteuern abgezogen und staatliche Transfer dazugezählt, so dass sich die Nettoeinkünfte ergeben (nach GfK-Internetauszug).

Abbildung 3.2: Kaufkraft pro Kopf 2001 (Prognosewerte in Euro)



Quelle: Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung (GfK),
 zitiert nach: IHK Region Stuttgart, nachrichtlich;
 IAW-Berechnungen

3

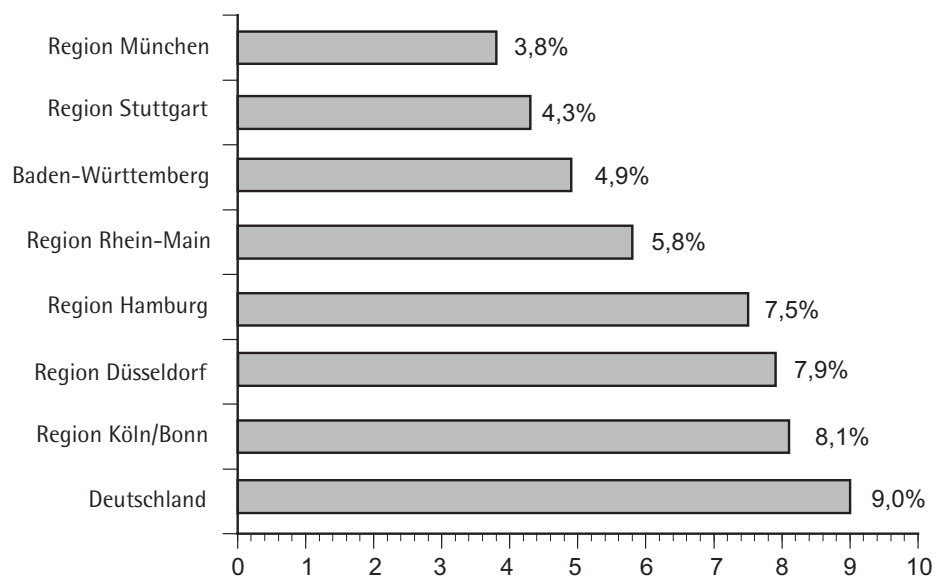
Die Pro-Kopf-Kaufkraftwerte der Großstadtregionen liegen durchgängig über der Kaufkraft im Land Baden-Württemberg (knapp 17.300 Euro), wobei der Abstand zwischen dem Landeswert und einzelnen Großstadtregionen kleiner ist als der Rückstand des Bundes gegenüber dem Land. Nimmt man die Kaufkraft je Einwohner für die Bundesrepublik insgesamt als Maßstab, dann liegt die Kaufkraft in der Region um ein Sechstel höher (während der baden-württembergische Wert noch um fast 7 % über dem Bundeswert liegt).

Arbeitslosenquote

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt der Region Stuttgart ist gemessen an der Arbeitslosenquote relativ entspannt. Dies zeigt sich, wenn man die Arbeitslosenquote der Region mit der anderer deutscher Metropolregionen vergleicht. So lag die – auf alle Erwerbspersonen bezogene – Arbeitslosenquote der Region im Oktober 2001 bei lediglich 4,3 %. Dieser Wert wird nur von der Region München unterboten, deren Quote um einen halben Prozentpunkt niedriger liegt.

Die Region Stuttgart präsentiert sich bei der Arbeitslosenquote besser als das Land Baden-Württemberg. Die restlichen deutschen Referenzregionen liegen – sieht man vom Raum München ab – zwischen dem baden-württembergischen und dem Bundeswert (4,9 bzw. 9,0 %).

**Abbildung 3.3: Arbeitslosenquote (bezogen auf alle Erwerbspersonen)
im Oktober 2001**



Quelle: IHK Region Stuttgart, IAW-Darstellung

Die Arbeitslosenquote beschreibt die arbeitsmarktpolitische Situation jedoch nur unzureichend, da sie den in einigen Regionen bestehenden Fachkräftemangel nicht dokumentiert. So konnten in der Region Stuttgart im Herbst 2001 56 % aller Unternehmen offene Stellen nicht besetzen. Der Mangel an Fachkräften dürfte damit bremsend auf das Wachstum wirken.⁶

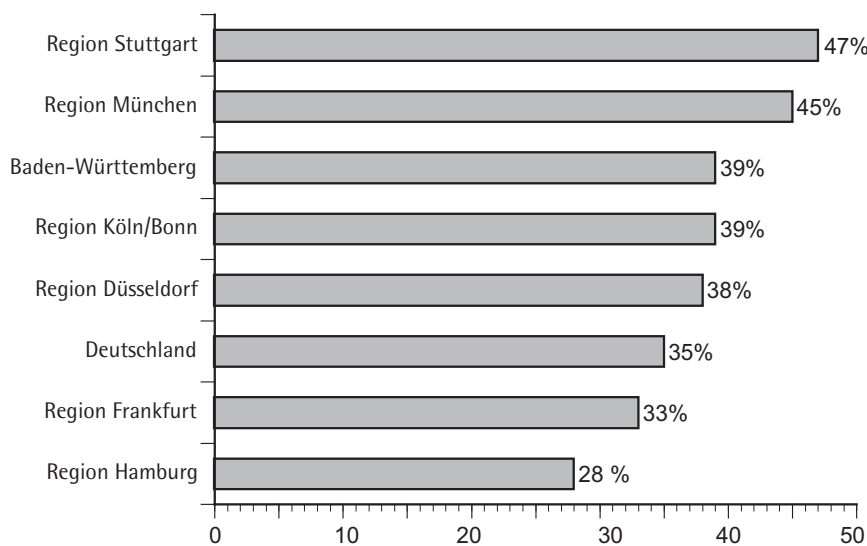
⁶ Vgl. Cost, Hilde und Philip Reimers: Arbeitskräftebedarf trotz Arbeitslosigkeit. Umfrage zum Arbeitskräftebedarf in der Region Stuttgart im Herbst 2001 (hrsg. v. IHK Region Stuttgart), Stuttgart 2001.

3.1.2 Die Wettbewerbsfähigkeit

Exportquote

Die Exportorientierung einer Region und damit ihre Fähigkeit, sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten, lässt sich an der Exportquote⁷ ablesen. Mit 47 % Ausfuhranteil am Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe ist die Region Stuttgart die exportstärkste Region in Deutschland. Die Unternehmen der Region sind also in der Lage, einen hohen Anteil ihrer Produktion auf dem Weltmarkt abzusetzen. Lediglich die Region München erreicht mit 45 % eine ähnlich hohe Exportquote. Die anderen deutschen Regionen fallen demgegenüber deutlich ab; ihre Exportanteile bleiben durchweg unter 40 %.

Abbildung 3.4: Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz des Verarbeitenden Gewerbes 1999



Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Landesamt Hamburg, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH, IAW-Berechnungen.

⁷ Die Exportquote wird üblicherweise als Anteil der Exporte am Bruttoinlandsprodukt ausgewiesen. Auf der Regionsebene stehen die für die Berechnung dieser Exportquote notwendigen Daten nicht zur Verfügung. Deshalb wird eine modifizierte Exportquote ermittelt: Gemessen wird der relative Umfang des Auslandsgeschäfts im Verarbeitenden Gewerbe. Die Einschränkung auf das Verarbeitende Gewerbe impliziert, dass die Exportintensität anderer Branchen nicht berücksichtigt wird.

Verglichen mit der baden-württembergischen Wirtschaft liegt die Region Stuttgart mit ihrer Exportquote gut ein Fünftel über dem Durchschnitt (39 %). Im Vergleich mit der Bundesrepublik fällt die Exportquote der Region Stuttgart um über ein Drittel höher aus als die des Bundesgebietes (35 %).

Technologische Leistungsfähigkeit

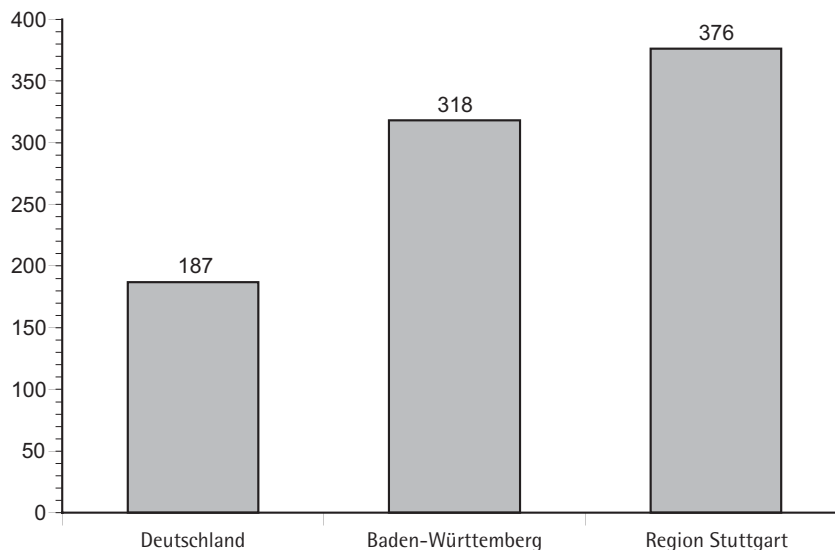
Die hohe Exportquote unterstreicht die starke internationale Wettbewerbsposition der Region Stuttgart. Um diese dauerhaft zu sichern, muss die technologische Leistungsfähigkeit der Region ständig verbessert werden. Voraussetzung dafür sind intensive Anstrengungen im Bereich Forschung und Entwicklung (FuE).

Die Unternehmen der Region Stuttgart haben im Jahr 1997 – bezogen auf die Einwohnerzahl – 1.624 Euro für Forschung und Entwicklung ausgegeben. Damit kam die Region auf eine um den Faktor 4,6 höhere „Forschungsintensität“ als das Bundesgebiet. Selbst im Vergleich zu Baden-Württemberg lagen die privaten FuE-Investitionen der Region noch in einem um den Faktor 2,2 höheren Bereich.⁸

Hohe FuE-Ausgaben alleine bieten keine Gewähr für einen hohen Forschungsoutput. Da sich technologische Leistungsfähigkeit letztendlich aus dem Forschungsoutput ableitet, ist auch für diesen ein interregionaler Vergleichsindikator heranzuziehen. Dazu bieten sich die Patentanmeldungen an. Bezieht man die Anzahl der Patentanmeldungen auf 100.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, so war die „Patentintensität“ der Region Stuttgart im Jahr 1999 doppelt so hoch wie im Bundesgebiet insgesamt. Der entsprechende Landeswert konnte um gut 18 % überschritten werden.

⁸ Auskunft des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.

Abbildung 3.5: Patentanmeldungen je 100.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte („Patentintensität“) im Jahr 1999



3

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Deutsches Patent- und Markenamt, IAW-Berechnungen

Im innerdeutschen Regionenvergleich zur Patentintensität nahm die Region Stuttgart in den letzten Jahren stets die Spitzenposition ein. So war sie 1998 um 7 % höher als die ebenfalls innovationsstarke Region München.⁹ Die anderen Referenzregionen waren im Vergleich dazu weit abgeschlagen.¹⁰

Das auf der Basis ökonomischer Indikatoren durchgeführte interregionale Ranking zeigt, dass die Region Stuttgart im Vergleich zu anderen deutschen Metropolregionen eine sehr gute Position einnimmt. Dies bestätigt auch eine Umfrage, die vom Allensbach-Institut für Demoskopie im Auftrag der Wirtschaftsförderung

9 Vgl. Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung et al.: Regionale Verteilung von Innovations- und Technologiepotentialen in Deutschland und Europa (Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung), Karlsruhe 2000.

10 Siehe dazu auch den Regionenvergleich im „Patentatlas“ (allerdings mit relativ alten Daten: Durchschnittswerte der Jahre 1992-94) (vgl. Greif, S. und D. Schmiedl: Patentatlas Deutschland – Die räumliche Struktur der Erfindertätigkeit, München 1998).

Region Stuttgart GmbH (WRS) und des Verbandes Region Stuttgart im Herbst 2001 durchgeführt wurde. Die entsprechenden Teilergebnisse der repräsentativen Umfrage lassen sich in folgender Aussage zusammenfassen: Befragt nach ihrer Einschätzung im Hinblick auf besonders erfolgreiche „Wirtschaftsregionen mit Zukunft“ setzten deutsche Unternehmen die Region Stuttgart an die zweite Stelle nach München.¹¹ Damit wird der Region Stuttgart große wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit hohem Entwicklungspotenzial bescheinigt.

3.2 Die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung: ein regionaler Überblick

3

In diesem Abschnitt soll für die Region Stuttgart ein Überblick über die sektorenübergreifende ökonomische Entwicklung gegeben werden, bevor in den Folgekapiteln nach ausgewählten Wirtschaftssektoren differenziert wird. Der vorliegende Abschnitt stellt insbesondere auf beschäftigungsbezogene Indikatoren ab. Zunächst wird die Wirtschaftsentwicklung jedoch auf der Grundlage von Wertschöpfungsdaten bewertet.

3.2.1 Die Wirtschaftsentwicklung in der Region Stuttgart

Die Region Stuttgart realisierte im Jahr 1998 (aktuellere Werte liegen nicht vor) eine Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen von fast 75,5 Mrd. Euro. Damit wurden in der Region 29 % der Wertschöpfung von Baden-Württemberg erwirtschaftet.

Gemessen pro Einwohner erreichte die Region Stuttgart 1998 eine Wertschöpfung von über 29.215 Euro. Dieser Indikator für das Wohlstandsniveau lag damit in der Region Stuttgart um fast 17 % - oder ein Sechstel - über dem Landesdurchschnitt (24.975 Euro). Der entsprechende Bundeswert wurde sogar um fast ein Drittel (32 %) übertroffen.

¹¹ Vgl. Presseinformation der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH „Allensbach-Studie stellt der Region Stuttgart ein gutes Zeugnis aus“ (Stuttgart, 28.11.2001).

Tabelle 3.1: Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen (Brutto-WS 1998)

	Brutto-WS (in Mio Euro)	Einwohner (in TSD)	Brutto-WS pro Einw. (in Euro)	Erwerbstät. (in TSD)	Brutto-WS pro Erw.tät. (in Euro)
Deutschland	1.813.828	82.028,9	22.112	37.540,0	48.317
Baden-Württemberg	259.930	10.407,7	24.975	5.077,5	51.193
Region Stuttgart	75.493	2.584,0	29.215	1.361,5	55.447
Stuttgart	26.572	584,0	45.504	439,4	60.467
Böblingen	12.137	357,5	33.947	183,0	66.333
Esslingen	12.239	493,7	24.790	238,1	51.404
Göppingen	5.230	255,0	20.505	110,2	47.440
Ludwigsburg	10.991	490,1	22.425	217,1	50.636
Rems-Murr-Kreis	8.324	403,7	20.620	173,7	47.918

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, IAW-Berechnungen

3

Auf Kreisebene ist die Kennziffer „Wertschöpfung pro Einwohner“ als Wohlstandsindikator wenig geeignet. Bedingt durch die Kleinräumigkeit der Kreise können aufgrund von Pendlerbewegungen Einwohner- und Erwerbstätigenzahlen deutlich auseinanderfallen.¹² So können Berufspendler in einem Kreis zur Wirtschaftsleistung beitragen und in einem anderen Kreis wohnen. Die auf die Kreisebene bezogenen Daten zur Pro-Kopf-Wertschöpfung sind also mit Vorsicht zu interpretieren.

Die mit Abstand höchste Pro-Kopf-Wertschöpfung der Region wird in der Stadt Stuttgart erreicht (45.504 Euro). Dies ist maßgeblich darauf zurückzuführen, dass die Stadt Stuttgart für die Region zentralörtliche Funktionen wahrnimmt und viele Einpendler hat. An zweiter Position folgt der Kreis Böblingen (knapp 34.000 Euro). Die anderen Landkreise schneiden schwächer ab. Drei erreichen weniger als die Hälfte des Stuttgarter Niveaus. Bei einer Betrachtung der Wertschöpfung pro Erwerbstätigem fallen die Unterschiede wesentlich geringer aus. Es gibt somit kein gravierendes Wohlstandsgefälle zwischen den Kreisen. Vielmehr wird sichtbar, dass die Zahl der Erwerbstätigen im Verhältnis zur Einwohnerzahl beträchtlich schwankt.

¹² Dies gilt in gewissem Umfang auch für die Regionsebene. Dort ist die Pendlerproblematik jedoch nicht so stark ausgeprägt wie bei den Kreisen.

Tabelle 3.2: Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen je Erwerbstätigem in Euro

	1996	1998
Deutschland	46.099	48.317
Baden-Württemberg	48.729	51.193
Region Stuttgart	51.797	55.447
Stuttgart	56.828	60.467
Böblingen	54.642	66.333
Esslingen	50.338	51.404
Göppingen	45.064	47.440
Ludwigsburg	49.044	50.636
Rems-Murr-Kreis	45.812	47.918

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, IAW-Berechnungen

3

Die Wertschöpfung pro Erwerbstätigem (Arbeitsproduktivität) fiel im Jahr 1998 in der Region Stuttgart (55.400 Euro) um etwa 8 % höher aus als in Baden-Württemberg insgesamt (51.200 Euro). Gegenüber dem Bundesgebiet ergab sich ein Produktivitätsvorsprung von knapp 15 %.

Klarer Spitzenreiter in der Region war der Kreis Böblingen, der eine Wertschöpfung von 66.300 Euro pro Erwerbstätigem erreichte. Damit hat Böblingen die Stadt Stuttgart vom ersten Platz verdrängt, was vor allem an einem Produktivitätssprung von über 15 % lag, den die Böblinger Unternehmen im Zeitraum 1996 bis 1997 realisierten. Abgesehen von einem kurzzeitigen Rückgang im Kreis Ludwigsburg hat die Arbeitsproduktivität von 1996 bis 98 in allen Kreisen der Region kontinuierlich zugenommen. Während in dieser Zeit Stuttgart und Böblingen die Plätze getauscht haben, ist die Reihenfolge zwischen den anderen Kreisen konstant geblieben, wobei der Rems-Murr-Kreis (47.900 Euro) und der Kreis Göppingen (47.400 Euro) die niedrigsten Produktivitätswerte aufweisen. Der Kreis Göppingen kommt auf lediglich 71 % Prozent des Böblinger Produktivitätswertes.

Tabelle 3.3: Wertschöpfungskennziffern von Verarbeitendem Gewerbe und Dienstleistungssektor in der Region Stuttgart 1998

	Bruttowertschöpfung pro Erwerbstätigem (in Euro)	Sektorale Anteile an der Bruttowertschöpfung
Verarbeitendes Gewerbe	57.743	33,4 %
Dienstleistungssektor	55.152	60,0 %

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, IAW-Berechnungen

Die Kennziffer „Wertschöpfung pro Erwerbstätigem“ ist nicht nur bei räumlicher, sondern auch bei sektoraler Betrachtung interessant. So lag in der Region Stuttgart 1998 die Arbeitsproduktivität im Verarbeitenden Gewerbe (über 57.700 Euro) um 4,7 % höher als im Dienstleistungssektor (knapp 55.200 Euro). Damit hatte in der Region das Verarbeitende Gewerbe einen Produktivitätsvorsprung gegenüber dem Dienstleistungssektor.

Bei der Wertschöpfung insgesamt war die Situation genau umgekehrt: So entfiel 1998 nur ein Drittel der Wertschöpfung auf das Verarbeitende Gewerbe, während der Dienstleistungssektor rd. 60 % zur Wirtschaftsleistung der Region beitrug. Das heißt der am Wertschöpfungsbeitrag gemessene Tertiärisierungsgrad lag 1998 in der Region bei 60 %.

3.2.2 Die Beschäftigungsentwicklung in der Region Stuttgart

Die Datenbasis für die Analyse der Beschäftigungsentwicklung in der Region bildet eine Sonderauswertung der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit mit funktional gegliederten, regionalisierten Daten. In der Beschäftigtenstatistik werden die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SVPB)¹³, das heißt rund 80 % aller Erwerbstätigen erfasst.

¹³ Zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen Angestellte, Arbeiter und Auszubildende. In wenigen Fällen besteht auch für Selbstständige Versicherungspflicht in der Sozialversicherung. Unberücksichtigt bleiben Beamte, der weitaus überwiegende Teil der Selbstständigen, mithelfende Familienangehörige und geringfügig Beschäftigte, die nicht der Sozialversicherungspflicht unterliegen. Personen, die nur in einem geringfügig

Durch die Umstellung der Wirtschaftszweigsystematik sind die Beschäftigtenzahlen in den Sektoren bzw. Branchen nur in Ausnahmefällen oder nur sehr eingeschränkt mit Werten von vor 1998 zu vergleichen. Dieser Strukturbruch in dem zur Verfügung stehenden Datenmaterial macht eine langfristige Analyse der Beschäftigungsentwicklung, die für das Auffinden von Strukturentwicklungen sehr wichtig ist, unmöglich. Es bleibt zu hoffen, dass die neue Wirtschaftszweigsystematik lange Bestand hat bzw. dass das Erstellen von langen Reihen wieder möglich wird.

Beschäftigungsentwicklung nach räumlichen Einheiten

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat in allen betrachteten räumlichen Einheiten zwischen 1998 und 2000 zugenommen. In der Region Stuttgart lag der Zuwachs bei 3,6 %. Innerhalb der Region variierte die Zunahme jedoch stark. Der Landkreis Böblingen konnte mit 7,7 % einen mehr als doppelt so hohen Beschäftigungszuwachs wie die Region verbuchen, demgegenüber erreichte der Landkreis Göppingen einen Zuwachs von lediglich 1,3 %.

Während in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (West) im Vergleich zu 1990 die damalige Beschäftigtenzahl nach den Turbulenzen der 90er Jahre wieder erreicht wurde, liegen die Region Stuttgart und insbesondere die Kreise Stuttgart und Göppingen weiterhin deutlich unter dem Wert vor zehn Jahren. Der einzige Kreis in der Region mit positiver Entwicklung im Langfristvergleich ist Ludwigsburg. Hier fiel der Beschäftigungszuwachs sogar deutlich höher aus als im Bundesgebiet (West) und in Baden-Württemberg.

entlohnnten Beschäftigungsverhältnis stehen und die nur wegen der gesetzlichen Neuregelung in den Kreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gelangt sind, werden in der Beschäftigtenstatistik bis auf weiteres nicht nachgewiesen. Stichtag der im Strukturbericht verwendeten Beschäftigtenzahlen ist der 30. Juni des jeweiligen Jahres, Datenbasis ist eine Sonderauswertung der Bundesanstalt für Arbeit (BA) mit Angaben auf Grundlage der Dreisteller der aktuellen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93).

Tabelle 3.4: Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 1990 und 2000

	1990	1996	1998	2000	Differenz 98/00	in %	Differenz 90/00	in %
BRD-West	22.365.6322	2.343.011	22.074.399	22.847.404	773.005	3,5	481.772	2,2
Bad.-Württemb.	3.785.966	3.697.233	3.667.360	3.802.494	135.134	3,7	16.528	0,4
Region Stuttgart	1.097.786	1.028.211	1.020.049	1.056.363	36.314	3,6	-41.423	-3,8
Stuttgart	378.731	341.435	338.284	349.867	11.583	3,4	-28.864	-7,6
Böblingen	154.613	142.290	143.058	154.083	11.025	7,7	-530	-0,3
Esslingen	188.141	177.684	174.905	179.617	4.712	2,7	-8.524	-4,5
Göppingen	87.912	82.853	79.288	80.294	1.006	1,3	-7.618	-8,7
Ludwigsburg	158.673	158.337	160.013	164.297	4.284	2,7	5.624	3,5
Rems-Murr-Kreis	129.716	125.612	124.501	128.205	3.704	3,0	-1.511	-1,2

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, IAW- und IMU-Berechnungen

Beschäftigungsentwicklung nach Sektoren

Sektoral gesehen ist über die Hälfte der Beschäftigten (55,4 %) in der Region Stuttgart im Dienstleistungssektor tätig. Der zweite wichtige Wirtschaftszweig ist das Verarbeitende Gewerbe, wo deutlich über ein Drittel (37,4 %) aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Region arbeiten. Es folgt die Bauwirtschaft mit 5,7 %. Die Land- und Forstwirtschaft kommt ebenso wie der Bereich Energie- und Wasserversorgung auf einen Beschäftigtenanteil von 0,7 %. Nur marginale beschäftigungspolitische Bedeutung hat der Sektor „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ (0,1 %).

Im Folgenden sollen die beiden dominierenden Wirtschaftszweige, das heißt der Dienstleistungssektor und das Verarbeitende Gewerbe näher untersucht werden.

Zunächst fällt auf, dass der Beschäftigungsaufbau (+36.314 bzw. 3,6 %) in der Region Stuttgart zwischen 1998 und 2000 allein vom Dienstleistungssektor getragen wurde (+40.824 bzw. 7,5 %). Das Verarbeitende Gewerbe verhinderte durch leichte Beschäftigungseinbußen (-1.494 Stellen bzw. -0,4 %) ein noch besseres Gesamtergebnis.

Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass Beschäftigungsgewinne des Dienstleistungssektors und Beschäftigungsverluste des Verarbeitenden Gewerbes (Industrie) z. T. darauf zurückzuführen sind, dass Industriebetriebe Dienstleistungen nicht mehr selbst erstellen, sondern diese im Rahmen des Outsourcing externen Betrieben überlassen. Dies hat zur Folge, dass die entsprechende Beschäftigung nicht mehr dem industriellen, sondern dem tertiären Sektor zugerechnet wird.

Im Dienstleistungsgewerbe konnten alle Teilbereiche – bis auf den Bereich Öffentliche Verwaltung und Sozialversicherung – einen Beschäftigungszuwachs verzeichnen. Besonders dynamisch entwickelten sich die „Unternehmensbezogenen Dienstleistungen“, die um ein Viertel (+24,8 %) zulegten. Dieser Bereich profitiert gleichzeitig von mehreren Entwicklungen: zum einen wird die steigende Anzahl von Beschäftigten bei Leiharbeitsfirmen hier registriert, zum zweiten nimmt die Spezialisierung der Dienstleistungen kontinuierlich zu, so dass sowohl Dienstleistungsbereiche ausgelagert (outgesourct) als auch vermehrt Aufträge nach außen vergeben werden. Überproportionale Zuwächse ergaben sich auch für den Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung (+9,2 %).

Im Verarbeitenden Gewerbe gab es große Unterschiede in der Entwicklung. Während der Maschinenbau (-2,2 %) und insbesondere das „sonstige Verarbeitende Gewerbe“ (-4,0 %) den gesamtsektoralen Negativsaldo verursachten, trugen Beschäftigungszuwächse im Metallgewerbe (+3,7 %) und im Fahrzeugbau (+2,3 %) dazu bei, das Ergebnis für das Verarbeitende Gewerbe insgesamt zu verbessern.

Tabelle 3.5.1: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe in der Region Stuttgart

	Bestand 2000	Änd. 98-00	Änd. in %
Verarbeitendes Gewerbe	395.427	-1.494	-0,4
Fahrzeugbau	102.270	2.270	2,3
Maschinenbau	74.220	-1.697	-2,2
DV/E-Technik/Feinmech.	75.809	473	0,6
Metallgewerbe	44.275	1.590	3,7
Sonst. Verarb. Gewerbe	98.853	-4.130	-4,0

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, IAW- und IMU-Berechnungen

Tabelle 3.5.2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe in der Region Stuttgart

	Bestand 2000	Änd. 98-00	Änd. in %
Dienstleistungen insges.	584.926	40.824	7,5
Handel	141.173	3.048	2,2
Verkehr/Nachrichtenüberm.	48.300	4.051	9,2
Banken/Versicherungen	54.534	1.274	2,4
Unternehmensbez. Dienstl.	124.160	24.706	24,8
Personenbez. Dienstl.	164.301	8.252	5,3
Öff. Verwaltung/Sozialvers.	52.458	-507	-1,0

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, IAW- und IMU-Berechnungen

3

Funktionale Arbeitsteilung

Misst man die funktionale Arbeitsteilung in der Region, also den Anteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, der in Dienstleistungsberufen tätig bzw. mit der Verarbeitung von Gütern direkt befasst ist, dann ergibt sich eine wesentlich größere Bedeutung der Dienstleistungen als bei sektoraler Betrachtung (55,4 %). Bei funktionaler Betrachtung liegt der Tertiärisierungsgrad in der Region Stuttgart bei 72,3 %. Insofern gibt es in der Region keine "Dienstleistungslücke".

Tabelle 3.6: Entwicklung unterschiedlich definierter Tertiärisierungsgrade in der Region Stuttgart

	Sektoral abgegrenzter Tertiärisierungsgrad (Basis: Dienstleistungssektor)	Funktional abgegrenzter Tertiärisierungsgrad (Basis: Dienstleistungsberufe)
1998	53,3 %	70,9 %
2000	55,4 %	72,3 %

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, IAW- und IMU-Berechnungen

763.000 Menschen erbringen in der Region (als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte) Dienstleistungen. Sie arbeiten in Dienstleistungsberufen. Demgegenüber sind nur 26,7 % oder 293.000 Beschäftigte mit direkten oder indirekten Produktionstätigkeiten oder in den Bauberufen beschäftigt.

Das Beschäftigungswachstum des Dienstleistungsbereichs fällt im Zeitraum 1998-2000 bei sektoraler Betrachtung (40.824) um 2,5 % höher aus als bei funktionaler Betrachtung (39.837), was z.T. durch Outsourcingmaßnahmen begründet sein könnte (rein sektorale Umschichtung zugunsten des Dienstleistungssektors), zum Teil daran, dass die Ausdehnung der Dienstleistungstätigkeiten im Verarbeitenden Gewerbe in den vorangegangenen Jahren besonders stark war, so dass 1998-2000 eine Konsolidierung eintrat.

3

Tabelle 3.7: Sektoral-funktionale Betrachtung der in der Region Stuttgart im Jahr 2000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

	Produktionstätigkeit	Dienstleistungstätigkeit	SUMME
Prim. u. Sekund. Sektor	242.657	228.780	471.437
Tertiärer Sektor	50.359	534.567	584.926
SUMME	293.016	763.347	1.056.363

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, IAW-Berechnungen

Rund 50.000 Personen, die Produktionstätigkeiten ausführen, tun dies im Dienstleistungssektor,¹⁴ während 228.000 Beschäftigte mit Dienstleistungsberufen, diese im Verarbeitenden Gewerbe, der Bauwirtschaft oder dem Primären Sektor ausüben.

Bei den Frauen ist die Betonung der Dienstleistungstätigkeiten besonders auffallend. Nur rund 45.000 Frauen, das sind 10,4 % der beschäftigten Frauen, führen Nicht-Dienstleistungstätigkeiten aus (d. h. Tätigkeiten der Produktion, des Bauens

¹⁴ Große Arbeitsbereiche für dienstleistungsferne Ausbildungen im Dienstleistungsbereich sind: Kfz-Handel (9.500), Großhandel (5.500), Einzelhandel (6.000), gewerbliche Arbeitnehmerüberlassung (8.000) und die öffentliche Verwaltung (4.000). In diesen fünf Bereichen arbeiten über 33.000 Beschäftigte mit einem Nicht-Dienstleistungsberuf.

sowie der Land- und Forstwirtschaft). 19,4 % (rd. 8.800) dieser Frauen führen diese Tätigkeit allerdings in einem Unternehmen aus, das – statistisch gesehen – zum Dienstleistungsbereich gezählt wird. Die Männer kommen bei der entsprechenden Quote auf einen Wert von 16,6 %.

Qualifikation der Beschäftigten in der Region Stuttgart

Ein entscheidender Faktor für die langfristige Wettbewerbsfähigkeit und die Arbeitsmarktsituation in der Region ist die Qualifikation der Erwerbspersonen. Dabei sind zwei Gruppen von besonderer Bedeutung:

- die Erwerbstätigen, die lediglich einen Haupt- oder Realschulabschluss aufweisen, aber keine berufliche Ausbildung absolviert haben (20 %).¹⁵ Diese Beschäftigtengruppe gehört, wie im letzten Strukturbericht belegt wurde, zu den Verlierern des Arbeitsmarktes. Entsprechend hoch sind die Arbeitslosenquoten in dieser Beschäftigtengruppe.
- Die Erwerbstätigen mit Fachhochschul- oder Universitätsabschluss (11,6 %). Von diesen Erwerbstätigen wird angenommen, dass sie in besonderem Maße die Innovationskraft der Wirtschaft stärken.

Die Mehrheit der anderen Beschäftigten (ca. 60 %) haben im Anschluss an den Haupt- oder Realschulabschluss eine berufliche Ausbildung durchlaufen. In zunehmendem Umfang – bundesweit und in der Region gleichermaßen – zählen auch Abiturienten hinzu, die mehrheitlich eine berufliche Ausbildung absolviert haben.

Diese Gruppe mit mehrheitlich mittleren Ausbildungsabschlüssen hinsichtlich ihrer Qualifikation für den Arbeitsmarkt näher zu untersuchen, reichen die vorliegenden Informationen nicht. So sind in dieser Beschäftigtengruppe sowohl hochqualifizierte Arbeitskräfte (z.B. IT-Fachkräfte, Handwerks- und Industriemeister, Fachwirte und Absolventen der Berufsakademien, die in der Regel den Absolventen einer beruflichen Ausbildung und damit nicht den Akademikern zugerechnet werden) als auch Personen, die über eine – möglicherweise veraltete – Berufsausbildung hinaus nur wenig an beruflicher Qualifizierung teilgenommen haben. Aufgrund dieser relativ großen Heterogenität sind insbesondere branchenübergreifende Aussagen nicht möglich.

¹⁵ Dazu zählen auch die meisten Auszubildenden, da sie in der Regel noch keine abgeschlossene Berufsausbildung haben.

Separat zu betrachten sind die Personen, deren Ausbildung unbekannt bzw. nicht zuordenbar ist (8 %). In dieser Personengruppe befinden sich relativ viele Personen, die gar keinen Ausbildungsabschluss aufweisen – so verlassen ca. 6 % der Schüler die Schule ohne einen Abschluss. Darüber hinaus werden zu dieser Personengruppe auch diejenigen gezählt, die die Frage nach dem Bildungsabschluss zum Beispiel deshalb nicht beantworten, weil sie aus dem Ausland kommen und ihre Ausbildung nicht einem deutschen Abschluss gleichgestellt ist.

Tabelle 3.8: Qualifikationsniveau der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2000

	Beschäftigte mit Haupt-/Realschul- abschluss, ohne Berufliche Ausbild.	Beschäftigte mit „Mittlerer“ Qualifikation	Beschäftigte mit Hochschul- abschluss	Ausbildung unbekannt
BRD-West	17,7 %	63,3 %	8,1 %	10,9 %
Bad.-Württ.	20,8 %	63,0 %	8,7 %	7,4 %
Region Stuttgart	20,0 %	60,5 %	11,6 %	7,9 %
Stuttgart	15,1 %	59,2 %	7,2 %	8,5 %
Böblingen	21,2 %	59,2 %	2,2 %	7,4 %
Esslingen	21,7 %	61,0 %	8,8 %	8,5 %
Göppingen	23,9 %	64,7 %	5,3 %	6,1 %
Ludwigsburg	23,0 %	60,3 %	8,7 %	7,9 %
Rems-Murr-Kreis	22,7 %	62,4 %	7,4 %	7,5 %

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, IAW-Berechnungen

Die Zahl der Beschäftigten ohne Berufsausbildung

In der Region Stuttgart war auch 2000 ein etwas höherer Anteil der Beschäftigten ohne Berufsausbildung als in der BRD-West. Dabei fällt auf, dass in der Stadt Stuttgart nur ein sehr niedriger Anteil der Beschäftigten keine berufliche Ausbildung aufweist. Demgegenüber liegen die Landkreise nicht nur über dem Bundeswert, sondern auch über dem höheren Wert für Baden-Württemberg.

Die hohe Erwerbsquote bei den Personen ohne Berufsabschluss ist insofern ein gutes Zeichen, als sie anzeigt, dass der Arbeitsmarkt in der Region diesen Personenkreis integrieren kann. Dabei nahm auch hier die Anzahl der Beschäftigten ohne Berufsausbildung – mit Ausnahme des Kreises Böblingen – weiter ab. Das hat zwei Gründe:

- Insbesondere bei den Frauen sind die nachrückenden Jahrgänge im Durchschnitt etwas besser ausgebildet als die ausscheidenden. Bei den Frauen sank im Zeitraum 1998-2000 der Anteil der Beschäftigten ohne Berufsausbildung um 3,4 % (3.346), bei den Männern nahm die Anzahl dagegen geringfügig (0,4 %, 510 Personen) zu. Diese Zunahme ist allerdings ausschließlich auf die höhere Beschäftigung junger Menschen zurückzuführen.
- Die steigenden (Qualifikations-) Anforderungen des Arbeitsmarktes führen dazu, dass Personen ohne Berufsausbildung früher aus dem Erwerbsleben ausscheiden als besser qualifizierte Berufstätige.

Tabelle 3.9: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Berufsausbildung

	1998	2000	Änd. 98-00	in %	Anteil an allen SVP-Be- schäftigt.	Veränd. 98/00 < 25 J. absolut	X1
BRD-West	4.135.519	4.052.521	-82.998	-2,0 %	17,7 %	45.179	23,5 %
Bad.-Württ.	797.587	792.611	-4.976	-0,6 %	20,8 %	14.335	44,7 %
Region Stutt.	213.637	210.801	-2.836	-1,3 %	20,0 %	2.817	32,9 %
Stuttgart	54.514	52.998	-1.516	-2,8 %	15,1 %	376	12,1 %
Böblingen	31.555	32.681	1.126	3,6 %	21,2 %	1.341	69,6 %
Esslingen	39.608	39.015	-593	-1,5 %	21,7 %	451	34,0 %
Göppingen	19.657	19.194	-463	-2,4 %	23,9 %	141	34,1 %
Ludwigsburg	38.827	37.867	-960	-2,5 %	23,0 %	196	28,0 %
Rems-Murr-Kreis	29.476	29.046	-430	-1,5 %	22,7 %	312	28,5 %

X1: Anteil der zusätzlichen jungen Beschäftigten, die ohne Berufsausbildung beschäftigt waren.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, IAW-Berechnungen

Besondere Aufmerksamkeit hinsichtlich der Qualifikation verdienen die jungen Erwerbstätigen. Im Zeitraum 1998–2000 ist die Anzahl der jungen Erwerbstätigen gestiegen. Parallel dazu ist auch die Zahl derjenigen gestiegen, die ohne Berufsausbildung erwerbstätig sind. Mit einem Anteil von 32,9 % der zusätzlichen Beschäftigten ohne Berufsausbildung steht die Region Stuttgart besser da als Baden-Württemberg (44,7 %) und schlechter als im Durchschnitt der BRD-West (23,5 %). Die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse ist nicht im gleichen Umfang gestiegen (vgl. 2.1.2).

Der Anteil der zusätzlichen Jugendlichen, die ohne Berufsausbildung den Sprung ins Erwerbsleben vollzogen, variiert beträchtlich: waren es in Stuttgart bei den Männern nur 4,5 %, so waren es im Kreis Böblingen 80 % der Männer. Bei den Frauen streuen die Werte nicht so stark: auch hier wird der niedrigste Wert in Stuttgart (17,7 %) erreicht. An der Spitze mit 63,7 % bzw. 60,4 % liegen der Kreis Ludwigsburg und der Rems-Murr Kreis. Es fällt auf, dass beide Kreise bei den männlichen Berufseinsteigern nur sehr niedrige Anteile ungelernter junger Beschäftigter haben (8,4 % bzw. 12,5 %).

Ein Personenkreis mit besonderen Problemen beim Berufseinstieg sind die jungen Ausländer der zweiten oder dritten Generation.¹⁶ Diese Jugendlichen sind in Deutschland zur Schule gegangen, haben aber häufiger als ihre deutschen Altersgenossen keinen Schulabschluss. So sind die Ausländer mit 31 % gegenüber einem Absolventenanteil von 13 % – weit überproportional bei den Schulabgängern ohne Abschluss vertreten. Auch bei den Hauptschulabsolventen sind sie noch etwas überrepräsentiert (21 %).

Dabei fällt den Ausländern vor allem schwer, im allgemeinbildenden Schulsystem zurecht zu kommen. Im Bereich der beruflichen oder berufsbezogenen Ausbildung (Hauptschulabschluss an beruflichen Schulen, Mittlere Reife an Berufsfachschulen) erreichen sie deutlich bessere Werte. Entsprechend zielt auch die Berufswahl eher auf handwerkliche Berufe und Berufe, in denen dem Schreiben weniger Bedeutung zukommt. Die Ausbildungsbereitschaft ist bei ausländischen Jugendlichen ebenfalls deutlich niedriger: während 62 % der deutschen Jugendlichen zwischen 17 und 20 eine berufliche Ausbildung machen, sind es nur 43 % der ausländischen Jugendlichen. Dieser Unterschied wird noch größer, wenn man berücksichtigt, dass die Ausländer nur in geringerem Umfang andere Ausbildungsangebote wahrnehmen.

¹⁶ Vgl. Wörner, Manfred: Berufs- und Studienwahl von Ausländerkindern, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl 11/01, S. 523ff.

Die Beschäftigten mit akademischer Ausbildung

Ein Vorsprung der Region Stuttgart in Form einer überdurchschnittlichen Akademikerquote ist sowohl gegenüber dem Bund (alte Bundesländer) als auch gegenüber dem Land gegeben. Der Akademikeranteil liegt um 3 bzw. 3,5 Prozentpunkte über dem Landes- bzw. dem Bundesdurchschnitt. Da die Zuwachsraten bei den Beschäftigten mit akademischer Ausbildung in der Region etwas höher als im Land bzw. im Bund sind, ist dieser Vorsprung derzeit stabil. Zwischen den Kreisen variiert die Akademikerquote beträchtlich: am höchsten, allerdings mit geringfügig unterdurchschnittlicher Wachstumsrate, ist sie im Kreis Stuttgart, wo knapp die Hälfte aller Akademiker arbeitet. Überdurchschnittlich ist die Akademikerquote auch im Kreis Böblingen (12,2 %), dort allerdings bei weit überproportionalen Zuwächsen. Die Kreise Esslingen und Ludwigsburg erreichen den Durchschnitt von Baden-Württemberg, wobei die Zuwachsraten in Ludwigsburg über- und in Esslingen unterdurchschnittlich sind.

Der Kreis Göppingen liegt deutlich und der Rems-Murr-Kreis etwas unterhalb des Durchschnittswertes für Baden-Württemberg, wobei in beiden Kreisen auch die Wachstumsraten niedriger als in den anderen Kreisen sind.

Besonders ausgewiesen in der Tabelle sind die Akademiker, die jünger als 35 Jahre sind. Bei einem durchschnittlichen Alter der Hochschulabsolventen von 27–28 Jahren sind das die ersten Berufsjahre der Akademiker, das heißt die Phase, in der das an der Hochschule erworbene Wissen noch relativ aktuell ist und in der die Absolventen (maximal) in der Lage sind, neues Wissen, das sie an der Hochschule erworben haben, in die Praxis umzusetzen.

Tabelle 3.10: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Akademiker

	1998	2000	Veränd. 98/00	Veränd. 98/00 in %	Anteil an allen SVP- Beschäft.	Davon: < 35 Jahre	Veränd. 98/00 < 35 Jahre absolut
BRD-West	1.648.381	1.841.857	193.476	10,5 %	8,1 %	642.438	21.179
Bad.-Württ.	293.225	331.115	37.890	11,4 %	8,7 %	123.678	7.486
Region Stuttg.	108.414	122.633	14.219	11,6 %	11,6 %	46.479	4.039
Stuttgart	53.882	60.009	6.127	10,2 %	17,2 %	23.109	2.266
Böblingen	14.734	18.778	4.044	21,5 %	12,2 %	7.389	1.447
Esslingen	14.468	15.742	1.274	8,1 %	8,8 %	5.576	55
Göppingen	3.950	4.268	318	7,5 %	5,3 %	1.427	-77
Ludwigsburg	12.575	14.311	1.736	12,1 %	8,7 %	5.661	359
Rems-Murr-Kreis	8.805	9.525	720	7,6 %	7,4 %	3.317	-11

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Ähnlich wie bei den ungelernten Arbeitskräften ist auch bei den Akademikern im Zeitraum 1998-2000 die Zahl der jüngeren Arbeitnehmer in der Region gestiegen (+4.039). 40 % davon sind Frauen. Damit ist der Frauenanteil fast genauso hoch wie bei den Beschäftigten insgesamt (41,4 %). Verglichen mit dem Anteil der Frauen an allen Akademikern (24,4 % bzw. 29.914 von 122.633) dokumentiert das ein Aufholen der Frauen bei den Bildungsabschlüssen.

Eine geschlechtsspezifische Betrachtung der Akademikerquoten zeigt auffallende Unterschiede: In allen Kreisen ist eine wachsende Zahl junger Akademikerinnen beschäftigt; der Anteil der Akademikerinnen an den Beschäftigten variiert, sieht man von der Stadt Stuttgart (10,6 %) ab, „nur“ zwischen 3,2 % (Kreis Göppingen) und 6,8 % (Kreis Böblingen).

Bei den Männern unter 35 Jahren waren dagegen vor allem die Stadt Stuttgart und der Kreis Böblingen als Arbeitsorte beliebt. Rund 97 % (2.350 von 2.424) der zusätzlichen Beschäftigungsverhältnisse junger Akademiker waren in diesen beiden Kreisen. Demgegenüber war die Beschäftigung junger Akademiker in den Kreisen Göppingen und Rems-Murr geringfügig abnehmend (zusammen -88 Personen). Mögliche Ursachen dieses Unterschieds in der Entwicklung der Kreise Böblingen und Stuttgart einerseits und Göppingen, Rems-Murr (und Esslingen) andererseits können sowohl ein Mangel an Arbeitsplatzangeboten in den letztge-

nannten Kreisen sein als auch eine relativ hohe Attraktivität der Arbeitsplätze in den beiden anderen Kreisen. Diese könnte sich daraus ergeben, dass die Absolventen Arbeitsplätze in Stuttgart und Böblingen ohne Umzug erreichen können, dass die Stadt Stuttgart im Hinblick auf das Freizeitangebot attraktiv ist und daraus, dass im Kreis Böblingen Unternehmen ihren Sitz haben, die weit über die Region hinaus bekannt sind und als Arbeitgeber geschätzt werden. Der Akademikeranteil variiert bei den Männern mit 7,0 % im Kreis Göppingen und 22,1 % in der Stadt Stuttgart (vor dem Kreis Böblingen mit 15,2 %) stärker als bei den Frauen.

3.2.3 Stand und Entwicklung der Arbeitslosigkeit

Dem Beschäftigungsanstieg von 36.314 Personen im Zeitraum 1998-2000 steht ein Rückgang der Arbeitslosen um 17.689 gegenüber. Das heißt die Zahl der bei den Arbeitsämtern arbeitslos gemeldeten Personen sank von 82.922 (1998) schrittweise auf 75.093 (1999) und 65.233 (2000) ab. Im Jahr 2001 wurde schließlich ein (jahresdurchschnittlicher) Wert von 59.259 erreicht. Entsprechend ging die Arbeitslosenquote der Region von 6,5 % (1998) auf 4,4 % (2001) zurück. Der Abbau der Arbeitslosigkeit verlief analog zur Entwicklung in Baden-Württemberg und Deutschland insgesamt, wo die Arbeitslosenquote im Jahr 2001 durchschnittlich bei 4,9 % bzw. 9,4 % lag.

Tabelle 3.11: Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen)

	1998	1999	2000	2001
Deutschland	11,1	10,5	9,6	9,4
Baden-Württemberg	7,0	6,4	5,4	4,9
Region Stuttgart	6,5	5,8	4,9	4,4
Stuttgart	8,0	7,1	6,2	5,6
Böblingen	7,2	6,3	5,3	4,5
Esslingen	5,6	5,0	4,1	3,6
Göppingen	6,3	5,6	4,7	4,1
Ludwigsburg	5,8	5,4	4,4	3,9
Rems-Murr-Kreis	6,2	5,5	4,5	4,1

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg

Der Abbau der Arbeitslosigkeit erfolgte in allen Kreisen der Region. Die Quoten der einzelnen Kreise weichen jedoch z.T. deutlich vom Durchschnittswert (2001: 4,4 %) ab. Die niedrigste Arbeitslosenquote hat der Landkreis Esslingen mit 3,6 %, während die Stadt Stuttgart mit 5,6 % den höchsten Wert aufweist. Die Rangfolge der Kreise ist im Jahr 2001 dieselbe wie 1998. Das beste Ergebnis erreicht Esslingen, gefolgt von Ludwigsburg, dem Rems-Murr-Kreis, Göppingen, Böblingen und schließlich der Stadt Stuttgart.¹⁷

Tabelle 3.12: Arbeitslose in der Region Stuttgart Jahresdurchschnitt 2000 (nach Berufsbereichen)

	Absolut	Anteile in %	Änd. zum Vorjahr
Landwirtschaftliche Berufe	912	1,4	-17,4
Berufe im Bergbau und der Mineralgewinnung	12	0	-23,9
Berufe des Verarbeitenden Gewerbes	24.097	37	-20,0
Technisch-naturwissenschaftliche Berufe	3.548	5	-19,6
Dienstleistungsberufe	34.866	53	-12,0
Sonstige Arbeitskräfte	1.833	2,8	4,3
SUMME	65.269	100	-15,0

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg und IAW-Berechnungen

Bei der berufsbezogenen Betrachtung der Arbeitslosenzahlen sieht man, dass im Jahr 2000 in der Region Stuttgart etwa 37 % der arbeitslos gemeldeten Personen Tätigkeiten des Verarbeitenden Gewerbes und 60,8 % Dienstleistungstätigkeiten (einschließlich technisch-naturwissenschaftlicher sowie sonstiger nicht näher beschriebenen Tätigkeiten) gesucht haben.

Vor diesem Hintergrund wird auch deutlich, dass in der Region Stuttgart (im Jahr 2000) Angehörige von Dienstleistungsberufen von Arbeitslosigkeit weniger stark betroffen sind als Arbeitnehmer aus dem Bereich direkter bzw. indirekter Produk-

¹⁷ Die auf Berufsbereiche und auf andere Strukturmerkmale bezogenen Arbeitslosendaten für 2001 liegen noch nicht vor.

tionstätigkeit. Während nämlich – wie soeben angeführt – der Arbeitslosenanteil der Dienstleistungsberufe bei 60,8 % liegt, beläuft sich deren Beschäftigtenanteil auf 72,3 %.

An dieser Stelle soll die im Jahr 2000 in der Region Stuttgart vorherrschende Arbeitslosigkeitssituation noch anhand ausgewählter Strukturmerkmale ausgewertet werden. Abgesehen von der Tatsache, dass im Vergleich zum Vorjahr (1999) die Zahl der Arbeitslosen um insgesamt 15,2 % zurückging, sind insbesondere folgende Aspekte von Interesse:

- Die Frauen profitierten von diesem Rückgang nicht in gleichem Maße wie die Männer. Bei ihnen beschränkte sich der Rückgang auf 12,7 %, so dass knapp 47 % der Arbeitslosen Frauen waren. Ihr Anteil an den Arbeitslosen liegt damit höher als bei den Beschäftigten insgesamt (41,4 %).
- Dagegen war die Arbeitslosigkeit unter den Ausländern überproportional (17,2 %) rückläufig. Der Ausländeranteil unter den Arbeitslosen lag 2000 bei knapp 32 %.
- Bei den Arbeitslosen, die eine Teilzeitbeschäftigung suchten, blieb der Rückgang (5,3 %) deutlich hinter dem Gesamtergebnis (15,2 %) zurück. – Mit knapp 13 % ist ihr Anteil an den Arbeitslosen zudem erheblich höher als ihr Anteil an den Beschäftigten (5 %).¹⁸
- Die schwerbehinderten Arbeitslosen profitierten ebenfalls nur unterproportional (9,7 %) vom Rückgang der Arbeitslosigkeit.

¹⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt (2001): Leben und Arbeiten in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 2000, Wiesbaden.

Tabelle 3.13: Arbeitslose nach Strukturmerkmalen, Jahresdurchschnitt 2000
(Region Stuttgart)

	absolut	Anteile	Änd. Vorjahr
SUMME	65.269	100,0	-15,2
- Frauen	30.570	46,8	-12,7
- Ausländer	20.604	31,6	-17,2
- für Teilzeitarbeit	8.370	12,8	-5,3
- mit gesundheitl. Einschränkungen	20.313	31,1	-5,8
- Schwerbehinderte	4.233	6,5	-9,7
- ohne abgeschl. Berufsausbildung	33.910	52,0	-12,9
- mit abgeschl. Berufsausbildung	31.358	48,0	-17,5
- betriebliche Ausbildung	24.176	37,0	-17,8
- Berufsfachsch./ Fachsch.	3.780	5,8	-17,6
- Fachhochsch. / Hochsch.	3.403	5,2	-15,2
- unter 25 Jahre	6.070	9,3	-13,2
- 50 Jahre und älter	29.076	44,5	-13,9
- 50 bis unter 55 Jahre	7.878	12,1	-13,4
- 55 bis unter 60 Jahre	17.040	26,1	-17,2
- 60 bis unter 65 Jahre	4.159	6,4	1,5

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg und IAW-Berechnungen

Im Hinblick auf das Qualifikationsniveau verlief die Entwicklung für Arbeitslose mit Berufsausbildung deutlich positiver als für Ungelernte (Rückgang um 17,5 bzw. 12,9 %). Differenziert man nach Altersgruppen, so konnten sowohl jüngere Arbeitslose (unter 25 Jahren) als auch ältere (ab 50 Jahren) nur unterdurchschnittlich am Abbau der Arbeitslosigkeit partizipieren. Unter den Arbeitslosen macht die Gruppe der älteren Arbeitnehmer fast 45 % aus und ist damit weit überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen.

4 Wirtschaft und Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe

4.1 Entwicklung von Industrie und produzierendem Handwerk

Nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige wird im Produzierenden Gewerbe zwischen den Wirtschaftsabschnitten „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“, „Verarbeitendes Gewerbe“, „Energie- und Wasserversorgung“ und „Baugewerbe“ unterschieden. Näher betrachtet werden im Folgenden das den Produzierenden Sektor der Region Stuttgart dominierende Verarbeitende Gewerbe sowie das Baugewerbe. Mit Abstand wichtigste Branchen des Verarbeitenden Gewerbes sind hier nach Wirtschaftsleistung und Beschäftigung¹ der Fahrzeugbau, die Elektrotechnik und der Maschinenbau. Weitere im Strukturbericht näher analysierte Branchen sind die „Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen“ (Metallgewerbe) und das „Papier-, Verlags- und Druckgewerbe“.

4

Tabelle 4.1: Region Stuttgart – Beschäftigten- und Umsatzanteile der wichtigsten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes (VG) im Jahr 2000

Wirtschaftszweige Unterabschnitte des Verarbeitenden Gewerbes		Beschäftigten- anteil am VG	Umsatzanteil am VG
1	Fahrzeugbau	25,9	43,6
2	Bürotechnik, Elektrotechnik, Feinmechanik u. Optik	19,2	15,4
3	Maschinenbau	18,8	18,8
4	Metallerzeugung u.-bearbeitung, H.v. Metallerzeugnissen	11,2	5,0
5	Papier- Verlags- und Druckgewerbe	7,5	5,4
Anteil der 5 wichtigsten Branchen am Verarbeitenden Gewerbe insgesamt		82,6	88,2

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Statistisches Landesamt und IMU-Berechnungen

¹ Die Daten des Statistischen Landesamts (z. B. Umsätze) beziehen sich auf Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten; die für die Analyse der Beschäftigungsentwicklung verwendete Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit erfasst dagegen die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in allen Unternehmen.

Zum Verarbeitenden Gewerbe zählen neben den Industriebetrieben und Industriebeschäftigten auch verarbeitende Handwerksunternehmen und ihre Beschäftigten. Eine Differenzierung zwischen Industrie und Handwerk lässt die Datenlage nur in sehr begrenztem Maße zu. Die Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit und die Statistischen Berichte zum Produzierenden Gewerbe des Statistischen Landesamts differenzieren nicht zwischen Industrie und Handwerk. Handwerks-spezifische Daten liefern allein die Handwerkszählungen, deren letzte allerdings bereits sieben Jahre zurückliegt, die aktuelle Handwerksberichterstattung des Statistischen Landesamts und die von den Handwerkskammern veröffentlichten Daten.

Nach den vorliegenden Daten gibt es in der Region Stuttgart rund 28.200 Handwerksbetriebe, darunter knapp 23.000 vollhandwerklich tätige Gewerbetreibende und mehr als 5.200 Unternehmen des handwerksähnlichen Gewerbes. Hinter dieser Betriebsanzahl stehen rund 220.000 Beschäftigte, über 12.000 Auszubildende und eine Wirtschaftskraft von rund 18 Mrd. Euro. Bei sektoraler Betrachtung fallen jeweils weniger als 30 % der Betriebe, der Beschäftigten und des Umsatzes auf Dienstleistungshandwerke. Die Mehrzahl der Handwerksbetriebe gehört zum Produzierenden Gewerbe, wobei hier das handwerkliche Baugewerbe etwas stärker ins Gewicht fällt als das handwerkliche Verarbeitende Gewerbe. Eine deutlich größere Rolle als in anderen Regionen spielen in der Region Stuttgart die produzierenden Handwerke für gewerblichen Bedarf, im wesentlichen die innerhalb dieser Handwerksgruppe dominierenden Zulieferhandwerke – ein Indiz für die enge Verflechtung von produzierenden Handwerksbetrieben mit der Industrie in der Region.² Im Folgenden werden bei der wirtschaftlichen Entwicklung und der Beschäftigungsentwicklung Industrie und Handwerk wegen der Datenlage jeweils gemeinsam betrachtet.

4.1.1 Wirtschaftliche Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes

Allein 44 % des Gesamtumsatzes und weit über 50 % des Auslandsumsatzes beim Verarbeitenden Gewerbe wurden 2000 im Fahrzeugbau realisiert. Diese Branche entwickelte sich auch mit Abstand am dynamischsten im Vergleich zum Vorjahr: Im Fahrzeugbau ist ein Plus von 18,6 % zu verzeichnen im Vergleich zu +7,5 %

² Vgl. Dispan, Jürgen (2001): Regionale Struktureffekte und Beschäftigungsperspektiven im Handwerk. Regionalanalyse, Trends, Handlungsfelder. Zwischenbericht Oktober 2001. Stuttgart.

im Verarbeitenden Gewerbe. Über dem Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes lag nur noch die Elektrotechnikbranche mit +13,5 %, das Wachstum der restlichen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes lag zwischen 2 und 5 % (mit Ausnahme des Textil- und Bekleidungsgewerbes mit -3 %).

Tabelle 4.2: Region Stuttgart – Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2000 nach Unterabschnitten

Wirtschaftszweige Unterabschnitte des Verarbeitenden Gewerbes	Umsatz (1.000 Euro)	%-Anteil am VG
Verarbeitendes Gewerbe	77.620.401	100,0
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	2.182.742	2,8
Textil- und Bekleidungsgewerbe	740.007	1,0
Ledergewerbe	459.263	0,6
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	330.058	0,4
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	4.218.424	5,4
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Spalt- und Brutstoffe	-	-
Chemische Industrie	1.935.963	2,5
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	1.736.518	2,2
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erden	-	-
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herst. von Metallerzeugnissen	3.890.983	5,0
Maschinenbau	14.623.588	18,8
Bürotechnik, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	11.927.193	15,4
Fahrzeugbau	33.834.583	43,6
Herst. von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten usw.;		
Recycling	1.129.902	1,5

Quelle: Statistisches Landesamt und IMU-Berechnungen

Im Vergleich zu Baden-Württemberg (+9,6 %) entwickelte sich die Region Stuttgart zwischen 1999 und 2000 etwas schwächer. Hervorzuheben ist die im Vergleich mit einem Minus von jeweils mindestens 3 Prozentpunkten deutlich schlechtere Entwicklung bei Metallgewerbe, Maschinenbau, Druckindustrie und Textilgewerbe. Ein deutlich höherer Zuwachs in der Region Stuttgart ist mit +4,7 Prozentpunkten nur beim Fahrzeugbau zu konstatieren.

4.1.2 Beschäftigte: Strukturen und Entwicklung

Die Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe entwickelte sich in den betrachteten räumlichen Einheiten zwischen 1998 und 2000 sehr unterschiedlich. 1999 war die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Bund (West), Land und Region um 0,9 bis 1,7 % niedriger als 1998. Einzig positiver Ausreißer im „Zwischentiefe“ 1999 war der Landkreis Böblingen mit einem Zuwachs um 1.500 Beschäftigte. Im darauffolgenden Jahr erhöhte sich die Beschäftigtenzahl in Baden-Württemberg und in der Region Stuttgart um 1 %. Bemerkenswerte Unterschiede zeigt die räumlich differenzierte Betrachtung des Verarbeitenden Gewerbes in der Region. Während in der gesamten Region zwischen 1998 und 2000 eine Beschäftigteneinbuße von knapp 1.500 zu verzeichnen ist (-0,4 %), haben die Teilräume sehr unterschiedliche Entwicklungen durchlaufen. Deutlich weniger Beschäftigte als 1998 im Verarbeitenden Gewerbe gibt es 2000 in den Kreisen Stuttgart (-3,4 %), Rems-Murr-Kreis (-2,6 %) und Esslingen (-2,5 %). Allein im industriegeprägten Kreis Böblingen ist eine satte Zunahme um über 6.000 Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe zu verzeichnen (+8,8 %).

4

Tabelle 4.3: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe in den Jahren 1998 bis 2000

	1998	1999	2000	Diff. 98/00	in %	Diff. 99/00	in %
BRD-West	6.548.249	6.434.778	6.480.273	-67.976	-1,0	45.495	0,7
Bad.-Württemb.	1.394.654	1.382.294	1.395.785	1.131	0,1	13.491	1,0
Region Stuttgart	396.921	391.961	395.427	-1.494	-0,4	3.466	0,9
Stuttgart	95.549	93.571	92.336	-3.213	-3,4	-1.235	-1,3
Böblingen	69.730	71.214	75.860	6.130	8,8	4.646	6,5
Esslingen	78.214	76.300	76.265	-1.949	-2,5	-35	0,0
Göppingen	34.735	34.549	34.286	-449	-1,3	-263	-0,8
Ludwigsburg	64.850	63.710	64.254	-596	-0,9	544	0,9
Rems-Murr-Kreis	53.843	52.617	52.426	-1.417	-2,6	-191	-0,4

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Das Verarbeitende Gewerbe der Region Stuttgart ist durch eine starke Investitionsgüterindustrie gekennzeichnet und hierbei insbesondere durch eine branchenmäßige Konzentration auf den Fahrzeugbau, den Maschinenbau und die Elektrotechnik.

Allein diese drei Wirtschaftsunterabteilungen vereinigen knapp 64 % der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe auf sich. Nimmt man zu diesen drei Schlüsselbranchen die "Metallerzeugung und -bearbeitung und Herstellung von Metallerzeugnissen" (Metallgewerbe) hinzu, so decken diese vier wichtigsten Branchen im Jahr 2000 einen Beschäftigtenanteil von genau 75 % am Verarbeitenden Gewerbe in der Region Stuttgart ab. Ein überdurchschnittlicher Anteil dieser Branchen liegt insbesondere im Kreis Böblingen (85 %), aber auch in Stuttgart (79 %) vor.

Tabelle 4.4: Region Stuttgart – Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe

	Wirtschaftszweige Unterabschnitte des Primär-/Sekundärsektors	Beschäftigte Region Stuttgart	%-Anteil SVPB ges.	%-Ant. am VG
A	Land- und Forstwirtschaft	6.918	0,7	–
B	Fischerei und Fischzucht	.	0,0	–
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	997	0,1	–
D	Verarbeitendes Gewerbe	395.427	37,4	100,0
DA	Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	20.080	1,9	5,1
DB	Textil- und Bekleidungsgewerbe	6.050	0,6	1,5
DC	Ledergewerbe	1.833	0,2	0,5
DD	Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	4.121	0,4	1,0
DE	Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	29.758	2,8	7,5
DF	Kokerei, Mineralölverarbeitung, Spalt- u. Brutstoffe	139	0,0	0,0
DG	Chemische Industrie	8.626	0,8	2,2
DH	Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	14.486	1,4	3,7
DI	Glasgewerbe, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	3.683	0,3	0,9
DJ	Metallerzeug. u. -bearbeit., H. v. Metallerzeugn.	44.275	4,2	11,2
DK	Maschinenbau	74.220	7,0	18,8
DL	Bürotechnik, Elektrotechnik, Feinmechanik u. Optik	75.809	7,2	19,2
DM	Fahrzeugbau	102.270	9,7	25,9
DN	Herst. v. Möbeln, Schmuck, usw.; Recycling	10.077	1,0	2,5
E	Energie- und Wasserversorgung	7.188	0,7	–
F	Baugewerbe	60.678	5,7	–
	Summe Produzierendes Gewerbe (C-F)	464.290	44,0	–
	Beschäftigte insgesamt	1.056.363	100,0	–

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Bei der Betrachtung der Entwicklung von 1998 bis 2000 ist festzustellen, dass bei den Schlüsselbranchen Fahrzeugbau und Elektrotechnik, aber auch beim Metallgewerbe ein Beschäftigtenzuwachs realisiert wurde. Nur bei der Schlüsselbranche Maschinenbau wurden Beschäftigte abgebaut. Dem Minus von 1.500 beim Verarbeitenden Gewerbe insgesamt steht ein Plus von 4.300 Beschäftigten bei den drei erstgenannten Branchen gegenüber. Bezieht man hier den Beschäftigungsabbau beim Maschinenbau mit ein (-1.700), so bleibt die Differenz von 4.100 Beschäftigten für die restlichen Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes: Der Beschäftigungsabbau hat demzufolge vor allem in den kleineren Branchen des Verarbeitenden Gewerbes stattgefunden, z. B. beim Textil- und Bekleidungsgewerbe (-1.200), beim Ernährungsgewerbe (-1.000), bei der Möbelherstellung (-900), beim Ledergewerbe (-500) und bei der chemischen Industrie (-400).

Zusammenfassend gab es zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen eine stark unterschiedlich ausgeprägte Beschäftigungsentwicklung. Positive Beschäftigungsentwicklungen zeichneten sich vor allem in den export- und Kfz-orientierten (Schlüssel-)Branchen ab, zu den hauptsächlichen Verlierern zählen hingegen die konsum- und binnenmarktorientierten Branchen. Die geschilderten Schrumpfungsprozesse dieser Wirtschaftszweige führen zu einer weiteren Gewichtsverschiebung innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes in Richtung der die Region bereits dominierenden industriellen Schlüsselbranchen.

4

Tabelle 4.5: Region Stuttgart – Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt und in den wichtigsten regionalen Branchen in den Jahren 1998 bis 2000

	1998	1999	2000	Differenz 98/00	in %	Differenz 99/00	in %
Verarbeitendes							
Gewerbe	396.921	391.961	395.427	-1.494	-0,4	3.466	0,9
Fahrzeugbau	100.000	100.286	102.270	2.270	2,3	1.984	2,0
Maschinenbau	75.917	74.529	74.220	-1.697	-2,2	-309	-0,4
DV/E-Technik/							
Feinmechanik	75.336	74.449	75.809	473	0,6	1.360	1,8
Metallgewerbe	42.685	42.972	44.275	1.590	3,7	1.303	3,0
Sonst. Verarb.							
Gewerbe	102.983	99.725	98.853	-4.130	-4,0	-872	-0,9

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Im Vergleich zu Baden-Württemberg verlief die Beschäftigungsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe der Region Stuttgart etwas schlechter, nachdem sie im früheren Vergleich 1998 mit den Vorjahren "nicht an die Entwicklung auf Landesebene anknüpfen konnte."³ Weiterhin sind "Frauen die Verliererinnen der Beschäftigungsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe."⁴ Es zeigt sich – wie im letzten Strukturbericht bereits konstatiert – eine starke geschlechtsspezifische Diskrepanz zwischen der Beschäftigungsentwicklung bei Männern und Frauen, besonders gut sichtbar an der auseinandergehenden Schere in Baden-Württemberg.

Tabelle 4.6: Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 1998 und 2000 im Verarbeitenden Gewerbe nach Geschlecht

	Männer		Frauen		Gesamt	
	1998-2000	in %	1998-2000	in %	1998-2000	in %
Alte Bundesländer	-34.920	-0,7	-33.056	-1,9	-67.976	-1,0
Baden-Württemberg	+5.695	+0,6	-4.564	-1,1	+1.131	+0,1
Region Stuttgart	-365	-0,1	1.129	-1,1	-1.494	-0,4

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

4

Betrachtet man die Beschäftigtenentwicklung beim Verarbeitenden Gewerbe zwischen 1998 und 2000 nach Tätigkeiten differenziert, so zeigt sich, dass Frauenbeschäftigung vor allem bei der Fertigung (-1.600), und hier bei direkten Produktionstätigkeiten, überproportional zurückging (-5,1 %). Neben dem Abbau bei den direkten Produktionstätigkeiten war bei den – von der Qualifikationsstruktur her ähnlichen – Lagerarbeiten ein starker Rückgang von Frauenarbeitsplätzen zu verzeichnen (-500). Überproportional vom Abbau betroffen waren Frauen ohne Berufsausbildung, deren Anteil im Verarbeitenden Gewerbe ohnehin deutlich höher als bei Männern liegt.⁵

³ IMU & IAW (1999): Strukturbericht 1998/99. Zur wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Lage in der Region Stuttgart. Stuttgart, S. 85.

⁴ Ebd., S. 91.

⁵ Tiefergehende Analysen der geschlechtsspezifischen Beschäftigtenentwicklung leisten zwei IMU-Untersuchungen: Fischer, Alrun; Vogl, Gerlinde (1998): Frauenerwerbstätigkeit in der Region Stuttgart. München (= IMU-Infodienst, Nr. 8/98) sowie Fischer, Alrun; Vogl, Gerlinde (2000): Neue Konzepte beruflicher Weiterbildung für Frauen im strukturellen Wandel. München (= IMU-Infodienst, Nr. 5/2000).

Da in weiten Teilbereichen des Verarbeitenden Gewerbes insbesondere die Fertigungstätigkeiten für An- und Ungelernte einem starken Rationalisierungs- und Verlagerungsdruck ausgesetzt sind, also Funktionen, in denen Frauen traditionell stark vertreten sind, sind Frauen auch die Hauptleidtragenden dieser konjunkturellen und strukturellen Entwicklungen.

Ferner zeigt sich, dass bei neu entstehenden Arbeitsplätzen im Verarbeitenden Gewerbe aufgrund der vorhandenen berufsspezifischen Qualifikationen mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für Männer entstehen als für Frauen.

Überproportional zugelegt haben Frauenarbeitsplätze bei kaufmännischen Diensten und den anderen Unternehmensdiensten (andere UN-Dienste)⁶, während die Dienstleistungstätigkeiten insgesamt deutlich weniger stark zunahmen als bei Männern, die vor allem bei Verwaltungs- und technischen Dienstleistungstätigkeiten kräftig zulegen konnten.

⁶ Die "anderen Unternehmensdienste" setzen sich zusammen aus den Sicherheitsberufen, Dolmetschern, Bibliothekaren, Rechtsberatern, usw.

Tabelle 4.7: Region Stuttgart: Funktionale Gliederung der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe in den Jahren 1998 bis 2000 (alle Berufsklassen)

	Frauen			Männer			Gesamt		
	2000	Differenz 98/2000	in %	2000	Differenz 98/2000	in %	2000	Differenz 98/2000	in %
Verarbeitendes Gewerbe	105.414	-1.129	-1,1	290.013	-0,1		395.427	-1.494	-0,4
Produktionstätigkeiten	34.128	-1.614	-4,5	154.925	-1,9		189.053	-4.605	-2,4
Primärproduktion	77	0	0,0	194	-5,8		271	-12	-4,2
direkte Produktion	29.730	-1.598	-5,1	80.362	-2,3		110.092	-3.514	-3,1
indirekte Produktion	2.487	+21	+0,9	66.761	-1,5		69.248	-986	-1,4
Bauberufe	1.834	-37	-2,0	7.608	-0,7		9.442	-93	-1,0
Dienstleistungstätigkeiten	70.049	+113	+0,2	131.829	+1,7		201.878	+2.281	+1,1
technische Dienste	6.570	+190	+3,0	62.976	+3,0		69.546	+2.023	+3,0
Verwaltung	39.583	+10	0,0	30.499	+4,5		70.082	+1.327	+1,9
andere UN-Dienste	2.164	+209	+10,7	5.517	+2,1		7.681	+321	+4,4
Lager und Verkehr	6.705	-513	-7,1	20.294	-4,4		26.999	-1.441	-5,1
kaufmännische Dienste	11.437	+350	+3,2	10.743	-1,5		22.180	+182	+0,8
Sozialdienste	529	-31	-5,5	651	-0,2		1.180	-32	-2,6
übrige Dienste	3.061	-102	-3,2	1.149	+0,3		4.210	-99	-2,3
Sonstige Tätigkeiten	1.237	+372	+43,0	3.259	+16,4		4.496	+830	+23

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Der Vergleich der Beschäftigten nach Tätigkeiten (funktionale Gliederung) im Verarbeitenden Gewerbe zwischen der Region Stuttgart, Baden-Württemberg und den alten Bundesländern zeigt eine deutliche Schwerpunktsetzung bei Dienstleistungstätigkeiten in der Region Stuttgart (51,1 % im Vergleich zu weniger als 46 % in Bund und Land), während direkte Produktionstätigkeiten deutlich unterrepräsentiert sind. Somit ist die interne Tertiarisierung des Verarbeitenden Gewerbes der Region bereits so weit fortgeschritten, dass über die Hälfte der im Industriesektor Beschäftigten Dienstleistungstätigkeiten ausübt. Ein Prozess, der sich übrigens insbesondere bei den Funktionen „technische Dienste“, „Verwaltung“ und „andere Unternehmensdienste“ weiterhin fortsetzt. Gleichzeitig schrumpfen im anhaltenden internen Strukturwandel die direkten Produktionstätigkeiten weiter. Trotz eines Booms in diesem Zeitraum wird somit die Fertigung bei vielen

Unternehmen arbeitsplatzabbauend restrukturiert. Während noch Anfang der 90er Jahre Umsatzwachstum vor allem durch Kapazitätserweiterung erzielt wurde, entwickeln sich unter den veränderten Bedingungen keine zehn Jahre später Umsatzausweitung und Rationalisierung bei Fertigungstätigkeiten parallel.

Tabelle 4.8: Funktionale Gliederung der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe in den alten Bundesländern, in Baden-Württemberg und in der Region Stuttgart in den Jahren 1998 bis 2000 (ausgewählte Berufsklassen)

	Beschäftigtenanteil am Verarb. Gew. (%)			Entwicklung von 1998 bis 2000 (in %)			Frauenanteil im Jahr 2000 (in %)		
	BRD- West	Baden- Württ.	Region Stgt.	BRD West	Baden- Württ.	Region Stgt.	BRD- West	Baden- Württ.	Region Stgt.
Verarbeitendes Gewerbe	100	100	100	-1,0	+0,1	-0,4	26,8	29,0	26,7
Produktionstätigkeiten	53,9	53,4	47,8	-2,5	-1,2	-2,4	17,8	20,8	18,1
direkte Produktion	35,0	33,8	27,8	-3,1	-1,7	-3,1	24,5	29,3	27,0
indirekte Produktion	16,9	17,8	17,5	-0,9	+0,3	-1,4	4,4	5,2	3,6
Dienstleistungstätigkeiten	45,4	45,8	51,1	+0,8	+1,5	+1,1	37,4	38,6	34,7
Technische Dienste	12,9	13,8	17,6	+2,2	+2,7	+3,0	11,4	11,3	9,4
Verwaltung	16,0	16,1	17,7	+1,5	+2,0	+1,9	56,7	59,5	56,5
andere UN-Dienste	1,4	1,4	1,9	+4,8	+4,3	+4,4	26,9	29,7	28,2
Lager und Verkehr	8,2	7,8	6,8	-3,2	-1,6	-5,1	24,4	28,2	24,8
Kaufmännische Dienste	5,5	5,4	5,6	+1,4	+1,3	+0,8	56,6	55,3	51,6

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Die einleitend gezeigte Verbesserung der Beschäftigungssituation zwischen 1999 und 2000 zeigt auch die Betrachtung zweier Kennziffern des Arbeitsmarkts. Der Zugang Arbeitsloser aus Erwerbstätigkeit im Verarbeitenden Gewerbe ging im Jahresvergleich um 2.700 auf knapp 17.000 zurück, während der Zugang der bei Arbeitsämtern der Region Stuttgart gemeldeten offenen Stellen um 7.200 auf 28.600 anstieg. Dieser Zuwachs bei den offenen Stellen und der damit angezeigte Fachkräftebedarf ist im wesentlichen auf den Boom der Automobilindustrie zurückzuführen, allein im Fahrzeugbau stieg der Zugang gemeldeter offener Stellen von 3.000 um 160 % auf knapp 8.000. Großen Fachkräftebedarf signalisiert neben der Industrie auch das produzierende Handwerk. Laut den Daten aus einer freiwilligen Arbeitgeberbefragung (Erweiterung des IAB-Panels) ist der ungedeckte

Bedarf nach Fachkräften im Handwerk besonders stark, und hier noch deutlich überproportional im produzierenden Handwerk. Nach der zugrundeliegenden gemeinsamen Pressemitteilung des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg und des Landesarbeitsamts vom Juli 2001 waren im gesamten Handwerk 30.000 Stellen unbesetzt, davon 23.000 für Fachkräfte und die restlichen 7.000 für Hilfskräfte. Allein das produzierende Handwerk Baden-Württembergs suchte 20.000 Fachkräfte und 5.000 an- und ungelernte Kräfte (Pressemitteilung vom 27.07.2001). Laut einer Creditreform-Befragung bei mehr als 3.500 Handwerksunternehmen leidet in Westdeutschland jeder zweite Handwerksbetrieb unter Fachkräftemangel.⁷

4.1.3 Fallbeispiel: (Ab-)Wanderetappen des Produzierenden Gewerbes?

Der gezeigte sektorale und funktionale Strukturwandel impliziert auch regionsinterne und über die Region Stuttgart hinausgehende räumliche Wirkungen und einen damit verbundenen raumstrukturellen Wandel, der im Folgenden an einem Fallbeispiel dargestellt wird. Für Produktionsbetriebe zählen eine verkehrsgünstige Lage, die Anbindung und auch nahegelegene Erweiterungsflächen, die möglichst von den Kommunen vorgehalten werden, zu bedeutenden Standortfaktoren. Dies stellt für das vom IMU-Institut untersuchte Fallbeispiel „Arbeitsstättengebiete Stuttgart-Zuffenhausen (West)“ aufgrund der spezifischen Verhältnisse in diesem altindustrialisierten Gebiet eine latente Gefahr dar.⁸ Insbesondere bei Erweiterungsinvestitionen für produktive Tätigkeiten wird häufig eine neue Produktionsstätte in benachbarten Kommunen oder außerhalb des Verdichtungsraums Stuttgart gegründet. In diesem Falle droht in letzter Konsequenz die Abwanderung eines Unternehmens aus Stadt (und Region).

Eine solche – langfristige – „Abwanderung in Raten“ lässt sich modellhaft in folgenden Etappen darstellen:

1. Verlagerung von Teilen der Produktion – meist eine komplette Produktionslinie – und/oder Teilen der Lagerhaltung „auf die grüne Wiese“. Dispositive Tätigkeiten (Verwaltung, FuE, Vertrieb usw.) und produktive Kernfunktionen bleiben am alten Standort.

⁷ Creditreform (2001): Wirtschaftslage Handwerk. Frühjahr 2001. Neuss, S. 33.

⁸ Dispan, Jürgen; Stieler, Sylvia (2000): Wirtschaft und Arbeit in Zuffenhausen-West. Stuttgart.

2. Sukzessive wird die komplette Produktion, teilweise auch der Vertrieb, ausgelagert. Lediglich tertiäre Funktionen verbleiben.
3. Forschung und Entwicklung und weitere produktionsnahe Funktionen ziehen der zuvor ausgelagerten Produktion hinterher. Nur die Hauptverwaltung bleibt am Standort.
4. Mit der Verlagerung der Hauptverwaltung wird der „Altstandort“ endgültig aufgegeben.

Diese Phasen lassen sich für einzelne kleinere und mittlere Unternehmen in Zuffenhausen-West nachzeichnen. Da der idealtypische Verlauf keinen Automatismus darstellt, müssen die Folgeschritte nicht zwangsläufig bei jedem Unternehmen in der beschriebenen Weise eintreten (ein Unternehmen, das derzeit in Phase 1 eingeordnet wird, landet nicht per se bei 4):

4

1. **Karl Wörwag Lack- und Farbenfabrik GmbH & Co. KG:** Wörwag hat aus Gründen der Platzknappheit die Produktion von Pulverlacken mit 80 Beschäftigten vor fünf Jahren nach Renningen verlagert. Die Produktion von Flüssiglacken, die Labors und die Verwaltung sind weiterhin am Standort Strohgäustraße. Die Verlagerung der Pulverlacklabors mit 30 Beschäftigten steht jedoch an.
2. **L'Orange GmbH:** Der Hersteller von Einspritzsystemen für Großdieselmotoren produziert bereits seit ca. zehn Jahren nicht mehr am Standort Zuffenhausen. Die Produktion wurde sukzessive nach Glatten (bei Freudenstadt) und Wolfratshausen verlagert. Lediglich Verwaltung, Forschung und Entwicklung sowie Vertrieb blieben in Zuffenhausen.
3. **Wolff & Müller GmbH & Co. KG:** Von der Bauunternehmung Wolff & Müller, deren Keimzelle in Zuffenhausen war, blieb die Hauptverwaltung und die Verwaltung der Niederlassung Stuttgart mit ca. 200 Beschäftigten am Standort, der Bauhof ist seit längerem ausgelagert. Deutschlandweit hat Wolff & Müller nach einem vorangegangenen drastischen Beschäftigungsabbau von mehr als 4.000 auf 2.000 das Personal in den letzten Jahren wieder auf 2.200 Mitarbeiter aufgestockt und will weiter Fachkräfte einstellen (Stuttgarter Zeitung vom 29.11.01).
4. a) **Fa. Michael:** Die Schilderfabrik wurde komplett nach Kronau verlagert. Zuvor bestand dort ein früher ausgelagerter Zweigbetrieb für große

Serien, das Hauptunternehmen zog dann im Jahr 1996 nach.

- b) **Fa. Wolff & Appenzeller:** Die Produzenten von Spezial-Papierprodukten zogen Mitte der 90er Jahre nach Schwieberdingen, weil die betrieblichen Flächen in Zuffenhausen-West für die Expansion des Unternehmens nicht ausreichten. c) **Fa. Edel:** Die Zuffenhäuser Maschinenfabrik, deren Vertriebsniederlassung in Zuffenhausen-West angesiedelt war, wurde im letzten Jahr komplett aus Zuffenhausen nach Oßweil verlagert. d) **Brotfabrik Jaus:** Die Pforten der zuletzt zum Kamps-Konzern gehörenden Brotfabrik schlossen sich Ende 2000 endgültig, nachdem der Vertrieb schon jahrelang „mehr schlecht als recht“ über einen zusätzlichen Standort im Landkreis Ludwigsburg abgewickelt werden musste.

Neben kleineren und mittleren Unternehmen haben in der Vergangenheit natürlich auch die „drei Großen“ des Untersuchungsraums Zuffenhausen-West Funktionen verlagert und ausgelagert:

- Die Alcatel SEL AG hat einen Großteil der Produktion in andere Werke innerhalb Deutschlands und weltweit abgegeben, stadtintern wurden Betriebsteile nach Weilimdorf verlagert. Alcatel SEL im Konzernverbund des Global-Players Alcatel hat – laut eigener Aussage – kaum regionalen oder lokalen Bezug. Entscheidungen werden im globalen Rahmen gefällt und vom Weltmarkt beeinflusst. Aktuell gibt es offenbar „viele Hinweise und Signale aus der Pariser Konzernzentrale“ zur „Verlegung von Hauptaktivitäten und einer verstärkten Orientierung zum Hauptstadtstandort Berlin“ (Zitat aus einem Expertengespräch).
- Die Dürr AG, heute Weltkonzern, begann als Flaschnerei in Cannstatt und zog 1937 nach Zuffenhausen. Nach dem „Durchbruch“ Mitte der 50er Jahre lagerte Dürr vor allem Fertigungsbetriebsteile aus. Heute sind am Standort Zuffenhausen die Hauptverwaltung, Konstruktion, Vertrieb und Auftragsabwicklung konzentriert. Bis 1992 waren hier auch noch Teile der Produktion, die aber aus Platzmangel sukzessive in drei Werke ausgelagert wurde.
- Bei der Porsche AG wurden seit den 70er Jahren sukzessive Betriebsteile nach Ludwigsburg, Kornwestheim (Vertriebszentrum) und nach Weissach (Entwicklungszentrum) ausgelagert. Der Boxster, neben dem „911er“ das zweite Modell, wird seit Mitte der 90er Jahre zusätzlich zu Zuffenhausen in Finnland gefertigt. Ab 2002 wird die dritte Modellreihe, das „sportliche Mehrzweckfahrzeug Cayenne“, in Leipzig gebaut. Für eine Ausweitung der

Produktion in Zuffenhausen fehlt der notwendige Platz. Die Produktion in Zuffenhausen ist durch die „Streulage“ suboptimal (die Fertigungstiefe liegt ohnehin bei lediglich 18 %). Nach Aussage des Vorstandsvorsitzenden Wendelin Wiedeking von Anfang 2000 liegt „die Zukunft von Porsche im Osten“; inzwischen regelt jedoch eine Standortvereinbarung bei Porsche die Stabilisierung und den Erhalt von Zuffenhausen hinsichtlich seiner betrieblichen Funktionen und seines Beschäftigtenumfangs.

Nach diesen exemplarisch dargestellten „Wanderetappen“ des Produzierenden Gewerbes aus dem Zentrum in die Region und darüber hinaus wird im Folgenden die Beschäftigungsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe der Region Stuttgart branchenspezifisch dargestellt, d. h. es wird detaillierter auf die Beschäftigtenentwicklung in relevanten Branchen eingegangen. Im einzelnen sind dies die nach Beschäftigung und Umsatz größten Wirtschaftszweige der Region Stuttgart: der Fahrzeugbau, die Elektrotechnik, der Maschinenbau, das Metallgewerbe und die Druckindustrie. Ergänzend wird zudem die Entwicklung des Baugewerbes als weiterem wichtigen Wirtschaftsabschnitt des Produzierenden Sektors analysiert.

4

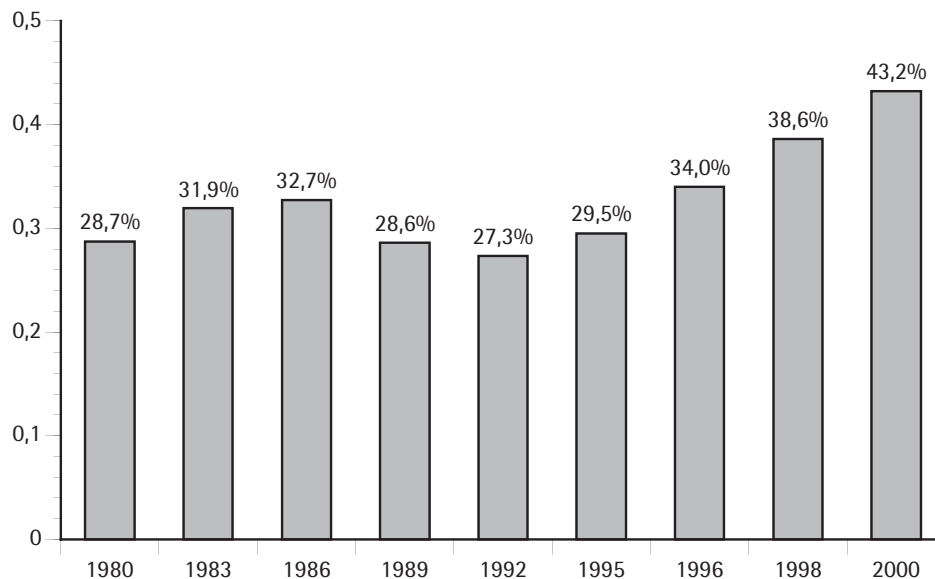
4.2 Fahrzeugbau

4.2.1 Wirtschaftliche Entwicklung

Der Fahrzeugbau ist die mit Abstand größte Industriebranche in der Region Stuttgart. Die gesamte Branche befindet sich seit Jahren in einer Restrukturierungsphase, deren Dynamik bei den Kfz-Herstellern wie den Zulieferern zu grundlegend neuen Strukturen und Funktionen in der Wertschöpfungskette führt sowie zu effizienteren innerbetrieblichen wie überbetrieblichen Prozessen zwingt. Diese Reorganisation der Wertschöpfungskette vollzieht sich einerseits im globalen Maßstab, bildet sich jedoch auch auf der regionalen Ebene ab. Aus der dramatischen Krise Anfang der 90er Jahre kommend gelang es, mit der vor allem durch die Automobilhersteller forcierten Restrukturierung der Branche einen ökonomischen Erholungsprozess einzuleiten, der in einen bis in das erste Halbjahr 2001 anhaltenden Boom mündete. Diese wirtschaftliche Erholung und Prosperität der Kfz-Branche ist auf der anderen Seite mit einem massiven Abbau an Beschäftigten verbunden, deren Verluste auch in der Boomphase bei weitem nicht kompensiert werden konnten.

Dem Wirtschaftszweig Fahrzeugbau werden in der Region Stuttgart nicht einmal 100 Betriebe zugeordnet, dennoch konnte er seinen Umsatzanteil am Verarbeitenden Gewerbe auf über 43 % erhöhen und damit einen neuen Rekord markieren. Der Anstieg der Umsatzanteile am Verarbeitenden Gewerbe erwächst aus den deutlich gestiegenen Exporten, die umgekehrt auch die Achillesferse der Branche wie auch der Region sind. Einerseits steigende Abhängigkeit von externen Faktoren, andererseits Ausdruck einer erfolgreichen Produktpolitik der Unternehmen, die die Region Stuttgart als erfolgreiche Fahrzeugregion bestätigt und deren wirtschaftliche Stärke fundiert. Auch wenn die Region Stuttgart aus dem Branchenboom als Gewinner hervorgegangen ist, müssen sich die regionalen Akteure für die Phase eines Abschwungs wappnen, um nicht wie 1993 die Region unvorbereitet in eine scharfe Krisensituation schlittern zu lassen.

Abbildung 4.1: Umsatzanteile des Fahrzeugbaus am Verarbeitenden Gewerbe in der Region Stuttgart in Prozent



Quelle: Statistisches Landesamt und IMU-Berechnungen

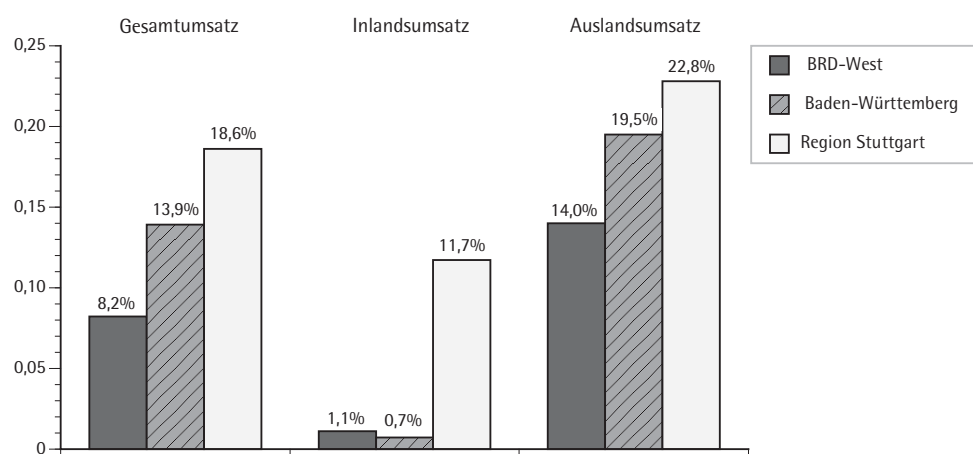
Die Automobilbranche ist sehr konjunkturabhängig und nicht alle deutschen Automobilhersteller konnten in den letzten Jahren gleichermaßen vom Wachstum profitieren. Die Region Stuttgart profitierte von den Herstellern DaimlerChrysler

und Porsche ebenso wie von der Entwicklung bei den Kfz-Zulieferern, von denen der bekannteste die Robert Bosch GmbH ist, der weltweit zweitgrößte Zuliefererkonzern. DaimlerChrysler und Porsche warteten in den letzten Jahren mit starken Zuwächsen auf, was sich entsprechend in den Branchenzahlen ablesen lässt.

Zwischen 1999 und 2000 stieg der Umsatz im Fahrzeugbau in der Region Stuttgart um 18,6 % oder 5,3 Mrd. Euro auf insgesamt knapp 34 Mrd. Euro. Die Region Stuttgart konnte deutlich stärkere Umsatzzuwächse aufweisen als die Branche in Baden-Württemberg oder in den alten Bundesländern. In der Region wurden diese Vorteile gegenüber dem Land und der Bundesebene sowohl beim Inlandsumsatz als auch beim Export erzielt. Eine wesentliche Ursache für diese überdurchschnittlichen Zuwächse liegt in den starken Exporten, von denen die beiden Hersteller aus der Region besonders profitieren konnten. DaimlerChrysler wie Porsche sind stark in den US-amerikanischen Märkten vertreten und konnten natürlich auch von der Stärke des Dollar profitieren. Die Bedeutung des Exports für den Gesamtumsatz wird an der stetig steigenden Exportquote sichtbar. Sie stieg von 48 % im Jahr 1996 auf 57 % im Jahr 1998 und erreichte im Jahr 2000 nahezu 65 %. Damit unterstreicht sie die Bedeutung des Exports als Konjunkturlokomotive.

4

Abbildung 4.2: Umsatz- und Exportentwicklung im Fahrzeugbau zwischen 1999 und 2000 in Prozent



Quelle: Statistisches Landesamt und IMU-Berechnungen

Die Abhängigkeit des wirtschaftlichen Wachstums vom Export ist in der Region Stuttgart überdurchschnittlich hoch (Land: 58%) und stellt zu der Konjunkturabhängigkeit der Branche derzeit ein weiteres Risiko dar, weil die Branche insgesamt entsprechend anfällig für Wechselkursschwankungen des Euro gegenüber dem Dollar ist, und bei einem schwächeren Dollar auch entsprechende Abschlüsse bei den Umsätzen zu erwarten sind, was in der Folge auch in der regionalen Wirtschaft ihren Niederschlag finden wird.

Tabelle 4.9: Anteile ausgewählter Regionen Baden-Württembergs am Umsatz des Fahrzeugbaus in Prozent (1996, 1998 und 2000)

Umsatz im Fahrzeugbau	Anteile am Landes- wert 1996 in %	Anteile am Landes- wert 1998 in %	Anteile am Landes- wert 2000 in %
Region Stuttgart	59,9 %	57,5 %	60,1 %
Region Franken	10,3 %	13,6 %	13,3 %
Region Donau-Iller	7,8 %	6,4 %	5,7 %
Region Mittl. Oberrhein	5,2 %	8,4 %	7,4 %

Quelle: Statistisches Landesamt und IMU-Berechnungen

Der Fahrzeugbau in der Region Stuttgart setzte sich mit seinen Umsatzzuwächsen sowohl vom Landesdurchschnitt wie auch gegenüber den anderen Regionen in Baden-Württemberg deutlich ab. So konnten zwar auch die Regionen Mittlerer Oberrhein (mit Rastatt) und Franken (mit Neckarsulm und Heilbronn) mit 12 % und 24 % kräftige Umsatzzuwächse ausweisen, profitierten aber trotz der verstärkten Ansiedlung von bedeutenden Zulieferern im Jahr 2000 nicht gleichermaßen vom Kfz-Boom. Das überdurchschnittliche Wachstumstempo in der Region Stuttgart resultiert im Kern aus der Dominanz der exportorientierten Finalisten DaimlerChrysler und Porsche. Insoweit ist es der Region Stuttgart im Jahr 2000 lediglich gelungen, einen Etappensieg zu erzielen. Das Gewicht der Region Stuttgart im Land wird sich in den nächsten Jahren weiter verringern, zugunsten der anderen Regionen, die ihre Anteile am Landeswert durch Verlagerungen aus der Region Stuttgart und der Ansiedlung in verkehrsgünstigere Regionen ausbauen werden. Konkrete betriebliche Beispiele liefern hier die Firmen Robert Bosch, Getrag, Dräxlmaier und Modine. Diese haben zwar mit Teilverlagerungen die Verwaltungsgrenzen der Region Stuttgart überschritten, aus deren Sicht sind ihre neuen Betriebsstandorte jedoch Entscheidungen für die Region, da sich der Regionsbegriff in den Unternehmensleitungen weniger an den Verwaltungsgrenzen als an den Einzugsgebieten orientiert.

Mit den steigenden Umsätzen in der Region Stuttgart stieg auch der Pro-Kopf-Umsatz im Jahr 2000 um 16 % auf 277.945 Euro gegenüber dem Vorjahr (238.722 Euro). Ein zusätzlicher Indikator für die Produktivitätszuwächse in der Branche ist die Lohnquote⁹, die auch im Jahr 2000 gegenüber den Vorjahren gesunken ist. Im Jahr 1996 lag die Lohnquote in der Region noch bei 24,2 %, 1998 bei 19,7 % und im Jahr 2000 nach nochmaliger Reduzierung bei 16,4 %.

Bei der Betrachtung der Quartals- und Monatszahlen für das Jahr 2001 wird die Sonderstellung des Fahrzeugbaus offensichtlich, sowohl die Umsätze als auch die Auftragseingänge präsentieren sich in der Region Stuttgart und in Baden-Württemberg insgesamt positiv. Auch im dritten Quartal 2001 erhöhte sich der Umsatz gegenüber dem Vorjahresquartal in der Region Stuttgart um 7,3 % auf 8,7 Mrd. Euro, in Baden-Württemberg insgesamt wurden 14,3 Mrd. Euro umgesetzt.

Betrachtet man die Umsätze für Januar bis September 2001 insgesamt, so stiegen in diesem Zeitraum in Baden-Württemberg die Umsätze um 9,2 % und in der Region Stuttgart um 10,1 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Bei der reinen Quartalsbetrachtung zeigt sich zwischen dem 3. Quartal 2001 gegenüber dem 2. Quartal 2001 ein Rückgang bei den Umsätzen um 6 % in der Region Stuttgart und 6,6 % in Baden-Württemberg, angesichts der momentanen Verfassung des Verarbeitenden Gewerbes zum Jahreswechsel 2001/02 ist dies aber nicht überraschend. Bezogen auf die Umsätze im Fahrzeugbau lässt sich in dieser Branche zum derzeitigen Zeitpunkt noch kein echter Abwärtstrend konstatieren. Die Umsatzentwicklung im Fahrzeugbau trotz bislang dem negativen Trend im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt und auch die Frühindikatoren weisen im Fahrzeugbau derzeit nicht auf eine Trendwende in den Abschwung hin.

Tabelle 4.10: Veränderungen des Umsatzes beim Fahrzeugbau im Jahr 2001 gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum in Prozent

	Gesamtumsatz	Inlandsumsatz	Export
1. Quartal 2001: Baden-Württemberg	+11,2 %	+8,0 %	+13,4 %
Region Stuttgart	+13,3 %	+17,4 %	+11,3 %
2. Quartal 2001: Baden-Württemberg	+9,1 %	+4,9 %	+12,1 %
Region Stuttgart	+9,8 %	+8,3 %	+10,7 %
3. Quartal 2001: Baden-Württemberg	+7,4 %	+2,0 %	+11,3 %
Region Stuttgart	+7,3 %	+5,6 %	+8,3 %

Quelle: Statistisches Landesamt und IMU-Berechnungen

⁹ Anteil der Bruttolohn- und Gehaltsumme am Gesamtumsatz

Die Stabilität bei den Umsätzen spiegelt sich bei den Auftragseingängen der Fahrzeugbauer in Baden-Württemberg wider, sie gaben auch im September 2001 noch keinen Anlass zur Sorge. Im September reduzierte sich dieser Indikator zwar leicht um 1,9 % gegenüber dem Vormonat August, bezogen auf den Vorjahreswert lag er um 3,4 % höher und betrachtet man die drei Quartale insgesamt so zeigt sich ein Zuwachs bei den Auftragseingängen um 14,4 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Entscheidend für die weitere Entwicklung werden die Auftragseingänge im letzten Quartal 2001 sein und die Frage, ob die leichte Abschwächung der Auftragsorders vom September in einen länger anhaltenden Rückgang übergeht. Die Steigerung bei den Auftragseingängen war auch in den vergangenen drei Quartalen dem Export zu verdanken. Die Auslandsnachfrage erhöhte sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 14,4 %, dagegen ist die Inlandsnachfrage weiterhin schwach und weist für die ersten drei Quartale 2001 einen Nachfragerückgang um -1,8 % aus.

Die konjunkturelle Abschwächung in den USA und das angespannte weltpolitische Klima werden sich im Jahr 2002 im Fahrzeugbau in der Region Stuttgart mit Bremsspuren im Export bemerkbar machen. Derzeit ist noch offen, mit welcher Intensität sich der seit September 2001 zugespitzte Pessimismus in der Konjunktur der Kfz-Branche negativ niederschlägt. Derzeit kann man für die Region Stuttgart im Fahrzeugbau lediglich eine reduzierte Dynamik konstatieren, ob die Konsolidierung auf hohem Niveau gelingt, hängt maßgeblich von der zukünftigen Entwicklung des Exports ab. Angesichts der stimulierten Nachfrageimpulse (Rabatte, Incentives und niedrige Zinsen) ist das Risiko gegeben, dass derzeit Fahrzeugkäufe lediglich vorgezogen werden, mit dem Effekt, im Jahr 2002 möglicherweise umso stärker in ein Absatzloch zu fallen, zumal der Weltmarkt weiterhin von Überkapazitäten geprägt ist.

Tabelle 4.11: Veränderungen des Auftragseingangsindex (Volumenindex) im Fahrzeugbau gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum in Baden-Württemberg

	Gesamt	Inland	Ausland
Jan.-Sept. 01 zu Vjz.	+7,3 %	-1,8 %	+14,4 %
2000 zu 1999	+12,1 %	+11,3 %	+12,7 %
1999 zu 1998	+12,2 %	+6,9 %	+16,9 %
Indexwert im Sept. 2001 (Basis 1995=100)	194,7	144,9	247,8

Quelle: Statistisches Landesamt und IMU-Berechnungen

4.2.2 Beschäftigungsentwicklung

In der Region Stuttgart ist über ein Viertel der in der Industrie Beschäftigten im Fahrzeugbau tätig. Der Fahrzeugbau ist damit die beschäftigungsstärkste Branche im Verarbeitenden Gewerbe der Region Stuttgart. In der Fahrzeugbaubranche sind Endhersteller wie DaimlerChrysler und Porsche und ein Teil der zugehörigen Zulieferindustrie zusammengefasst. Ein Teil der Zulieferindustrie deshalb, weil zu der Wirtschaftsgruppe „Herstellung von Kfz-Teilen, Karosserien und Zubehör“ nur Zulieferer im engeren Sinne gezählt werden. Alle weiteren Zulieferer, die einen großen Teil ihres Umsatzes mit der Kraftfahrzeugindustrie erzielen, sind nicht im Fahrzeugbau erfasst sondern anderen Wirtschaftszweigen zugeordnet.

In der Region Stuttgart waren zum 30.06.2000 in der Kfz-Branche 102.270 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte gemeldet, damit ist die Beschäftigung in der Region zwischen den Jahren 1998 und 2000 um 2,3 % gestiegen. Der Zuwachs verlief somit etwas stärker als in Baden-Württemberg und in den alten Bundesländern. Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes hat der Fahrzeugbau die höchsten absoluten Zuwächse in der Region Stuttgart.

4

Dieser relativ geringe Zuwachs bei den Beschäftigten spiegelt auch die Produktivitätsfortschritte in der Kfz-Industrie wider, der es in den Boomjahren gelungen ist, mittels Unternehmens- und Branchenrestrukturierungen zweistellige Produktionssteigerungen mit einem deutlich geringeren Personalmehrbedarf zu erzielen. Es verdeutlicht aber auch, wie wenig sich der ökonomische Erfolg einer Branche unmittelbar in Beschäftigungszuwächsen manifestiert. Wir beobachten auch im Jahr 2000 die Entkoppelung von Umsatzwachstum (+19,0 %) und Beschäftigungswachstum (+2,0 %). Während die Unternehmen in den wirtschaftlichen Wachstumsphasen nur sehr gebremst zusätzliches Personal einstellen, um die Zuwächse abarbeiten zu können, werden bei ersten Anzeichen konjunktureller Risiken vor allem bei großen Unternehmen und Konzernen vorsorglich Einstellungsstopps verhängt oder Personal abgebaut.

Betrachtet man die einzelnen Kreise der Region Stuttgart, so relativiert sich der Beschäftigungszuwachs in der Region deutlich. Lediglich im Kreis Böblingen wurden zwischen 1998 und 2000 starke Beschäftigungszuwächse im Fahrzeugbau realisiert, in den anderen Kreisen wurde Beschäftigung abgebaut. Die stärksten absoluten Verluste verbuchte der Stadtkreis Stuttgart gefolgt vom Kreis Esslingen. Diese negativen Effekte passen angesichts des starken Wachstums bei den Endherstellern und Zulieferern nicht so recht ins Bild. Die Ursachen liegen zum einen in der Verlagerung von Tätigkeiten innerhalb von DaimlerChrysler von Stuttgart in

das neue Sindelfinger Entwicklungszentrum (Landkreis Böblingen) und dem Beschäftigungsaufbau im Sindelfinger Montagewerk. Zum anderen wurden in der Zulieferindustrie Personalreduzierungen durchgeführt, die sich im wesentlichen aus Rationalisierungsmaßnahmen und Outsourcing von Funktionen begründen lassen.

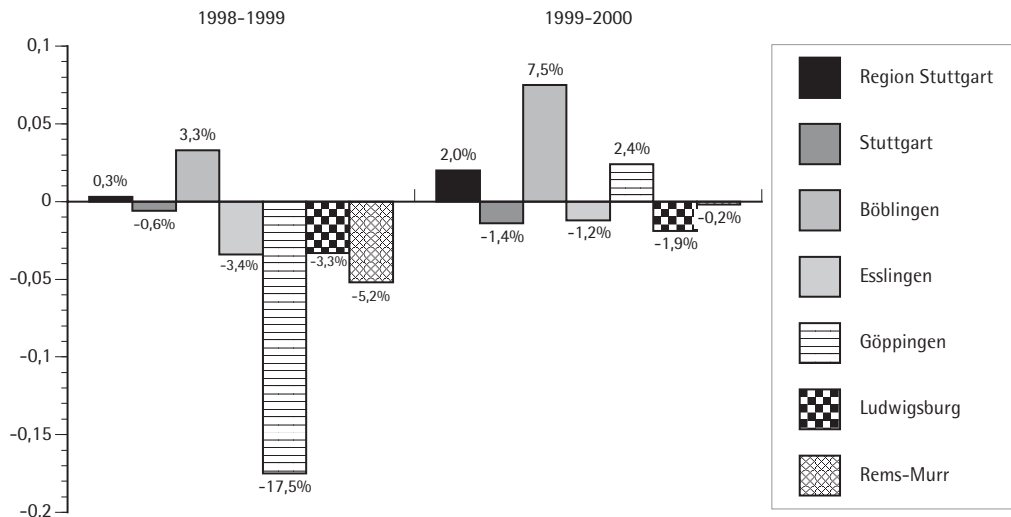
Tabelle 4.12: Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Fahrzeugbau

	1998	1999	2000	Differenz 98/00	98/00 in %	Differenz 99/00	99/00 in %
BRD-West	760.908	762.821	775.433	14.525	1,9	12.612	1,7
Bad.-Württemb.	187.546	187.235	191.734	4.188	2,2	4.499	2,4
Region Stuttgart	100.000	100.286	102.270	2.270	2,3	1.984	2,0
Stuttgart	38.624	38.385	37.854	-770	-2,0	-531	-1,4
Böblingen	35.965	37.164	39.948	3.983	11,1	2.784	7,5
Esslingen	13.193	12.747	12.594	-599	-4,5	-153	-1,2
Göppingen	1.171	966	989	-182	-15,5	23	2,4
Ludwigsburg	7.055	6.823	6.691	-364	-5,2	-132	-1,9
Rems-Murr-Kreis	3.992	4.201	4.194	202	5,1	-7	-0,2

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Beschäftigungsaufbau vermeldet in der Region Stuttgart nur der Kreis Böblingen mit nahezu 4.000 neuen Stellen im Fahrzeugbau, die zwischen 1998 und 2000 geschaffen wurden. Die Ursachen liegen wie bereits beschrieben, im Ausbau von Standorten aus dem DaimlerChrysler-Konzern, des weiteren haben sich um das Montagewerk von DaimlerChrysler eine Reihe von Zulieferern angesiedelt, mit entsprechend positiven Beschäftigungseffekten für den Kreis Böblingen.

Abbildung 4.3: Beschäftigtenentwicklung im Fahrzeugbau (in Prozent)



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

4

Betrachtet man die Beschäftigungsentwicklung zwischen 1998 und 2000 differenziert nach Geschlecht, so zeigt sich, dass die Frauen in der Region Stuttgart und in den alten Bundesländern überdurchschnittliche Zuwächse bei den Beschäftigten erzielen konnten, während in Baden-Württemberg insgesamt die Frauen bei der Beschäftigung nur unterdurchschnittliche Zuwächse hatten. Die überdurchschnittlichen Beschäftigungszuwächse bei den Frauen im Fahrzeugbau der Region Stuttgart resultieren vor allem aus den Zuwächsen bei den Verwaltungstätigkeiten und den Technischen Diensten, bei den Produktionstätigkeiten war die Beschäftigung von Frauen gleichermaßen wie die der Männer rückläufig. Im Jahr 2000 lag der Frauenanteil im Fahrzeugbau bei 14,0 %.

Tabelle 4.13: Entwicklung der Beschäftigten zwischen 1998 und 2000 im Fahrzeugbau nach Geschlecht

	Männer		Frauen		Gesamt	
	1998-2000	in %	1998-2000	in %	1998-2000	in %
Alte Bundesländer	+12.034	+1,8	+2.491	+2,5	+14.525	+1,9
Baden-Württemberg	+3.746	+2,3	+442	+1,7	+4.188	+2,2
Region Stuttgart	+1.865	+2,2	+405	+2,9	+2.270	+2,3

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Bei der differenzierten Betrachtung der Beschäftigung nach Tätigkeiten, waren im letzten Strukturbericht auf Basis der Beschäftigtendaten bis zum Jahr 1998 die Produktionstätigkeiten noch die Gewinner des Kfz-Booms,¹⁰ dies gilt zwei Jahre später nicht mehr. Zwischen 1998 und 2000 hat sich die Situation gedreht und die Produktionstätigkeiten sind die Verlierer bei den Beschäftigten im Fahrzeugbau. Zwischen diesen beiden Jahren wurden in der Region Stuttgart bei den direkten Produktionstätigkeiten 875 Stellen abgebaut, das entspricht einem prozentualen Rückgang um 3,3 % bei Männern wie Frauen. Damit lag der prozentuale Rückgang in der Region höher als in den alten Bundesländern (-1,4 %) und in Baden-Württemberg, wo dieser Tätigkeitsbereich einen leichten Zuwachs um 0,9 % hatte. Im Jahr 2000 übten 48 % der im Fahrzeugbau der Region Stuttgart Beschäftigten Produktionstätigkeiten aus, damit hat dieser Tätigkeitsbereich den höchsten Anteil bei den Beschäftigten im Fahrzeugbau.

Die höchsten Zuwächse verzeichnet der Bereich Technische Dienste, der sich fast zur Hälfte aus Forschung und Entwicklung zusammensetzt. Bei diesen Technischen Diensten wurde mit 1.659 neuen Stellen ein kräftiger Zuwachs um 8,8 % erreicht, wobei in Baden-Württemberg ein noch stärkerer Zuwachs um 11,5 % und in den alten Bundesländern sogar ein Zuwachs um 12,3 % erzielt wurde. Gestärkt wurden in der Region Stuttgart insbesondere die FuE-Tätigkeiten mit einem Zuwachs um 13,5 % oder 1.292 Beschäftigten, wobei die Frauen mit einem Zuwachs von 40 % überdurchschnittlich stark vom Ausbau dieser Tätigkeiten profitieren konnten. Jedoch liegt deren Beschäftigungsanteil bei der Forschung und Entwicklung nur bei 4,9 %, gegenüber 14 % Frauenanteil im Fahrzeugbau der Region insgesamt.

Da die Anforderungen an Forschung und Entwicklung weiterhin steigen, ist perspektivisch mit einer Stabilisierung auf hohem Niveau zu rechnen. Lediglich weitere Verschiebungen zu den Zulieferern und Ingenieurdienstleistern sind hier zu erwarten. In der Produktion ist mit weiter rückläufigen Beschäftigtenzahlen zu rechnen, da hier nicht nur konjunkturelle Krisen negativ auf die Produktion und deren Kapazitäten einwirken, sondern auch innerbetriebliche Strukturmaßnahmen negativ für die Beschäftigung wirken. Hierzu zählen die Standardisierung und Stabilisierung von Fertigungs- und Montageprozessen, die auch qualifizierte Fertigungsberufe betreffen werden. Der Fahrzeugbau hat in der Region Stuttgart trotz Stellenabbau in einzelnen Funktionsbereichen weiterhin Bedarf nach Fachkräften. So stiegen zwischen 1999 und 2000 die bei den Arbeitsämtern der

¹⁰ IMU & IAW (1999): Strukturbericht 1998/99. Zur wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Lage in der Region Stuttgart. Stuttgart, S. 95.

Region gemeldeten offenen Stellen sprunghaft von 3.030 um 160 % auf 7.900 an. Die Zahl der dem Fahrzeugbau zugerechneten und gemeldeten Arbeitslosen verringerte sich im gleichen Zeitraum um 35,5 % auf 1.600.

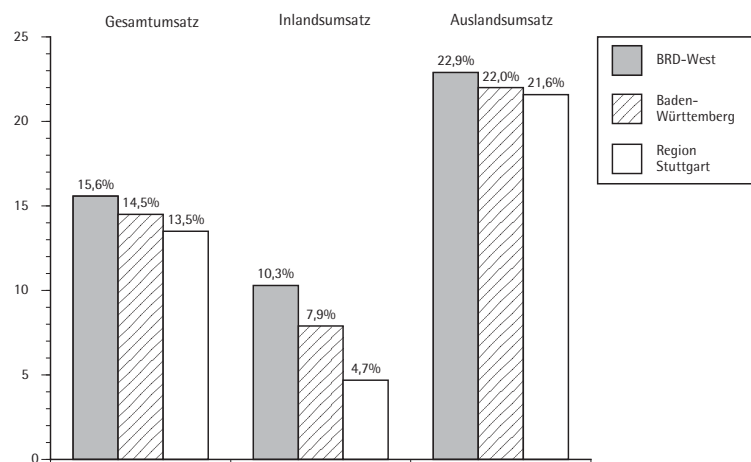
4.3 Elektrotechnik

Die „Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik“ als Unterabschnitt der Wirtschaftszweigsystematik umfasst ein weites Spektrum von Teilbranchen, von der Herstellung von Elektrokabeln und Elektrizitätsverteilungsanlagen über die designintensive Produktion von Lampen, die FuE-intensive Mess- und Navigationstechnik, die Fertigung elektrischer Ausrüstungen für Motoren und Fahrzeuge, die Herstellung von medizinischen, optischen und DV-Geräten bis zur Handyproduktion und Elektronik. Im Folgenden werden diese nach der neuen Wirtschaftszweigsystematik abgegrenzten Branchen trotz der breiten Palette verschiedener Erzeugnisse unter dem Begriff Elektrotechnik zusammengefasst.

4.3.1 Wirtschaftliche Entwicklung

Die Elektrotechnik ist – gemessen am Umsatz – der drittgrößte Bereich des Verarbeitenden Gewerbes in der Region Stuttgart. Mit mehr als 11,9 Mrd. Euro Umsatz erreicht sie im Jahr 2000 einen Anteil von 15,4 % am Verarbeitenden Gewerbe. Damit verbessert sich bei der Elektrotechnik im Boomjahr 2000 das Vorjahresergebnis um 13,5 %. Im Vergleich dazu schneiden Baden-Württemberg und die alten Bundesländer mit einem Umsatzwachstum von 14,5 % bzw. 15,6 % jedoch noch besser ab.

Abbildung 4.4: Umsatz- und Exportentwicklung bei der Elektrotechnik zwischen 1999 und 2000 in Prozent



Quelle: Statistisches Landesamt und IMU-Berechnungen

Die Exportquote beträgt in der Region Stuttgart 56 % im Vergleich zu 50 % in Baden-Württemberg. Wie der Jahresvergleich zwischen 1999 und 2000 zeigt, ist das satte Umsatzwachstum insbesondere in der Region Stuttgart vor allem dem Export zu verdanken. Der Inlandsumsatz konnte zwar leicht zulegen, kann dem Auslandsumsatz jedoch wie in den Vorjahren nicht annähernd das Wasser reichen.

Nachdem die Region Stuttgart zwischen 1996 und 1998 im Vergleich mit anderen Regionen Baden-Württembergs deutlich an Boden einbüßte, konnte ihr Anteil am Umsatz der Elektrotechnik im Land bis 2000 wieder leicht verbessert werden. Den zweitgrößten Anteil an der Elektrotechnik hat die Region Mittlerer Oberrhein mit Karlsruhe als Oberzentrum, gefolgt von der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg, deren hoher Anteil mit auf das Medizintechnik-Cluster Tuttlingen zurückzuführen ist.

Tabelle 4.14: Anteile ausgewählter Regionen Baden-Württembergs am Umsatz der Elektrotechnik im Land zwischen 1996 und 2000

Region	Anteil am Umsatz in Baden-Württ. 1996	Anteil am Umsatz in Baden-Württ. 1998	Anteil am Umsatz in Baden-Württ. 2000
Stuttgart	34,6 %	30,9 %	31,4 %
Mittlerer Oberrhein	9,3 %	15,3 %	16,1 %
Schwarzwald-Baar	9,4 %	8,9 %	8,0 %
Unterer Neckar	9,1 %	7,3 %	7,2 %
Südlicher Oberrhein	7,6 %	6,9 %	7,1 %

Quelle: Statistisches Landesamt und IMU-Berechnungen

Bereits im letzten Strukturbericht musste bei Betrachtung der Kreise in der Region Stuttgart ein „Sonderfaktor Stadtkreis Stuttgart“ für die Entwicklung von 1996 bis 1998 konstatiert werden. Danach ist der Bedeutungsrückgang der Region Stuttgart bei der Elektrotechnik im Vergleich zum Land „fast ausschließlich begründet durch einen Rückgang des Umsatzes um 458 Mio. Euro oder -15,7 % und hierbei insbesondere des Inlandsumsatzes um -560 Mio. Euro oder -23,3 % im Stadtkreis Stuttgart.“¹¹ Dieser „Sonderfaktor“ bleibt weiterhin relevant.

¹¹ IMU & IAW (1999): Strukturbericht 1998/99. Zur wirtschaftlichen und beschäftigungs-politischen Lage in der Region Stuttgart. Stuttgart, S. 67.

Zwischen 1998 und 2000 stieg der Umsatz in der Region Stuttgart um 2,3 Mrd. Euro (+23,6 %), obwohl er in der Stadt Stuttgart nochmals um 304 Mio. Euro zurückging (-12,4 %). Wiederum ist vor allem der weiterhin stark nachlassende Inlandsumsatz für den Rückgang verantwortlich, der um mehr als 460 Mio. Euro (-25 %) eingebrochen ist.

Bei den leistungsbezogenen Kennziffern ist bei der Region Stuttgart ein besonderer Effekt zu beachten, der im Folgenden am Beispiel des Pro-Kopf-Umsatzes erläutert wird. In der Region Stuttgart liegt der Pro-Kopf-Umsatz in der Elektrotechnik bei einem sehr hohen Wert von 220.260 Euro, während er im Land 183.600 Euro beträgt. In allen Kreisen der Region Stuttgart, die nicht unter Geheimhaltung fallen, liegt der Pro-Kopf-Umsatz jedoch deutlich unter dem Landeswert (von 119.600 Euro im Rems-Murr-Kreis bis 170.900 Euro in Stuttgart). Folglich muss diese Kennzahl in den Landkreisen Böblingen und Ludwigsburg, die bei den „Statistischen Berichten zum Produzierenden Gewerbe“ bei der Elektrotechnik geheimgehalten werden, deutlich höher liegen. Gut 55 % des Umsatzes und 69 % des Auslandsumsatzes werden in diesen beiden „gepunkteten“ Landkreisen erwirtschaftet. Die Sonderrolle Böblingens mit Hewlett Packard und IBM sowie Ludwigsburgs mit der Hauptverwaltung von Bosch auf der Gerlinger Schillerhöhe und dem Entwicklungszentrum in Schwieberdingen kann jedoch aufgrund der Geheimhaltungsvorschriften der amtlichen Statistik nicht näher analysiert werden.

4

Im Vergleich zum Land hat sich der Pro-Kopf-Umsatz wieder leicht auseinander entwickelt, nachdem er sich zwischen 1996 und 1998 deutlich annäherte. In Baden-Württemberg ist der Umsatz je Beschäftigtem von 1998 bis 2000 um 20,3 % gestiegen, während er in der Region Stuttgart um 21,2 % zulegte. Der Anteil von Löhnen und Gehältern am Umsatz liegt in der Region Stuttgart 2000 mit 19,6 % um etwas mehr als einen Prozentpunkt unter dem Südwesten insgesamt. Damit ist der Entgeltanteil am Umsatz weiterhin rückläufig.

Die wirtschaftlichen Erwartungen des Bereichs Elektrotechnik in Baden-Württemberg sind Ende 2001 bestenfalls mäßig; laut Auftragseingangsindex ist in einigen Teilbranchen wie der Herstellung von Büromaschinen und DV-Geräten (-21,5 %) und der Herstellung von Mess-/Navigationsinstrumenten (-9,7 %) in den ersten drei Quartalen 2001 ein deutliches Minus gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu verzeichnen. Die Rückgänge müssen allerdings im Kontext mit den sehr hohen Auftragseingängen im Boomjahr 2000 gesehen werden; es ist bisher für die gesamte Elektrotechnik-Branche mit -5 % eher von einer Normalisierung als von einer Krise zu sprechen. Jedoch sind bereits Teilbereiche der Branche wie die Halbleiterindustrie in jüngster Zeit aufgrund von weltweiten Überkapazitäten in

Verbindung mit einem Nachfragerückgang und dramatischen Preisverfall bei Mikrochips in eine tiefe Krise geschlittert.

Nachdem die Auslandsorders im Jahr 2000 sehr kräftig zulegen, mussten 2001 mit –11,1 % deutliche Einbußen gegenüber dem Vorjahreszeitraum hingenommen werden. Am prägnantesten auseinander geht die Entwicklung bei den Büromaschinen/DV-Geräten mit einer kräftigen Zunahme bei Auftragseingängen aus dem Ausland um 44,4 % im Jahr 2000 und einer Veränderung von –24,4 % im Betrachtungszeitraum 2001 gegenüber Vorjahreszeitraum. Im Vergleich dazu ist bei den Inlandsbestellungen bei Betrachtung der Gesamtbranche in den letzten Jahren eine kontinuierliche Aufwärtsbewegung festzustellen, obwohl im Jahr 2001 die Inlandsorders beim Verarbeitenden Gewerbe insgesamt bis September um –2,4 % gegenüber Vorjahreszeitraum zurückgingen. Auch auf Bundesebene fehlen der Branche vor allem die Bestellungen aus dem Ausland (–6,8 % im 1. Hj.), während sich die Inlandsorders insgesamt gut entwickeln (+4,5 %).¹² Da die Elektrotechnik aber stark mit anderen Ländern verflochten ist, trifft sie die Schwäche der Weltwirtschaft im Vergleich zu anderen Branchen besonders hart.

Tabelle 4.15: Veränderungen des Auftragseingangsindex (Volumenindex) bei der Elektrotechnik gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum in Baden-Württemberg

	Gesamt	Inland	Ausland
Jan.-Sept. 01 zu Vjz.	–5,0 %	+1,3 %	–11,1 %
2000 zu 1999	+18,7 %	+11,1 %	+27,2 %
1999 zu 1998	+11,9 %	+8,1 %	+16,7 %
Indexwert im Sept. 2001 (Basis 1995=100)	118,5	103,8	142,7

Quelle: Statistisches Landesamt und IMU-Berechnungen

Die Entwicklung des Umsatzes zeichnet mit leichter Verzögerung dieses Bild nach. Während im ersten Quartal 2001 sowohl Auslands- als auch Inlandsumsätze in Land und Region nochmals kräftig zulegen, zeichneten sich in der Region Stuttgart im zweiten Quartal erste Einbrüche ab. Der bisherige Wachstumsfaktor der Elektroindustrie, der Export, hat stark nachgelassen. Betrachtet man die Kreise der

¹² Commerzbank Economic Research (2001): Branchen-Report. Industrieprognose Deutschland 2001/2002. September 2001. Frankfurt.

Region, so trifft diese Entwicklung den Stadtkreis Stuttgart mit einem Umsatzrückgang von -4,7 % und einem Exportrückgang von -16,4 % im zweiten Quartal 2001 in besonderem Maße. Die beschriebene Tendenz verschärft sich für Baden-Württemberg und vor allem die Region Stuttgart im dritten Quartal 2001 dramatisch. Vor dem Hintergrund rückläufiger Auftragseingänge müssen 2000 weitere Umsatzrückgänge in der Elektrotechnik befürchtet werden.

Tabelle 4.16: Veränderungen des Umsatzes bei der Elektrotechnik im Jahr 2001 gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum in Prozent

		Gesamt	Inland	Ausland
1. Quartal 2001:	Baden-Württemberg	+16,8 %	+16,9 %	+16,7 %
	Region Stuttgart	+9,6 %	+7,2 %	+11,6 %
2. Quartal 2001	Baden-Württemberg	+6,7 %	+7,4 %	+5,9 %
	Region Stuttgart	-1,0 %	+3,7 %	-4,9 %
3. Quartal 2001	Baden-Württemberg	-0,8 %	+4,0 %	-5,5 %
	Region Stuttgart	-9,8 %	+4,2 %	-21,6 %

Quelle: Statistisches Landesamt und IMU-Berechnungen

4

4.3.2 Beschäftigungsentwicklung

Im Wirtschaftsunterabschnitt „Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik“ sind in der Region Stuttgart am 30. Juni 2000 75.800 Personen beschäftigt, damit hat die Elektrotechnik den Maschinenbau als zweitgrößte Branche nach dem Fahrzeugbau abgelöst. Wichtigste Teilbranchen in der Region sind die „Herstellung von Mess-, Kontroll-, Navigations- u. ä. Instrumenten und Vorrichtungen“ mit 15.700 Beschäftigten in Unternehmen wie Alcatel SEL, die „Herstellung von elektrischen Ausrüstungen für Motoren und Fahrzeuge und von sonstigen elektrischen Ausrüstungen“ mit 14.500 Beschäftigten in Unternehmen wie Bosch sowie die „Herstellung von Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten“ (z. B. IBM) und die „Herstellung von Elektrizitätsverteilungs- und -schalteinrichtungen“ mit jeweils rund 10.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Auch einige Teilbranchen der Elektrotechnik sind von ihrer Produktstruktur her relativ stark auf den Kfz-Bereich ausgerichtet und damit integraler Bestandteil des Automobilclusters der Region Stuttgart.

Die Elektrotechnikbranche entwickelte sich – nimmt man die Beschäftigtenzahlen als Maßstab – 1998 bis 2000 in der Region etwas besser als im Land und in den alten Bundesländern. Während sich die Beschäftigtenzahl in Baden-Württemberg im Zwei-Jahresvergleich nicht veränderte, ist in den alten Bundesländern ein Rückgang um 1.200 Beschäftigte (-0,1 %) und in der Region Stuttgart ein Zuwachs um 500 Beschäftigte (+0,6 %) zu registrieren. Der Vergleich in Jahresschritten zeigt jedoch Einbrüche bis 1999 und einen darauf folgenden Beschäftigungsaufbau ab Mitte 1999 und im Boomjahr 2000.

Tabelle 4.17: Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Wirtschaftsunterabschnitt: „Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik“

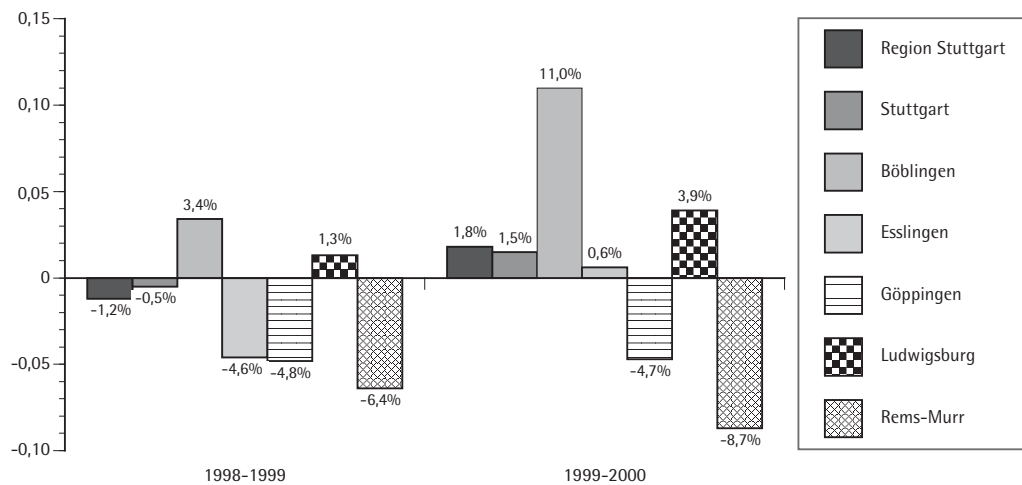
	1998	1999	2000	Differenz 98/00	98/00 in %	Differenz 99/00	99/00 in %
BRD-West	984.377	942.492	983.217	-1.160	-0,1	40.725	4,3
Bad.-Württemb.	260.313	256.637	260.323	10	0,0	3.686	1,4
Region Stuttgart	75.336	74.449	75.809	473	0,6	1.360	1,8
Stuttgart	24.065	23.950	24.321	256	1,1	371	1,5
Böblingen	12.527	12.952	14.382	1.855	14,8	1.430	11,0
Esslingen	11.997	11.450	11.517	-480	-4,0	67	0,6
Göppingen	2.517	2.397	2.285	-232	-9,2	-112	-4,7
Ludwigsburg	13.120	13.297	13.811	691	5,3	514	3,9
Rems-Murr-Kreis	11.110	10.403	9.493	-1.617	-14,6	-910	-8,7

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Innerhalb der Region Stuttgart hervorzuheben ist der deutliche Beschäftigungsrückgang im Rems-Murr-Kreis und der deutliche Zuwachs im Kreis Böblingen, der bei der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit im Gegensatz zu den Daten des Statistischen Landesamts nicht geheimgehalten werden muss. Während die negative Entwicklung im Rems-Murr-Kreis sich relativ gleichmäßig über die Teilbranchen verteilt, hängen die Beschäftigtenzuwächse in Böblingen zu 85 % von der dynamischen Entwicklung bei der in diesem Landkreis dominanten Teilbranche „Herstellung von DV-Geräten“ ab. Gerade im Rems-Murr-Kreis ist auch im aufgrund des Wechsels der Wirtschaftszweigsystematik nur eingeschränkt möglichen Langfristvergleich der 90er Jahre ein kontinuierlicher Rückgang festzustellen, der sich selbst in der ersten Hälfte des Boomjahres 2000 fortsetzt.

Dagegen konnte der Abwärtstrend der Beschäftigung in der Elektrotechnik im Kreis Esslingen, besonders dramatisch zwischen 1997 und 1998, im letzten Betrachtungsjahr gestoppt werden. Erstmals ist zum 30.06.2000 wieder ein – wenn auch geringer – Beschäftigtenzuwachs zu verbuchen.

Abbildung 4.5: Beschäftigtenentwicklung in der Elektrotechnik (in Prozent)



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Während 1997/98 die Frauenbeschäftigung in der Elektrotechnik stabil blieb und „die Männer von kräftigen Verlusten betroffen waren“,¹³ setzte in den darauffolgenden Jahren eine Trendwende ein. Inzwischen sind bei allen betrachteten räumlichen Einheiten bei den Männern Zuwächse und bei den Frauen Rückgänge zu beobachten, die Schere öffnet sich wieder: Im Jahr 2000 sind knapp 70 % der in der Gesamtbranche beschäftigten männlich. Mit jeweils unter einem Viertel besonders niedrig ist der Anteil von weiblichen Beschäftigten in den Teilbranchen „Herstellung von Elektrizitätsverteilungs- und -schalteneinrichtungen“, „Herstellung von elektrischen Ausrüstungen, z. B. für Motoren und Fahrzeuge“ und bei der Herstellung von nachrichtentechnischen Geräten und Einrichtungen“.

¹³ IMU & IAW (1999): Strukturbericht 1998/99. Zur wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Lage in der Region Stuttgart. Stuttgart, S. 104.

Tabelle 4.18: Entwicklung der Beschäftigten zwischen 1998 und 2000 in Bürotechnik, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik nach Geschlecht

	Männer		Frauen		Gesamt	
	1998-2000	in %	1998-2000	in %	1998-2000	in %
Alte Bundesländer	+3.791	+0,6	-4.951	-1,5	-1.160	-0,1
Baden-Württemb.	+1.164	+0,7	-1.154	-1,2	+10	0,0
Region Stuttgart	+577	+1,1	-104	-0,4	+473	+0,6

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Tabelle 4.19: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in den Wirtschaftsgruppen der Bürotechnik, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik in der Region Stuttgart im Jahr 2000 nach Geschlecht

	Männer		Frauen		Beschäftigte
	(absolut u. Anteil)		(absolut u. Anteil)		insg.
Elektrotechnik insg.	52.507	69,3%	23.302	30,7%	75.809
Büromaschinen, DV-Geräte	6.328	62,7%	3.757	37,3%	10.085
Elektromotoren, Generatoren, Transformatoren	3.052	70,4%	1.281	29,6%	4.333
Elektrizitätsverteilungs- und -schalteinrichtungen	7.621	76,6%	2.322	23,4%	9.943
Elektrokabel, -leitungen, -drähte	607	54,9%	499	45,1%	1.106
Akkumulatoren, Batterien	231	60,9%	148	39,1%	379
Elektrische Lampen u. Leuchten	508	62,1%	310	37,9%	818
Elektrische Ausrüstungen a.n.g.	11.043	76,1%	3.469	23,9%	14.512
Elektronische Bauelemente	3.828	68,8%	1.733	31,2%	5.561
Nachrichtentechnische Geräte, Einrichtungen	2.064	75,9%	654	24,1%	2.718
Rundfunk, Fernsehgeräte	2.287	69,2%	1.019	30,8%	3.306
Medizinische Geräte, orthopädische Vorrichtungen	1.813	48,6%	1.915	51,4%	3.728
Mess-, Kontroll-, Navigationsger.	11.032	70,1%	4.698	29,9%	15.730
Industr. Prozesssteuerungsanlagen	1.205	62,1%	734	37,9%	1.939
Optische u fotografische Geräte	888	53,8%	763	46,2%	1.651

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Die funktionale Betrachtung der Elektrotechnik in der Region Stuttgart zeigt, dass sie eine Branche mit einem sehr hohen Anteil von Dienstleistungstätigkeiten ist. Insbesondere die technischen Dienste mit den Berufsgruppen Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker sowie die Verwaltung mit Berufsgruppen vom Manager bis zur Bürohilfskraft sind deutlich stärker repräsentiert als auf Landes- und Bundesebene. Dagegen spielen direkte Produktionstätigkeiten sowie Service und Wartung (indirekte Produktionstätigkeiten) in der Region Stuttgart eine geringere Rolle. Im Vergleich zum Verarbeitenden Gewerbe insgesamt weist die Elektrotechnik in der Region einen um 12 %-Punkte geringeren Anteil von Fertigungsfunktionen auf, der sukzessive weiter fällt. Besonders deutlich wird der Prozess der funktionalen Tertiärisierung bei folgendem Beispiel: Betrachtet man den Standort Zuffenhausen der Alcatel SEL, so arbeiten hier nur noch rund 8 % der 5.000 Beschäftigten in der Produktion. Bundesweit waren 1975 bei SEL noch 53 % von 42.000 Beschäftigten in der Fertigung tätig, heute sind es nur noch etwa 20 % von 12.000 Beschäftigten. Dieser interne Strukturwandel eines Unternehmens führt auch zu fundamentalen Veränderungen bei der Flächennutzung: Beim 27 ha großen Alcatel SEL-Gelände in Zuffenhausen wird nur noch auf einem sehr geringen Teil der Betriebsfläche tatsächlich produziert, der Großteil wird von Büros belegt.

4

Tabelle 4.20: Funktionale Gliederung der Beschäftigten in Bürotechnik, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik in den alten Bundesländern, in Baden-Württemberg und in der Region Stuttgart in den Jahren 1998 bis 2000 (ausgewählte Berufsklassen)

	Beschäftigtenanteil an Elektrotechnik (%)			Entwicklung von 1998 bis 2000 (in %)			Frauenanteil im Jahr 2000 (in %)		
	BRD- West	Baden- Württ.	Region Stgt.	BRD- West	Baden- Württ.	Region Stgt.	BRD- West	Baden- Württ.	Region Stgt.
Elektrotechnik insg.	100	100	100	-0,1	0,0	+0,6	33,5	35,5	30,7
Produktionstätigkeiten	45,2	45,8	35,6	-3,9	-3,0	-3,1	36,7	39,5	34,4
direkte Produktion	25,6	26,3	20,0	-5,5	-5,0	-4,9	53,0	57,2	52,9
indirekte Produktion	19,2	19,2	15,4	-1,5	+0,1	-0,5	15,3	15,7	10,6
Dienstleistungstätigkeiten	53,5	53,0	62,9	+2,6	+2,5	+2,9	31,0	32,1	28,9
technische Dienste	22,5	22,9	28,6	+2,9	+2,7	+2,4	9,2	9,3	8,8
Verwaltung	19,2	17,8	21,9	+5,9	+4,3	+6,0	53,1	56,1	50,5
Lager und Verkehr	6,4	7,1	5,5	-3,9	-3,2	-7,2	32,9	39,4	33,3
kaufmännische Dienste	3,2	3,2	4,4	+4,1	+4,9	+4,9	36,8	37,4	38,9

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Die Veränderung der Beschäftigtenzahlen nach Tätigkeiten zwischen 1998 und 2000 zeigt, dass Beschäftigte in der Produktion weiterhin zurückgehen und die seit geraumer Zeit bei der Elektrotechnik schon dominanten Dienstleistungstätigkeiten weiter zunehmen. Ein besonders starker Rückgang um 800 Beschäftigte liegt in der Region Stuttgart bei der direkten Produktion vor (-4,9 %). Vom Beschäftigungsabbau im Bereich Produktion waren Frauen deutlich stärker betroffen, vor allem der Abbau bei direkten Fertigungstätigkeiten ging zu Lasten der Frauen. Waren 1998 noch 400 Frauen mehr in der direkten Produktion beschäftigt, so liegt 2000 der Verwaltungsbereich bei der Frauenbeschäftigung in der Elektrotechnik vorn. Der Abbau bei Produktionstätigkeiten wird jedoch durch den Zuwachs weiblicher Beschäftigter bei Dienstleistungstätigkeiten nicht kompensiert. In einer Branche mit einem im Vergleich zu den zwei anderen Schlüsselbranchen des Verarbeitenden Gewerbes hohen Frauenanteil bei den Beschäftigten¹⁴ deuten sich hier erhebliche Risikopotenziale an. Trotz Beschäftigungsverlusten können Frauen nicht auf allen Ebenen als die Verlierer des Aufwärtstrends der Elektrotechnik bis 2000 bezeichnet werden. Immerhin zeigt sich als Hoffnungs-schimmer in Zeiten des Gender Mainstreaming, dass gerade bei den Tätigkeitsbereichen „Forschung und Entwicklung“ und „Leitende Verwaltung“, bei denen aus Frauensicht der größte Nachholbedarf besteht, im Betrachtungszeitraum die größten prozentualen Zuwächse verzeichnet werden konnten, wenn auch von einem äußerst niedrigen Niveau ausgehend.

¹⁴ In der Region Stuttgart liegt bei der Elektrotechnik im Jahr 2000 der Frauenanteil bei 31 % im Vergleich zu 20 % beim Maschinenbau und 14 % beim Fahrzeugbau.

Tabelle 4.21: Region Stuttgart: Funktionale Gliederung der Beschäftigten in Bürotechnik, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik in den Jahren 1998 bis 2000 nach Geschlecht (ausgewählte Berufsklassen)

	Frauen			Männer			Gesamt	
	2000	Differenz 98/00	in %	2000	Differenz 98/00	in %	2000	98/00 in %
Elektrotechnik insg.	23.302	-104	-0,4	52.507	+577	+1,1	75.809	+0,6
Produktionstätigkeiten	9.273	-543	-5,5	17.689	-325	-1,8	26.962	-3,1
- direkte Produktion	8.015	-510	-6,0	7.130	-274	-3,7	15.145	-4,9
- indirekte Produktion	1.232	-30	-2,4	10.434	-28	-0,3	11.666	-0,5
Dienstleistungstätigkeiten	13.762	+381	+2,8	33.890	+977	+3,0	47.652	+2,9
- technische Dienste	1.899	+111	+6,2	19.778	+404	+2,1	21.677	+2,4
dar. FuE	798	+132	+19,8	12.330	+773	+6,7	13.128	+7,4
- Verwaltung	8.387	+271	+3,3	8.217	+669	+8,9	16.604	+6,0
dar. Leitende Verw.	366	+69	+23,2	2.496	+206	+9,0	2.862	+10,6
- Lager und Verkehr	1.380	-109	-7,3	2.758	-212	-7,1	4.138	-7,2
- kaufmännische Dienste	1.302	+90	+7,4	2.047	+65	+3,3	3.349	+4,9

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

4

In der Region Stuttgart arbeiten 39 % der mit Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten befassten Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes in der Elektrotechnik. Die Elektrotechnik ist damit eine sehr forschungsintensive Branche mit einem FuE-Beschäftigtenanteil von 17,3 %. Im Vergleich dazu liegt der Anteil von Beschäftigten in Forschung und Entwicklung bei den ebenfalls FuE-intensiven Branchen Fahrzeugbau bei 10,6 % und Maschinenbau bei 9,2 %.

Nachdem einige Unternehmen der Branche bereits kurzarbeiten und/oder einen Personalabbau vollzogen oder angekündigt haben, ist für 2002 bei der Elektrotechnik mit einem Rückgang der Beschäftigten zu rechnen. Im November 2001 prognostiziert Commerzbank Economic Research für 2002 bundesweit einen Beschäftigtenrückgang von -0,3 %. Gleichzeitig zeichnen sich jedoch bei Fachkräften und vor allem bei Ingenieuren Engpässe ab: Die Zahl der Hochschulabsolventen der Elektrotechnik ging zwischen 1995 und dem Boomjahr 2000 bundesweit um 44 % zurück, allein von 1999 bis 2000 um 15 % auf 7.830. Dagegen stieg die Zahl der Studienanfänger von 1999 bis 2000 um 7 % auf knapp 15.000, ohne jedoch die Zahlen der 80er und frühen 90er Jahre auch nur annähernd zu erreichen.

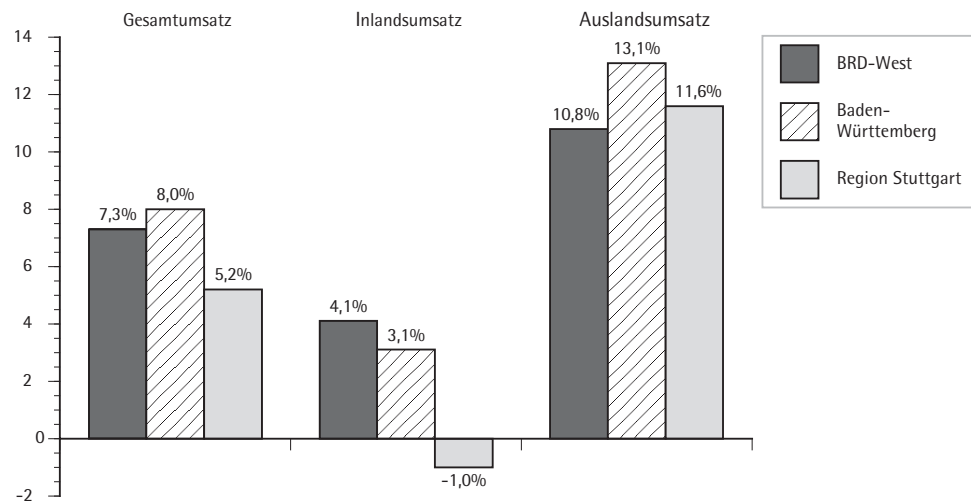
4.4 Maschinenbau

4.4.1 Wirtschaftliche Entwicklung

Der Maschinenbau ist mit einem Umsatz von 14,6 Mrd. Euro im Jahr 2000 – nach dem Fahrzeugbau – nach dieser Kennzahl die zweitgrößte Branche im Verarbeitenden Gewerbe der Region Stuttgart. In der Region Stuttgart gab es im Jahr 2000 insgesamt 453 Maschinenbaubetriebe mit einer durchschnittlichen Beschäftigtenzahl von 164, was die ausgesprochen mittelständische Struktur der Betriebe verdeutlicht. Die Branche ist bezüglich ihrer Struktur sehr heterogen, was sich in der Untergliederung in 39 Fachzweige zeigt, die von Maschinen für die Textilindustrie über Baumaschinen bis hin zu handgeführten Elektrowerkzeugen reicht. In der Region Stuttgart sind aber auch große Maschinenbauunternehmen wie Dürr, Trumpf, Index oder Heller ansässig, welche mit ihren Produkten sehr stark auf die Kfz-Industrie ausgerichtet sind.

Seit 1996 beobachten wir für den Maschinenbau in der Region Stuttgart eine deutliche konjunkturelle Belebung, die sich in einem entsprechenden Umsatzwachstum ausdrückt, welches darüber hinaus auch stärker ausgeprägt ist als in Baden-Württemberg und den alten Bundesländern. Erst im Jahr 2000 verringerte sich die Wachstumsdynamik im Maschinenbau der Region gegenüber Land und Bund. Zwischen 1999 und 2000 stieg der Umsatz im Maschinenbau um 5,2 % auf 15,2 Mrd. Euro, womit die Zuwächse nicht nur unter denen des Verarbeitenden Gewerbes in der Region lagen, sondern auch gegenüber dem Maschinenbau in Baden-Württemberg und den alten Bundesländern ins Hintertreffen gerieten. Der Anteil der Region Stuttgart am baden-württembergischen Maschinenbauumsatz verringerte sich hierdurch von 35,4 % im Jahr 1998 auf 32,6 % im Jahr 2000. Die Region Stuttgart bleibt aber weiterhin die mit Abstand größte Maschinenbau-Region in Baden-Württemberg.

Abbildung 4.6: Umsatz- und Exportentwicklung im Maschinenbau zwischen 1999 und 2000 in Prozent



Quelle: Statistisches Landesamt und IMU-Berechnungen

4

Die Ursache für die unterdurchschnittlichen Umsatzzuwächse liegt in der rückläufigen Inlandsnachfrage, bei der die Region Stuttgart gegen den Trend einen Verlust in Höhe von 1,0 % (-72 Mio. Euro) gegenüber 1999 verbuchte. Mit einem Zuwachs um 11,6 % betrug im Jahr 2000 der Exportwert der Maschinenbauer aus der Region 8,1 Mrd. Euro, das sind 34 % der gesamten baden-württembergischen Maschinenausfuhr. Die Exportquote des Maschinenbaus liegt mit 55,4 % gute 4 % über dem Landeswert, und unterstreicht die starke internationale Ausrichtung der Branche, die in der Region Stuttgart stark durch die Sparte der Werkzeugmaschinenbauer (Index, Trumpf, Hüller Hille, Heller, Ex-Cell-O) geprägt ist. Darüber hinaus sind in der Region die Anlagenbauer (Dürr, Eisenmann) sowie die Elektrowerkzeughersteller (Bosch, Metabo, Atlas Copco, Fein, Festool) stark exportorientiert und konnten im Jahr 2000 deutliche Umsatzzuwächse verzeichnen.

Tabelle 4.22: Anteile der Kreise der Region Stuttgart an den Umsätzen im Maschinenbau in der Gesamtregion in den Jahren 1996, 1998 und 2000

Kreise	1996	1998	2000
Stuttgart	16,6 %	19,6 %	17,0 %
Böblingen	8,1 %	7,8 %	7,3 %
Esslingen	33,1 %	32,0 %	31,8 %
Göppingen	8,6 %	8,5 %	8,9 %
Ludwigsburg	16,7 %	15,1 %	14,8 %
Rems-Murr-Kreis	16,9 %	16,9 %	20,1 %

Quelle: Statistisches Landesamt und IMU-Berechnungen

Innerhalb der Region Stuttgart mussten der Stadtkreis Stuttgart (-8,7 %) und der Kreis Böblingen (-3,2 %) kräftige Umsatzeinbußen hinnehmen. In beiden Kreisen ist der Umsatzrückgang den hohen Verlusten im Inlandsumsatz geschuldet, der in Stuttgart im Jahr 2000 um 196 Mio. Euro niedriger ausfiel als 1999. Ein ähnliches Bild auch in Esslingen, wo der Export gegenüber 1999 um 340 Mio. Euro (+15,6 %) gestiegen ist, der Inlandsumsatz aber um 84 Mio. Euro (-3,5 %) niedriger ausfiel als 1999. Die stärksten absoluten Umsatzzuwächse (+432 Mio. Euro) zwischen den Jahren 1999 und 2000, sowohl im Export wie im Inland, verzeichnete der Rems-Murr-Kreis, wodurch er seinen Anteil an den Umsätzen des Maschinenbaus in der Region um 3,2 % erhöhen konnte.

4

Tabelle 4.23: Veränderungen des Umsatzes im Maschinenbau im Jahr 2001 gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum

	Gesamt	Inland	Ausland
1. Quartal 2001: Baden-Württemberg	+5,6 %	+5,5 %	+5,6 %
Region Stuttgart	-8,1 %	+2,6 %	-15,8 %
2. Quartal 2001: Baden-Württemberg	+8,4 %	+5,1 %	+11,6 %
Region Stuttgart	+9,6 %	+11,9 %	+7,4 %
3. Quartal 2001: Baden-Württemberg	+3,6 %	+1,4 %	+5,5 %
Region Stuttgart	+1,9 %	+1,2 %	+2,6 %

Quelle: Statistisches Landesamt und IMU-Berechnungen

Im Jahr 2001 weist die Maschinenbaubranche in der Region Stuttgart gegenüber den Vorjahresquartalen nur geringe Zuwächse bei den Umsätzen aus. Auf das Jahr gerechnet, sind 2001 Umsatzzuwächse um ca. 3,0 % gegenüber 2000 zu erwarten, vorausgesetzt die Auftragseingänge brechen im traditionell starken 4. Quartal nicht ein. Sollte sich der Maschinenbau in der Region Stuttgart parallel zur Auftragseingangsentwicklung im Land entwickeln, wo schon seit August kräftige Auftragsrückgänge die Branche verunsichern, so wird auch die Region Stuttgart mit einem entsprechend schwachen Jahr 2001 konfrontiert werden. Dies wäre für die Branche fatal, zumal es ihr im Jahr 2000 gerade erst einmal gelungen ist, das Auftragsvolumen aus dem Jahr 1995 leicht zu übersteigen, ein Rückschlag auf diesem ohnehin relativ niedrigen Auftragsniveau würde nicht nur die Ertragsaussichten in der Branche drastisch reduzieren, sondern schon kurzfristig auch den Bestand von kapitalschwachen Unternehmen wie auch die Beschäftigung massiv gefährden.

Tabelle 4.24: Veränderungen des Auftragseingangsindex (Volumenindex) im Maschinenbau gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum in Baden-Württemberg

	Gesamt	Inland	Ausland
Jan.-Sept. 01 zu Vjz.	-5,3 %	-3,0 %	-7,3 %
2000 zu 1999	+ 16,2 %	+ 11,1 %	+ 21,0 %
1999 zu 1998	-0,9 %	- 5,3 %	+ 3,9 %
Indexwert im Sept. 2001 (Basis 1995=100)	103,5	97,3	110,8

Quelle: Statistisches Landesamt und IMU-Berechnungen

4.4.2 Beschäftigungsentwicklung

Der Maschinenbau ist eine sehr heterogene Branche mit entsprechend unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen Sektoren. In der Region Stuttgart sind insbesondere die Hersteller für umformende Werkzeugmaschinen stark vertreten, ein Maschinenbausektor, der sehr stark von den Investitionen des Fahrzeugbaus und der Metallbearbeitung abhängig ist. Mit Blick auf die Beschäftigtenzahlen war der Maschinenbau im Jahr 2000 nach der Elektrotechnischen Industrie die drittgrößte Branche in der Region Stuttgart.

Innerhalb der gesamten Maschinenbaubranche in der Region Stuttgart ist der Sektor Werkzeugmaschinenbau der einzige, der zwischen 1998 und 2000 wirklich

relevante Beschäftigtenzuwächse (+420) ausweist, sämtliche anderen Sektoren mussten teilweise kräftige Rückgänge bei den Beschäftigtenzahlen verbuchen. In der Region Stuttgart war die Beschäftigtenentwicklung gegenüber dem Land und dem Bund zwischen 1999 und 2000 negativ.

Der Maschinenbau erlebte im Jahr 1998 den ersten Beschäftigungsanstieg seit 1990, wobei dieses Zwischenhoch nur von kurzer Dauer war. Bereits zwischen 1998 und 1999 muss die Region Stuttgart einen Abbau um 1.388 (-1,8%) Beschäftigte verbuchen, ein Abbau der prozentual deutlich über den Werten für das Land (-0,1%) und den alten Bundesländern (-0,9%) lag. Zwischen 1999 und 2000 wurden in der Region nochmals 309 Beschäftigte abgebaut, während Baden-Württemberg und die alten Bundesländer leichte Zuwächse bei der Beschäftigung hatten.

Tabelle 4.25: Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Maschinenbau

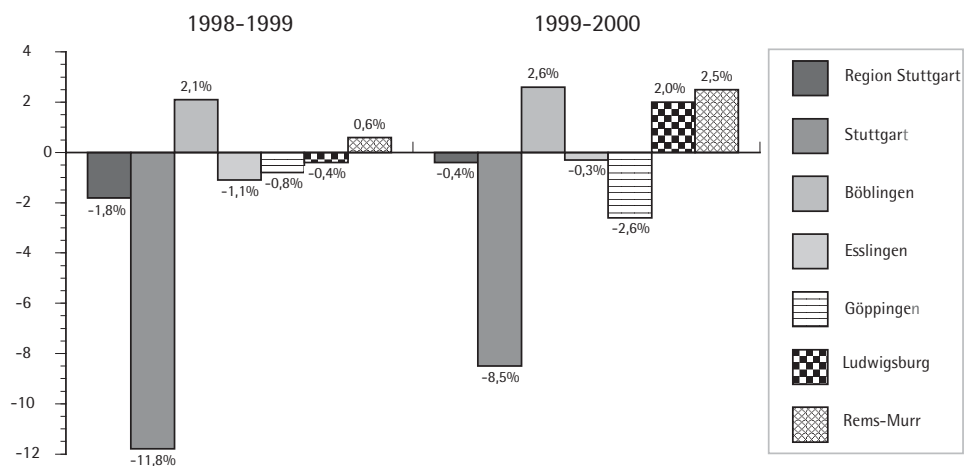
	1998	1999	2000	Differenz 98/00	98/00 in %	Differenz 99/00	99/00 in %
BRD-West	966.601	958.096	962.189	-4.412	-0,5	4.093	0,4
Bad.-Württemb.	268.779	268.499	270.688	1.909	0,7	2.189	0,8
Region Stuttgart	75.917	74.529	74.220	-1.697	-2,2	-309	-0,4
Stuttgart	10.476	9.243	8.453	-2.023	-19,3	-790	-8,5
Böblingen	5.677	5.796	5.949	272	4,8	153	2,6
Esslingen	21.108	20.879	20.821	-287	-1,4	-58	-0,3
Göppingen	10.141	10.064	9.805	-336	-3,3	-259	-2,6
Ludwigsburg	13.794	13.744	14.022	228	1,7	278	2,0
Rems-Murr-Kreis	14.721	14.803	15.170	449	3,1	367	2,5

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Der Rückgang der Beschäftigung zwischen den Jahren 1998 und 1999 resultiert vor allem aus den „Nachwehen“ der Konjunkturflaute und dem späten bzw. verhaltenen Anschluss der Branche an die positive Konjunkturentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt. Ins Auge sticht vor allem die Entwicklung der Stadt Stuttgart. Hier gehen zwischen 1998 und 2000 fast 20 % der Arbeitsplätze verloren. Diese Verluste können durch die Umlandkreise nicht kompensiert werden, obwohl es dort leichte Zuwächse gibt. Die hohen Verluste in Stuttgart lassen sich auch nicht allein mit konjunkturellen Effekten und Betriebsstillegungen erklären.

Im Stadtkreis Stuttgart lässt sich eine „Stadtflucht“ des Maschinenbaus, wie auch anderer Branchen des Verarbeitenden Gewerbes, beobachten. Der Maschinenbau verlagert hier vor allem Fertigungsbereiche in andere Kreise innerhalb der Region Stuttgart bzw. in andere Regionen. Von den rund 1.700 in der Region Stuttgart abgebauten Arbeitsplätzen entfallen 1.440 auf Produktionstätigkeiten und über 300 auf Lagertätigkeiten.

Abbildung 4.7: Beschäftigtenentwicklung im Maschinenbau der Region Stuttgart (in Prozent)



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Im Kreis Esslingen, dem vom Maschinenbau am stärksten geprägten Landkreis der Region Stuttgart reduzierte sich die Beschäftigung. Die Beschäftigungsverluste liegen zwar prozentual unter denen in der Region insgesamt, ein leichter Zuwachs bei den Beschäftigten wäre aber angesichts der starken Gewichtung der Kfz-nahen Maschinenbauunternehmen und den Umsatzzuwächsen (+4%) in Esslingen zu erwarten gewesen. Überdurchschnittlich hohe Verluste treten noch im Landkreis Göppingen auf, wo trotz Umsatzsteigerungen zwischen 1998 und 2000 insgesamt 336 Arbeitsplätze abgebaut wurden. Die kräftige konjunkturelle Erholung in den Landkreisen Rems-Murr und Ludwigsburg sorgte zwischen 1999 und 2000 dort auch für einen überdurchschnittlichen Aufbau bei den Beschäftigten.

Tabelle 4.26: Entwicklung der Beschäftigten zwischen 1998 und 2000 im Maschinenbau nach Geschlecht

	Männer		Frauen		Gesamt	
	1998-2000	in %	1998-2000	in %	1998-2000	in %
Alte Bundesländer	-1.577	-0,2	-2.835	-1,7	-4.412	-0,5
Baden-Württemb.	+2.135	+1,0	-226	-0,4	+1.909	+0,7
Region Stuttgart	-1.297	-2,1	-400	-2,7	-1.697	-2,2

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Bei der geschlechtsspezifischen Betrachtung zeigt sich, dass im Maschinenbau Frauen sehr stark unterrepräsentiert sind. Im Maschinenbau der Region Stuttgart liegt der Frauenanteil im Jahr 2000 bei 20 %, gegenüber 19 % in Baden-Württemberg und nur 13 % in den alten Bundesländern. Von den 14.660 im Maschinenbau der Region beschäftigten Frauen sind 7.300 in der Verwaltung tätig, in diesem Tätigkeitsbereich liegt der Frauenanteil somit bei fast 55 %. Besonders bei den Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten treffen wir auf eine nahezu reine Männerdomäne, der Frauenanteil liegt hier in der Region Stuttgart gerade einmal bei 3,9 %. Dieser geringe Frauenanteil bewegt sich im Land (3,1%) und in den alten Bundesländern (3,8 %) auf ähnlich niedrigem Niveau. Trotz dieser ohnehin geringen Anteile, waren die Frauen in Bund, Land und Region zwischen 1998 und 2000 überdurchschnittlich und überproportional vom Beschäftigtenabbau im Maschinenbau betroffen. So wurden bei den Produktionstätigkeiten in der Region Stuttgart insgesamt -4,0 % der hier Beschäftigten abgebaut, aber -4,7 % der dort beschäftigten Frauen. Dasselbe Bild zeigt sich bei den zu den Dienstleistungen gerechneten Tätigkeiten im Maschinenbau, wo eine Beschäftigungsabnahme um insgesamt -0,8 % erfolgte, die Frauen aber mit -2,2 % vom Abbau betroffen waren.

Obwohl im Maschinenbau der Region Stuttgart zwischen 1999 und 2000 ein leichter Beschäftigungsrückgang zu verzeichnen war, stieg die Zahl der gemeldeten offenen Stellen bei den Arbeitsämtern der Region im selben Zeitraum um rund 20 % an. So wurden 2000 den Arbeitsämtern 4.243 offene Stellen gemeldet gegenüber 3.250 im Jahr 1999. Diesem Zuwachs von 993 offenen Stellen entspricht der Rückgang der dem Maschinenbau zugerechneten Arbeitslosen, deren Zahl sich im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr um 12 % verringerte und noch 2.800 Arbeitslose zählt. Der kräftige Zuwachs bei den offenen Stellen resultiert aus dem erhöhten Bedarf an Facharbeiterinnen und Facharbeitern in den Tätigkeitsbereichen Technische Dienste sowie Forschung und Entwicklung.

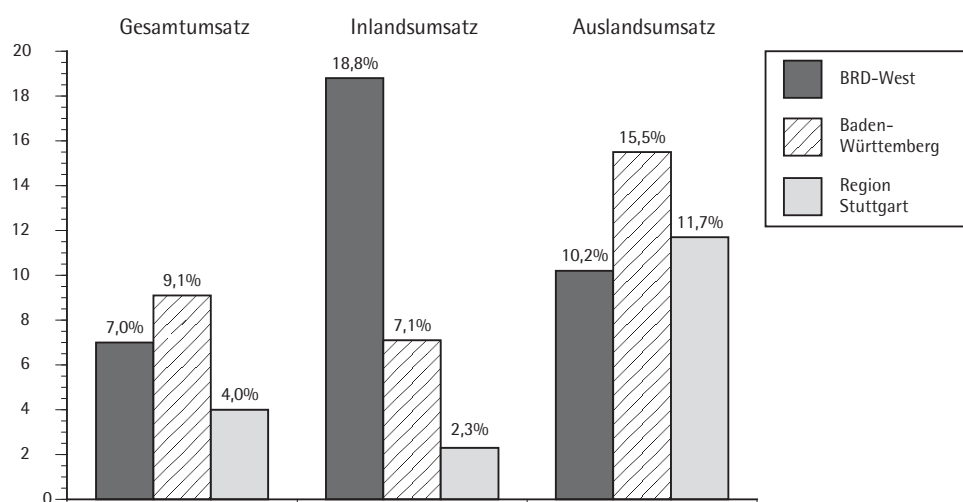
4.5 Metallgewerbe

Dieser Unterabschnitt der neuen Wirtschaftszweigsystematik setzt sich aus der Metallerzeugung und -bearbeitung sowie der Herstellung von Metallerzeugnissen zusammen. In der Region Stuttgart sind knapp 50 % der Beschäftigten dieses Industriezweigs in der – neu abgegrenzten – EBM-Branche (Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren) tätig, der in den zurückliegenden Strukturberichten ein Unterkapitel gewidmet war. Weitere wichtige Teilbranchen in der Region sind die Oberflächenveredlung, der Stahl- und Leichtmetallbau, die Erstbearbeitung von Eisen und Stahl und die Gießereiindustrie.

4.5.1 Wirtschaftliche Entwicklung

Die Umsatzentwicklung des Metallgewerbes verlief zwischen 1999 und 2000 in der Region Stuttgart gegenüber dem Wachstum im Verarbeitenden Gewerbe (+11,5 %) insgesamt deutlich unterdurchschnittlich. Die Dynamik ließ in der Region Stuttgart zu wünschen übrig, da sowohl die Inlandsumsätze als auch der Export sowohl gegenüber der Entwicklung in Baden-Württemberg als auch im Vergleich mit den alten Bundesländern nur unterdurchschnittlich gewachsen sind.

Abbildung 4.8: Umsatz- und Exportentwicklung im Metallgewerbe zwischen 1999 und 2000 in Prozent



Quelle: Statistisches Landesamt; IMU-Berechnungen

Innerhalb der Region Stuttgart ist das Metallgewerbe vor allem im Kreis Göppingen mit einem Gesamtumsatz von 1 Mrd. Euro stark vertreten. Bezogen auf das Umsatzvolumen folgen die Kreise Esslingen (800 Mio. Euro) und Ludwigsburg (750 Mio. Euro). Der Kreis Göppingen hatte zwischen 1999 und 2000 die größten prozentualen und absoluten Umsatzzuwächse (+114 Mio. Euro). Im Stadtkreis Stuttgart beobachten wir eine ähnliche Entwicklung wie beim Maschinenbau, rückläufige Umsätze und Beschäftigung drängen die Frage auf, ob auch hier eine Verlagerung beziehungsweise „Stadtflucht“ zu konstatieren ist.

Tabelle 4.27: Veränderung der Umsätze zwischen 1999 und 2000 in den Kreisen der Region Stuttgart im Metallgewerbe in Prozent

	Gesamt	Inland	Ausland
Region Stuttgart	4,0 %	2,3 %	11,6 %
Stuttgart	-7,9 %	-18,9 %	-7,9 %
Böblingen	2,5 %	-0,4 %	12,3 %
Esslingen	1,4 %	0,2 %	6,6 %
Göppingen	12,9 %	13,2 %	11,1 %
Ludwigsburg	5,8 %	3,0 %	14,7 %
Rems-Murr-Kreis	6,9 %	4,2 %	22,9 %

Quelle: Statistisches Landesamt; IMU-Berechnungen

4.5.2 Beschäftigungsentwicklung

Entgegen dem Trend in den alten Bundesländern sind im Metallgewerbe Baden-Württembergs und der Region Stuttgart zwischen 1998 und 2000 Beschäftigtenzuwächse zu verzeichnen. Diese regionalen Zuwächse sind vor allem der Entwicklung im Kreis Göppingen zu verdanken, wobei das Plus von 1.000 Beschäftigten in Göppingen zum Großteil auf die Entwicklung bei den Teilbranchen Oberflächenveredlung und Stahl-/Leichtmetallbau zurückzuführen ist. Im Jahr 2000 waren in dieser Branche insgesamt 44.275 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte gemeldet.

Tabelle 4.28: Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Metallgewerbe zwischen 1998 und 2000

	1998	1999	2000	Differenz 98/00	98/00 in %	Differenz 99/00	99/00 in %
BRD-West	995.577	981.676	983.244	-12.333	-1,2	1.568	0,2
Bad.-Württemb.	180.034	181.781	187.223	7.189	4,0	5.442	3,0
Region Stuttgart	42.685	42.972	44.275	1.590	3,7	1.303	3,0
Stuttgart	2.539	2.535	2.412	-127	-5,0	-123	-4,9
Böblingen	4.275	4.242	4.351	76	1,8	109	2,6
Esslingen	11.069	10.816	11.052	-17	-0,2	236	2,2
Göppingen	8.604	9.049	9.608	1.004	11,7	559	6,2
Ludwigsburg	8.642	8.765	8.902	260	3,0	137	1,6
Rems-Murr-Kreis	7.556	7.565	7.950	394	5,2	385	5,1

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

4

sehr positive Beschäftigungsentwicklung in Göppingen deckt sich mit den kräftigen Umsatzzuwächsen in diesem Kreis. Ebenso im Rems-Murr-Kreis und Esslingen, wo der Anstieg der Beschäftigten mit einem entsprechendem Umsatzwachstum einhergeht. Während in anderen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes wie beispielsweise dem Fahrzeugbau eine starke Entkoppelung von Beschäftigungsentwicklung und Umsatzdynamik zu konstatieren ist, sind Beschäftigung und Umsatz im Metallgewerbe stärker miteinander gekoppelt. Hintergrund ist die höhere Bindung von Personal in den Produktionsprozessen des Metallgewerbes. Deutlich wird dies an dem unterdurchschnittlichen Pro-Kopf-Umsatz im Metallgewerbe, der in der Region Stuttgart einen Wert von 133.500 Euro aufweist gegenüber 215.300 Euro im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt.

4.6 Papier-, Verlags- und Druckgewerbe

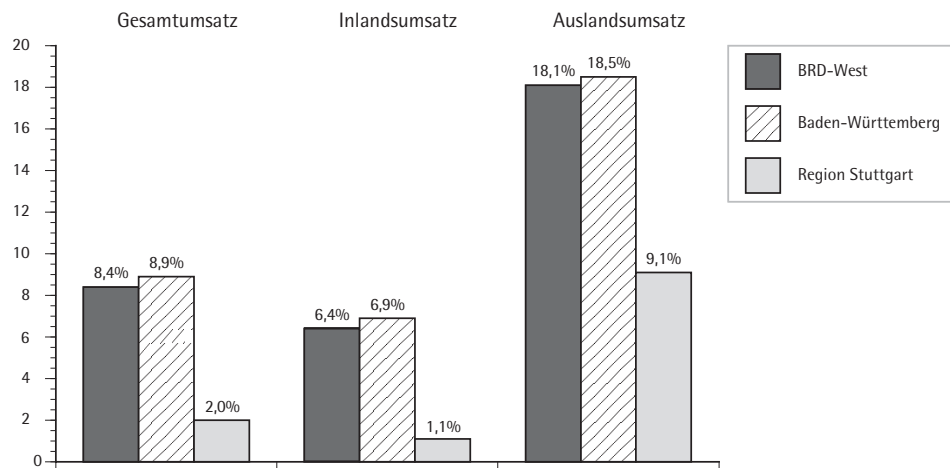
Das Papier-, Verlags- und Druckgewerbe ist mit 29.800 Beschäftigten im Jahr 2000 und einem Beschäftigtenanteil von 7,5 % am Verarbeitenden Gewerbe dessen fünftgrößte Branche in der Region Stuttgart. Gemessen am Umsatz rückt die Branche mit einem Anteil von 5,4 % sogar vor das Metallgewerbe an die vierte Stelle der Branchen des Verarbeitenden Gewerbes. Von besonderer Bedeutung in der Region sind die Teilbranchen Verlagsgewerbe und Druckgewerbe mit einem Beschäftigtenanteil von 78 % an der Gesamtbranche im Vergleich zu 69 % in Baden-Württemberg und 72 % in den alten Bundesländern. Der Stellenwert des Verlagsgewerbes zeigt sich schon daran, dass sich auf der Frankfurter Buchmesse 2001 rund 180 Verlage aus der Region Stuttgart präsentieren.

4.6.1 Wirtschaftliche Entwicklung

In der Region Stuttgart ist das Papier-, Verlags- und Druckgewerbe stärker als die anderen Leitbranchen des Verarbeitenden Gewerbes von der Entwicklung des Binnenmarkts abhängig, die Exportquote liegt 2000 bei nur 11,5 %, in Baden-Württemberg dagegen bei 19,3 %. Jedoch hat das Papier-, Verlags- und Druckgewerbe der Region Stuttgart mit einem Umsatzanteil von 28,8 % eine hohe Bedeutung für die Branche im Land Baden-Württemberg. Der Umsatz legte zwischen 1999 und 2000 um 2 % zu, blieb damit aber deutlich hinter dem Umsatzwachstum Baden-Württembergs (+8,9 %) zurück.¹⁵ Der Inlandsumsatz entwickelte sich wie bereits in den Vorjahren eher schwach, dagegen konnte der Auslandsumsatz wiederum deutlich zulegen. Beide Werte erreichten in der Region Stuttgart bei weitem nicht die Zuwachsraten von Bund und Land.

¹⁵ Dagegen konnten in der Region Stuttgart im Vorjahresvergleich 1999 mit 1998 beim Gesamt- und beim Inlandsumsatz um rund ein bis zwei Prozentpunkte höhere Zuwachsraten als in den alten Bundesländern und im Land realisiert werden.

Abbildung 4.9: Umsatz- und Exportentwicklung beim Papier-, Verlags- und Druckgewerbe zwischen 1999 und 2000 in Prozent



Quelle: Statistisches Landesamt und IMU-Berechnungen

4

Schwerpunkte des Papier-, Verlags- und Druckgewerbes innerhalb der Region sind die Stadt Stuttgart mit einem Umsatzanteil von 42,7 % und der Landkreis Esslingen mit einem Anteil von 29,9 %. Mit einem überproportionalen Wachstum von 10,8 % zwischen 1999 und 2000 gewann die Branche im Kreis Ludwigsburg am meisten hinzu. Bemerkenswert ist die Dominanz von Esslingen beim Export mit einer Exportquote von 20 %; fast 52 % des Auslandsumsatzes in der Region werden im Landkreis Esslingen realisiert.

Tabelle 4.29: Anteile der Kreise der Region Stuttgart an den Umsätzen in der Papier-, Verlags- und Druckindustrie an der Gesamtregion in den Jahren 1996, 1998 und 2000

Kreise	1996	1998	2000
Stuttgart	45,4 %	43,1 %	42,7 %
Esslingen	26,7 %	30,2 %	29,9 %
Böblingen	8,8 %	8,1 %	8,8 %
Ludwigsburg	7,7 %	7,6 %	7,8 %
Rems-Murr	8,0 %	7,6 %	7,4 %
Göppingen	3,4 %	3,4 %	3,4 %

Quelle: Statistisches Landesamt und IMU-Berechnungen

Aufgrund der Datenlage kann bei den Auftragseingängen nicht die Gesamtbranche betrachtet werden, die Zahlen des Statistischen Landesamts beschränken sich auf das Papier- und Druckgewerbe (ohne Verlagsgewerbe). Während bei den Auslandsorders in Baden-Württemberg im Betrachtungszeitraum 2001 leichte Zuwächse zu verzeichnen sind (+1,8 %), die jedoch deutlich unter denen der letzten Jahre liegen, hat sich die Lage bei den – für diese Branche wichtigeren – Inlandsaufträgen bereits deutlich verschlechtert (-5,4 %).

4

Tabelle 4.30: Veränderungen des Auftragseingangsindex (Volumenindex) beim Papier- und Druckgewerbe gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum in Baden-Württemberg

	Gesamt	Inland	Ausland
Jan.-Sept. 01 zu Vjz.	-3,7 %	-5,4 %	+1,8 %
2000 zu 1999	+4,7 %	+3,7 %	+7,9 %
1999 zu 1998	+7,0 %	+5,0 %	+15,0%
Indexwert im Sept. 2001 (Basis 1995=100)	109,2	103,8	127,2

Quelle: Statistisches Landesamt und IMU-Berechnungen

Die Verschlechterung bei den Auftragseingängen wirkt sich auch bei der Umsatzentwicklung aus: In Baden-Württemberg gibt es zwar eine Steigerung um 1,5 %, in der stark vom Binnenmarkt abhängigen Region Stuttgart jedoch einen Rückgang von -1,7 % im ersten Halbjahr 2001. Das dritte Quartal 2001 bestätigt die fallende Tendenz, nunmehr auch für Baden-Württemberg. Ausschlaggebend für die Beeinträchtigungen sind vor allem die schwache Entwicklung der Gesamtwirtschaft und daraus resultierende schwächere Werbeausgaben,¹⁶ aber auch die kontinuierlichen Rückgänge bei den Auflagen der Tageszeitungen in den letzten Jahren.¹⁷ Die Auftragseingänge im Betrachtungszeitraum 2001 deuten darauf hin, dass sich die Umsätze weiter verringern werden.

Tabelle 4.31: Veränderungen des Umsatzes beim Papier-, Verlags- und Druckgewerbe im Jahr 2001 gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum

	Gesamt	Inland	Ausland
1. Halbjahr 2001: Baden-Württemberg	+1,5 %	+0,4 %	+6,1 %
Region Stuttgart	-1,7 %	-2,7 %	+6,2 %
3. Quartal 2001: Baden-Württemberg	-2,5 %	-3,3 %	+0,5 %
Region Stuttgart	-2,5 %	-3,2 %	+2,8 %

Quelle: Statistisches Landesamt und IMU-Berechnungen

4

4.6.2 Beschäftigungsentwicklung

Das Papier-, Verlags- und Druckgewerbe zählt knapp 30.000 Beschäftigte in der Region Stuttgart, von denen 44 % im Druckgewerbe, 34 % im Verlagsgewerbe und 22 % im Papiergewerbe arbeiten. Den mit Abstand höchsten Frauenanteil weist das von Dienstleistungstätigkeiten dominierte Verlagsgewerbe auf.

¹⁶ Commerzbank Economic Research (2001): Branchen-Report. Industrieprognose Deutschland 2001/2002. September 2001. Frankfurt.

¹⁷ Steigende Auflagen hatten in den letzten Jahren nur große überregionale Blätter wie die FAZ und die SZ.

Tabelle 4.32: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in den Wirtschaftsgruppen des Papier-, Verlags- und Druckgewerbes in der Region Stuttgart 2000 nach Geschlecht

	Männer (absolut u. Anteil)		Frauen (absolut u. Anteil)		Beschäftigte insg.
Papier-, Verlags-, Druckgew. insg.	17.053	57,3%	12.705	42,7%	29.758
H. v. Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe	1.444	84,9%	257	15,1%	1.701
Papier-, Karton- und Pappe- verarbeitung	3.063	63,0%	1.797	37,0%	4.860
Verlagsgewerbe	3.925	39,4%	6.047	60,6%	9.972
Druckgewerbe	8.562	65,1%	4.585	34,9%	13.147
Vervielfältig. v. bespielten Ton-, Bild u. Datenträgern	59	75,6%	19	24,4%	78

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Zwischen 1999 und 2000 gab es in der Region erstmals wieder einen Beschäftigtenaufbau, wenn auch etwas schwächer als in Land und Bund. Zuvor ging allein im Druckgewerbe zwischen 1990 und 1998 fast ein Viertel der in der Region vorhandenen Arbeitsplätze verloren, beim Papiergewerbe rund 13 %, nur beim Verlagswesen gab es in diesem Zeitraum einen Zuwachs um 5 %. Betrachtet man die Entwicklung zwischen 1998 und 2000 nach den wichtigsten Teilbranchen, so sind Unterschiede bei der Beschäftigtenentwicklung erkennbar. Hinter dem Beschäftigtenabbau von -0,5 % bei der Gesamtbranche steht – vordergründig betrachtet – eine spürbare Verstärkung der Belegschaften im Verlagsgewerbe (+2,3 %) und ein rationalisierungsbedingter, weiterer Stellenabbau im Druckgewerbe (-2,7 %). Neben den Rationalisierungseffekten kommt hier jedoch möglicherweise ein statistischer Effekt mit zum Tragen: In den letzten Jahren gab es in der Branche zahlreiche Unternehmensaufspaltungen und Ausgliederungen. Hat also beispielsweise ein Unternehmen mit 100 Beschäftigten im Druckbereich und 50 Beschäftigten im Verlag, dessen Umsatzanteile beim Druck überwogen und das deshalb in der Statistik komplett dem Druckgewerbe zugeschlagen wurde, seinen Verlagsbereich 1999 ausgegliedert und in ein selbstständiges Unternehmen überführt, so ist in der Beschäftigtenstatistik beim Druck ein Minus von 50 und beim Verlagsgewerbe ein Plus von 50 zu verzeichnen.

Tabelle 4.33: Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Wirtschaftsunterabschnitt „Papier-, Verlags- und Druckgewerbe“

	1998	1999	2000	Differenz 98/00	98/00 in %	Differenz 99/00	99/00 in %
BRD-West	488.859	487.438	490.218	1.359	0,3	2.780	0,6
Bad.-Württemb.	96.858	96.539	97.187	329	0,3	648	0,7
Region Stuttgart	29.923	29.616	29.758	-165	-0,6	142	0,5
Stuttgart	11.151	10.846	10.801	-350	-3,1	-45	-0,4
Böblingen	3.263	3.169	3.378	115	3,5	209	6,6
Esslingen	7.983	8.013	7.940	-43	-0,5	-73	-0,9
Göppingen	1.145	1.167	1.163	18	1,6	-4	-0,3
Ludwigsburg	3.079	3.106	3.144	65	2,1	38	1,2
Rems-Murr-Kreis	3.303	3.315	3.332	29	0,9	17	0,5

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

4

Tabelle 4.34: Funktionale Gliederung der Beschäftigten im Papier-, Verlags- und Druckgewerbe in den alten Bundesländern, in Baden-Württemberg und in der Region Stuttgart in den Jahren 1998 bis 2000 (ausgewählte Berufsklassen)

	Beschäftigtenanteil am Druckgewerbe (%)			Entwicklung von 1998 bis 2000 (in %)			Frauenanteil im Jahr 2000 (in %)		
	ABL	BW	RS	ABL	BW	RS	ABL	BW	RS
Pap./Verl./Druck insg. (DE)	100	100	100	+0,3	+0,3	-0,6	38,0	39,3	42,7
Produktionstätigkeiten	45,7	48,5	40,9	-2,5	-1,0	-2,9	23,3	25,1	26,3
- direkte Produktion	42,2	44,8	38,4	-2,5	-0,9	-2,8	25,0	27,0	27,9
- indirekte Produktion	3,3	3,4	2,4	-1,4	-1,6	-4,3	1,6	1,2	1,7
Dienstleistungstätigkeiten	53,6	50,9	58,4	+2,6	+1,5	+0,8	50,5	52,7	53,9
- technische Dienste	4,1	4,0	3,8	+2,9	-0,1	-4,2	14,4	15,7	18,2
- Verwaltung	25,5	24,7	29,9	+2,1	+0,7	+0,8	64,5	67,6	67,6
- Lager und Verkehr	8,8	7,9	6,5	+2,3	+2,6	-2,1	38,8	40,0	35,2
- kaufmännische Dienste	6,7	6,9	9,1	+1,1	+1,4	+3,2	45,7	46,7	48,5

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Sowohl in der Region Stuttgart als auch in Land und alten Bundesländern wurden – dem allgemeinen Trend entsprechend – zwischen 1998 und 2000 bei den Produktionstätigkeiten Beschäftigte abgebaut, während es bei den Dienstleistungstätigkeiten Zuwächse gab. Gerade bei der Teilbranche Druckgewerbe wird sich dieser Trend in den nächsten Jahren voraussichtlich verstärken, weil Printprodukte durch neue und wachstumsstarke Konkurrenten aus dem Multimediabereich stark unter Druck geraten. Den Herausforderungen begegnet die Branche mehr und mehr durch ein verstärktes Engagement im neuen Geschäftsfeld „Cross-media-Dienstleistung“. Druckereien als „Cross-media-Dienstleister“ verwalten die Daten für ihre Kunden und bereiten sie für verschiedene Medien auf (Druck, Internet, CD-ROM), durch ausgabenneutrales Datenhandling werden sowohl Print- als auch Online-Produkte angeboten. Viele Druckereien wandeln sich somit sukzessive zum Komplettanbieter, was auch ihre Produktionsabläufe radikal verändert: Das eigentliche Drucken steht am Ende der Kette, gedruckt wird lokal und auf spezielle Anfrage.

Laut dem Bundesverband Druck und Medien werden vor allem die Unternehmen und Beschäftigten künftig eine Chance haben, die sich der Branchendynamik anpassen können und sich „crossmediale“ bzw. „Allmedia-Kompetenzen“ zulegen. Den Umbau von der Druckerei zum modernen Mediendienstleister wird ein Großteil kleiner und auch mittlerer Druckereien alleine nicht nachvollziehen können, die neuen Geschäftsfelder sind häufig nur in Kooperation mit anderen Betrieben erschließbar.¹⁸ Neben der Kooperation als Handlungsoption ist für kleine Druckereien die Strategie der Spezialisierung relevant. Enormer Handlungsdruck entsteht vor allem dadurch, dass zunehmend mittlere Firmen dem Verdrängungswettbewerb in ihren Marktsegmenten nicht standhalten können und in die Märkte der kleineren hineindrängen.

Beim Verlagsgewerbe muss nach dem Beschäftigtenplus nunmehr – aufgrund anhaltender Konzentrationsprozesse in der Branche – mit einem Stellenabbau gerechnet werden. Insgesamt erfordern neue Technologien, neue Geschäftsfelder und neue Leistungen mehr Qualifikation der Beschäftigten. Die weiterhin sinkende Halbwertszeit der Qualifikationen in der Druck- und Medienwirtschaft bedingt eine höhere Gewichtung der Weiterbildung der Mitarbeiter, nicht zuletzt mit dem Ziel der Beschäftigungssicherung.

18 Buchner, Michael; Pfäfflin, Heinz (1998): Druckereien als Mediendienstleister? München (= IMU-Info-dienst Nr. 6/98).

4.7 Baugewerbe

Das Baugewerbe als weiterer – nicht zum Verarbeitenden Gewerbe gehörender – Wirtschaftszweig des Produzierenden Sektors setzt sich aus dem Bauhauptgewerbe und dem Ausbaugewerbe zusammen. Das Bauhauptgewerbe wiederum besteht aus den Teilbranchen „Vorbereitende Baustellenarbeiten“ und „Hoch- und Tiefbau“, das Ausbaugewerbe aus der „Bauinstallation“ und dem „Sonstigen Baugewerbe“. Daneben gehört zum Sektor Baugewerbe die quantitativ kaum ins Gewicht fallende „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal“. Die größten Unternehmen der Bauwirtschaft in der Region Stuttgart sind die Ed. Züblin AG (Stuttgart) mit 1.270 Arbeitsplätzen in der Region und die Leonhard Weiss GmbH & Co. (Göppingen) mit 1.120 Arbeitsplätzen.¹⁹

4.7.1 Wirtschaftliche Entwicklung

Das Baugewerbe befindet sich seit Jahren in einem Abwärtstrend, dessen Ende nicht absehbar ist. Nach der starken Expansion der Bautätigkeit in der ersten Hälfte der 90er Jahre koppelte sich die Baukonjunktur seit 1995 von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ab. Die Bauzurückhaltung der öffentlichen Hand, die schwachen Bauinvestitionen der Industrie und in jüngster Zeit vor allem die sinkenden privaten Bauinvestitionen sorgen weiterhin für ein negatives Konjunkturklima und verschärfen strukturelle Probleme. Charakteristisch für die Baukrise sind der mit dem seit Jahren andauernden Preiskampf einhergehende Preisverfall und starke Umsatzrückgänge – u. a. mit der Folge erheblicher Verluste von Arbeitsplätzen. Dabei ist jedoch bemerkenswert, dass der Rezession im deutschen Bausektor ein Wachstum der Branche auf hohem Niveau in „Euroland“ (EWU-Staaten) gegenübersteht; in den drei anderen großen EWU-Mitgliedstaaten Frankreich, Italien und Spanien jeweils um 6 %.²⁰ Weiter eingetrübt hat sich im Jahr 2000 jedoch die Lage der Bauwirtschaft in Deutschland. Die Produktion im Bauhauptgewerbe ging gegenüber dem Vorjahr entgegen dem Trend im Produzierenden Gewerbe (+5,3 %) weiter zurück (-3,3 %).²¹ Sowohl Wohnbau als auch Gewerbebau schlossen unter Vorjahr ab. Auch die Umsätze gingen bundesweit zurück (-4,9%) in den alten Bundesländern beim Bauhauptgewerbe um -2,4 %

¹⁹ IHK Region Stuttgart (2001): Bedeutende Unternehmen in der Region Stuttgart 2001. Stuttgart, S. 21.

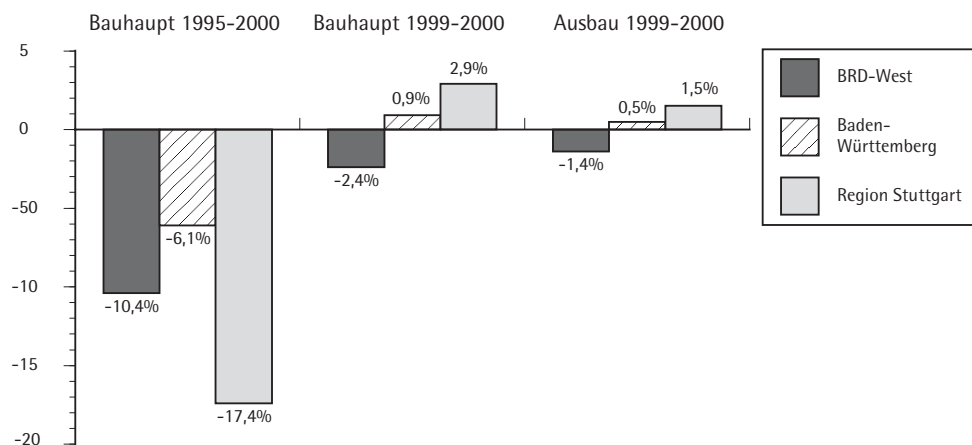
²⁰ Deutsche Bank Research (2001): Euroland-Branchen 2001 und 2002. Frankfurt (= Aktuelle Themen vom 12.03.2001).

²¹ Commerzbank Economic Research (2001): Branchen-Report. Industrieprognose Deutschland 2001/2002. September 2001. Frankfurt.

und beim Ausbaugewerbe um -1,4 %. Beim Ausbaugewerbe stellt sich die Situation nicht nur im Jahresvergleich, sondern auch im mittelfristigen Vergleich der zweiten Hälfte der 90er Jahre bei den Umsätzen deutlich besser als im Bauhauptgewerbe, wenn auch nicht positiv, dar. Bundesweit ist im Jahr 2001 laut DIW für das Bauhauptgewerbe mit einem Produktionsrückgang um 10 % zu rechnen. Das Ausbaugewerbe mit vielen Handwerksbetrieben dürfte dagegen eine „weniger ungünstige Entwicklung haben (-4 %), weil es nicht so stark vom Neubaubereich abhängt, sondern mehr von bestandsbezogenen Baumaßnahmen, die kontinuierlicher verlaufen.“²²

In Baden-Württemberg steigerten sich im Jahr 2000 Bauproduktion und Umsatz um jeweils 1 % gegenüber dem Vorjahr.²³ Entgegen dem Trend in den alten Bundesländern erholte sich die Bauwirtschaft in Baden-Württemberg und in der Region Stuttgart zwischen 1999 und 2000 leicht. Nachdem die Umsätze im Bauhauptgewerbe der Region Stuttgart im gesamten Betrachtungszeitraum von 1995 bis 2000 dramatisch geschrumpft waren, stellte sich im Vergleich des Jahres 2000 mit dem Vorjahr eine Verbesserung ein.

Abbildung 4.10: Umsatzentwicklung beim Bauhaupt- und beim Ausbaugewerbe (Betriebe ab 10 Beschäftigte) zwischen 1995/1999 und 2000 in %



Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Landesamt und IMU-Berechnungen

²² Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (2001): Entwicklung der Bauwirtschaft 2001 und 2002: Nach starkem Produktionseinbruch leichte Erholung in Sicht. Berlin (= DIW-Wochenbericht 44/2001), S. 711.

²³ Dreher, Christoph (2001): Das Bauhauptgewerbe in Baden-Württemberg 2000. In: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, H. 7/2001, S. 315-321, hier S. 315.

Die leichte Verbesserung in Baden-Württemberg und der Region Stuttgart im Jahr 2000 setzte sich 2001 nicht fort – die Entwicklung in Bund, Land und der Region spricht Bände: Im Bund sanken die Umsätze im Bauhauptgewerbe im Zeitraum Januar bis Mai 2001 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um -12,9 %, in Baden-Württemberg um -8,5 %. Bei den Auftragseingängen gab es in diesem Zeitraum im Land nur ein leichtes Minus (-0,8 %), während der Bund mit einem Minus von -7,2 % besonders hart getroffen wurde. Laut einer Pressemitteilung des baden-württembergischen Wirtschaftsministerium vom 16.08.2001 unterliegt das Bauhauptgewerbe einem „Konsolidierungsprozess“, der noch nicht abgeschlossen ist, dessen Belastungen jedoch weit schwächer als im Bund ausfallen. Dennoch sind die Umsätze in der baden-württembergischen Bauwirtschaft im ersten Halbjahr 2001 laut Fachverband Bau entgegen den Erwartungen deutlich zurückgegangen. Für das gesamte Jahr wird beim Bauhauptgewerbe nicht mehr ein Umsatzplus von 1 %, sondern ein Minus von 5 bis 6 % erwartet, verursacht vor allem durch die schlechte Lage im Wohnungsbau. Der Umsatzrückgang der Baubranche für die drei Monate Mai bis Juli gegen entsprechende Vorjahresmonate beträgt laut „Baden-Württemberg in Wort und Zahl“ (10/2001) in Baden-Württemberg -8,8 %. Betrachtet man die einzelnen Bausparten, so ist der Wohnungsbau am stärksten gebeutelt: Schlusslicht in den ersten fünf Monaten 2001 mit -17,8 %, wobei hier der Frühindikator „Zahl der Baugenehmigungen“ sogar um 23 % sank, was einem regelrechten Einbruch der, sich bereits seit 1995 auf immer niedrigerem Niveau befindenden, Wohnungsbaunachfrage gleichkommt. Als Lichtblick zeigt sich in Baden-Württemberg der Wirtschaftsbau mit +4,6 % bei den Umsätzen.

Die Lage der Bauwirtschaft in der Region Stuttgart hat sich nach der IHK-Konjunkturumfrage für das dritte Quartal zwar verbessert, jedoch geht es der Branche weiterhin schlecht. Grund sind die rückläufigen Auftragseingänge in allen Bausparten, insbesondere im privaten Wohnungsbau. 54 % der Unternehmen rechnen mit einem noch ungünstigeren Geschäftsverlauf, nur 3 % erwarten eine Lageverbesserung. Weiterhin sinkend ist laut Umfrage die Investitionsbereitschaft der Betriebe und auch der Beschäftigungsabbau in der regionalen Baubranche setzt sich fort. Insgesamt dürfte sich 2001 das Ausbaugewerbe besser als das Bauhauptgewerbe entwickeln, da Erhaltungsinvestitionen gegenüber Neubaumaßnahmen im Vordergrund stehen. Dafür spricht auch der optimistischere Konjunkturbericht der Handwerkskammer Region Stuttgart für das dritte Quartal 2001, deren Konjunkturindikator für die Ausbauhandwerke den mit Abstand besten Wert aller Handwerksgruppen anzeigt. Fast 60 % der befragten Handwerksmeister der entsprechenden Gewerbegebiete (z. B. Elektrotechniker, Heizungsbauer, Maler, Klempner) schätzen die wirtschaftliche Lage als gut ein und auch die Auslastung

liegt mit 86 % sehr hoch. Am anderen Ende der Skala befinden sich die Bauhandwerke (z. B. Maurer, Zimmerer, Straßenbauer): Hier zeigen die Umsätze weiterhin nach unten, jedoch hat der Konjunkturindikator seinen Tiefstand überwunden und ist leicht angestiegen.

4.7.2 Beschäftigungsentwicklung

Im Baugewerbe sind zum 30. Juni 2000 in der Region Stuttgart 60.700 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte gemeldet, von denen 44 % im Bauhauptgewerbe und 56 % im Ausbaugewerbe tätig sind. Der moderaten Zunahme des Umsatzes zwischen 1999 und 2000 in Baden-Württemberg und in der Region Stuttgart steht ein weiterer Stellenabbau im Baugewerbe gegenüber. Betrachtet man die drei dominanten Branchen, so war der regionale Hoch- und Tiefbau als Kernbereich des Bauhauptgewerbes mit -3,4 % am stärksten vom Beschäftigtenabbau betroffen. Abgebaut wurde jedoch auch beim Ausbaugewerbe: um -2,7 % beim sonstigen Baugewerbe (u. a. mit Bautischlerei und Malergewerbe) und um -1,1 % bei der Bauinstallation (u. a. mit Elektroinstallation und Sanitär-Heizung-Klima-Gewerbe).

Tabelle 4.35: Region Stuttgart – Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Teilbranchen des Baugewerbes.

	1998	1999	2000	Diff. 98/00	in %	Diff. 99/00	in %
Baugewerbe insgesamt (F)	62.861	62.301	60.678	-2.183	-3,5	-1.623	-2,6
Vorbereit. Baustellenarbeiten	574	763	684	+110	+19,2	-79	-10,4
Hoch- und Tiefbau	26.938	26.758	25.858	-1.080	-4,0	-900	-3,4
Bauinstallation	19.620	19.318	19.097	-523	-2,7	-221	-1,1
Sonstiges Baugewerbe	15.639	15.368	14.955	-684	-4,4	-413	-2,7
Vermietung v. Baumaschinen	90	94	84	-6	-6,7	-10	-10,6

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Zieht man die Totalerhebung im Bauhauptgewerbe des Statistischen Landesamts heran, so zeigt sich bei Betrachtung der Beschäftigtengrößenklassen ein Strukturwandel zugunsten kleinerer Betriebe. Sowohl was die absolute Betriebszahl als auch was die Beschäftigtenzahl betrifft, ist in den letzten Jahren in Baden-Württemberg nur in der Klasse der Kleinbetriebe mit 1 bis 9 Beschäftigten eine

Zunahme zu verzeichnen. Bei den Betrieben mit mehr Beschäftigten – insbesondere bei den Großbetrieben – kam es zu einem teilweise erheblichen Rückgang der Betriebs- und Beschäftigtenzahlen.²⁴ Die strukturellen Probleme der Bauwirtschaft und der anhaltende Abwärtstrend wirken sich entsprechend auf die regionale Beschäftigungsentwicklung aus. Der Beschäftigtenrückgang in der Region Stuttgart ist im Vergleichszeitraum stärker als in Baden-Württemberg ausgeprägt. Hervorzuheben sind die negative Entwicklung in der Landeshauptstadt Stuttgart (-9,0 %) und die vom allgemeinen Trend abgekoppelte Entwicklung im Kreis Böblingen (+2,7 %), dessen positive Entwicklung jedoch allein auf den Zeitraum 1998 bis 1999 beschränkt war (+7,1 %), wogegen im letzten Berichtszeitraum auch hier ein Minus von 4,1 % zu verzeichnen ist.

Tabelle 4.36: Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Baugewerbe

	1998	1999	2000	Diff. 98/00	in %	Diff. 99/00	in %
BRD-West	1.647.107	1.646.712	1.594.218	-52.889	-3,2	-52.494	-3,2
Bad.-Württemb.	257.048	254.061	251.685	-5.363	-2,1	-2.376	-0,9
Region Stuttgart	62.861	62.301	60.678	-2.183	-3,5	-1.623	-2,6
Stuttgart	17.134	16.482	15.594	-1.540	-9,0	-888	-5,4
Böblingen	6.738	7.215	6.922	184	2,7	-293	-4,1
Esslingen	10.502	10.549	10.443	-59	-0,6	-106	-1,0
Göppingen	7.024	6.936	6.946	-78	-1,1	10	0,1
Ludwigsburg	11.474	11.232	11.059	-415	-3,6	-173	-1,5
Rems-Murr-Kreis	9.989	9.887	9.714	-275	-2,8	-173	-1,7

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Nach Geschlechtern differenziert lässt sich erkennen, dass der Beschäftigungsabbau die Frauen etwas weniger getroffen hat als die Männer. Damit konnte der traditionell niedrige Frauenanteil bei den Beschäftigten des Baugewerbes etwas erhöht werden und liegt nunmehr 0,3 %-Punkte über dem Anteil 1998.

24 Dreher, Christoph (2001): Das Bauhauptgewerbe in Baden-Württemberg 2000. In: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, H. 7/2001, S. 315-321, hier S. 318.

Tabelle 4.37: Entwicklung der Beschäftigten im Baugewerbe zwischen 1998 und 2000 nach Geschlecht

	Männer		Frauen		Gesamt	Frauenanteil
	1998-2000	in %	1998-2000	in %	98-00 (%)	2000 in %
Alte Bundesländer	-50.807	-3,5	-2.082	-1,1	-3,2	12,1
Baden-Württemb.	-5.576	-2,5	+213	+0,6	-2,1	13,2
Region Stuttgart	-1.975	-3,6	-208	-2,4	-3,5	13,8

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Die Beschäftigtenentwicklung nach Tätigkeiten zeigt, dass die Ursachen für die leichte Erhöhung des Anteils weiblicher Beschäftigter insbesondere in den Verlusten bei Bauarbeitern und Installateuren (Fertigungstätigkeiten) begründet liegen. Vom damit einhergehenden funktionalen Strukturwandel innerhalb des Baugewerbes profitieren die Frauen jedoch nur scheinbar (Erhöhung des Frauenanteils an Baubeschäftigten), nicht jedoch wenn man die absoluten Zahlen betrachtet: Sowohl bei den klassischen Tätigkeiten „auf dem Bau“ als auch bei den wachsenden Tätigkeiten „im Büro“ sind in der Region Stuttgart im Jahr 2000 weniger Frauen beschäftigt als 1998. Insgesamt gingen überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze bei den tatsächlichen Bautätigkeiten verloren, die stärksten Einbußen verzeichneten geringer qualifizierte Fachwerker. Dagegen erhöht sich der Anteil der mit Dienstleistungstätigkeiten beschäftigten kontinuierlich.

Tabelle 4.38: Region Stuttgart: Funktionale Gliederung der Beschäftigten im Baugewerbe in den Jahren 1998 bis 2000 nach Geschlecht (ausgewählte Berufsklassen)

	Frauen				Männer			Gesamt	
	2000	Frauen- anteil (%)	Diff. 98/ 2000	in %	2000	Diff. 98/ 2000	in %	Ant. am Bau- gew. 2000 (%)	Diff. 98/00 in %
Baugewerbe (F)	8.363	13,8	-208	-2,4	52.315	-1.975	-3,6	100	-3,5
Bau-/Fertigungstätigk.	768	1,7	-89	-10,4	43.560	-2.356	-5,1	73,1	-5,2
Dienstleistungstätigk.	7.544	47,0	-131	-1,7	8.501	+287	+3,5	26,4	+1,0
• technische Dienste	478	10,8	-12	-2,4	3.942	+200	+5,3	7,3	+4,4
• Verwaltung	6.294	75,1	-100	-1,6	2.051	+34	+1,7	13,8	-0,8
dar. Ltd. Verw.	167	21,6	-5	-2,9	605	-18	-2,9	1,3	-2,9

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Die weitere Entwicklung der Baukonjunktur in Deutschland schätzt das DIW im November 2001 aufgrund einer sich abzeichnenden Nachfragebelebung „vorsichtig optimistisch“ ein, was in einem „gewissen Gegensatz zur Meinung vieler Experten“ steht.²⁵ Das DIW erwartet für 2002 einen Anstieg der gesamten Bauleistung um 1 %, in Westdeutschland um 1,5 bis 2 %. Dagegen wird in der Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute für 2002 ein weiterer Rückgang der Bauinvestitionen um -1,3 % (nach -5,2 % im Jahr 2001) angenommen. Eher skeptisch wird die weitere Entwicklung auch von den wirtschaftlichen Verbänden beurteilt. Jedoch geben die Auswirkungen des enormen Nachfrageverlusts seit 2000 auch dem optimistischeren DIW „allen Anlass zur Sorge, was die Auswirkungen auf Kapazitäten und Beschäftigung betrifft; vor dem Hintergrund der Verringerung der Zahl der Arbeitnehmer von 1998 bis 2000 um bundesweit gut 160.000 und dem für 2001 erwarteten Verlust von 150.000 Stellen kann „eine Hoffnung auf rasche Besserung ... auch hier keineswegs geweckt werden.“²⁶ Im Gegensatz zu den genannten Prognosen ist laut längerfristiger IAB-Projektion im Baugewerbe – insbesondere im Ausbaugewerbe – jedoch als einzigem größeren Bereich des Produzierenden Gewerbes eine Zunahme der Erwerbstätigen um 1,8 % in den alten Bundesländern von 2000 bis 2010 zu erwarten.²⁷

²⁵ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (2001): Entwicklung der Bauwirtschaft 2001 und 2002: Nach starkem Produktionseinbruch leichte Erholung in Sicht. Berlin (= DIW-Wochenbericht 44/2001), hier S. 720.

²⁶ Ebenda.

²⁷ Weidig, Inge; Hofer, Peter; Wolff, Heimfrid (1999): Arbeitslandschaft 2010 nach Tätigkeiten und Tätigkeitsniveau. Nürnberg (= Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: 227), hier S. 24.

5 Wirtschaft und Beschäftigung im Dienstleistungssektor

In hochentwickelten Volkswirtschaften nimmt die wirtschaftliche Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes tendenziell ab. Im Rahmen des Strukturwandels kommt es zu einer verstärkten Tertiärisierung der Wirtschaft. Dies gilt auch für die Region Stuttgart, wo die durch den Dienstleistungssektor realisierten Wertschöpfungs- und Beschäftigungsanteile sukzessive wachsen.

5.1 Überblick über die Entwicklung im Dienstleistungssektor

Das Wachstum des Tertiären Sektors resultiert in zunehmendem Maße aus der verstärkten Nachfrage nach sogenannten unternehmensbezogenen Dienstleistungen. Diese entstehen zum einen infolge von Auslagerungen bestimmter Tätigkeiten, die bislang von den Unternehmen in eigener Regie erbracht wurden (so genanntes „outsourcing“), etwa indem eine Firma die bei ihr anfallenden Reinigungsarbeiten nun durch ein externes Unternehmen erledigen lässt. Dies hat zur Folge, dass die entsprechende Wertschöpfung und Beschäftigung nicht mehr dem industriellen, sondern dem tertiären Sektor zugerechnet wird. Zum anderen wird die Produktion tendenziell dienstleistungsintensiver. Dies schlägt sich in einem verstärkten Bedarf an FuE-Leistungen, Beratungsdiensten etc. nieder.

5

Wertschöpfung des Dienstleistungssektors

Der Dienstleistungssektor hat im Jahr 1998 mit einem Anteil von 60 % zur Wertschöpfung der Region beigetragen (das Verarbeitende Gewerbe zu 33,4 %).¹ Dabei lag die als „Wertschöpfung pro Erwerbstätigem“ gemessene Arbeitsproduktivität der Dienstleistungsbranche bei 55.200 Euro. Gegenüber dem Land weist die Region im Dienstleistungsbereich einen Produktivitätsvorsprung von 4.000 Euro (bzw. fast 8 %) auf. Im Vergleich zum Bundesgebiet erreichten die Dienstleister der Region eine um 14 % höhere Arbeitsproduktivität.

Während die Produktivität zwischen 1996 und 1998 in der Region als Ganzes kontinuierlich zunahm, verlief die Entwicklung in den einzelnen Kreisen recht

¹ Neuere als die 1998er-Daten liegen zur Wertschöpfung nicht vor.

unterschiedlich. So konnte der Kreis Böblingen die Stadt Stuttgart vom Spitzenplatz verdrängen, was insbesondere auf den von 1996 bis 1997 erreichten Produktivitätssprung von über 21 % zurückzuführen ist. In drei der sechs Kreise waren zeitweilige Produktivitätsrückgänge bzw. Stagnation zu verzeichnen; jedoch waren im Jahr 1998 in allen Kreisen höhere Produktivitätswerte zu verzeichnen als 1996.

Tabelle 5.1: Bruttowertschöpfung (zu Herstellungspreisen) je Erwerbstätigem im Dienstleistungssektor in Euro

	1996	1998
Deutschland	46.099	48.317
Baden-Württemberg	49.270	51.180
Region Stuttgart	51.592	55.152
Stuttgart	53.975	56.465
Böblingen	50.973	65.599
Esslingen	51.021	51.843
Göppingen	47.849	49.546
Ludwigsburg	49.997	51.828
Rems-Murr-Kreis	49.478	52.834

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, IAW-Berechnungen

5

Mit einer Wertschöpfung von 65.599 Euro pro Erwerbstätigem weisen die im Kreis Böblingen tätigen Dienstleistungsunternehmen im Jahr 1998 die höchste Arbeitsproduktivität auf. Dahinter folgen, mit deutlichem Rückstand, die in der Stadt Stuttgart ansässigen Dienstleister (56.456 Euro). Auf die niedrigste Wertschöpfung pro Erwerbstätigem kommt der Kreis Göppingen mit 49.546 Euro. Die Dienstleistungsunternehmen dieses Kreises erreichen damit nur 75 % der Böblinger Produktivität.

Die innerhalb der Region realisierte Wertschöpfung variiert zwischen den Teilbereichen des Dienstleistungssektors noch stärker als zwischen den Kreisen: Während etwa der Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ auf eine Arbeitsproduktivität von lediglich 36.800 Euro kam (d.h. zwei Drittel der durchschnittlichen Wertschöpfung im Dienstleistungsbereich), erreichte der Sektor „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ mit 104.300 Euro den 2,8-fachen Produktivitätswert und damit fast das Doppelte des Durchschnittswertes.

Beschäftigte im Dienstleistungssektor

Das Wachstum des Tertiären Sektors spiegelt sich nicht nur in den Wertschöpfungs-, sondern auch in den Beschäftigungszahlen wider. So hat sich in der Zeit von 1998 bis 2000 der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die im Dienstleistungssektor arbeiten, in den alten Bundesländern um 2 Prozentpunkte (von 60,3 % auf 62,3 %) erhöht. In Baden-Württemberg ist im gleichen Zeitraum eine Zunahme um 1,8 Prozentpunkte zu verzeichnen. Mit 54,9 % (2000) liegt der Anteil jedoch deutlich unter dem Niveau der alten Bundesländer.

In der Region Stuttgart ist der Anteil der im Dienstleistungsbereich Beschäftigten mit 2,1 Prozentpunkten im Zeitraum 1998 bis 2000 geringfügig stärker gestiegen als im Land und im Bund. Mit 55,4 % liegt der Anteil einen halben Prozentpunkt über dem Landesdurchschnitt aber deutlich unter dem westdeutschen Durchschnitt.

Tabelle 5.2: Anteil der SVP-Beschäftigten im Dienstleistungsbereich an allen SVP-Beschäftigten (Tertiärisierungsgrad in sektoraler Abgrenzung)

	Anteil in % 1998	Anteil in % 2000
BRD-West	60,3	62,3
Baden-Württemberg	53,1	54,9
Region Stuttgart	53,3	55,4
Stuttgart	64,9	67,6
Böblingen	45,7	45,5
Esslingen	47,6	50,1
Göppingen	46,1	47,5
Ludwigsburg	50,4	52,2
Rems-Murr	47,3	50,1

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Nimmt man den Tertiärisierungsgrad der einzelnen Kreise der Region Stuttgart, dann lassen sich z.T. ausgeprägte Abweichungen vom Durchschnittswert (55,4 %) feststellen: Während die Stadt Stuttgart mit 67,6 % gut 5 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt (West) liegt, bleiben alle Landkreise der Region hinter dem Regionswert zurück. Die Tertiärisierungsgrade reichen von 45,5 % (Kreis Böblingen) bis 52,2 % (Kreis Ludwigsburg).

Der im Vergleich zum Bund (West) unterdurchschnittliche Tertiärisierungsgrad in der Region Stuttgart und im Land Baden-Württemberg muss im Zusammenhang mit der Stärke des Verarbeitenden Gewerbes und der relativ niedrigen Arbeitslosenquote gesehen werden. Daher ist das Erwerbspersonenpotenzial, das für Tätigkeiten im Dienstleistungssektor zur Verfügung steht, geringer als in anderen Bundesländern. Hinzu kommt, dass eine Vielzahl von Dienstleistungstätigkeiten im Verarbeitenden Gewerbe ausgeführt werden, so dass die funktionale Tertiärisierung in der Region wesentlich weiter fortgeschritten ist als bei sektoraler Betrachtung sichtbar wird.

Die Beschäftigung in den einzelnen Branchen

Die Zuwachsraten der Beschäftigung im Dienstleistungsbereich lagen auf Bundesebene (West) im Zeitraum 1998-2000 bei 7 %, in Baden-Württemberg bei 7,2 % und in der Region Stuttgart bei 7,5 %. Das heißt auch, dass 2000 in der Region fast 41.000 Menschen mehr im Dienstleistungssektor beschäftigt waren als zwei Jahre zuvor.

Gravierender als die räumlichen Unterschiede sind in der Region die strukturellen Unterschiede zwischen den Teilbereichen des Dienstleistungssektors. Eine besonders erfreuliche Entwicklung nahmen die unternehmensbezogenen Dienstleistungen, wo innerhalb von zwei Jahren fast 25.000 neue Arbeitsplätze entstanden. Um den zweiten Platz hinsichtlich der Wachstumsdynamik konkurrieren die Bereiche Verkehr/Nachrichtenübermittlung und personenbezogene Dienstleistungen. Da die personenbezogenen Dienstleistungen sehr viele Beschäftigte aufweisen, reicht eine unterdurchschnittliche Wachstumsrate aus um einen wesentlich größeren Beschäftigungseffekt auszulösen als der Bereich Verkehr/Nachrichtenübermittlung. Verkehr und Nachrichtenübermittlung weisen dagegen eine überdurchschnittliche Wachstumsrate auf.

Sieht man von der besonderen Entwicklung im Bereich der öffentlichen Verwaltung und Sozialversicherung ab, so sind alle Teilbereiche des Dienstleistungssektors expandiert. Beim Handel und bei den Finanzdienstleistungen (Kredit- und Versicherungsgewerbe) stagnierte die Entwicklung im Zeitraum 1998 bis 1999; erst 1999/2000 setzte die Aufwärtsbewegung ein.

Auch bei der Betrachtung einzelner Teilbereiche zeigt sich – wiewohl durch die Umstellung der Wirtschaftszweigsystematik nur eingeschränkt vergleichbar und deshalb hier nicht ausgeführt – ein deutlich positiveres Bild hinsichtlich der

Beschäftigungsentwicklung als im letzten Strukturbericht. Besonders bemerkenswert sind die Beschäftigungszuwächse in den Bereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Handel. Beides Wirtschaftszweige, in denen wir im letzten Strukturbericht in der Region Stuttgart Beschäftigungsrückgänge feststellen mussten.

Tabelle 5.3: Region Stuttgart: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Dienstleistungsbereich sowie nach wichtigen Teilbereichen in den Jahren 1998 – 2000

	1998	1999	2000	Diff. 98/00	in %	Diff. 99/00	in %
Dienstleistungen insg.	544.102	561.438	584.926	40.824	7,5 %	23.488	4,2 %
Handel	138.125	138.043	141.173	3.048	2,2 %	3.130	2,3 %
Verkehr/ Nachrichtenübermittlung	44.249	45.478	48.300	4.051	9,2 %	2.822	6,2 %
Banken/Versicherung	53.260	53.088	54.534	1.274	2,4 %	1.446	2,7 %
Unternehmensbezogene DL	99.454	112.265	124.160	24.706	24,8 %	11.895	10,6 %
Personenbezogene DL	156.049	160.844	164.301	8.252	5,3 %	3.457	2,1 %
Öffentl. Verwaltung/ Sozialversicherung	52.965	51.720	52.458	-507	-1,0 %	738	1,4 %

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Die Beschäftigungsentwicklung in den Kreisen

Die von 1998 bis 2000 im Dienstleistungsbereich der Region Stuttgart zu verzeichnenden Beschäftigungszuwächse variierten zwischen den Kreisen. Während die Wachstumsraten in der Stadt Stuttgart und den Kreisen Böblingen, Esslingen und Ludwigsburg relativ dicht beieinander lagen, wichen die Kreise Göppingen und Rems-Murr deutlich nach unten bzw. oben ab. Die Bandbreite der Beschäftigungserhöhungen lag zwischen 4,4 % (Kreis Göppingen) und 9,2 % (Rems-Murr-Kreis).

Insgesamt zeigt sich eine weitaus positivere Entwicklung als im Berichtszeitraum des letzten Strukturberichts, dem die Jahre 1996–1998 vorangehen, in denen im Dienstleistungsbereich die Beschäftigung stagnierte, in einzelnen Kreisen sogar rückläufig war.

**Tabelle 5.4: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Dienstleistungsbereich
in den Jahren 1998 bis 2000**

	1998	1999	2000	Diff. 98/00	in %	Diff. 99/00	in %
BRD-West	13.304.616	13.749.546	14.229.483	924.867	7,0 %	479.937	3,5 %
Bad.-Württemb.	1.947.351	2.011.814	2.088.253	140.902	7,2 %	76.439	3,8 %
Region Stuttgart	544.102	561.438	584.926	40.824	7,5 %	23.488	4,2 %
Stuttgart	219.400	225.047	236.543	17.143	7,8 %	11.496	5,1 %
Böblingen	65.353	67.421	70.034	4.681	7,2 %	2.613	3,9 %
Esslingen	83.322	86.992	89.968	6.646	8,0 %	2.976	3,4 %
Göppingen	36.584	37.245	38.179	1.595	4,4 %	934	2,5 %
Ludwigsburg	80.581	83.120	85.915	5.334	6,6 %	2.795	3,4 %
Rems-Murr-Kreis	58.862	61.613	64.287	5.425	9,2 %	2.674	4,3 %

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Die niedrigeren Anteile des Dienstleistungssektors in der Region sind vor allem dem vergleichsweise niedrigen Anteil an Beschäftigten im Handel und bei den personenbezogenen Dienstleistungen zuzuschreiben. Dadurch entsteht eine Differenz zum Durchschnitt der alten Bundesländer von über sieben Prozentpunkten.

In den einzelnen Kreisen variiert die Bedeutung der Teilbereiche allerdings beträchtlich: So weist der Stadtkreis Stuttgart den geringsten Anteil der im Handel Beschäftigten von allen Kreisen auf. Die Stärken der Stadt Stuttgart liegen demgegenüber bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen sowie bei der Kreditwirtschaft. Bei den personenbezogenen Dienstleistungen liegt Stuttgart zwar deutlich über dem Regionsdurchschnitt, erreicht den Bundesdurchschnitt aber nicht. Die etwas überdurchschnittliche Bedeutung der öffentlichen Verwaltung überrascht nicht, da Stuttgart auch Sitz der Landesregierung und höherer Landesbehörden ist.

Der Kreis Böblingen übertrifft nur bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen den Durchschnitt der alten Bundesländer. Bemerkenswert sind die extrem niedrigen Anteile an Beschäftigten in den personenbezogenen Dienstleistungen und im Bereich Verkehr/Nachrichtenübermittlung.

Im Kreis Esslingen ist der Bereich Verkehr/Nachrichtenübermittlung auch im Vergleich mit den alten Bundesländern überdurchschnittlich vertreten. Alle anderen

Dienstleistungsbereiche sind relativ schwächer vertreten und bleiben hinter dem Bundesdurchschnitt zurück, am wenigsten die unternehmensbezogenen Dienstleistungen.

Im Kreis Göppingen ist hinsichtlich der verschiedenen Dienstleistungsbereiche keine ausgesprochenen Stärke festzustellen. Lediglich die öffentliche Verwaltung erreicht mit einem Beschäftigtenanteil von 5,6 % den Bundesdurchschnitt. Bezogen auf den Regionsdurchschnitt werden im Handel und bei den personenbezogenen Dienstleistungen in etwa die Durchschnittswerte erreicht.

Der Kreis Ludwigsburg weist – verglichen mit den anderen Kreisen – zwei Stärken auf: den Handel und den Bereich Verkehr/Nachrichtenübermittlung. Bei den anderen vier Teilbranchen bleibt die Beschäftigung hinter dem Regions- und dem Bundesdurchschnitt zurück. Beim Kreditwesen wird der Bundesdurchschnitt allerdings nur geringfügig unterschritten; hinter der Stadt Stuttgart weist der Kreis Ludwigsburg hier den zweithöchsten Anteil auf.

Der Rems-Murr-Kreis ist durch eine relativ ausgeglichene Struktur des Dienstleistungssektors gekennzeichnet. Alle Werte liegen etwas unterhalb des Durchschnittes für die alten Bundesländer, am deutlichsten gilt das für die personenbezogenen Dienstleistungen, wo der Kreis allerdings (geringfügig) über dem Regionsdurchschnitt liegt.

Tabelle 5.5: Anteile der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den verschiedenen Dienstleistungsfeldern an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (2000)

	Handel	Verkehr-/ Nachricht- tenüberm.	Kredit- wesen/ Versich.	Unternehmens- bezogene Dienstleist.	Personen- bezogene Dienstl.	Öffentl. Verwal- tung
BRD-West	15,7	5,2	4,2	10,8	20,7	5,6
Baden-Württ.	14,0	4,1	3,9	9,6	18,3	5,1
Region Stuttg.	13,4	4,6	5,2	11,8	15,6	5,0
Stuttgart	11,6	4,5	9,6	15,5	20,3	6,1
Böblingen	13,0	2,4	2,7	13,6	9,7	4,0
Esslingen	14,3	6,0	2,3	10,0	13,2	4,4
Göppingen	13,9	3,3	3,3	6,6	14,9	5,6
Ludwigsburg	15,3	6,8	4,0	8,5	13,5	4,2
Rems-Murr-Kreis	14,3	3,3	2,9	9,3	15,8	4,5

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Die Entwicklung der Frauenbeschäftigung

Mit 58,7 % liegt der Frauenanteil im Dienstleistungsbereich in der Region Stuttgart knapp unter dem Vergleichswert der alten Bundesländer (59 %) und etwas deutlicher unter dem baden-württembergischen Wert (60,9 %). Dieser Branchendurchschnitt wurde von den Teilbereichen Personenbezogene Dienstleistungen (69,7 %) und „Öffentliche Verwaltung und Sozialversicherung“ (65,9 %) übertroffen. Mit deutlichem Abstand folgten das Kredit- und Versicherungsgewerbe (53,7 %) sowie der Handel (50,3 %). Einen Frauenanteil unter 50 % verzeichnen die Unternehmensbezogenen Dienstleistungen (43,8 %) sowie der Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung (31,8 %).

Tabelle 5.6: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Frauen im Dienstleistungssektor

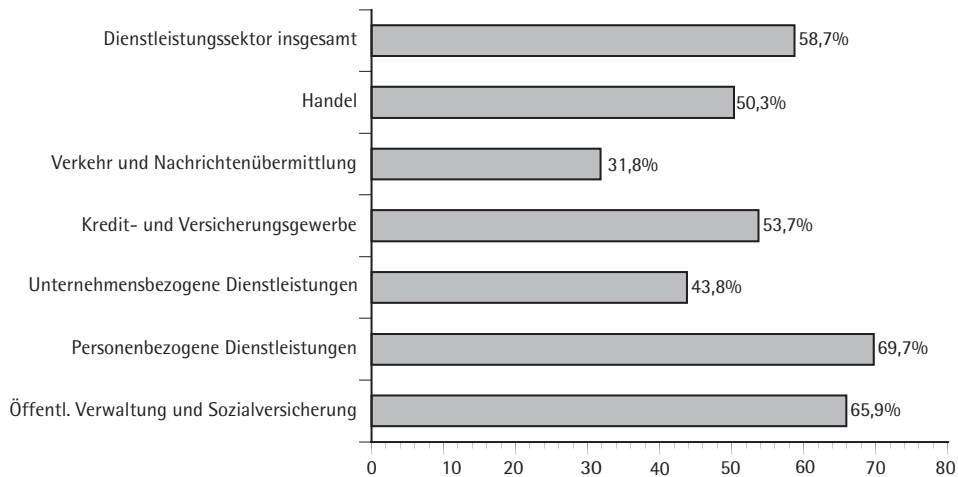
	1998	2000	Änd. 98/00 in %	Frauenanteil in %
BRD West	7.432.485	7.847.563	5,6	59,0
Baden-Württemberg	1.120.480	1.185.079	5,8	60,9
Region Stuttgart	302.458	319.200	5,5	58,7

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

5

Bemerkenswert ist, dass die Frauen in der Region an dem Beschäftigungsaufbau im Dienstleistungsbereich im Zeitraum 1998-2000 unterproportional teilnahmen: nur 16.700 (41 %) der knapp 41.000 neuen Arbeitsplätze gingen an Frauen. Im alten Bundesgebiet und in Baden-Württemberg war der Anteil der zusätzlichen Arbeitsplätze, die mit Frauen besetzt wurden zwar etwas höher (45 bzw. knapp 48 %), erreichte aber ebenfalls nicht das Niveau der jeweiligen Frauenquote des Dienstleistungssektors.

Abbildung 5.1: Frauenanteile in einzelnen Teilbereichen des Dienstleistungssektor in der Region Stuttgart im Jahr 2000



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Qualifikationsniveau

Die Beschäftigung im Dienstleistungssektor ist im Vergleich zum Verarbeitenden Gewerbe durch zwei Besonderheiten gekennzeichnet: zum einen gibt es einen höheren Anteil von Beschäftigten, deren Ausbildung unbekannt ist und zum anderen einen höheren Anteil an Akademikern. Dies geht sowohl zu Lasten des Anteils der Beschäftigten mit mittleren Qualifikationen als auch derjenigen, die keinen Berufsabschluss haben.

Trotz des höheren Anteils an Beschäftigten mit unbekanntem Abschluss kann man feststellen, dass einfache sozialversicherte Dienstleistungstätigkeiten noch seltener sind als einfache Arbeiten im Verarbeitenden Gewerbe.

In der Region fällt der – vor allem bei den Männern – überdurchschnittliche Akademikeranteil auf, was mit einem relativ niedrigen Anteil an Beschäftigten mit mittlerer Qualifikation einhergeht.

Tabelle 5.7: Qualifikationsstruktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Dienstleistungssektor (2000) in Prozent

	Ohne Berufsabschluss	Mittlere Qualifikationen	Akademiker	Ausbildung unbekannt
BRD-West	15,1	63,0	8,8	13,1
Baden-Württemberg	17,3	63,9	9,4	9,4
Region Stuttgart				
Insgesamt	16,7	62,1	11,5	9,7
Frauen	18,3	65,2	7,1	9,4
Männer	14,8	58,2	16,9	10,1

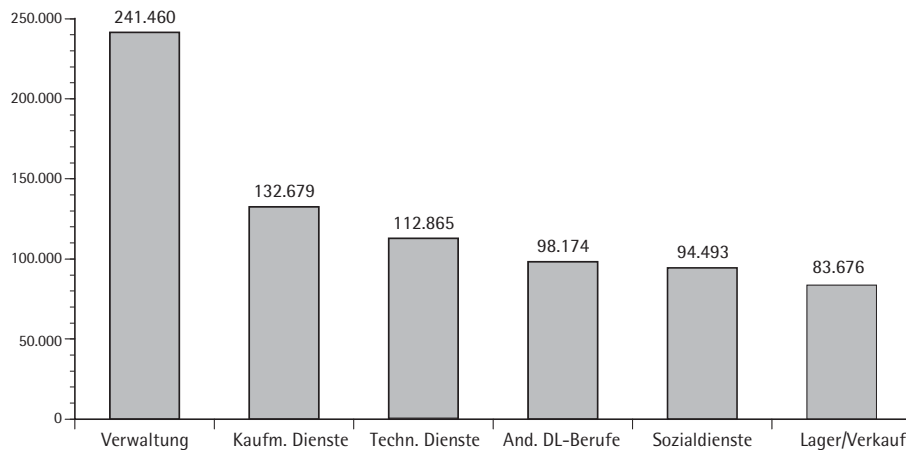
Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, IAW-Berechnungen

Die Beschäftigungsentwicklung in den Dienstleistungsberufen

An dieser Stelle soll in Bezug auf den Dienstleistungsbereich kurz von der sektoralen auf die funktionale Betrachtung übergegangen werden. Es geht also nicht um die Analyse der Beschäftigung im Dienstleistungssektor (sektorale Sichtweise), sondern um die Untersuchung im Hinblick auf die Dienstleistungsberufe (funktionale Sichtweise). Ausgewählte Aspekte der Beschäftigungsentwicklung in Dienstleistungsberufen wurden bereits im dritten Kapitel unter dem Stichwort „Funktionale Arbeitsteilung“ (innerhalb von Gliederungspunkt 3.2.2) vorgestellt.

Das mit Abstand bedeutendste Berufsfeld innerhalb der Dienstleistungsberufe in der Region sind die Verwaltungstätigkeiten, die von über 241.000 Beschäftigten (31,6 % der Dienstleistungsbeschäftigten) ausgeführt werden. Es folgt die Berufsgruppe „Kaufmännische Dienste“ mit einem Beschäftigtenanteil von 17,4 %. Gut jeder Siebte in Dienstleistungsberufen Beschäftigte (14,8 %) arbeitet im Tätigkeitsfeld „Technische Dienste“. Von großer Bedeutung ist auch die Berufsgruppe Sozialdienste (12,4 %) sowie die Lager- und Verkehrsberufe, die immerhin noch auf einen Anteil von 11 % kommen.

Abbildung 5.2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Dienstleistungsberufen in der Region Stuttgart im Jahr 2000 nach Art der Tätigkeit



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Die verbleibenden 12,9 % Beschäftigtenanteile entfallen auf ein Konglomerat unterschiedlichster Dienstleistungsberufe („Andere Dienstleistungsberufe“). Diese reichen z. B. von hauswirtschaftsbezogenen Tätigkeitsfeldern über Ordnungs- und Sicherheitsberufe bis zu künstlerische Berufen. Gerade diese recht heterogen zusammengesetzte Berufsgruppe hat mit einem weit überproportionalen Wachstum (13,2 %) maßgeblich dazu beigetragen haben, dass die Beschäftigung in den Dienstleistungsberufen von 1998 bis 2000 um 5,5 % gestiegen ist.

Tabelle 5.8: Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Dienstleistungsberufen in der Region Stuttgart nach Art der Tätigkeit

	1998	2000	Änd. 98/00	Änd. in %	%-Anteil 2000
Technische Dienste	108.264	112.865	4.601	4,2 %	14,8 %
Verwaltung	229.541	241.460	11.919	5,2 %	31,6 %
Lager und Verkehr	80.152	83.676	3.524	4,4 %	11,0 %
Kaufmänn. Dienste	128.311	132.679	4.368	3,4 %	17,4 %
Sozialdienste	90.497	94.493	3.996	4,4 %	12,4 %
Andere DL-Berufe	86.745	98.174	11.429	13,2 %	12,9 %
DL-Berufe insgesamt	723.510	763.347	39.837	5,5 %	100,0 %
SVPB insgesamt	1.020.049	1.056.363	36.314	3,6 %	

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, IAW-Berechnungen

5.2 Handel

Nachdem bei der Darstellung der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung im Dienstleistungsbereich bisher auf die gesamtsektorale Entwicklung abgestellt wurde, soll im weiteren Verlauf die Entwicklung einzelner Branchen des Sektors erörtert werden. Der folgende Teil befasst sich zunächst mit dem Bereich Handel, der die Teilbereiche Einzelhandel, Großhandel sowie Kraftfahrzeughandel (einschließlich Kraftfahrzeugreparatur und Tankstellen) umfasst.

Produktivität

Die in der Region Stuttgart tätigen Unternehmen des Handels kamen im Jahr 1998 auf eine Arbeitsproduktivität von etwa 36.800 Euro pro Erwerbstätigen (sofern man die Bereiche Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung einbezieht²).³ Die Produktivität lag damit um ca 2.700 Euro (8 %) über dem entsprechenden Wert für Baden-Württemberg. Gegenüber dem Bundesgebiet kommt die Region auf einen Produktivitätsvorsprung von 9 %. Vergleicht man die Produktivität dieser Dienstleistungsbereiche mit der des gesamten Tertiären Sektors, so kommt dieser Bereich auf zwei Drittel des Durchschnittswertes (55.200 Euro).

² Da auf der Regionen- und Kreisebene für den Sektor Handel keine exklusiven Produktivitätsdaten verfügbar sind, werden hilfsweise entsprechende Daten des sektoralen Konglomerats „Handel; Gastgewerbe; Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ herangezogen. Dies ist gerechtfertigt, da der Handel der mit Abstand größte Teilbereich ist und die Produktivitätswerte dieses Konglomerats eine „gewisse“ Repräsentanz für die Werte des Handelssektors haben. Bei der analogen Betrachtung der 1998er-Werte für Baden-Württemberg, die sektoral differenzierter vorliegen, ist die Arbeitsproduktivität des Branchenmixes (34.095 Euro) eher repräsentativ für den Handel (einschließlich Gastgewerbe: 30.180 Euro) als für den Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung.

³ Aktuellere Werte liegen nicht vor.

Tabelle 5.9: Bruttowertschöpfung (zu Herstellungspreisen) je Erwerbstätigem im Bereich Handel (einschließlich Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung) in Euro

	1996	1998
Deutschland	31.923	33.722
Baden-Württemberg	32.074	34.096
Region Stuttgart	34.462	36.791
Stuttgart	38.818	40.135
Böblingen	32.381	35.210
Esslingen	33.709	36.531
Göppingen	31.378	31.014
Ludwigsburg	33.807	36.658
Rems-Murr-Kreis	28.145	34.274

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, IAW-Berechnungen

Betrachtet man die Arbeitsproduktivität der Handelsunternehmen in den einzelnen Kreisen der Region, dann zeigt sich ein Produktivitätsvorsprung der in der Stadt Stuttgart ansässigen Firmen. Dort erwirtschaftete jeder Erwerbstätige eine Wertschöpfung von 40.100 Euro. Schlusslicht in Sachen Arbeitsproduktivität ist (1998) der Kreis Göppingen, dessen Handelsdienstleister im Zeitraum 1996-1998 leichte Produktivitätseinbußen zu verzeichnen hatten und nun 15 % unter dem Regionswert liegen. Die anderen Landkreise konnten ihre Arbeitsproduktivität steigern. Dies gilt in besonderem Maße für den Rems-Murr-Kreis, der inzwischen den Anschluss an die regionale Produktivitätsentwicklung dieser Branche gefunden hat.

Kaufkraft und Umsatz im Einzelhandel

Für den Einzelhandel, den beschäftigungsintensivsten Teilbereich des Handels, liegen für die Kreise in der Region Stuttgart Informationen über die Kaufkraft der privaten Haushalte und den Umsatz vor.⁴

Diese Kaufkraftangaben beziehen sich auf die „einzelhandelsrelevante Kaufkraft“. Diese gibt an, wie viel Einkommen den Haushalten zum Kauf von Konsumgütern zur Verfügung steht. Die einzelhandelsrelevante Kaufkraft ist niedriger als die „allgemeine Kaufkraft“ auf die im interregionalen Vergleich (siehe Teil 3.1) bezug genommen wurde, da bei der einzelhandelsrelevanten Kaufkraft alle Einkommensbestandteile herausgerechnet werden, die nicht für Käufe im Einzelhandelsbereich vorgesehen sind.⁵ Das sind z.B. Aufwendungen für Wohnungsmiete, Versicherungen, Kraftfahrzeug, Heizung, Reisen.⁶ Da das Berechnungsverfahren für die einzelhandelsrelevante Kaufkraft in den letzten Jahren mehrfach weiterentwickelt wurde und verschiedene Institutionen unterschiedliche Verfahren wählen, ist ein Vergleich mit Werten aus der Vergangenheit irreführend.

⁴ Die Daten zu Kaufkraft und Umsatz im Einzelhandel basieren auf: Eisenmann: Kennzahlen für den Einzelhandel – 2001. Kaufkraft, Umsatz und Zentralität in der Region Stuttgart (hrsg. v. IHK Region Stuttgart), Stuttgart 2001. Die entsprechende Publikation bezieht sich auf Prognosedaten der Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung (GfK), Nürnberg.

⁵ Die einzelhandelsrelevante Kaufkraft ist der Teil der allgemeinen Kaufkraft, der tatsächlich im Einzelhandel ausgegeben werden kann. Grundlage für die Berechnung ist die Summe aller Nettoeinkünfte einer Region, ermittelt aus der amtlichen Lohn- und Einkommensteuerstatistik, vermindert um nicht konsumrelevante Unternehmereinkünfte aus Personengesellschaften. Hinzugerechnet werden die Erlöse aus der Landwirtschaft, das Arbeitslosengeld, Kinder- und Wohngeld, Rente sowie BaföG. Herausgerechnet werden beispielsweise Mieten, Hypothekenzinsen, Versicherungen, Ausgaben für Reisen, Dienstleistungen sowie Spartätigkeit etc. (vgl. Eisenmann, a.a.O., S. 21).

⁶ Um einen Eindruck über die Relation zwischen beiden Kaufkraftkennziffern zu bekommen, folgender Hinweis: Im Bundesgebiet betrug die einzelhandelsrelevante Kaufkraft im Jahr 2001 ca. ein Drittel der allgemeinen Kaufkraft (GfK-Internetauszug).

Tabelle 5.10: Einzelhandelsrelevante Kaufkraft in der Region Stuttgart 2001
(Prognosewerte)

	Einzelhandelsrelevante Kaufkraft	
	in Mio. Euro	pro Kopf (in Euro)
Region Stuttgart	15.222,1	5.852,2
Stuttgart	3.458,4	5.937,6
Böblingen	2.126,5	5.873,2
Esslingen	2.972,3	5.970,4
Göppingen	1.440,0	5.621,7
Ludwigsburg	2.861,6	5.776,1
Rems-Murr-Kreis	2.363,4	5.804,2

Quelle: Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung (GfK), Nürnberg,
IAW-Darstellung

Das absolut größte Kaufkraftvolumen steht – erwartungsgemäß – in der Stadt Stuttgart zur Verfügung, wo auch die Einwohnerzahl am höchsten ist. Die Absolutwerte für die Kaufkraft folgen in der Reihenfolge der Einwohnerzahl der Kreise. Bei der Kaufkraft pro Kopf sind die Unterschiede insgesamt gering. Die Stadt Stuttgart und der Landkreis Esslingen stehen an der Spitze, relativ dicht gefolgt vom Kreis Böblingen, dem Rems-Murr-Kreis und dem Kreis Ludwigsburg; mit etwas Abstand folgt der Kreis Göppingen. Bezogen auf die gesamte Region ergibt sich eine Pro-Kopf-Kaufkraft von über 5.850 Euro, wobei der Wert für sämtliche Kreise der Region über dem bundesdeutschen Durchschnittswert liegt.

Das Gegenstück zur Kaufkraft, die das Nachfragepotenzial in der Region angibt, ist der Umsatz im Einzelhandel, der Information darüber gibt, was der Einzelhandel tatsächlich umsetzen konnte. In der Region Stuttgart lag im Jahr 2001 der Pro-Kopf-Umsatz bei etwa 5.300 Euro. Dieser Wert wurde von der Stadt Stuttgart (mit 7.090 Euro) deutlich überschritten. Von den Landkreisen der Region konnte lediglich Böblingen den Regionswert übertreffen. Die anderen Landkreise fallen demgegenüber mehr oder weniger deutlich ab. Dieselben Relationen gelten, wenn man als Referenz nicht den regionalen, sondern den bundesdeutschen Durchschnittswert für den Pro-Kopf-Umsatz heranzieht.

Tabelle 5.11: Einzelhandelsumsatz in der Region Stuttgart 2001 (Prognosewerte)

	Einzelhandelsrelevante Kaufkraft	
	in Mio. Euro	pro Kopf (in Euro)
Region Stuttgart	13.790,6	5.301,6
Stuttgart	4.129,7	7.090,1
Böblingen	1.984,3	5.481,0
Esslingen	2.286,5	4.592,9
Göppingen	1.205,6	4.707,0
Ludwigsburg	2.384,2	4.812,3
Rems-Murr-Kreis	1.800,3	4.421,1

Quelle: Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung (GfK), Nürnberg,
IAW-Darstellung

Setzt man den Umsatz ins Verhältnis zur Kaufkraft (und multipliziert man diese Relation mit 100), dann ergibt sich als Kennziffer die so genannte „Einzelhandelszentralität“. Werte über 100 deuten dabei an, dass im jeweiligen Kreis der Umsatz höher als die Kaufkraft ausgefallen ist; mithin hat per Saldo ein Kaufkraftzufluss stattgefunden. Für diejenigen Kreise, deren Zentralitätswert unter 100 liegt, ist dagegen ein Kaufkraftabfluss zu verzeichnen. Im Jahr 2001 konnte in der Region nur die Stadt Stuttgart einen Kaufkraftzufluss realisieren, wobei ein Zentralitätswert von 119 zeigt, dass der in der Stadt erzielte Umsatz um knapp 20 % über der Kaufkraft der eigenen Bevölkerung lag. Sämtliche Landkreise haben per Saldo einen zum Teil erheblichen Kaufkraftabfluss. So konnten der Rems-Murr-Kreis und der Kreis Esslingen lediglich 76 bzw. 77 % ihrer Kaufkraft binden.

Durch die schlechten Zentralitätswerte der Landkreise wird die sehr gute Bilanz der Stadt Stuttgart überkompensiert, so dass sich für die Region Stuttgart insgesamt ein Kaufkraftabfluss von 9 % ergibt. Einer Pro-Kopf-Kaufkraft von etwas über 5.850 Euro steht ein auf die Einwohnerzahl bezogener Umsatz von nur 5.300 Euro gegenüber. Der für die Region zu konstatierende Kaufkraftabfluss überrascht zunächst. Trägt man allerdings der Tatsache Rechnung, dass sich das Gesamtergebnis aus Kaufkraftzufluss und -abfluss überwiegend an der Peripherie eines Teilraumes entscheidet, so sind die vorliegenden Daten nicht unplausibel. Die Region Stuttgart ist von einigen Städten mit hoher zentralörtlicher Bedeutung umgeben, die auch für die Bevölkerung an der Grenze zu den Nachbarregionen für Einkäufe attraktiv sind.⁷ Dies gilt gerade auch für den Einkauf im Raum Reutlingen, wo z.B. in Metzingen namhafte Markenartikelhersteller ihre Produkte

im Rahmen von systematisch betriebem Fabrikverkauf (Factory Outlets) den Kunden anbieten oder etwa für Heilbronn im Norden. Die entsprechende Kaufkraft geht damit dem Einzelhandel der Region Stuttgart verloren. Zusätzlich zum Kaufkraftabfluss in die Nachbarregionen dürften auch Kaufkraftverluste in Richtung Ausland zu verzeichnen sein.

Beschäftigung

Den größten Teilbereich des Handels in der Region bildet der Einzelhandel mit einem Anteil von 43,5 % der im Handel Beschäftigten. Es folgen der Großhandel und der Kfz-bezogener Handel (einschließlich Tankstellen) mit Beschäftigtenanteilen von 41,6 bzw. 14,8 %.

Verglichen mit dem Bundesdurchschnitt hat der Einzelhandel in der Region eine geringere Bedeutung für die Beschäftigung im Handel. Im Bundesdurchschnitt sind immerhin 52 % der im Handel SVP-Beschäftigten im Einzelhandel tätig. Dafür fällt im Bundesdurchschnitt der Anteil des Großhandels mit 34,7 % niedriger aus als in der Region Stuttgart (41,6 %).

Tabelle 5.12: Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Region Stuttgart in den Teilbereichen des Handels

	1998	1999	2000	Diff. 98/00	in %	Diff. 99/00	in %	Anteile
Kfz-Handel u. Tankst.	19.295	20.109	20.905	1.610	8,3 %	796	4,0 %	14,8 %
Großhandel	58.446	57.570	58.792	346	0,6 %	1.222	2,1 %	41,6 %
Einzelhandel	60.384	60.364	61.476	1.092	1,8 %	1.112	1,8 %	43,5 %
HANDEL insgesamt	138.125	138.043	141.173	3.048	2,2 %	3.130	2,3 %	100,0 %

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

⁷ Die Plausibilitätsüberlegungen zu den Kaufkraftabflüssen der Region Stuttgart in die umliegenden Regionen stützen sich auf Modellrechnungen, die für das Jahr 1995 durchgeführt wurden. Dabei wurden als attraktive regionenexterne Einkaufsstandorte insbesondere die Räume Heilbronn, Pforzheim, Tübingen und Reutlingen identifiziert (vgl. IHK Region Stuttgart: Region Stuttgart: Baden-Württembergs Motor für die Wirtschaft, Stuttgart 1999)

Die prozentualen Zuwächse waren in der Region – genauso wie in Bund und Land – im Kfz-Bereich am höchsten. Es entstanden 1998/99 und 99/00 jeweils ca. 800 neue Arbeitsplätze in der Region. Dies weist darauf hin, dass sowohl für das erweiterte Serviceangebot vieler Kfz-Werkstätten als auch für das immer umfangreicher werdende allgemeine Einzelhandelsangebot der Tankstellen, zusätzliche Arbeitskräfte benötigt wurden.

Das Wachstum des Handels in der Region liegt zwischen der Entwicklung in Baden-Württemberg und in den alten Bundesländern. In besonderem Maße dämpfend wirkt die Entwicklung in Stuttgart, wo die Beschäftigungsabnahme im Jahr 1999/00 zwar gebremst wurde, aber von einer wirklichen Trendwende oder Erholung zu sprechen, verfrüht wäre. Betrachtet man nur Einzel- und Großhandel, so gingen in der Stadt Stuttgart von 1998-2000 über 1.600 Arbeitsplätze (ca. 4,3 % der Arbeitsplätze) verloren. Im Kreis Böblingen hat der Großhandel Beschäftigung abgebaut (-549 Beschäftigte im Zeitraum 1998-2000, -6,5 %). In Esslingen konnten sowohl Einzel- als auch Großhandel Personal einstellen (1.091 Beschäftigte im Zeitraum 1998-2000, 5,3 %). Die relativ positive Entwicklung im Kreis Ludwigsburg ist sowohl auf eine besonders günstige Entwicklung im Kfz-Bereich (+422 Beschäftigte im Zeitraum 1998-2000, 12,6 %) als auch auf eine überdurchschnittliche Wachstumsdynamik im Einzelhandel (520 Beschäftigte im Zeitraum 1998-2000, 4,9 %) zurückzuführen. Eine Ursache für diese relativ große Beschäftigungsausweitung könnten die zusätzlichen Verkaufsflächen im Gewerbegebiet „Tammer Feld“ in Ludwigsburg sein. Bemerkenswert sind auch die Neueinstellungen im Einzelhandel des Rems-Murr-Kreises (944 Beschäftigte im Zeitraum 1998-2000, 17,3 %), die maßgeblich zur positiven Entwicklung des Handels im Rems-Murr-Kreis beigetragen haben.

5

Tabelle 5.13: Entwicklung der SVP-Beschäftigten im Handel

	1998	1999	2000	Diff. 98/00	in %	Diff. 99/00	in %
BRD-West	3.484.567	3.515.275	3.579.900	95.333	2,7 %	64.625	1,8 %
Bad.-Württ.	514.347	518.808	532.946	18.599	3,6 %	14.138	2,7 %
Region Stutt.	138.125	138.043	141.173	3.048	2,2 %	3.130	2,3 %
Stuttgart	41.925	40.697	40.706	-1.219	-2,9 %	9	0,0 %
Böblingen	19.941	19.593	20.088	147	0,7 %	495	2,5 %
Esslingen	24.459	25.098	25.713	1.254	5,1 %	615	2,5 %
Göppingen	10.947	10.895	11.140	193	1,8 %	245	2,2 %
Ludwigsburg	24.090	24.262	25.154	1.064	4,4 %	892	3,7 %
Rems-Murr	16.763	17.498	18.372	1.609	9,6 %	874	5,0 %

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Frauenbeschäftigung

Im Handel sind zu gleichen Teilen Männer und Frauen beschäftigt, wobei auch der Beschäftigungszuwachs von 1998 bis 2000 zwischen den Geschlechtern in etwa gleichverteilt war. Die Frauenquote von 50,3 % liegt damit deutlich unter dem Referenzwert des gesamten Dienstleistungssektors (58,7 %).

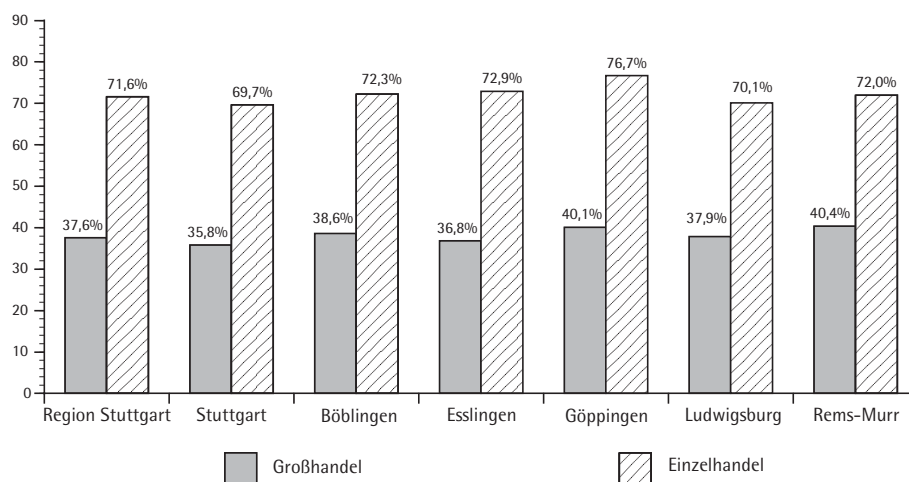
Tabelle 5.14: Beschäftigungsentwicklung im Handel in der Region Stuttgart zwischen 1998 und 2000 nach Geschlecht

	1998	2000	Diff. 98/00	Änd. 98/00
SVPB insg.	138.125	141.173	3.048	2,2 %
Männer	68.597	70.169	1.572	2,3 %
Frauen	69.528	71.004	1.476	2,1 %

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Verlässt man die aggregierte Ebene, dann kann man eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung feststellen. Während im Großhandel mehrheitlich Männer tätig sind und die Frauenquote bei nur 37,6 % liegt, ergibt sich für den Einzelhandelssektor ein völlig anderes Bild. Hier dominieren die Frauen, und zwar insbesondere im Bereich einfacher Tätigkeiten. Der Frauenanteil im Einzelhandel liegt bei 71,6 %. Damit nimmt er innerhalb der Dienstleistungsbranche den Spitzenplatz ein.

Abbildung 5.3: Frauenanteil im Groß- und Einzelhandel 2000



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Darstellung

Qualifikationsniveau

Die Qualifikationsanforderungen im Handel liegen vor allem im Bereich mittlerer Ausbildungsgänge. Weder der relativ niedrige Anteil von Akademikern noch der für den Dienstleistungssektor geringfügig überdurchschnittliche Anteil an Beschäftigten ohne Berufsausbildung überraschen.

Was die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung betrifft, fällt auf, dass in der Region Stuttgart im Zeitraum 1998-2000 die Anzahl der männlichen Akademiker etwas zurückgegangen ist, während die Zahl der Frauen mit Hochschulabschluss, die in diesem Bereich arbeiten, gestiegen ist. Allerdings sind immer noch mehr als doppelt so viele Männer mit akademischer Ausbildung im Handel beschäftigt wie Frauen.

Tabelle 5.15: Qualifikationsstruktur der im Handel sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2000 (Angaben in %)

	Ohne Berufsabschluss	Mittlere Qualifikationen	Akademiker	Ausbildung unbekannt
BRD-West	14,9	69,4	3,4	12,3
Baden-Württemberg	17,0	70,9	3,6	8,5
Region Stuttgart				
Insgesamt	17,4	68,7	4,3	9,5
Frauen	18,9	68,9	2,8	9,5
Männer	16,0	68,5	5,9	9,6

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Offene Stellen und Arbeitslosigkeit

Bei der bisherigen beschäftigungspolitischen Analyse wurde auf die Beschäftigtenstatistik Bezug genommen. Weitere Einblicke ergeben sich, wenn man die bei den Arbeitsämtern der Region gemeldeten Zugänge an Arbeitslosen bzw. Offenen Stellen aus dem Handelssektor betrachtet.

Es geht also nicht um die Bestände an Arbeitslosen bzw. Offenen Stellen, sondern um die Veränderungswerte, soweit diese auf diese Branche bezogen werden.⁸

Ein interessanter Indikator ergibt sich dann, wenn man die Zugänge an Offenen Stellen ins Verhältnis setzt zu den Zugängen an Arbeitslosen. Erreicht dieser Indikator einen Wert von größer als eins, dann hat die Branche während der betrachteten Periode eine höhere zusätzliche Arbeitskräftenachfrage signalisiert als sie selbst durch Abgänge zusätzlich „verfügbar“ gemacht hat (soweit man nur auf die bei den Arbeitsämtern gemeldeten Stellenangebote abstellt). Im umgekehrten Fall liegt der Indikatorwert unter eins.

Tabelle 5.16: Zugänge an Arbeitslosen und Zugänge an Offenen Stellen aus dem Handelssektor in der Region Stuttgart

	Zugänge Offene Stellen	Zugänge Arbeitslose	Zugänge offene Stellen/ Zugänge Arbeitslose
1999	15.666	11.733	1,36
2000	16.729	10.938	1,53

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg, IAW-Berechnungen

Sowohl im Jahr 1999 als auch im Jahr 2000 fielen die dem Handelssektor zuge-rechneten Zugänge an Offenen Stellen höher aus als die Zugänge an Arbeitslosen. Während die Anzahl der zusätzlichen Stellenangebote im Jahr 1999 um ein gutes Drittel (36 %) über dem entsprechenden Zugang an Arbeitslosen lag, erhöhte sich der Wert im Folgejahr auf über 50 %.

Diese Werte stellen allerdings nur eine grobe Annäherung an die Situation auf dem jeweiligen Arbeitsmarkt dar, da neben den Personen, die bereits in einem Bereich, hier dem Handel, gearbeitet haben, auch solche Bewerber stehen, die als Wiedereinsteiger oder Auszubildende erst eine Stelle suchen und zunächst noch

⁸ Entsprechende Jahreswerte stehen erst ab dem Jahr 1999 zur Verfügung, da die Jahreswerte bis 1998 noch nach der alten Klassifizierung (WZ 73) branchenmäßig zugeordnet wurden.

keiner Branche zugeordnet werden. Insofern ist arbeitsmarktpolitisch eine Situation anstrebenswert, in der mehr offene Stellen als branchenbezogene Arbeitslose vorhanden sind. Andererseits wird den Arbeitsämtern regelmäßig nur ein Teil der Offenen Stellen gemeldet, so dass in der Regel die Situation für die Arbeitssuchenden etwas besser ist als diese Werte signalisieren. Schließlich eignen sich solche Summen natürlich nur sehr bedingt, um strukturelle Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt, z. B. in Form steigender Qualifikationsanforderungen aufzudecken. Für den Handel bestätigt der Indikator die positive Entwicklung, die bereits durch die Zunahme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sichtbar wurde.

Perspektiven

Im Herbst 2001 meldete der Handel eine gegenüber den Vormonaten deutlich schlechtere Geschäftslage. Beim Großhandel macht sich die seit Jahresbeginn zunehmend rückläufige Nachfrage der industriellen Kunden bemerkbar. Der scharfe Wettbewerb und die wachsende Kaufzurückhaltung der Konsumenten drücken auf die Erträge des Einzelhandels, der zudem durch die Kosten der Einführung des Euro bargeldes belastet ist.

Die Aussichten für das Jahr 2002 werden von den Handelsunternehmen der Region eher zurückhaltend eingeschätzt. Eine entscheidende Verbesserung der Umsatz- und Ertragslage ist angesichts der sich verschlechternden volkswirtschaftlichen Rahmendaten auf absehbare Zeit nicht zu erwarten.⁹

Sowohl im Kfz-Handel als auch im Bereich der Tankstellen ist nicht mit einer Fortsetzung des Beschäftigungsaufbaus zu rechnen. Vielmehr wird erwartet, dass insbesondere das Netz der Vertragshändler tendenziell weiter ausgedünnt wird. Dies wird sowohl durch die Vertragsgestaltung der Automobilkonzerne gefördert als auch durch die wachsenden Erwartungen der Kunden an die Servicequalität der Werkstätten und des Handels. Um diese Anforderungen zu erfüllen, sind zum Teil recht teure Geräte und die Lagerhaltung bestimmter Ersatzteile erforderlich, die sich nur ab einer bestimmten Werkstattgröße amortisieren.

⁹ Vgl. IHK Region Stuttgart: Konjunkturbericht für die Region Stuttgart, Oktober 2001, S. 20f.

5.3 Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Beschäftigung

Der Wirtschaftszweig Verkehr- und Nachrichtenübermittlung umfasst im wesentlichen folgende Teilbereiche: den Land- (31,4 %), insbesondere den Straßenverkehr (24,7 %), die „Hilfstätigkeiten für den Verkehr, Verkehrsvermittlung“ (das Angebot logistischer Dienstleistungen für das Verarbeitende Gewerbe, 39,5 %) ¹⁰ und die Nachrichtenübermittlung (21 %), die sich in die Teilsektoren Post- und Fernmeldewesen unterteilt.

Betrachtet man die Beschäftigtenanteile innerhalb des Sektors „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“, so fällt auf, dass die Region Stuttgart im Bereich Landverkehr (31,4 %) deutlich hinter dem Landeswert (35,9 %) und etwas hinter dem Bundeswert (32,8 %) liegt. Die relative Bedeutung der Logistikdienstleistungen (39,5 %) fällt für die Region jedoch höher aus als beim Bund (38,8 %) und beim Land (37,2 %).

Tabelle 5.17: Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Region Stuttgart im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung

	1998	1999	2000	Diff. 98/00	in %	Diff. 99/00	in %	Anteile
1 Eisenbahnen	2.819	2.645	3.253	434	15,4 %	608	23,0 %	6,7 %
2 Sonstiger Landverkehr	10.338	11.405	11.930	1.592	15,4 %	525	4,6 %	24,7 %
3 Landverkehr (Summe der Zeilen 1+2)	13.157	14.050	14.883	2.026	15,4 %	1.133	8,1 %	31,4 %
4 „Logistik“ ¹¹	17.660	18.247	19.102	1.442	8,2 %	855	4,7 %	39,5 %
5 Nachrichtenübermittlung	9.790	9.500	10.117	327	3,3 %	617	6,5 %	20,9 %
6 Verkehr/ Nachr.- überm. insg.	44.249	45.478	48.300	4.051	9,2 %	2.822	6,2 %	100,0 %

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

¹⁰ Ohne Reisebüros und Reiseveranstalter

¹¹ Ohne Reisebüros und Reiseveranstalter

Insgesamt gesehen hat der Bereich Verkehr- und Nachrichtenübermittlung in der Region etwas stärker als im Land oder im Bund expandiert: Besonders auffallend ist der starke Beschäftigungszuwachs in der Region im Bereich Eisenbahn (608 Beschäftigte mehr im Zeitraum 1999-2000, +23 %), hinter dem organisatorische Maßnahmen der Deutschen Bahn AG stehen, wohingegen in diesem Sektor im Land (+158 Arbeitsplätze oder +1,4 %) und im Bund (+1.829 Arbeitsplätze, +2,2 %) kaum Beschäftigungsveränderungen vorliegen.

Hinter den in vier Kreisen der Region realisierten Wachstumsraten von gut 10 % – bezogen auf die Beschäftigungsentwicklung im Gesamtsektor Verkehr und Nachrichtenübermittlung – verbergen sich sehr unterschiedliche kleinräumige Entwicklungen. Das ist nicht zuletzt der Konzentration im Bereich Eisenbahn und Postdienste zuzuschreiben. So wurden in der Stadt Stuttgart im Jahr 2000 im Bereich Eisenbahn wesentlich mehr Beschäftigte registriert als in den Vorjahren: Während von 1998 auf 1999 per Saldo noch 103 Stellen abgebaut wurden, ergab sich von 1999 auf 2000 ein formaler Zuwachs um 547 Beschäftigte (35,2 %), der auf Veränderungen in der Unternehmensstruktur der Deutschen Bahn AG zurückzuführen ist. In Baden-Württemberg insgesamt nahm die Beschäftigung bei den Eisenbahnunternehmen in diesem Zeitraum nur um 158 Beschäftigte zu.

5

Tabelle 5.18: Entwicklung der SVP-Beschäftigten im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung

	1998	1999	2000	Diff. 98/00	in %	Diff. 99/00	in %
BRD-West	1.118.751	1.149.905	1.197.525	78.774	7,0 %	47.620	4,1 %
Bad.-Württ.	144.055	149.324	156.130	12.075	8,4 %	6.806	4,6 %
Region Stutt.	44.249	45.478	48.300	4.051	9,2 %	2.822	6,2 %
Stuttgart	14.309	14.692	15.802	1.493	10,4 %	1.110	7,6 %
Böblingen	3.399	3.454	3.750	351	10,3 %	296	8,6 %
Esslingen	9.707	10.021	10.707	1.000	10,3 %	686	6,8 %
Göppingen	2.525	2.632	2.644	119	4,7 %	12	0,5 %
Ludwigsburg	10.022	10.499	11.109	1.087	10,8 %	610	5,8 %
Rems-Murr-Kreis	4.287	4.180	4.288	1	0,0 %	108	2,6 %

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Das Beschäftigungswachstum im Kreis Böblingen wurde vor allem von der starken Expansion im Bereich Nachrichtenübermittlung getragen. Hier lag der Beschäftigungszuwachs von 1999 bis 2000 mit fast 40 % (207 Beschäftigte) über viermal so hoch wie das dortige Wachstum des gesamten Sektors Verkehr und Nachrichtenübermittlung. Das könnte daran liegen, dass im März 2000 die Deutsche Telekom AG eine Mehrheitsbeteiligung an debis Systemhaus GmbH erworben hat und debis von diesem Zeitpunkt an nicht mehr im Bereich EDV eingruppiert ist, sondern im Bereich Nachrichtentechnik (seit November 2001 ist debis Bestandteil von T-Systems ITS) – es würde zugleich die Wachstumsschwäche des Kreises Böblingen im EDV-Bereich teilweise erklären. In Esslingen dominierte zwischen 1998 und 2000 der Bahnsektor, der einen Beschäftigungszuwachs um ein Drittel (116 Stellen) realisieren konnte, während in Ludwigsburg in diesem Bereich ein Sechstel der Stellen (114) verloren ging. Dies konnte jedoch durch ein Beschäftigungswachstum im sonstigen Landverkehr (26 %), also insbesondere dem Straßentransport, deutlich überkompensiert werden (471). Dieser Bereich war auch im Kreis Göppingen der dynamischste Sektor. In diesem Kreis fiel aber die Beschäftigungsexpansion (bezogen auf den Gesamtsektor) mit 4,7 % nur halb so hoch aus, wie in der Region insgesamt. Im Rems-Murr-Kreis stagnierte zwischen 1998 und 2000 die Beschäftigungsentwicklung völlig. Dahinter verbergen sich jedoch strukturelle Umbrüche: Während der Straßentransport um über ein Drittel (297) zulegen konnte, gab es bei der Nachrichtenübermittlung mit minus 15 % einen deutlichen Beschäftigungsrückgang (309).

Tabelle 5.19: Beschäftigungsentwicklung im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung in der Region Stuttgart zwischen 1998 und 2000 nach Geschlecht

	1998	2000	Diff. 98/00	Änd. 98/00
SVPB insg.	44.249	48.300	4.051	9,2 %
Männer	29.513	32.958	3.445	11,7 %
Frauen	14.736	15.342	606	4,1 %

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Die Frauenquote liegt nun bei 31,8 %. Das ist der niedrigste Frauenanteil unter den Dienstleistungsbranchen. Lediglich der Teilbereich Postdienste erreicht mit 57,3 % in etwa den Durchschnittswert aller Dienstleistungsbereiche (58,7 %) in der Region im Jahr 2000.

Qualifikationsniveau

Im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung arbeitet in der Region ein wesentlich höherer Anteil an Beschäftigten ohne Berufsausbildung als im Durchschnitt der alten Bundesländer. Vor allem fällt ein bemerkenswert hoher Anteil (25 %) an Männern ohne Berufsausbildung auf, die in der Region in dieser Branche beschäftigt sind (im Durchschnitt der alten Bundesländer liegt dieser Wert bei 17,2 %).

Damit einhergehend weist die Branche eine Besonderheit auf: die Frauen verfügen im Durchschnitt über eine höhere Qualifikation als die Männer, was maßgeblich darauf zurückzuführen ist, dass in einzelnen Tätigkeitsbereichen, in denen viele niedrig qualifizierte Arbeitskräfte anzutreffen sind (Transportsektor), nur sehr wenige Frauen beschäftigt werden.

Im Zeitraum 1998–2000 war ein Trend zu höheren Qualifikationen zu beobachten: Weniger als 8 % der zusätzlich eingestellten Männer hatten keine Berufsausbildung (bei den Frauen sank die Beschäftigung ungelernter Arbeitskräfte sogar geringfügig – allerdings sehr stark zu Gunsten der Beschäftigung von Frauen mit unbekannter Ausbildung). Demgegenüber war bei den Neueinstellungen ein Akademikeranteil von 10,2 % festzustellen, wobei fast 20 % der zusätzlich eingestellten Frauen einen Hochschulabschluss aufwies.

5

Tabelle 5.20: Qualifikationsstruktur der 2000 im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

	Ohne Berufsabschluss	Mittlere Qualifikationen	Akademiker	Ausbildung unbekannt
BRD-West	15,9	63,8	2,5	17,8
Baden-Württemberg	20,3	64,6	1,7	13,4
Region Stuttgart				
Insgesamt	22,3	60,6	2,6	14,4
Frauen	16,6	67,5	2,4	13,5
Männer	25,0	57,3	2,7	14,9

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Offene Stellen und Arbeitslosigkeit

Positive Beschäftigungstendenzen bei Verkehr und Nachrichtenübermittlung in der Region lassen sich auch an der Entwicklung der Zugänge an Offenen Stellen und Arbeitslosen ablesen. So fielen die Zugänge bei den Stellenangeboten 1999 um 13 % höher aus als bei den Arbeitslosen. Die entsprechende Verhältniszahl erhöhte sich im Jahr 2000 auf 35 %, nachdem die Zugänge bei den Arbeitslosen leicht zurückgegangen und bei den Offenen Stellen stark angestiegen waren. Trotzdem stellt sich die Situation deutlich schlechter dar als im Handel. Inwieweit die steigenden Qualifikationsanforderungen dazu führen, dass ein Einstieg aus einer anderen Branche schwerer fällt als bisher, ist unklar. Noch sind die Qualifikationsanforderungen im Durchschnitt relativ niedrig, so dass auch branchenfremde Bewerber eine Chance haben. Insbesondere bei den Fernmeldediensten, einen Teilbereich der Nachrichtenübermittlung, gilt dies jedoch nur in beschränktem Maße.

Tabelle 5.21: Zugänge an Arbeitslosen und Zugänge an Offenen Stellen aus den Sektoren Verkehr und Nachrichtenübermittlung in der Region Stuttgart

	Zugänge Offene Stellen	Zugänge Arbeitslose	Zugänge an Offenen Stellen/ Zugänge an Arbeitslosen
1999	4.511	3.992	1,13
2000	5.155	3.815	1,35

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg, IAW-Berechnungen

Perspektiven

Die Perspektiven dieses Sektors hängen derzeit maßgeblich von der Entwicklung des Straßengüterverkehrs ab. Insofern ist die entfernungsbezogene Autobahnmaut für den schweren Lkw-Verkehr (über 12 t zulässiges Gesamtgewicht), die zum 1.1.2003 eingeführt werden soll, ein wichtiges Thema für die Branche. Derzeit ist eine Gebührenstaffelung von 10 bis 17 Cent pro Kilometer in Abhängigkeit von Emissionsklasse und Achszahl vorgesehen. Diese Nutzungsgebühr wird von allen schweren Lastkraftwagen, unabhängig von ihrem Herkunftsort oder -land, zu bezahlen sein, wenn Autobahnen genutzt werden. Insofern werden von der Gebühr

in- und ausländische Transporteure gleichermaßen betroffen sein. Angesichts des nach wie vor sehr intensiven internationalen Wettbewerbs ein wichtiger Faktor. Die derzeit vorgesehene Entlastung durch eine Erstattung eines Anteils der Mineralölsteuer in Höhe von 260 Mio. Euro jährlich ist bei einem erwarteten Mautaufkommen von 3,4 Mrd. Euro pro Jahr sehr niedrig. Vor allem eine Besserstellung gegenüber ausländischen Wettbewerbern würde damit nicht erreicht, da diese Steuererstattung auch ausländischen Unternehmen, die in Deutschland tanken, zugute käme.

Ein anderer Effekt im Zusammenhang mit der Autobahnmaut könnte auch in der Region Stuttgart sichtbar werden: So wird auf Bundesebene befürchtet, dass durch diese Gebühr 2-4 % mehr Güterverkehr auf dem nachgeordneten Straßennetz anfallen wird. Allerdings steht im Straßengüterverkehr der Zeitaspekt im Vordergrund. Um einer eventuell punktuell drohenden Überfüllung des nachgeordneten Straßennetzes zu begegnen, wird vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen eine Gebührenpflicht für besonders attraktive Ausweichstrecken erwogen. Bei dieser kleinräumigen Verkehrsbeobachtung sind regionale Kompetenz und das regionale Verkehrskonzept gefragt.

In Verbindung mit der Autobahnmaut verschieben sich die relativen Preise zwischen dem Straßen- und dem Schienenverkehr. Der Gütertransport auf der Schiene gewinnt im Fernverkehr etwas an Wettbewerbsfähigkeit. Dabei ist allerdings anzumerken, dass über 80 % des Güteraufkommens im Straßenverkehr in Baden-Württemberg weniger als 150 km weit transportiert wird. Für diese Transporte kommt in den meisten Fällen nur der Lkw in Frage. Um einen Teil des verbleibenden Fernverkehrs auf die Schiene zu bringen, ist eine Verbesserung des Angebots erforderlich. Intelligente Kombinationen von Straßen- und Schienengüterverkehr werden an Bedeutung gewinnen. Sie werden wichtig, um die Konkurrenzfähigkeit der Branche zu sichern und um einen kostengünstigen Transport der in der Region produzierten Güter an ihren Zielort – und damit die regionale Wettbewerbsfähigkeit – zu gewährleisten.

5.4 Kredit- und Versicherungsgewerbe

Der Wirtschaftszweig Finanzdienstleistungen umfasst das Kreditgewerbe, die Versicherungen und die mit diesen verbundenen Tätigkeiten.

Beschäftigung

Bedingt durch den hohen Zentralisierungsgrad des Versicherungsgewerbes und eine entsprechende Präsenz der Versicherungen in Stuttgart ist das Versicherungsgewerbe in der Region deutlich stärker vertreten als im Landes- oder Bundesdurchschnitt. 86 % der 17.170 in der Region bei Versicherungsunternehmen Beschäftigten arbeiten in der Stadt Stuttgart. Dabei hat sich die Beschäftigtenzahl im Versicherungsgewerbe in der Region im Zeitraum 1998 bis 2000 nur marginal (0,3 %) – und damit noch weniger als im Bundes- oder Landesdurchschnitt – verändert. Während im Kreis Böblingen die Versicherungswirtschaft über 9 % ihrer Stellen abgebaut hat, konnte dies durch Beschäftigungszuwächse in den anderen Landkreisen wettgemacht werden. In der Stadt Stuttgart stagnierte die Beschäftigung.

Tabelle 5.22: Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Region Stuttgart in den Teilbereichen des Kredit- und Versicherungsgewerbes

	1998	1999	2000	Diff. 98/00	in %	Diff. 99/00	in %	Anteile
Kreditinstitute	35.697	35.492	36.798	1.101	3,1 %	1.306	3,7 %	67,5 %
versicherungen und verbund. Tätigkeiten	17.118	17.098	17.170	52	0,3 %	72	0,4 %	31,5 %
Kreditinst./Versiche- rungen. insg.	53.260	53.088	54.534	1.274	2,4 %	1.446	2,7 %	100,0 %

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Die Beschäftigungsentwicklung im Kreditgewerbe war dadurch gekennzeichnet, dass in der Region 1.101 zusätzliche Stellen (1998-2000) geschaffen wurden. Diese Steigerung von 3,1 % ist vor allem auf den Beschäftigungszuwachs in der Stadt Stuttgart (+1.360) zurückzuführen. In den Landkreisen war die Beschäfti-

gung rückläufig oder sie stagnierte. Damit waren 2000 ca. 49 % der Arbeitsplätze im Kreditgewerbe in Stuttgart angesiedelt, 1998 waren es noch 47 %.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass 17 Banken und Versicherungen von der IHK in die Liste der „Bedeutenden Unternehmen in der Region Stuttgart“ aufgenommen wurden.¹² Diese 17 Finanzdienstleister haben ca. 34.500 Beschäftigte. Damit sind bei diesen Unternehmen fast zwei Drittel der Beschäftigten der Branche angestellt.

Tabelle 5.23: Entwicklung der SVP-Beschäftigten in Banken und Versicherungen

	1998	1999	2000	Diff. 98/00	in %	Diff. 99/00	in %
BRD-West	942.755	945.888	961.838	19.083	2,0 %	15.950	1,7 %
Ba-Wü	145.774	144.690	146.999	1.225	0,8 %	2.309	1,6 %
Region	53.260	53.088	54.534	1.274	2,4 %	1.446	2,7 %
Stuttgart	31.933	32.052	33.432	1.499	4,7 %	1.380	4,3 %
Böblingen	4.286	4.139	4.126	-160	-3,7 %	-13	-0,3 %
Esslingen	4.071	4.067	4.099	28	0,7 %	32	0,8 %
Göppingen	2.655	2.641	2.654	-1	0,0 %	13	0,5 %
Ludwigsburg	6.594	6.555	6.543	-51	-0,8 %	-12	-0,2 %
Rems-Murr	3.721	3.634	3.680	-41	-1,1 %	46	1,3 %

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

5

Frauenbeschäftigung

Bei Banken und Versicherungen liegt der Beschäftigtenanteil der Frauen bei 53,7 % und damit 5 Prozentpunkte unter dem Referenzwert der gesamten Dienstleistungsbranche. Der von 1998 bis 2000 bei den Finanzdienstleistern zu verzeichnende leichte Beschäftigungszuwachs kam mehrheitlich den Frauen zugute.

¹² Dazu muss ein Unternehmen entweder seine Entscheidungszentrale in der Region Stuttgart und einen Jahresumsatz von mindestens 500 Mio. Euro (Banken: über 5 Mrd. Euro Bilanzsumme; Versicherungen: über 500 Mio. Euro Jahresbeiträge) haben, oder in der Region mehr als 1.000 Beschäftigte haben.

Tabelle 5.24: Beschäftigungsentwicklung im Kredit- und Versicherungsgewerbe der Region Stuttgart zwischen 1998 und 2000 nach Geschlecht

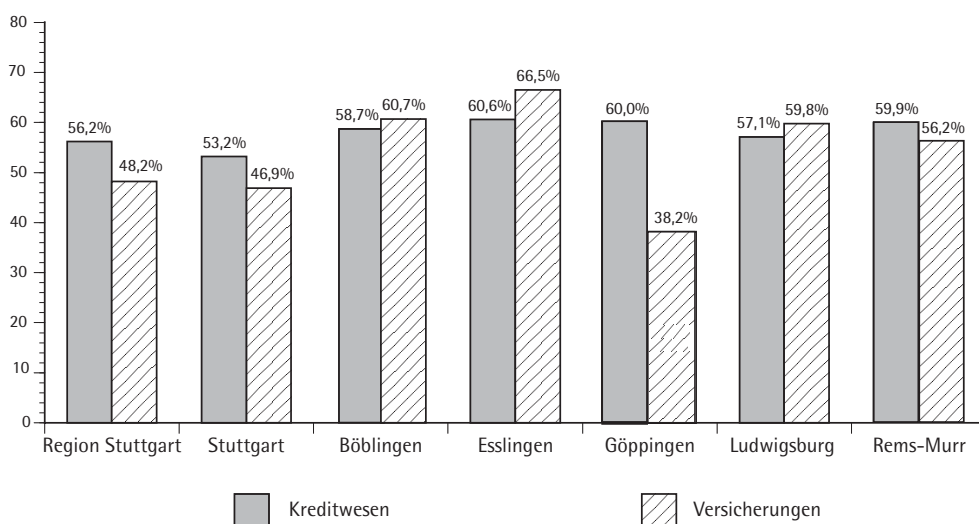
	1998	2000	Diff. 98/00	Änd. 98/00
SVPB insg	53.260	54.534	1.274	2,4 %
Männer	24.697	25.225	528	2,1 %
Frauen	28.563	29.309	746	2,6 %

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Im Bereich Kreditwesen liegt die Frauenquote für die Region bei 56,2 %, die von sämtlichen Landkreisen überschritten wird. Lediglich die Stadt Stuttgart hat einen um 3 Prozentpunkte niedrigeren Wert. Dieser fällt für die Region jedoch stark ins Gewicht, da der Stadtkreis Stuttgart im Bankenbereich zwischen den Kreisen klar dominiert.

Eine niedrigere Frauenquote (48,2 %) ergibt sich für das Versicherungsgewerbe, wobei zwischen den Kreisen starke Unterschiede bestehen. So hat der Kreis Esslingen einen Frauenanteil von zwei Drittel, während der Kreis Göppingen auf lediglich 38,2 % kommt.

Abbildung 5.4: Frauenanteil an den Beschäftigten im Kreditwesen und bei Versicherungen 2000



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Qualifikationsniveau

Das Kredit- und Versicherungsgewerbe gehört zu den Branchen, in denen 1998-2000 steigende Qualifikationsanforderungen besonders sichtbar wurden. So fielen hier in der Region 429 Arbeitsplätze für Personen ohne Berufsabschluss weg. Davon waren ausschließlich Frauen betroffen. Parallel dazu entstanden 636 zusätzliche Beschäftigungsverhältnisse für Personen mit einem mittleren Bildungsabschluss und 2000 arbeiten 758 Akademiker mehr in diesem Bereich als 1998. Noch immer werden mehr Männer als Frauen mit akademischem Abschluss eingestellt, so dass auch in Zukunft die Männer einen deutlich überproportionalen Anteil an den Akademikern in den Banken und Versicherungen haben werden.

Banken und Versicherungen weisen einen relativ niedrigen Anteil an Beschäftigten mit unbekanntem Berufsabschluss auf. Die Summe der Anteile der Beschäftigten ohne Berufsausbildung und ohne bekannte Ausbildung ist sogar die niedrigste aller Dienstleistungsbereiche. Insofern haben die Banken und Versicherungen die höchsten formalen Mindestanforderungen im Dienstleistungsbereich.

Tabelle 5.25: Qualifikationsstruktur der im Kredit- und Versicherungsgewerbe sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2000

	Ohne Berufsabschluss	Mittlere Qualifikationen	Akademiker	Ausbildung unbekannt
BRD-West	6,8	79,8	9,6	3,8
Baden-Württemberg	8,7	81,1	7,6	2,6
Region Stuttgart				
Insgesamt	8,7	76,6	11,7	3,0
Frauen	12,4	77,7	6,3	3,6
Männer	4,4	75,3	18,0	2,3

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Offene Stellen und Arbeitslosigkeit

Die für den Sektor Kredit- und Versicherungswirtschaft der letzten Jahre leicht positive Beschäftigungsentwicklung schlug sich auch in den Zugangszahlen für Offene Stellen bzw. Arbeitslose nieder. Während 1999 die Zugänge bei den

Stellenangeboten 28 % über denen bei den Arbeitslosen lagen, war für das Folgejahr ein entsprechender Überschuss von 54 % zu verzeichnen. Ob sich die positive Beschäftigungsentwicklung jedoch fortsetzen wird, ist eher zweifelhaft. Dieser Sektor ist auch in der Region durch eine sehr niedrige Fluktuation der Arbeitskräfte gekennzeichnet: obwohl rund 6.000 Personen mehr in Banken und Versicherungen als im Sektor Verkehr und Nachrichtenübermittlung arbeiten, wurden dort dreimal so viele offene Stellen und fast vier mal so viele Arbeitslose registriert.

Tabelle 5.26: Zugänge an Arbeitslosen und Zugänge an Offenen Stellen aus dem Kredit- und Versicherungsgewerbe in der Region Stuttgart

	Zugänge Offene Stellen	Zugänge Arbeitslose	Zugänge an Offenen Stellen/ Zugängen an Arbeitslosen
1999	1.473	1.151	1,28
2000	1.546	1.005	1,54

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg, IAW-Berechnungen

Perspektiven

Die Stimmung im Kreditgewerbe der Region Stuttgart war im Herbst 2001 nicht positiv. Gerade bei den im Investmentbanking stark engagierten Instituten kommt es aufgrund der anhaltenden Kursausschläge an den Aktienmärkten zu verstärkten Ertragseinbußen.¹³

Angesichts dieser Situation könnte das weniger ertragreiche Anlage- und Kreditgeschäft kurzfristig wieder an Attraktivität gewinnen. Die Filialdichte und die insbesondere bei den Volks- und Raiffeisenbanken noch relativ kleinen Institutsgrößen machen sowohl eine Ausdünnung des Filialnetzes als auch weitere Fusionen wahrscheinlich. So wird von Branchenkennern für die Sparkassen eine Ausdünnung des Geschäftsstellennetzes in den nächsten drei Jahren um ein Drittel prognostiziert.¹⁴

¹³ Vgl. IHK Region Stuttgart: Konjunkturbericht für die Region Stuttgart, Oktober 2001, Seite 22.

¹⁴ Vgl. Financial Times Deutschland, vom 7.1.02, Nach Aussage des Vorstandsvorsitzenden der DGZ Deka-Bank Manfred Zaß wird auch ein Rückgang von derzeit rd. 540 auf 350 Sparkassen erwartet.

Neben diesen sich unmittelbar lokal auswirkenden Entwicklungen sind auch Veränderungen bei den Großen der Branche zu beobachten: so hat das Zusammengehen von Allianz und Dresdner Bank das so genannten Allfinanz-Konzept wieder verstärkt in Deutschland in die Diskussion gebracht. Bei den genossenschaftlichen Banken ist eine Zusammenlegung der so genannten Back-Office-Bereiche zu beobachten, das geht von einer Zusammenlegung der Rechenzentralen bis zur Gründung der DZ Bank (Deutsche Genossenschafts-Zentralbank), die aus DG Bank und GZ Bank hervorgegangen ist. Das Thema "Nutzung von Synergieeffekten im „Back-office-Bereich“ dürfte auch eine Rolle gespielt haben, als die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) zum 1. Januar 2002 die Kapitalmehrheit bei der Baden-Württembergischen Bank (BW-Bank) übernommen hat.

Im Bereich der Finanzdienstleistungen der Region ist somit – genauso wie im Finanzsektor in Europa – in den letzten Jahren ein Trend zu mehr Fusionen und zu höheren Transaktionsvolumina zu beobachten. Diese Entwicklung geht einher mit einer steigenden Zahl internationaler Verflechtungen, klarer Indikator für die voranschreitende Globalisierung, der sich auch dieser Sektor nicht entziehen kann.

Wie aus der Fusion von Dresdner Bank und Allianz sichtbar wird, stehen auch die Versicherungsunternehmen unter Fusions- und Rationalisierungsdruck. Auch hier wird der Wettbewerb auf europäischer Ebene zunehmen. Dabei wird die Erhöhung der Versicherungssteuer (Anfang 2002) kaum Auswirkungen auf das Versicherungsgeschäft haben. Vielmehr wird kurzfristig von der so genannten „Riester-Rente“ ein vermehrter Arbeitsanfall erwartet.

5

5.5 Unternehmensbezogene Dienstleistungen

Die unternehmensbezogenen Dienstleistungen zählen zu den wachstumsträchtigsten Wirtschaftszweigen. In diesem Bereich sind während der 90er Jahre in den alten Bundesländern mehr als eine Million neuer Arbeitsplätze entstanden. Die Beschäftigung in dieser Branche profitierte in erheblichem Umfang vom Outsourcing. Das heißt, ein Teil der bei den Unternehmensdienstleistern geschaffenen Arbeitsplätze waren früher Abteilungen oder Arbeitsgruppen von großen Unternehmen, die sich nunmehr auf ihr Kerngeschäft konzentrieren.

Trotz der Konzentration auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sollte nicht übersehen werden, dass die unternehmensbezogenen Dienstleistungen noch wichtiger sind als dieser Anteil suggeriert:

- Dieser Sektor ist durch eine besonders kleinbetriebliche Struktur geprägt (z. B. selbstständige Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Architekten). Das heißt, es arbeiten deutlich mehr Menschen in dieser Branche als die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ausweist.
- Es ist ein Bereich, in dem wichtige Hilfsdienste und Weichenstellungen für das Verarbeitenden Gewerbe erbracht werden. Insofern hat er eine Schlüsselstellung für die Wettbewerbsfähigkeit des Verarbeitenden Gewerbes.

Produktivität

Die in der Region tätigen Firmen des Bereichs Unternehmensbezogene Dienstleistungen kamen im Jahr 1998 (unter Einbeziehung des Kredit- und Versicherungsgewerbes)¹⁵ auf eine als „Wertschöpfung pro Erwerbstätigem“ berechnete Arbeitsproduktivität von 104.300 Euro.¹⁶ Die Produktivität dieses Sektors lag damit um fast 90 % über der des gesamten Dienstleistungssektors (55.200 Euro).

Vergleicht man die Arbeitsproduktivität der Unternehmensdienstleister in der Region Stuttgart mit der auf Bundes- und Landesebene, dann zeigen sich gewisse Produktivitätsrückstände. Diese fielen im Jahr 1998 (4,5 % gegenüber Baden-Württemberg, 2 % gegenüber dem Bund) jedoch deutlich niedriger aus als 1996 (11,7 bzw. 9 %), da sich im Beobachtungszeitraum die Produktivitätswerte auf der Bundes- und Landesebene nur geringfügig erhöhten, während in der Region Stuttgart die Produktivität um 7 % stieg.

¹⁵ Da auf der Regions- und Kreisebene für die „Unternehmensbezogenen Dienstleistungen“ keine exklusiven Produktivitätsdaten verfügbar sind, werden hilfsweise entsprechende Daten des sektoralen Konglomerats „Unternehmensbezogene Dienstleistungen; Kredit- und Versicherungsgewerbe“ herangezogen. Dies ist gerechtfertigt, da diese Produktivitätswerte eine „gewisse“ Repräsentanz für die Werte des Bereichs „Unternehmensbezogene Dienstleistungen“ haben. Bei einer vergleichenden Betrachtung der 1998er-Werte für Baden-Württemberg, die sektoral differenzierter vorliegen, ist die Arbeitsproduktivität des Konglomerats (108.625 Euro) in viel höherem Maße für den Bereich „Unternehmensbezogene Dienstleistungen“ (123.625 Euro) repräsentativ als für das Kredit- und Versicherungsgewerbe (67.314 Euro).

¹⁶ Aktuellere Werte sind nicht verfügbar.

Tabelle 5.27: Bruttowertschöpfung (zu Herstellungspreisen) je Erwerbstätigem im Bereich „Unternehmensbezogene Dienstleistungen (einschließlich Kredit- und Versicherungsgewerbe)“ in Euro

	1996	1998
Deutschland	106.130	106.202
Baden-Württemberg	108.708	108.963
Region Stuttgart	97.338	104.267
Stuttgart	91.436	95.822
Böblingen	91.485	129.820
Esslingen	107.047	101.176
Göppingen	106.959	111.701
Ludwigsburg	101.508	102.659
Rems-Murr-Kreis	106.694	109.076

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, IAW-Berechnungen

Entscheidend für die Produktivitätssteigerung der Region waren die Unternehmensdienstleister im Kreis Böblingen, die innerhalb von nur zwei Jahren einen Produktivitätssprung von über 41 % erreichen konnten. Damit wechselte Böblingen innerhalb der Region von Rang 5 auf Rang 1. Der Kreis Esslingen, der 1996 noch das Ranking anführte, musste als einziger Kreis Produktivitätseinbußen hinnehmen. Er liegt nun (1998) sogar unter dem Regionswert. Den niedrigsten Produktivitätswert unter den Unternehmensdienstleistern der Region weisen die Firmen in der Stadt Stuttgart auf.

5

Beschäftigung

Die unternehmensbezogenen Dienstleistungen sind durch eine große Vielfalt gekennzeichnet. Die wichtigsten Teilbereiche in der Region sind Datenverarbeitung und Datenbanken (17,5 %), Rechts-, Steuer-, Unternehmensberatung und Marktforschung (Unternehmensberatung) (20,6 %), Architektur- und Ingenieurbüros (technische Beratung) (17,9 %), Gewerbsmäßige Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften (11,2 %) sowie Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln (8,8 %).

Verglichen mit dem Bundesdurchschnitt weist die Region in den Bereichen Datenverarbeitung und technische Beratung Stärken auf. Im Bundesdurchschnitt

summiert sich die Beschäftigung in diesen beiden Feldern zu 23 % der unternehmensbezogenen Dienstleistungen, im Land sind es gut 30 % und in der Region über 35 %.

In der Zeit von 1998 bis 2000 hat sich in der Region die Zahl der bei Unternehmensdienstleistern Beschäftigten um ein Viertel (24,8 %) erhöht. Dies ist die mit Abstand höchste Beschäftigtenzuwachsrate unter den Wirtschaftssektoren. Dabei fiel die Entwicklung in den Teilsektoren recht unterschiedlich aus, was aufgrund der ausgeprägten Heterogenität dieses Sektors nicht verwundert.

Tabelle 5.28: Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Region Stuttgart in den unternehmensbezogenen Dienstleistungen

	1998	1999	2000	Diff. 98/00	in %	Diff. 99/00	in %	Anteile 2000
1 Immobilien	6.284	6.952	7.099	815	13,0 %	147	2,1 %	5,7 %
2 Vermietung	1.239	1.439	1.715	476	38,4 %	276	19,2 %	1,4 %
3 Hard- und Software, Datenbanken	16.244	18.683	21.784	5.540	34,1 %	3.101	16,6 %	17,5 %
4 FuE	3.543	3.659	3.860	317	8,9 %	201	5,5 %	3,1 %
5 Rechts-, Steuer-, Untern.- Beratung, Marktforsch.	20.793	22.780	25.532	4.739	22,8 %	2.752	12,1 %	20,6 %
6 Architektur- u. Inge- nieurbüros	19.328	20.999	22.175	2.847	14,7 %	1.176	5,6 %	17,9 %
7 Technische, physikalische u. chem. Untersuchung	1.373	1.369	1.508	135	9,8 %	139	10,2 %	1,2 %
8 Werbung	4.835	5.217	5.858	1.023	21,2 %	641	12,3 %	4,7 %
9 Gewerbsmäßige Arbeit- nehmerüberlassung	10.723	11.968	13.945	3.222	30,0 %	1.977	16,5 %	11,2 %
10 Detekteien u. Schutzdienste	2.616	2.993	3.234	618	23,6 %	241	8,1 %	2,6 %
11 Reinig. v. Gebäuden, Inventar, Verkehrsmittel	7.742	10.299	10.881	3.139	40,5 %	582	5,7 %	8,8 %
12 Sonst. Dienstleistungen überwieg. für Unternehmen	4.734	5.907	6.569	1.835	38,8 %	662	11,2 %	5,3 %
13 UNTERNEHMENSBEZOGENE DIENSTL. insgesamt	99.454	112.265	124.160	24.706	24,8 %	11.895	10,6 %	100,0 %

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Innerhalb der Unternehmensbezogenen Dienstleistungen nahmen in der Region Stuttgart von 1998 bis 2000 die Arbeitsplätze im **Datenverarbeitungsbereich** um 5.540 oder 34,1 % zu. Von diesem Zuwachs entfielen mehr als die Hälfte (knapp 2.900) auf den Stadtkreis Stuttgart, wo die Steigerung bei 61,9 % lag. Den niedrigsten Zuwachs verzeichnete im betreffenden Zweijahreszeitraum der Kreis Böblingen (mit 13,2 %), so dass nicht mehr der Kreis Böblingen, sondern der Kreis Stuttgart die meisten Beschäftigten im EDV-Sektor hat.¹⁷ Gleichwohl ist die Datenverarbeitung im Kreis Böblingen immer noch ein besonders bedeutsamer Bereich der unternehmensbezogenen Dienstleistungen. Ca. 30 % der unternehmensbezogenen Dienstleistungen werden im Kreis Böblingen in der Datenverarbeitung erbracht, gegenüber einem Regionsdurchschnitt von 17,5 %.

Eine etwas unterdurchschnittliche Dynamik war im Bereich Unternehmens-, Rechts-, Steuerberatung und Marktforschung („Unternehmensberatung“) zu verzeichnen. Hier lag der Beschäftigungszuwachs von 1998 bis 2000 – bezogen auf die Region – bei 22,8 %. Dank ihres überdurchschnittlichen Beschäftigtenwachstums (32,1 %) sind in der Stadt Stuttgart inzwischen die Hälfte der in diesem Beratungssegment Tätigen beschäftigt. Während der Kreis Böblingen von 1998 auf 1999 noch eine Beschäftigungssteigerung erreichte, gab es 1999 auf 2000 einen Rückgang, so dass im gesamten Zweijahreszeitraum ein Beschäftigungsrückgang um 2,2 % zu verzeichnen war.

Tabelle 5.29: Entwicklung der SVP-Beschäftigten in den Unternehmensbezogenen Dienstleistungen

	1998	1999	2000	Diff. 98/00	in %	Diff. 99/00	in %
BRD-West	2.003.952	2.231.451	2.471.225	467.273	23,3 %	239.774	10,7 %
Ba-Wü	292.683	331.519	365.588	72.905	24,9 %	34.069	10,3 %
Region	99.454	112.265	124.160	24.706	24,8 %	11.895	10,6 %
Stuttgart	41.446	46.930	54.070	12.624	30,5 %	7.140	15,2 %
Böblingen	17.265	19.601	20.912	3.647	21,1 %	1.311	6,7 %
Esslingen	14.779	16.781	17.954	3.175	21,5 %	1.173	7,0 %
Göppingen	4.571	4.754	5.286	715	15,6 %	532	11,2 %
Ludwigsburg	11.981	13.185	14.046	2.065	17,2 %	861	6,5 %
Rems-Murr	9.412	11.014	11.892	2.480	26,3 %	878	8,0 %

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

¹⁷ Wie bereits im Abschnitt Verkehr und Nachrichtenübermittlung beschrieben, könnte es sich teilweise um ein statistisches Problem handeln, indem Beschäftigte nicht mehr dem Bereich EDV sondern der Nachrichtentechnik zugerechnet werden.

Gemessen an den Beschäftigtenzahlen wuchs der Dienstleistungsbereich **Technische Beratung** (Architektur- und Ingenieurbüros) in der Region Stuttgart von 1998 bis 2000 nur um 14,7 %. Das Wachstum lag damit um 10 Prozentpunkte unter dem Wert der gesamten unternehmensbezogenen Dienstleistungen. Eine deutlich überdurchschnittlich expansive Entwicklung verzeichnete der Kreis Böblingen (31,6 %), während der Kreis Esslingen geringfügige Beschäftigungsverluste (-0,2 %) hinnehmen musste. Die relativ breite Streuung der Zuwachsraten gibt die Struktur der Branche wieder: auf der einen Seite die Architekten, die als Berufsgruppe unter der Schwäche des Bausektors leiden und auf der anderen Seite z. B. Entwicklungsbüros, die vom Outsourcing der Industrie profitieren, wie der Ingenieurdienstleister Bertrandt AG, der im Auftrag der Automobilindustrie Entwicklungsaufgaben übernimmt. Dieses Unternehmen, mit Sitz in Ehningen, beschäftigt rund 3.000 Menschen und ist damit ein Grund für die relativ hohe Bedeutung dieser Branche im Kreis Böblingen.

Das Dienstleistungssegment „Gewerbsmäßige Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften“ (**Arbeitnehmerüberlassung**) konnte in der Region die Beschäftigtenzahlen um 30 % steigern. Bemerkenswert ist, dass der Rems-Murr-Kreis ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau eine Beschäftigungssteigerung von 91,6 % erreichte, wohingegen im Kreis Esslingen die Beschäftigung in diesem Bereich von 1998 bis 2000 um knapp 1 % zurückging. Ursache war ein Rückgang von 131 Beschäftigten im Jahr 1999/2000. Mit 14.000 Beschäftigten in der Region zählt die gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung, noch zu den kleineren Bereichen der Wirtschaft. Die Wachstumsraten lassen allerdings ein hohes Interesse an diesen flexiblen Arbeitskräften erkennen.

Den größten Beschäftigtenzuwachs innerhalb der unternehmensbezogenen Dienstleistungen konnte die Region im Bereich **Gebäudereinigung** u.ä. (Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln) verzeichnen. So nahm in der Zeit von 1998 bis 2000 die Beschäftigung um 40,5 % zu, wobei auf Kreisebene die Werte zwischen 57 % (Esslingen) und 31,2 % (Rems-Murr-Kreis) schwankten. Auffallend ist die gespaltene Entwicklung im Zeitablauf. Während die Beschäftigtenzahl von 1998 auf 99 noch um ein Drittel zulegte, lag der Zuwachs in der Zeit von 1999 auf 2000 nur noch bei 5,7 %. Dies legt einen Zusammenhang mit der Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung nahe, die zum 1. April 1999 vorgenommen wurde. Zum Teil in Vorwegnahme, teils als Konsequenz dieser Neuregelung und der damit verbundenen Turbulenzen könnte es zu einem vermehrten Abschluss voll sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse gekommen sein.

Frauenbeschäftigung

Vom Beschäftigungszuwachs bei den Unternehmensbezogenen Dienstleistungen entfielen von den gut 24.700 Stellen knapp 10.000 auf Frauen, das entspricht einem prozentualen Zuwachs von 22,5 % (bei einem Anstieg der Gesamtbeschäftigung um 24,8 %). Damit fiel die Frauenquote in diesem Dienstleistungssektor um einen knappen Prozentpunkt auf 43,8 %. Sie liegt damit deutlich unter dem Vergleichswert der gesamten Dienstleistungsbranche (58,7 %).

Tabelle 5.30: Beschäftigungsentwicklung im Bereich Unternehmensbezogene Dienstleistungen in der Region Stuttgart zwischen 1998 und 2000 nach Geschlecht

	1998	2000	Diff. 98/00	Änd. 98/00
SVPB insg.	99.454	124.160	24.706	24,8 %
Männer	55.074	69.801	14.727	26,7 %
Frauen	44.380	54.359	9.979	22,5 %

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Indes verzeichnen nicht alle Teilbereiche der Unternehmensbezogenen Dienstleistungen eine so niedrige Frauenquote. So liegt der Frauenanteil im Sektor Unternehmens-, Steuer-, Rechtsberatung sowie Marktforschung („Unternehmensberatung“) mit 61,4 % über dem Durchschnitt des gesamten Dienstleistungssektors. Trotzdem ist auch bei der Unternehmensberatung der Frauenanteil rückläufig; 1998 waren noch zwei Drittel der Beschäftigten Frauen. In der Gebäudereinigung profitierten die Frauen überdurchschnittlich vom Beschäftigungsboom (46 % mehr Frauen, 34 % bei den Männern) und erreichten so genau die Frauenquote des aggregierten Dienstleistungssektors. Auch bei der Gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung wuchs die Beschäftigung bei den Frauen doppelt so schnell wie bei den Männern (Frauen: +46 %, Männer: +23 %) so dass die Frauenquote von 31,7 auf 35,5 % stieg. Im Bereich Datenverarbeitung konnte die Frauenquote um einen halben Prozentpunkt auf 28,4 % zulegen, wobei die Beschäftigungssteigerung (gemessen in absoluten Zahlen) deutlich hinter denen der Männer zurückblieb. Eine rückläufige Frauenquote (auf nunmehr 32,9 %) verzeichnet der Bereich Technische Beratung (Architektur- und Ingenieurbüros), da Frauen in diesem Segment vom Beschäftigungszuwachs nur unterdurchschnittlich profitierten.

Qualifikationsniveau

Die unternehmensbezogenen Dienstleistungen sind in der Region durch einen vergleichsweise hohen Akademikeranteil gekennzeichnet, vor allem bedingt durch eine hohe Akademikerquote bei den männlichen Beschäftigten. Bei den im Zeitraum 1998 bis 2000 zusätzlich eingestellten Männern war dieser Anteil allerdings etwas niedriger (24,7 %), während die Frauen mit einer Akademikerquote von 13,9 % den Bestandsanteil von 11,0 % etwas verbesserten.

Besonders vom Beschäftigungsaufbau profitierten im Zeitraum 1998 bis 2000 Personen mit unbekannter Ausbildung (über 30 % der zusätzlichen Arbeitsplätze). Dies gilt für Frauen (rd. 39 %) noch stärker als für Männer (rd. 25 %).

Tabelle 5.31: Qualifikationsstruktur der im Bereich Unternehmensbezogene Dienstleistungen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2000

	Ohne Berufsabschluss	Mittlere Qualifikationen	Akademiker	Ausbildung unbekannt
BRD-West	13,4	51,5	14,6	20,5
Baden-Württemberg	14,8	51,8	18,2	15,2
Region Stuttgart				
Insgesamt	13,1	51,8	21,3	13,8
Frauen	15,5	57,4	11,0	16,1
Männer	11,2	47,4	29,3	12,1

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Für eine nähere Analyse lassen sich innerhalb der unternehmensbezogenen Dienstleistungen drei Teilbereiche identifizieren: der Bereich Hard-, Software, Datenbanken („EDV“), ein Bereich Forschung, Entwicklung und Unternehmensberatung („Beratung“) und ein kleinerer Bereich, der die gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung, Detekteien und Schutzdienste sowie Gebäudereinigung usw. („Service“) umfasst.

Im EDV-Bereich arbeiten in der Mehrheit Datenverarbeitungsfachleute und andere Verwaltungskräfte (73 %). Daneben wird auch ein relevanter Anteil an Technikern beschäftigt (14,2 %). Diese Tätigkeitsbeschreibungen lassen auf mittlere und gehobene Qualifikationsanforderungen an die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen schließen.

Deutlich höhere Anforderungen sind im **Beratungsbereich** zu erwarten. Immerhin arbeiten in den technisch orientierten Teilen – d. h. ausgenommen die Rechts- und Steuerberatung und die Werbung – über 30 % Ingenieure oder Naturwissenschaftler. Addiert man zu dieser Gruppe noch die Techniker – hinzu, so stellen die technischen Fachkräfte über 50 % der Beschäftigten in diesem Teilbereich. Bei der Rechts- und Steuerberatung tritt an die Stelle der technischen Qualifikation eine entsprechende administrative Kompetenz. Rund ein Viertel sind Manager, Unternehmensberater, Wirtschaftsprüfer oder übt eine andere Verwaltungstätigkeit mit Entscheidungsbefugnis aus (im Durchschnitt aller Branchen liegt der Wert bei 3 %). Beratung in (steuer-)rechtlichen und kaufmännischen Fragen sowie technische Dienstleistungen sind also die vornehmlichen Aufgaben der Beschäftigten in diesem Bereich. Rund ein Drittel der Arbeitsplätze beinhaltet hohe oder sehr hohe Qualifikationsanforderungen (im Durchschnitt aller Branchen werden diese Anforderungen nur an 8 % der Beschäftigten gestellt). Ein Drittel ist somit zugleich die Untergrenze für die Akademikerquote in diesem Bereich.

Der **Service-Bereich** ist durch deutlich niedrigere Qualifikationsanforderungen gekennzeichnet: So führen bei der gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung rund 70 % der Beschäftigten Tätigkeiten in der Produktion oder in Lager und Verkehr aus. Bei den Männern ist dieser Anteil mit 85 % noch höher. Die Frauen üben in beträchtlichem Umfang Verwaltungstätigkeiten aus. Die Detekteien und Schutzdienste haben einen Beschäftigungsschwerpunkt beim Wachpersonal und bei Lager- und Verkehrstätigkeiten (über 70 %). Auch in der Gebäudereinigung sind vorwiegend Beschäftigte mit eher niedriger Qualifikation beschäftigt. Die Mehrzahl der Beschäftigten ohne Berufsausbildung oder mit unbekanntem Abschluss wird in diesem Teilbereich der unternehmensbezogenen Dienstleistungen arbeiten.

Offene Stellen und Arbeitslosigkeit

Die sehr gute Beschäftigungsentwicklung im Bereich Datenverarbeitung (1998–2000: 34,1 %) wird unterstrichen, wenn man sich die Zugänge an Offenen Stellen bzw. Arbeitslosen ansieht. Während 1999 die Zugangszahlen bei den Offenen Stellen bereits um den Faktor drei über denen der Arbeitslosen lagen, so erhöhte sich diese Kennziffer im Jahr 2000 sogar auf den Faktor 4,4. D.h., der Zuwachs der – allein bei den Arbeitsämtern gemeldeten – Offenen Stellen fiel im Jahr 2000 über viermal höher aus als die Zahl der neugemeldeten Arbeitslosen der Branche. Dies zeigt den Nachfrageüberhang nach Fachkräften aus dem IT-Bereich in der

Tabelle 5.32: Zugänge an Arbeitslosen und Zugänge an Offenen Stellen aus dem Sektor „Datenverarbeitung und Datenbanken“ in der Region Stuttgart

	Zugänge Offene Stellen	Zugänge Arbeitslose	Zugänge Offene Stellen/ Zugänge Arbeitslose
1999	1.749	598	2,92
2000	2.455	563	4,36

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg, IAW-Berechnungen

Betrachtet man die Unternehmensbezogenen Dienstleistungen im engeren Sinne (d.h. die Zeilen 4-12 in Tabelle 5.28), dann fällt der Nachfrageüberhang in Bezug auf Arbeitskräfte noch stärker aus. So kam im Jahr 2000 auf jeden neu gemeldeten Arbeitslosen fünf zusätzlich gemeldete Offenen Stellen.

Tabelle 5.33: Zugänge an Arbeitslosen und Zugänge an Offenen Stellen bei den „Unternehmensbezogenen Dienstleistungen im engeren Sinne“ (Zeilen 4-12 in Tabelle 5.28) in der Region Stuttgart

	Zugänge Offene Stellen	Zugänge Arbeitslose	Zugänge Offene Stellen/ Zugänge Arbeitslose
1999	31.548	7.853	4,02
2000	39.317	7.690	5,11

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg, IAW-Berechnungen

Perspektiven

Im Herbst 2001 verlief bei den unternehmensbezogenen Dienstleistern die Entwicklung nicht mehr ganz so dynamisch wie noch in der ersten Hälfte 2001. Auch dieser Bereich vermag sich nicht von der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung abzukoppeln, da er in der Regel Vorleistungen für das Produzierende Gewerbe erbringt. Gleichwohl blickt man mit Optimismus in die Zukunft. Die wachsenden Ansprüche an die Dienstleistungen, zum Beispiel an die Entwicklungsarbeit oder

die Organisation der EDV, um zwei Beispiele zu nennen, lassen eine Auftragsvergabe an externe Dienstleister für viele Unternehmen und in vielen Fällen immer attraktiver erscheinen.

Wichtige Voraussetzungen für ein entsprechendes Wachstum der wissensintensiven Teile dieser Branche ist vor allem die Verfügbarkeit entsprechend qualifizierter Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, wobei nicht nur in der EDV-Branche intensiv geeignete Arbeitskräfte gesucht werden.

Perspektivisch wird man im **EDV-Bereich** zunächst die Einbrüche rund um das E-Business etc. verkraften müssen, bevor es wieder bergauf geht. Strukturell wird die Bedeutung dieses Bereichs tendenziell wachsen, da EDV-Systeme noch umfassender eingesetzt werden (wichtige EDV-Anwendungen werden in kleinen Unternehmen und im Handwerk noch nicht durchgängig eingesetzt). Recht optimistisch gaben sich die DV-Dienstleister der Region bei der von der IHK Region Stuttgart durchgeführten Herbstumfrage 2001.¹⁷ So erwarteten zwei Drittel der Firmen eine bessere Geschäftsentwicklung als im Vorjahr; damit zusammenhängend wollten ein Drittel der Unternehmen zusätzliche Arbeitskräfte einstellen. Die restlichen Firmen beabsichtigten die Größe ihrer Belegschaft konstant zu halten.

Die Entwicklung im Bereich **Beratung** ist schwer zu prognostizieren: einerseits befinden sich hier etablierte und ausgereifte Dienstleistungen, wie zum Beispiel das Architekturbüro oder der Steuerberater, bei denen man tendenziell von einer Stagnation der Beschäftigung ausgehen kann, andererseits gibt es technische Dienstleistungen, bei denen der Trend deutlich nach oben zeigt. In der Region Stuttgart sehen die unter dem Konglomerat „Unternehmensbezogene Dienstleistungen im engeren Sinne“ zusammengefaßten Firmen optimistisch in die nahe Zukunft. Laut der bereits erwähnten IHK-Herbstumfrage gehen 40% der befragten Unternehmen für 2002 von einer gegenüber dem Vorjahr verbesserten Geschäftsentwicklung aus, wobei ein gutes Drittel der Firmen (saldierter Wert) die Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte plant.

Für den Service-Bereich erwarten wir insbesondere im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung zwei gegenläufige Tendenzen:

¹⁷ IHK Region Stuttgart: Konjunkturbericht für die Region Stuttgart, Oktober 2001, Stuttgart.

- Kurzfristig – bedingt durch die schwache konjunkturelle Entwicklung – kann es zu Beschäftigungseinbußen kommen. Insbesondere bei der Beschäftigung von Leiharbeitnehmern werden Arbeitgeber sparen bzw. zeitweilig die Leistungen selbst erstellen, um die Kernbelegschaft in kritischen Phasen weiter beschäftigen zu können.
- Langfristig oder strukturell weist dieser Bereich ein Wachstumspotential auf, da Leiharbeiter die Flexibilität des Unternehmens erhöhen. Dies spricht allerdings dafür, dass die Beschäftigung relativ großen konjunkturellen Schwankungen unterliegen wird.

Bei den beiden anderen Gruppen des Service-Bereichs, den Detekteien und Schutzdienste sowie dem Reinigungsgewerbe sind, keine starken konjunkturellen Veränderungen der Beschäftigung zu erwarten, wobei insbesondere das Sicherheitsbedürfnis durch kurzfristig eintretende, unvorhergesehene Ereignisse stark beeinflusst werden kann. Längerfristig könnten sich bei den Reinigungsdiensten dynamische Entwicklungen ergeben, wenn es gelänge, die privaten Haushalte als Nachfragepotential zu erschließen.¹⁸

5.6 Personenbezogene Dienstleistungen

Unter dem Sammelbegriff „personenbezogene Dienstleistungen“ werden neben Gastronomie, Bildung und Erziehung, Sozial- und Gesundheitswesen hier auch Dienste für private Haushalte sowie die Erbringung von „sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen“ eingeordnet.¹⁹ Die größten Untergruppen innerhalb des letztgenannten Sektors sind „Interessenvertretungen sowie kirchliche und religiöse Vereinigungen“, mit relativ großem Gewicht der Kirchen als Arbeitgeber, sowie „Kultur, Sport und Unterhaltung“. Entsprechend dieser Struktur werden die Beschäftigtenzahlen in zweierlei Hinsicht unterschätzt: zum einen sind in den Schulen und auch anderen Einrichtungen vorwiegend Beamte tätig, die hier nicht erfasst werden und zum anderen sind im Gesundheitswesen einige Berufsgruppen (Ärzte, Krankengymnasten etc.) zu einem beträchtlichen Teil selbstständig.

¹⁸ Vgl. hierzu den Themenschwerpunkt des Strukturberichts 1998/99.

¹⁹ Im letzten Strukturbericht firmierte dieser Bereich als "Haushaltsbezogene Dienstleistungen". Die neue Bezeichnung ist, bedingt durch die neue Wirtschaftszweigsystematik, angemessener. Wichtige Teilbereiche (z. B. Bildung) werden sowohl von privaten Haushalten als auch von Unternehmen nachgefragt. Verbindendes Merkmal der meisten dieser Dienste ist, dass sie in der Regel am Kunden ausgeführt werden.

Beschäftigung

Den größten Teilbereich dieses sehr heterogenen Feldes bildet das Sozial- und Gesundheitswesen mit 46,7 %. Dieser auf die Region bezogene Anteilswert liegt deutlich unter dem entsprechenden Referenzwert für den Bund bzw. das Land. Dort kommt das Sozial- und Gesundheitswesen innerhalb der Personenbezogenen Dienstleistungen auf einen Beschäftigungsanteil von 51,3 bzw. 52,3 %. Umgekehrt verhält es sich mit den Beschäftigtenanteilen im Bereich „Interessenvertretungen“. Hier liegt die Region etwa vier Prozentpunkte über dem Bundes- bzw. Landeswert.

Tabelle 5.34: Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Region Stuttgart in den Personenbezogenen Dienstleistungen

	1998	1999	2000	Diff. 98/00	in %	Diff. 99/00	in %	Anteile 2000
Gastronomie	20.656	22.264	22.216	1.560	7,6 %	-48	-0,2 %	13,5 %
Bildung und Erziehung	22.388	21.955	22.960	572	2,6 %	1.005	4,6 %	14,0 %
Gesundheitswesen	47.678	48.999	49.307	1.629	3,4 %	308	0,6 %	30,0 %
Sozial-/Gesundheitsw.	72.993	75.820	76.658	3.665	5,0 %	838	1,1 %	46,7 %
Interessenvertretungen	18.879	18.796	19.263	384	2,0 %	467	2,5 %	11,7 %
Kultur, Sport, Unterhaltung	9.741	10.475	10.951	1.210	12,4 %	476	4,5 %	6,7 %
Personenbez. DL insges.	156.049	160.844	164.301	8.252	5,3 %	3.457	2,1 %	100,0 %

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Wichtigster Einflussfaktor für die etwas langsamere Entwicklung der Region im Vergleich zu Bund und Land ist die weniger dynamische Entwicklung in der Gastronomie. Darüber hinaus sind auf Bundesebene wichtige Beschäftigungsgewinne im Bereich Bildung und Erziehung festzustellen, die die Differenz zwischen Bund auf der einen und Land bzw. Region auf der anderen Seite erklären.

Die Entwicklung in der Gastronomie bewirkt auch Wachstumsunterschiede in der Region. Im Unterschied zu den Landkreisen ist in der Stadt Stuttgart ein Beschäftigungsabbau in diesem Gewerbe feststellbar. Dafür sind in Stuttgart im Zeitraum 1998-2000 700 (+6,7 %) neue Arbeitsplätze im Bildungs- und Erziehungsbereich entstanden. Damit ist Stuttgart mit Ausnahme von Ludwigsburg (+224 bzw. 5,6 %) der einzige Kreis der Region mit deutlichem Beschäftigungszuwachs in diesem Sektor. Im Kreis Böblingen expandierte das Sozial- und Gesundheitswesen

(+378 Beschäftigte bzw. 5,9 %), die Gastronomie (+270 Beschäftigte, 11,5 %) sowie der Bereich Kultur, Sport und Unterhaltung (+131 Beschäftigte, 26,9 %) überdurchschnittlich.

Im Kreis Esslingen sind 1.130 der 1.410 neuen Arbeitsplätze dieser Branche in den Bereichen Gastronomie und Sozial- und Gesundheitswesen entstanden. Ähnlich verhält es sich im Kreis Göppingen, wo 685 Arbeitsplätze in diesen beiden Feldern entstanden. (Daneben bauten die Interessenvertretungen 79 Beschäftigte ab - 9,4 %.) Im Kreis Ludwigsburg hat der Sozial- und Gesundheitsbereich schwächer expandiert als in den anderen Kreisen. Das starke Gewicht dieses Bereichs ist dafür ausschlaggebend, dass trotz ansonsten durchweg überdurchschnittlicher Wachstumswerte der Regionsdurchschnitt nicht erreicht werden konnte. Im Rems-Murr-Kreis verbirgt sich hinter der Wachstumsrate von 6,3 % zum einen ein Beschäftigungsaufbau von 7,5 % im Sozial- und Gesundheitswesen (+768 Beschäftigte) und 18,1 % in der Gastronomie (+383 Beschäftigte), zum anderen ein Beschäftigungsabbau von 339 Beschäftigten im Bereich Bildung und Erziehung (-11,3 %).

Tabelle 5.35: Entwicklung der SVP-Beschäftigten in den Personenbezogenen Dienstleist.

	1998	1999	2000	Diff. 98/00	in %	Diff. 99/00	in %
BRD-West	4.443.548	4.615.375	4.736.018	292.470	6,6 %	120.643	2,6 %
Ba-Wü	656.812	677.883	694.134	37.322	5,7 %	16.251	2,4 %
Region	156.049	160.844	164.301	8.252	5,3 %	3.457	2,1 %
Stuttgart	68.244	69.547	71.196	2.952	4,3 %	1.649	2,4 %
Böblingen	14.109	14.558	15.022	913	6,5 %	464	3,2 %
Esslingen	22.230	23.214	23.640	1.410	6,3 %	426	1,8 %
Göppingen	11.264	11.830	11.976	712	6,3 %	146	1,2 %
Ludwigsburg	21.141	21.978	22.205	1.064	5,0 %	227	1,0 %
Rems-Murr	19.061	19.717	20.262	1.201	6,3 %	545	2,8 %

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Frauenbeschäftigung

Im Bereich Personenbezogene Dienstleistungen konnten Frauen in der Zeit von 1998 bis 2000 zwar mehr zusätzliche Arbeitsstellen verbuchen als Männer, prozentual fiel bei ihnen der Zuwachs jedoch geringer aus. Dies hatte zur Folge, dass die Frauenquote leicht rückläufig war und nun bei 69,7 % liegt (im Vergleich zum Referenzwert von 58,7 % für den gesamten Dienstleistungssektor).

Tabelle 5.36: Beschäftigungsentwicklung bei den Personenbezogenen Dienstleistungen in der Region Stuttgart zwischen 1998 und 2000 nach Geschlecht

	1998	2000	Diff. 98/00	Änd. 98/00
SVPB insg.	156.049	164.301	8.252	5,3 %
Männer	45.807	49.703	3.896	8,5 %
Frauen	110.242	114.598	4.356	4,0 %

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Der Teilbereich Gesundheits- und Sozialwesen, in dem fast 47 % aller im Bereich „Personenbezogene Dienstleistungen“ Tätigen beschäftigt sind, wird von Frauen dominiert (80 %). Dies ist allerdings ein leichter Rückgang der Frauenquote gegenüber 1998. Der Sektor Erziehung und Unterricht kommt immerhin noch auf einen Frauenanteil von 64,7 %, wenngleich auch hier der prozentuale Beschäftigungszuwachs niedriger ausfiel als bei den Männern. Im Gegensatz dazu konnten die Frauen im Gastronomiegewerbe überdurchschnittliche Zuwachsraten verzeichnen. Die Frauenquote erreicht hier nun 55,5 %.

Qualifikationsniveau

Da die Beschäftigtenstruktur und die Qualifikationsanforderungen in den Teilbereichen der personenbezogenen Dienstleistungen stark variieren, betrachten wir die Qualifikationsstruktur in den Bereichen Gastronomie, Bildung und Erziehung, Gesundheitswesen und Interessenvertretungen jeweils separat.

Gastronomie

Die Gastronomie ist sowohl in der Region als auch außerhalb durch einen sehr hohen Anteil von Arbeitskräften gekennzeichnet, die entweder keine oder eine unbekannte Ausbildung aufweisen. Zusammen sind das jeweils ca. 60 % der Beschäftigten. Diesem sehr hohen Anteil von Personen, die keine oder eine nicht einordenbare formale Qualifikation aufweisen stehen extrem wenige Akademiker gegenüber (119 in der Region).

Entwicklungstendenzen lassen sich in den letzten zwei Jahren nur insofern erkennen, als Beschäftigungsgewinne nur bei den Personen mit unbekanntem Berufsabschluss zu verzeichnen waren.

Tabelle 5.37: Qualifikationsniveau der in der Gastronomie sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2000

	Ohne Berufsabschluss	Mittlere Qualifikationen	Akademiker	Ausbildung unbekannt
BRD-West	25,1	38,5	0,7	35,7
Baden-Württem.	31,5	40,4	0,5	27,5
Region Stuttgart				
Insgesamt	32,2	38,5	0,5	28,8
Frauen	34,8	37,0	0,5	27,7
Männer	28,9	40,3	0,6	30,1

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Bildung und Erziehung

Der Bildungsbereich ist in der Region durch eine starke geschlechtsspezifische Arbeitsteilung gekennzeichnet: Während die Männer mehrheitlich einen Hochschulabschluss aufweisen, dominiert bei den Frauen die berufliche Ausbildung (mittlere Qualifikationen). Der hohe Akademikeranteil bei den Männern unterscheidet die Region von der Bundesebene, wo auch bei den Männern nur knapp 40 % einen akademischen Abschluss aufweisen. Unabhängig davon, ob man Region, Land oder Bund betrachtet, ist der Bereich Bildung und Erziehung derjenige mit der höchsten Akademikerquote.

Die Beschäftigungsentwicklung in diesem Bereich war in den letzten Jahren dadurch gekennzeichnet, dass zum einen Personen ohne Berufsabschluss (+350 Beschäftigte) und zum anderen Hochschulabsolventen (+376 Beschäftigte) eingestellt wurden. Arbeitsplätze für Beschäftigte mit einer sogenannten mittleren Qualifikation wurden – geringfügig (-154 Stellen) – abgebaut. Neue Arbeitsplätze entstanden in der Erwachsenenbildung und in den Hochschulen. Demgegenüber war die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in den Kindergärten (-153) geringfügig rückläufig, was auch die Beschäftigungsverluste bei den mittleren Qualifikationen erklärt.

**Tabelle 5.38: Qualifikationsniveau der in Bildung und Erziehung sozialversicherungs-
pflichtig Beschäftigten 2000**

	Ohne Berufsab- schluss	Mittlere Qualifi- kationen	Akademiker	Ausbildung unbekannt
BRD-West	14,7	52,0	26,3	7,0
Baden-Württem.	14,0	53,2	28,7	4,1
Region Stuttgart				
Insgesamt	14,1	48,2	33,8	3,9
Frauen	16,9	56,9	21,8	4,4
Männer	9,1	32,3	55,8	2,8

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Gesundheitswesen

Im Gesundheitswesen sind die Akademikerstellen in der Region weitgehend paritätisch von Männern (2.682) und Frauen (2.952) besetzt. Da aber die Frauen im Bereich der Tätigkeiten auf mittlerem Qualifikationsniveau (z. B. Arzthelferinnen, Krankenpflege) 83 % der Beschäftigten stellen, variieren im Gesundheitswesen die Akademikeranteile zwischen den Geschlechtern stärker als in anderen Branchen.

Steigende Qualifikationsanforderungen werden auch in diesem Bereich sichtbar: Fast die Hälfte der neuen Stellen wurde mit Akademikern besetzt.

**Tabelle 5.39: Qualifikationsniveau der im Gesundheitswesen sozialversicherungspflichtig
Beschäftigten 2000**

	Ohne Berufsab- schluss	Mittlere Qualifi- kationen	Akademiker	Ausbildung unbekannt
BRD-West	15,3	68,3	9,3	7,1
Baden-Württem.	17,3	68,7	9,4	4,6
Region Stuttgart				
Insgesamt	17,9	67,6	9,8	4,7
Frauen	18,9	70,3	6,0	4,8
Männer	14,0	56,7	25,0	4,3

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Interessenvertretungen

In diesem insgesamt eher heterogenen Branchensegment, das hinsichtlich der Bestandswerte – sieht man von dem relativ hohen Anteil der männlichen Akademiker ab – weitgehend Durchschnittswerte erreicht, sind vor allem die Veränderungen interessant. So waren weniger als 10 % der zusätzlich eingestellten Männer Hochschulabsolventen; das sind deutlich weniger als der Bestandswert signalisiert. Damit nähert sich die Akademikerquote tendenziell dem Durchschnitt in den alten Bundesländern und in Baden-Württemberg. Auch bei den Frauen war nur ungefähr jede zehnte zusätzlich Beschäftigte mit einem Hochschulabschluss ausgestattet, was aber in etwa auch im Bestand der Fall ist.

Tabelle 5.40: Qualifikationsniveau der im Bereich „Interessenvertretungen“ sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2000

	Ohne Berufsabschluss	Mittlere Qualifikationen	Akademiker	Ausbildung unbekannt
BRD-West	17,3	54,0	11,5	17,2
Baden-Württem.	19,4	56,6	11,5	12,5
Region Stuttgart				
Insges.	15,4	57,4	15,4	11,4
Frauen	17,7	60,5	11,2	10,7
Männer	11,8	52,5	23,1	12,6

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Offene Stellen und Arbeitslosigkeit

Betrachtet man für einzelne Teilsektoren des Bereichs Personenbezogene Dienstleistungen die Relation „Zugänge an Stellenangeboten zu Zugängen an Arbeitslosen“, so ergeben sich – bezogen auf die Region insgesamt – folgende Entwicklungen. Im Gastronomiebereich erhöhte sich der Wert von 2,0 (1999) auf 2,6 (2000). Das bedeutet, dass im Jahr 2000 die Zahl der zusätzlich gemeldeten Offenen Stellen um den Faktor 2,6 höher waren als die Zahl der zusätzlichen Arbeitslosen. Besonders auffallend ist die hohe Fluktuation der Beschäftigten in der Gastronomie: 22.000 Beschäftigten stehen rund 8.000 offene Stellen und 3.000 arbeitslos Gemeldeten gegenüber.

Tabelle 5.41: Zugänge an Arbeitslosen und Zugänge an Offenen Stellen aus dem Sektor Personenbezogene Dienstleistungen in der Region Stuttgart

		Zugänge offene Stellen	Zugänge Arbeitslose	Zugänge Offene Stellen/ Zugänge Arbeitslose
Gastronomie	1999	7.044	3.498	2,01
	2000	8.188	3.186	2,57
Erziehung/Unterricht	1999	1.588	1.842	0,86
	2000	1.892	1.548	1,22
Gesundh.- /Sozialwesen	1999	5.211	4.356	1,20
	2000	5.996	3.909	1,53
Interessenvertretungen	1999	1.288	900	1,43
	2000	1.148	778	1,48
Kultur, Sport, Unterhaltung	1999	1.179	997	1,18
	2000	1.260	904	1,30

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg, IAW-Berechnungen.

Im Gesundheits- und Sozialwesen sowie im Bereich „Kultur, Sport und Unterhaltung“ verbesserte sich die Kennziffer ebenfalls für die Arbeitnehmerseite. Sie lag im Jahr 2000 bei 1,5 bzw. 1,4. In diesem Intervall lag auch die Maßzahl für den Bereich Interessenvertretungen, wo die Entwicklung jedoch stagnierte.

Für den Bereich Erziehung und Unterricht spiegelt sich in den Arbeitsmarktzahlen auch die Beschäftigungsentwicklung wider: Nimmt man die Tatsache, dass die Beschäftigung von 1998/99 leicht zurückging und 1999/2000 wieder (und zwar überproportional) zunahm, so passt dieses Bild in die Feststellung, dass sich die auf die Zugangszahlen abstellende Kennziffer „Stellenangebote zu Arbeitslosen“ von 0,86 auf 1,22 „umdrehte“. D.h., während 1999 noch die Arbeitslosenzugänge dominierten, waren es im Jahr 2000 die Zugänge an Offenen Stellen.

Perspektiven

Die personenbezogenen Dienstleistungen insgesamt sind weniger konjunkturanfällig als andere Wirtschaftsbereiche, wenngleich es Ausnahmen, wie zum Beispiel die Gastronomie gibt, bei denen sich die konjunkturellen Schwankungen deutlich bemerkbar machen. Die Gastronomie ist – auf absehbare Zeit – auch eine

Ausnahme hinsichtlich der Qualifikationsanforderungen an die Beschäftigten: nur in diesem Teilbereich der personenbezogenen Dienstleistungen arbeitet ein hoher Anteil gering Qualifizierter.

Zwei bedeutsame Teilbereiche der personenbezogenen Dienstleistungen sind das Bildungs- und das Gesundheitswesen. Bei beiden gibt es eine Tendenz zur Nachfrageausweitung und in beiden Fällen gibt es Probleme mit der Finanzierung bzw. Diskussionen über neue Finanzierungskonzepte. So ist es unstrittig, dass ein Grundangebot für alle Bürger verfügbar sein muss – gleichzeitig wird aber geprüft, ob eine stärkere Selbstbeteiligung und Eigenvorsorge die Bürger einerseits zur effizienteren Nutzung motivieren und andererseits den Bürger zum kritischen Nachfrager machen könnte.

Die Finanzierung sowohl von Gesundheitsvorsorge als auch von (Hoch-)Schulbildung²⁰ sind Themen, die auf der Landes- und Bundesebene entschieden werden müssen. Davon, ob hierzu intelligente Lösungen gefunden werden, hängt die weitere Entwicklung dieser beiden Branchen ab. Grundsätzlich kann man in beiden Bereichen von einem wachsenden Nachfragepotential ausgehen: Der Bildungsbereich steht unter der zunehmenden Erfordernis zum lebenslangen Lernen und den hohen Qualifikationsanforderungen an die Absolventen. Das Gesundheitswesen könnte von einer wachsenden Anzahl älterer Bürger profitieren, die finanziell abgesichert sind und denen ihre Gesundheit „etwas Wert“ ist.

5.7 Öffentliche Verwaltung und Sozialversicherung

Beschäftigung

Die für die anderen Wirtschaftszweige praktizierte Messung der Beschäftigungsentwicklung anhand der Entwicklung bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist für den Sektor Öffentliche Verwaltung und Sozialversicherung nicht ganz unproblematisch. Das liegt daran, dass ein nicht unerheblicher Teil der Beschäftigten im Beamtenverhältnis steht und damit nicht der Sozialversicherungspflicht unterliegt. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist für diesen Sektor also nur ein ungenauer Indikator zur Beschäftigungsmessung.

²⁰ Vgl. Caspar, Sigfried und Stefan Weil: Hochschulen – Ihre Bedeutung für die wirtschaftliche Dynamik, in: IAW-Mitteilungen 2/2001, S. 4–15.

Stellt man trotzdem auf diesen Indikator ab, dann ergibt sich folgendes Bild: Die Öffentliche Verwaltung (75,4 %) und die Sozialversicherung (18,3 %) sind die beiden größeren Teilbereiche dieses Wirtschaftszweiges in der Region. Der dritte Teilbereich (6,3 %) sind „Auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung, Rechtsschutz, Öffentliche Sicherheit und Ordnung“ (nachfolgend: „Öffentliche Sicherheit“). Bemerkenswert sind die Abweichungen vom Bundes- und Landesdurchschnitt insofern, als der Anteil dieses dritten Teilbereichs mit 6,3 % vergleichsweise niedrig ist (BRD-West: 14,4 %, Baden-Württemberg: 10,6 %).

Tabelle 5.42: Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Region Stuttgart im Bereich Öffentliche Verwaltung und Sozialversicherung

	1998	1999	2000	Diff. 98/00	in %	Diff. 99/00	in %	Anteile
Öffentl. Verwaltung	40.233	39.102	39.577	-656	-1,6 %	475	1,2 %	75,4 %
Auswärt. Angelegenheiten, Verteidig., Öffentl. Ordnung	3.587	3.417	3.298	-289	-8,1 %	-119	-3,5 %	6,3 %
Sozialversich. u. Arbeitsförd.	9.145	9.201	9.583	438	4,8 %	382	4,2 %	18,3 %
SEKTOR insgesamt.	52.965	51.720	52.458	-507	-1,0 %	738	1,4 %	100,0 %

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

5

Auffällig ist, dass im Bereich Öffentliche Sicherheit in der Region die Zahl der (sozialversicherungspflichtig) Beschäftigten um gut 8 % zurückging, während auf Landesebene sogar ein Zuwachs zu verzeichnen war (2,5 %). Die Entwicklung in den Kreisen ist einerseits durch Beschäftigungsabbau bzw. Stagnation in der öffentlichen Verwaltung und andererseits durch moderate Wachstumsraten bei Sozialversicherung und Arbeitsförderung gekennzeichnet. Dabei ist der Beschäftigungszuwachs bei der Sozialversicherung im Zeitraum 1998-2000 zum einen auf die zusätzliche Einstellung von 115 Mitarbeitern im Rems-Murr-Kreis im Jahr von 1998 bis 1999 und zum anderen auf eine Beschäftigungsausweitung im Jahr 1999/2000 in allen Kreisen (außer in Göppingen) zurückzuführen.

In der öffentlichen Verwaltung kam der Abbau sozialversicherungspflichtig Beschäftigter im Jahr 1999/2000 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum zum Stillstand. Im Kreis Ludwigsburg (+122 bzw. 2,4 %), im Rems-Murr-Kreis

(+175 bzw. 3,9 %) sowie in der Stadt Stuttgart (+140 bzw. 1,0 %) wurden in gewissem Umfang zusätzliche Einstellungen vorgenommen. In den anderen Kreisen ist eine Stagnation der Beschäftigung festzustellen.

Tabelle 5.43: Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Sektor Öffentliche Verwaltung und Sozialversicherung

	1998	1999	2000	Diff. 98/00	in %	Diff. 99/00	in %
BRD-West	1.311.043	1.291.652	1.282.977	-28.066	-2,1 %	-8.675	-0,7 %
Bad.-Württemb.	193.680	189.590	192.456	-1.224	-0,6 %	2.866	1,5 %
Region	52.965	51.720	52.458	-507	-1,0 %	738	1,4 %
Stuttgart	21.543	21.129	21.337	-206	-1,0 %	208	1,0 %
Böblingen	6.353	6.076	6.136	-217	-3,4 %	60	1,0 %
Esslingen	8.076	7.811	7.855	-221	-2,7 %	44	0,6 %
Göppingen	4.622	4.493	4.479	-143	-3,1 %	-14	-0,3 %
Ludwigsburg	6.753	6.641	6.858	105	1,6 %	217	3,3 %
Rems-Murr-Kreis	5.618	5.570	5.793	175	3,1 %	223	4,0 %

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Frauenbeschäftigung

In der Zeit von 1998 bis 2000 musste die Öffentliche Verwaltung und Sozialversicherung als einzige Dienstleistungsbranche einen Beschäftigungsrückgang hinnehmen, wobei die Beschäftigungseinbußen bei den Frauen fünfmal so hoch wie bei den Männern ausfielen. Gleichwohl liegt in diesem Sektor die Frauenquote mit 65,9 % – verglichen mit dem Durchschnitt des Dienstleistungssektors (58,7 %) – immer noch sehr hoch.²¹ Dies gilt insbesondere für den Teilbereich Sozialversicherung und Arbeitsförderung, der beim Frauenanteil auf einen Spitzenwert von 71,6 % kommt. Bemerkenswert ist, dass in diesem Teilsegment (im Gegensatz zum Gesamtsektor) ein Beschäftigungszuwachs erreicht werden konnte, von dem insbesondere Frauen profitierten.

²¹ Auch in Bezug auf die Frauenquote ist anzumerken, dass bei der vorliegenden Berechnung nur die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten berücksichtigt wurden. Falls der Frauenanteil an den im Beamtenverhältnis stehenden Beschäftigten niedriger ist als bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, dann weist die hier dokumentierte Frauenquote – bezogen auf die Beschäftigten insgesamt – einen zu hohen Wert aus.

Tabelle 5.44: Beschäftigungsentwicklung im Bereich Öffentliche Verwaltung und Sozialversicherung in der Region Stuttgart zwischen 1998 und 2000 nach Geschlecht

	1998	2000	Diff. 98/00	Änd. 98/00
SVPB insg.	52.965	52.458	-507	-1,0 %
Männer	17.956	17.870	-86	-0,5 %
Frauen	35.009	34.588	-421	-1,2 %

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Qualifikationsniveau

Die Einstellungspraxis der öffentlichen Verwaltung und der Sozialversicherungsträger war auch im Zeitraum 1998-2000 durch steigende Anforderungen an die formale Qualifikation gekennzeichnet. So wurden 1.272 Stellen für ungelernte Arbeitskräfte gestrichen und 607 Arbeitsplätze für Akademiker geschaffen. Im Bereich mittlerer Qualifikationen wurden 158 zusätzliche Stellen besetzt.

5

Tabelle 5.45: Qualifikationsniveau der im Bereich Öffentliche Verwaltung und Sozialversicherung sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2000

	Ohne Berufsabschluss	Mittlere Qualifikationen	Akademiker	Ausbildung unbekannt
BRD-West	17,2	69,4	10,0	3,4
Baden-Württem.	20,0	68,2	8,9	2,8
Region Stuttgart				
Insges.	20,1	66,5	10,4	3,0
Frauen	21,2	67,6	7,7	3,6
Männer	18,0	64,5	15,6	1,9

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Offene Stellen und Arbeitslosigkeit

Für den Sektor Öffentliche Verwaltung und Sozialversicherung können die Zugangswerte für Stellenangebote bzw. Arbeitslose möglicherweise bessere Interpretationsansätze bieten als die Beschäftigtenzahlen, die nur auf sozialversicherungs-pflichtig Beschäftigte (d. h. ohne Beamte) abstellen.

**Tabelle 5.46: Zugänge an Arbeitslosen bzw. Offenen Stellen aus dem Bereich
Öffentliche Verwaltung und Sozialversicherung in der Region Stuttgart**

	Zugänge Offene Stellen	Zugänge Arbeitslose	Zugänge Offene Stellen/ Zugänge Arbeitslose
1999	6.611	2.568	2,57
2000	3.406	2.173	1,57

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg, IAW-Berechnungen

Während 1999 noch zweieinhalb (2,6) neue Offene Stellen auf einen neu gemeldeten Arbeitslosen kamen, hat sich diese Relation im Jahr 2000 auf einen Wert von 1,6 verringert. Das heißt, die Arbeitsmarktposition von Arbeitnehmern mit engen Bezug zum Beschäftigungsfeld Öffentliche Verwaltung und Sozialversicherung hat sich verschlechtert.

Perspektiven

Die steigenden Qualifikationsanforderungen in der öffentlichen Verwaltung können als ein gutes Zeichen gewertet werden: Die öffentliche Verwaltung ist ein Bereich der zunehmend höhere Anforderungen an die Beschäftigten stellt. Insofern werden qualifizierte Angestellte gebraucht. Andererseits gibt es viele Aufgaben, die vorwiegend durch Routine und Präsenz gekennzeichnet sind, die also weniger den Experten, sondern mehr den Praktiker erfordern. Insofern ist zu hoffen, dass unter dem Beschäftigungsabbau nicht die Servicequalität leidet. An dem Ziel „höhere Servicequalität für Bürger und Wirtschaft bei stagnierender oder reduzierter Beschäftigung“ sollte festgehalten werden. Mittelfristig wird das nur erreichbar sein, wenn grundlegende Veränderungen der Verwaltungsstrukturen erfolgreich umgesetzt werden.

6 Arbeit, Alter und Qualifikation

6.1 Herausforderungen durch demografischen Wandel

Erst im Laufe des letzten Jahres ist im Kontext der Debatte um die Veränderungen der Rentenfinanzierung und der übrigen sozialen Sicherungssysteme eine größere Öffentlichkeit mit dem Thema der demografischen Entwicklung konfrontiert worden, während es schon seit den 80er Jahren Gegenstand von fachwissenschaftlichen Analysen und Diskussionen war. Wesentliche Erkenntnisse sind dem Forschungsschwerpunkt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) „Demografischer Wandel und Zukunft der Erwerbsarbeit in Deutschland“ zu verdanken; in diesem Zusammenhang wurden in mehreren Forschungsverbünden sowohl Zukunftsprognosen als auch zugehörige Handlungsfelder in Unternehmen und Regionen untersucht. Im Rahmen dieses Forschungsschwerpunktes ist es gelungen, den analytischen Blickwinkel auf das Problem des demografischen Wandels um Fragestellungen zu erweitern, die in der sozialpolitischen Debatte bislang eher ausgeblendet wurden:

- „Welche Folgen hat der demografische Wandel für Unternehmen und Erwerbstätige?
- Wie entwickelt sich die Altersstruktur der Belegschaften in den Unternehmen?
- Wie wirken sich alternde Belegschaften auf die Innovations- und Leistungsfähigkeit der Unternehmen, aber auch der Volkswirtschaft insgesamt, aus?“¹

Damit gehören diese Fragestellungen und die damit zusammenhängenden Problemlagen und Handlungsfelder noch lange nicht zum Allgemeingut in Politik und Wirtschaft; hier ist im Gegenteil noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten.

Unsere Kernthese lautet: Die schon heute vorfindbare Altersstruktur und die stattfindende Alterung der Bevölkerung bzw. der Erwerbspersonen stellen eine weitere große, strukturelle Herausforderung für die Region Stuttgart dar, neben der hohen Bedeutung der (Kfz-) Industrie und ihren verbundenen Dienstleistungen sowie

¹ Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2001): Berufsbildungsbericht. Bonn, S. 15.

dem hohen Anteil von un- und angelernten Beschäftigten. Vor diesem Hintergrund werden mit diesem Bericht die Altersstruktur und die Alterungseffekte in der Region Stuttgart schwerpunktmäßig bezogen auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten analysiert. Auch der Schwerpunkt der Handlungsempfehlungen orientiert sich an diesem Thema. Damit richten sie sich zugleich stärker als sonst an einen nicht-öffentlichen Adressatenkreis, da insbesondere die Betriebe/Unternehmen sowie die Träger der beruflichen Weiterbildung vor neue Herausforderungen gestellt werden. Grundlegende Weichen für die Bildungsbereitschaft und -fähigkeit der Beschäftigten werden jedoch bereits im Kindesalter gestellt. Neugier und Lernbereitschaft werden in den ersten Lebensjahren geprägt; Versäumnisse der schulischen Erziehung – wie sie dem deutschen Schulsystem aktuell in der Pisa-Studie attestiert werden – können kaum in der beruflichen Aus- und Weiterbildung ausgeglichen werden.

6.1.1 Demografische Trends und Erwerbsverhalten

Anhaltender Geburtenrückgang und eine stetig steigende Lebenserwartung prägen alle hochindustrialisierten Länder, insbesondere Westeuropa und Japan. Für Deutschland wird erwartet, dass zwischen 2000 und 2040 die Zahl der Erwerbsbevölkerung unter Annahme ansonsten gleicher Bedingungen kontinuierlich um fast 20 % zurückgehen wird.² Rechnerisch und unter günstigen Bedingungen könnte dies zu einem Ausgleich zwischen dem zur Zeit bestehenden Überangebot an Arbeit und der geringeren Nachfrage führen. Aber gegenläufige Trends wirken diesem Ausgleich entgegen: Einerseits wird durch die Produktivitätsentwicklung auch die Nachfrage an Arbeitskräften zurückgehen, insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe und in Teilen des Dienstleistungssektors, andererseits wird mit einer stärkeren Erwerbsbeteiligung von Frauen gerechnet. Außerdem entstehen durch den Zuzug von Ausländern Wanderungsgewinne.³ Laut verschiedener Modellrechnungen geht mit dem zahlenmäßigen Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter auch die Arbeitskräftenachfrage zurück. Von daher ist nicht damit zu rechnen, dass sich das Problem der Arbeitslosigkeit quasi

² Pack, Jochen; Buck, Hartmut; Kistler, Ernst; Mendius, Hans G.; Morschhäuser, Martina; Wolff, Heimfried (2000): Zukunftsreport demographischer Wandel – Innovationsfähigkeit in einer alternden Gesellschaft. Bonn, S. 10.

³ Mittels staatlicher Programme wie der Green-Card-Initiative oder dem zukünftigen Einwanderungsgesetz sollen derartige Wanderungseffekte beschleunigt und zugleich gesteuert werden.

von allein, durch Abwarten löst: So erwartet die Prognos AG in einem Gutachten für die Rentenversicherungsträger bis 2040 Arbeitslosenquoten je nach Szenario zwischen 5 % (optimistisch) und 11 % (pessimistisch).⁴

Die eigentliche Dramatik liegt in der gleichzeitigen Veränderung der Alterszusammensetzung der Erwerbspersonen. Nach Berechnungen des BMBF werden in den Altersklassen der 15- bis 34-Jährigen im Jahr 2030 ein Viertel und im Jahr 2040 bereits ein Drittel weniger Erwerbsfähige zur Verfügung stehen als heute (-7 Millionen). Ab dem Jahr 2010 wird sich dieser Rückgang auch im Alterssegment der 35- bis 44-Jährigen bemerkbar machen; hier wird bis 2040 ebenfalls ein Rückgang um 25 % (-3,8 Millionen) erwartet. Bis zum Jahr 2020 wird die Klasse der älteren Erwerbsfähigen⁵ um 4,7 Millionen (25 %) anwachsen, während diejenige der Jüngeren bis 2020 um über 10 Millionen abnehmen wird.⁶ Zudem wird erwartet, dass diese Entwicklung negative Auswirkungen auf den qualifikatorischen Mix der Erwerbsfähigen haben wird:

„Mehr sogar als die Frage der rein zahlenmäßigen Abnahme von Jüngeren stellt sich zeitparallel die der Abnahme des Potentials an Fachkräften mit mittleren und höheren Qualifikationen, beispielsweise bei Fachhandwerkern, Facharbeitern, Ingenieuren und Informatikern. Die daraus resultierenden Lücken in den Belegschaften vieler Unternehmen (...) wirken problemverschärfend. Auf diese Situation sind die meisten deutschen Unternehmen überhaupt nicht vorbereitet, die Problematik wird noch kaum gesehen oder eher verdrängt.“⁷

Allerdings ist hier Tiefenschärfe erforderlich, um nicht vorschnell gängigen Stereotypen und verzerrten Sichtweisen zu unterliegen. So hat in Gesamtdeutschland trotz der massiven Frühverrentungsaktivitäten in der ersten Hälfte der 1990er Jahre die Anzahl der abhängig Beschäftigten über 55 Jahren zwischen 1993 und

⁴ Hilpert, Markus; Kistler, Ernst; Wahse, Jürgen (o. J.): Demographischer Wandel, Arbeitsmarkt und Weiterbildung. <http://www.demotrans.de>, S. 3.

⁵ Die Bezeichnung „ältere“ bzw. „jüngere“ Beschäftigte wird in der Literatur nicht immer für einheitliche Jahrgänge verwendet beziehungsweise werden Altersgrenzen nicht immer genannt. Auch die Arbeitsämter weisen Zahlen für „50-Jährige und älter“ sowie für „55-Jährige und älter“ aus. Berechnungen des IMU-Instituts beziehen sich auf die 55-Jährigen und ältere.

⁶ Pack, Jochen; Buck, Hartmut; Kistler, Ernst; Mendius, Hans G.; Morschhäuser, Martina; Wolff, Heimfried (2000): Zukunftsreport demographischer Wandel – Innovationsfähigkeit in einer alternden Gesellschaft. Bonn, S. 12.

⁷ Ebenda, S. 12

1998 um knapp 700.000 oder 22,7 % zugenommen, während die Beschäftigtenzahl insgesamt um knapp 840.000 gesunken ist. Eine Detailuntersuchung des Landesarbeitsamtes Bayern liefert für den gleichen Zeitraum auf Basis einer Kohortenanalyse hierfür eine wesentliche Erklärung: Es waren die „geburtensärkeren Jahrgänge aus der zweiten Hälfte der 30er Jahre ursächlich für den zunächst verwunderlichen Anstieg der Beschäftigten zwischen 55 und 64 Jahren“.⁸ Hieraus lässt sich zudem ein Trend für die kommenden Jahre ableiten: Nach geburtenschwachen Kriegs- und Nachkriegsjahrgängen folgen 19 Mal stärkere Geburtsjahrgänge, erst mit dem „Pillenknicke“ um 1970 erfolgt ein starker Rückgang. „Die Frage ist, wie künftig, wenn diese noch größeren Geburtskohorten ‚älter‘ werden, das Beschäftigungssystem, die Arbeitsmarktpolitik und die Arbeitnehmer (die heute zwischen 30 und 50 Jahre alt sind) beschaffen sein müssen.“⁹ Allerdings ist Fatalismus fehlt am Platz, zeigt doch gerade die Entwicklung der 1990er Jahre, dass es trotz der anhaltenden Jugendfixierung möglich war, in größerem Umfang ältere Arbeitnehmer zu beschäftigen. Hierzu sind die Rahmenbedingungen und die Einflussfaktoren näher zu untersuchen.

Grundlegendes Merkmal zur Beschreibung der Erwerbstätigkeit sind die Erwerbsquoten, bei unserer Fragestellung differenziert nach Altersklassen:

Tabelle 6.1: Erwerbsquoten nach Altersklassen von 1991 bis 2000 (alte Bundesländer)

Jahr	Männer der Altersklassen					Frauen der Altersklassen				
	45-50	50-55	55-60	60-65	15-65	45-50	50-55	55-60	60-65	15-65
1991	95,9	92,9	81,4	35,0	82,2	67,2	58,6	44,4	12,2	58,4
1995	96,1	92,2	79,0	33,0	81,3	71,7	63,8	48,8	13,0	59,9
1996	95,3	91,1	78,0	32,5	80,5	71,9	63,7	48,9	13,5	59,7
1997	95,5	91,0	78,2	32,8	80,5	73,6	65,4	50,7	13,7	60,3
1998	95,1	90,8	78,4	32,9	80,2	74,6	66,3	51,1	13,8	60,5
1999	95,2	91,2	78,6	33,7	80,3	75,8	68,4	53,1	14,4	61,7
2000	96,0	91,5	77,9	33,2	80,0	77,1	69,2	53,6	14,9	62,1

Quelle: Koller 2001: 13

⁸ Bisping, Paul; Böhme, S. (1999): Aus jung wird alt – immer mehr ältere Arbeitnehmer im Beschäftigungssystem. O. O., Tabelle 1; zitiert nach Hilpert, Markus; Kistler, Ernst; Wahse, Jürgen (o. J.): Demographischer Wandel, Arbeitsmarkt und Weiterbildung. <http://www.demotrans.de>, S. 6.

⁹ Hilpert, Markus; Kistner, Ernst; Wahse, Jürgen (o. J.): Demographischer Wandel, Arbeitsmarkt und Weiterbildung. <http://www.demotrans.de>, S. 8.

Zwar sind von 1991 bis 2000 die Erwerbsquoten bei den Männern leicht zurückgegangen und die der Frauen dagegen leicht gestiegen, aber die Erwerbsquote der Frauen liegt noch immer deutlich unter derjenigen der Männer. Mit zunehmendem Alter sinkt die Erwerbsquote stark bei beiden Geschlechtern, wobei bei den Männern erst die über 60-Jährigen auffallend unter der Erwerbsquote für alle Altersklassen liegen, bei den Frauen dagegen schon die über 55-Jährigen deutlich seltener erwerbstätig sind. Die starke Abnahme der Erwerbsquote bei Älteren ist arbeitsmarktpolitisch bedingt. 1960 betrug die Erwerbsquote der über 60-jährigen Männer noch 73 %, die der 55- bis 60-jährigen Männer noch 89 %.¹⁰ Mit der Erhöhung des Rentenzugangsalters könnten die Erwerbsquoten Älterer wieder steigen. Damit muss jedoch nicht zwangsläufig eine Erhöhung der Beschäftigungsquote verbunden sein, denn die hängt vor allem von der Lage auf dem Arbeitsmarkt ab. Statt dessen könnte damit eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit Älterer bzw. eine längere Dauer der Arbeitslosigkeit bewirkt werden.¹¹

6.1.2 Wege aus dem Erwerbsleben

Seit dem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit Ende der 1970er Jahre ist das vorzeitige Ausscheiden aus der Erwerbstätigkeit gesellschaftlich akzeptiert, um Arbeitsplätze für Jüngere freizumachen. Die damit einhergehenden Belastungen für die Rentenkassen führten dazu, dass in den 1990er Jahren (1992, 1996 und endgültig 1999) im Zuge der Rentenreform eine Anhebung der Altersgrenze für den Rentenzugang auf grundsätzlich 65 Jahre für alle beschlossen wurde. Ein vorzeitiger Rentenzugang ist zwar ab 62 Jahren möglich, aber nur nach einer Versicherungsdauer von mindestens 35 Jahren und mit Abschlägen in der Rentenhöhe.

¹⁰ Knapp, Ulla (2001): Arbeitslosigkeit und (Frauen-)Erwerbsangebot – Eine andere Sicht des Beschäftigungsproblems. In: WSI-Mitteilungen Nr. 11/2001, S. 692-697.

¹¹ Koller, Barbara (2001): Ältere Arbeitnehmer. Das Rentenalter wurde angehoben – zieht der Arbeitsmarkt mit? Nürnberg, S. 14.

Bezogen auf die Beschäftigten interessieren vor allem die Renten aus eigener Versicherung (auch „Versichertenrenten“ genannt). Dazu gehören die Renten wegen Alters und Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit. Nach den Reformen in den 1990er Jahren gibt es von den Altersrenten sechs Varianten, die teilweise nur für bestimmte Geburtsjahrgänge gelten (vgl. Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (Hrsg.) (2001): Fremdwort Rente. Berlin, S. 5, 6, 27, 60, 61). Die einzelnen Altersrenten sind:

- Regelaltersrente (nach Vollendung des 65. Lebensjahrs und nach einer Wartezeit von 5 Jahren);
- Altersrente für langjährig Versicherte (nach Vollendung des 63. Lebensjahrs und einer Wartezeit von 35 Jahren);
- Altersrente für Schwerbehinderte (nach Vollendung des 60. Lebensjahres, bei einem Behinderungsgrad von mindestens 50 %, einer Wartezeit von 35 Jahren und Aufgabe oder Einschränkung der Berufstätigkeit);
- Altersrente wegen Arbeitslosigkeit (für die Jahrgänge vor 1952, frühestens nach Vollendung des 60. Lebensjahres, 52 Wochen arbeitslos in den letzten 1,5 Jahren, Wartezeit von 15 Jahren, Zahlung der Pflichtbeiträge für 8 Jahre und bei Aufgabe oder Einschränkung der Berufstätigkeit);
- Altersrente nach Altersteilzeit (frühestens mit 60 Jahren, Jahrgänge vor 1952, 2 Jahre Altersteilzeit, 8 Jahre Pflichtbeiträge in den letzten 10 Jahren, Wartezeit von 15 Jahren und bei Aufgabe oder Einschränkung der Berufstätigkeit);
- Altersrente für Frauen (Jahrgänge vor 1952, frühestens mit 60 Jahren, nach Vollendung des 40. Lebensjahres mindestens 10 Jahre Pflichtbeiträge, Wartezeit von 15 Jahren, bei Aufgabe oder Einschränkung der Berufstätigkeit).

Die Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit sind:

- Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung (Beschäftigte, die unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes nur zwischen drei und sechs Stunden täglich arbeiten können), vor dem 1.1.2001 „Berufsunfähigkeitsrente“;
- Rente wegen voller Erwerbsminderung (Beschäftigte, die gesundheitsbedingt nicht länger als drei Stunden täglich erwerbstätig sein können), vor dem 1.1.2001 „Erwerbsunfähigkeitsrente“.

Trotz dieser Entscheidungen war (und ist) die Arbeitsmarktpolitik immer noch in Richtung „Frühverrentung“ orientiert¹²: Bis Ende 1992 wurde in den neuen Bundesländern das „Altersübergangsgeld“ gezahlt, die Altersteilzeit (1996 eingeführt, nunmehr befristet bis 2009) entspricht durch das Blockmodell (erste Hälfte Vollzeit, zweite Hälfte Freizeit) einer Frühverrentung. Und als Ausgleich für die Anhebung des Rentenalters waren Tariffonds zur Finanzierung eines Rentenzugangs mit 60 Jahren in der Diskussion. Auch die betriebliche Personalpolitik nutzte die arbeitsmarktpolitischen Instrumente, um ältere Beschäftigte „sozialverträglich“ zu entlassen. „Ältere Beschäftigte, die einen besonderen Kündigungsschutz genossen, wurden mit Abfindungen und teilweise auch mit sozialem Druck veranlasst, einer Aufhebung ihres Beschäftigungsverhältnisses zuzustimmen. Sie bezogen nach Ablauf einer Sperrzeit [geregelt in § 143 a SGB III, die Autoren] Arbeitslosengeld und gingen mit 60 Jahren in die Altersrente wegen Arbeitslosigkeit – was inzwischen nur bei Hinnahme von Abschlägen oder entsprechend höheren Altersgrenzen möglich ist.“¹³

Betrachtet man das tatsächliche Rentenzugangsalter über einen längeren Zeitraum (und unabhängig von den jeweils geltenden gesetzlichen Rahmenbedingungen), so haben sich in den letzten 30 Jahren nur geringe Veränderungen vollzogen. Ein signifikantes Absinken ist im Zuge der Krisenprozesse der 1970er und 1980er Jahre feststellbar; hier dürften Frühverrentungen eine erhebliche Rolle gespielt haben. Mit der konjunkturellen Erholung in Westdeutschland bis zum Ende der 1980er Jahre steigt das Zugangsalter wieder an und ist seitdem weitgehend stabil. Weder die Veränderung der Vorruhestandsmodelle noch die Heraufsetzung des Rentenalters, die ja einen früheren Eintritt in die Rentenphase erschweren sollten, haben sich bisher erkennbar niedergeschlagen.

¹² Koller, Barbara (2001): Ältere Arbeitnehmer. Das Rentenalter wurde angehoben – zieht der Arbeitsmarkt mit? Nürnberg, S. 6.

¹³ Ebenda.

Tabelle 6.2: Durchschnittliches Zugangsalter der Empfänger von Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung (alte Bundesländer)

Jahr	Männer			Frauen		
	insgesamt	Altersrenten	Erwerbsminderungsrenten	insgesamt	Altersrenten	Erwerbsminderungsrenten
1993	59,5	62,9	53,9	61,5	63,6	52,2
1994	59,9	62,8	53,8	61,4	63,5	52,0
1995	59,6	62,6	53,4	61,1	63,3	51,5
1996	59,6	62,5	53,3	60,9	63,0	51,3
1997	59,6	62,4	53,0	60,7	62,8	50,9
1998	59,7	62,4	52,8	60,7	62,6	50,6
1999	60,0	62,4	52,8	61,0	62,6	50,8
2000	60,0	62,4	52,6	61,0	62,8	50,5

Quelle: Koller 2001: 8

Unterschiede ergeben sich hinsichtlich des Zugangsalters, wenn man zwischen den Rentenarten unterscheidet. Der Zugang zur Altersrente findet über die letzten vier Jahre stabil mit 62,4 Jahren bei den Männern und mit etwa 62,7 Jahren bei den Frauen statt, während Erwerbsminderungsrenten von Männern mit 52,6 Jahren, von Frauen bereits mit 50,5 Jahren angetreten werden. Auffällig ist, dass das Zugangsalter bei Erwerbsminderungsrenten zwar wenig, aber stetig gesunken ist, so dass der Unterschied zwischen Alters- und Erwerbsminderungsrenten bereits rund zehn Jahre beträgt; und dass Frauen – bedingt durch den späteren Beginn bei den Altersrenten – im Durchschnitt etwa ein Jahr später als Männer „in Rente gehen“. Deutlich wird, dass bei der Diskussion um das Rentenzugangsalter zwischen den Altersrenten und den Erwerbsminderungsrenten unterschieden werden muss, denn die Heraufsetzung der Altersgrenze betrifft nur die Altersrente. Die Erwerbsminderungsrente dient der Absicherung für den Invaliditätsfall und kann daher nicht an eine Altersgrenze gebunden werden. Lediglich die Zugangskriterien und die Rentenhöhe sind beeinflussbar.

Bei den Männern geht mit 38,1 % ein größerer Anteil als häufig vermutet erst mit mehr als 60 Jahren in Rente. Auch bei den Frauen erhält der größte Anteil (40,8 %) die Regelaltersrente, dazu kommt ein großer Anteil mit Frauentalersrente. Auch sie gehen also eher spät in Rente. Der im Vergleich zu den Männern geringe Anteil bei den Renten wegen Arbeitslosigkeit erklärt sich aus der bisherigen Möglichkeit für Frauen, ab 60 Jahren in die Frauentalersrente gehen zu können.

**Tabelle 6.3: Zugänge in verschiedene Rentenarten im Jahr 2000 (alte Bundesländer),
Anteile in %**

Rentenart	Männer	Frauen
Erwerbsminderungsrenten	24,2	14,8
Rente wegen Arbeitslosigkeit	27,7	3,0
Rente für Schwerbehinderte	9,9	3,2
Rente für langjährig Versicherte	16,2	2,7
Regelaltersrente	21,9	40,8
Frauenaltersrente	-	35,5

Quelle: Koller 2001: 9 und 11

Vor allem die Erhöhung der Altersgrenzen bei der Rente wegen Arbeitslosigkeit wird für einen großen Personenkreis Auswirkungen haben, wenn sich die Lage Älterer auf dem Arbeitsmarkt nicht bessert. Sie werden in Zukunft Abschlüsse bis in Höhe von 18 % bei ihrer Rente hinnehmen müssen, wenn sie vor dem Alter von 65 Jahren in Rente gehen. „Aus diesem Grund ist vorstellbar, dass von älteren Langzeitarbeitslosen zukünftig verstärkt ein Zugang in die Altersrente für Schwerbehinderte (Altersgrenze 63 Jahre ...) bzw. in die Erwerbsminderungsrente angestrebt wird.“¹⁴ Ein besonderes Problem entsteht für Frauen in den alten Bundesländern, die selten die Anforderungen für eine vorgezogene Frauenaltersrente erfüllen.

Auch in der Region Stuttgart liegt das durchschnittliche Alter des Rentenzugangs bei knapp über 60 Jahren:

¹⁴ Koller, Barbara (2001): Ältere Arbeitnehmer. Das Rentenalter wurde angehoben – zieht der Arbeitsmarkt mit? Nürnberg, S. 9.

Tabelle 6.4: Zugänge zu Versichertenrenten für die Kreise in der Region Stuttgart¹⁵ im Jahr 2000

Kreis	Rentenzugänge					
	insgesamt		von Frauen		von Männern	
	Anzahl	durchschnittl. Zugangs- alter	Anteil	durchschnittl. Zugangs- alter	Anteil	durchschnittl. Zugangs- alter
Stuttgart	6.946	60,5	49,7 %	60,4	50,3 %	60,5
Böblingen	4.718	60,7	48,6 %	60,8	51,4 %	60,6
Esslingen	6.583	60,7	48,7 %	60,7	51,3 %	60,8
Göppingen	3.238	60,5	49,9 %	60,6	50,1 %	60,3
Ludwigsburg	6.459	60,7	49,8 %	60,6	50,2 %	60,8
Rems-Murr	5.344	60,6	49,6 %	60,8	50,4 %	60,5

Quelle: Sonderauswertung des Verbands Deutscher Rentenversicherungsträger und IMU-Berechnungen

Tabelle 6.5: Geschlechtsspezifische Zugänge zu Versichertenrenten in den Kreisen der Region Stuttgart im Jahr 2000

Kreis	Frauen				Männer			
	Altersrenten		Renten wegen verm. Erwerbsfähigkeit		Altersrenten		Renten wegen verm. Erwerbsfähigkeit	
	Anteil ¹⁶	durchschnittl. Zugangs- alter	Anteil	durchschnittl. Zugangs- alter	Anteil	durchschnittl. Zugangs- alter	Anteil	durchschnittl. Zugangs- alter
Stuttgart	86,0 %	62,0	14,0 %	50,6	79,7 %	62,5	20,3 %	52,9
Böblingen	89,6 %	62,2	10,4 %	48,9	86,9 %	61,7	13,1 %	52,0
Esslingen	88,5 %	62,1	11,5 %	49,7	83,6 %	62,3	16,4 %	53,3
Göppingen	87,8 %	62,0	12,2 %	51,2	77,4 %	62,3	22,6 %	53,6
Ludwigsburg	88,1 %	62,1	11,9 %	49,5	83,7 %	62,2	16,3 %	53,7
Rems-Murr	88,5 %	62,1	11,5 %	50,1	80,1 %	62,3	19,5 %	53,1

Quelle: Sonderauswertung des Verbands Deutscher Rentenversicherungsträger und IMU-Berechnungen

¹⁵ Daten zum durchschnittlichen Zugangsalter nach Geschlechtern und nach Rentenarten liegen nur für die Kreise in der Region, nicht jedoch für die Region insgesamt vor.

¹⁶ Anteil an den Zugängen zu Versichertenrenten von Frauen bzw. von Männern insgesamt.

Unterschiede fallen zwischen den Geschlechtern, zwischen den beiden betrachteten Rentenarten und zwischen den Kreisen der Region Stuttgart auf. Sowohl Altersrente als auch Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit beziehen Frauen im Durchschnitt früher als Männer. Während es sich bei der Altersrente dabei nur um rund ein bis fünf Monate handelt (Ausnahme Böblingen: sechs Monate später), liegt ihr Zugangsalter bei den Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit fast drei Jahre unter dem der Männer. Wie auch auf Bundesebene wird die Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit fast zehn Jahre früher in Anspruch genommen als die Altersrente. Das durchschnittliche Rentenzugangsalter ist bei beiden Rentenarten in den sechs Kreisen der Region ungefähr gleich. Größere Unterschiede bestehen bei den jeweiligen Anteilen. So schwankt der Anteil der männlichen Zugänge zu einer Rente wegen Erwerbsminderung zwischen 13 % (Landkreis Böblingen) und 22,5 % (Landkreis Göppingen), bei den weiblichen Zugängen zwischen 14 % (Stadtkreis Stuttgart) und 10,4 % (Landkreis Böblingen).

Offenkundig spielen für den Zeitpunkt des tatsächlichen Renteneintritts Faktoren eine Rolle, die einen längeren Verbleib im Erwerbsleben sowohl subjektiv als auch objektiv nahezu ausschließen. So erfolgt ein erheblicher Teil der Renteneintritte „atypisch“, entweder vorgezogen durch gesundheitliche Probleme, durch eine nicht mehr realisierbare Vermittelbarkeit sowie im Rahmen von „geblockten“ Altersteilzeitmodellen in den Unternehmen. Dabei ist auffällig, dass es dafür nach wie vor einen breit getragenen Konsens zahlreicher Akteure gibt: Unternehmen, die ihre Belegschaften „verjüngen“ wollen; Gewerkschaften und Verbände, die hierfür stabile Rahmenbedingungen schaffen, und die unmittelbar Betroffenen, die häufig dem wachsenden Leistungsdruck nicht mehr gewachsen sind. Manche Autoren sprechen von einer regelrechten „Entberuflichung des Alters“ als „Ergebnis eines Jahrzehnte dauernden politisch-korporatistischen Handelns relevanter Akteure.“¹⁷ Durch die seit Ende der 1970er Jahre stark zunehmende Arbeitslosigkeit hat sich zudem ein starkes und durchaus plausibles Argument im breiten Bewusstsein verankert: dass die Älteren den Jüngeren Platz auf dem Arbeitsmarkt im Konkurrenzkampf um die knappen Arbeitsplätze machen müssen.

Die starke Inanspruchnahme der Altersteilzeit kann als Indiz dienen. Die Bundesanstalt für Arbeit rechnet damit, dass sich im Jahr 2001 die Ausgaben gegenüber dem Jahr 2000 mehr als verdoppeln. Während 1997 die Ausgaben für Altersteil-

¹⁷ Naegele, Gerhard (2001): Demografischer Wandel und Erwerbsarbeit im Alter. In: Fuchs, Gerhard; Renz, Christian (Hrsg.) (2001): Altern und Erwerbsarbeit. Workshopdokumentation. Stuttgart, S. 13.

zeit nur 20,5 Millionen DM (10,5 Mio. Euro) betrugen, müssen im Jahr 2001 voraussichtlich 1,1 Milliarden DM (564 Mio. Euro) aufgewendet werden. Auch für das Jahr 2002 wird mit weiter steigenden Aufwendungen gerechnet. Für das Jahr 2000 wird geschätzt, dass sich ca. 160.000 Beschäftigte in Altersteilzeit befinden.¹⁸ Wie sich die Inanspruchnahme der Altersteilzeit auf unterschiedliche Betriebe (z. B. nach Sektoren oder Betriebsgrößen) verteilt, ist nicht bekannt. Da die Bundesanstalt für Arbeit nur etwa ein Viertel der Beschäftigten in Altersteilzeit fördert, können keine Angaben für alle Beschäftigungsverhältnisse in Altersteilzeit gemacht werden.¹⁹

Die Altersteilzeitregelung für über 55-jährige Arbeitnehmer gibt es seit 1996. Arbeitgeber erhalten Zuschüsse der Bundesanstalt für Arbeit, wenn sie für den in Altersteilzeit ausscheidenden Mitarbeiter einen neuen einstellen. Altersteilzeit kann sich für Betriebe auch ohne Zuschüsse der Bundesanstalt für Arbeit lohnen, weil sie möglicherweise billiger als ein Aufhebungsvertrag mit Abfindung wird. Zudem kann so dem starken Drang der älteren Beschäftigten nach einem vorgezogenen Ruhestand entsprochen werden. Das Instrument erhält den Charakter einer Gratifikation. Es ist zugleich eine Reaktion auf die steigenden Anforderungen an Flexibilität sowie den wachsenden Stress und Leistungsdruck, der in allen aktuellen Untersuchungen und Umfragen von der Mehrheit der Beschäftigten dokumentiert ist. Der vorgezogene Ruhestand ist gleich in mehrfacher Hinsicht vorteilhaft: für die einzelnen Beschäftigten, als Personalstrategie von Unternehmen und gesellschaftlich als Konzept zur Verringerung der Arbeitslosenzahlen. Das erklärt die starke Anziehungskraft des Instruments.

6.1.3 Ältere Arbeitnehmer in Unternehmen: Vorzeitiger Verschleiß oder biologisches Alter als Problem?

Andererseits zeigen die Untersuchungen im Rahmen des oben genannten Forschungsprogramms des Bundesministeriums für Bildung und Forschung eindeutig, dass nicht in erster Linie das biologische Alter einer Berufsausübung entgegensteht, sondern der vorzeitige Verschleiß der jeweils geforderten Fähigkeiten.

¹⁸ Die genaue Zahl ist nicht bekannt, weil nicht in allen Fällen die Förderung durch die Bundesanstalt für Arbeit von den Unternehmen in Anspruch genommen wird. Vgl. Koller, Barbara (2001): Ältere Arbeitnehmer. Das Rentenalter wurde angehoben – zieht der Arbeitsmarkt mit? Nürnberg, S. 20.

¹⁹ Koller, Barbara (2001): Ältere Arbeitnehmer. Das Rentenalter wurde angehoben – zieht der Arbeitsmarkt mit? Nürnberg, S. 20.

„Zum Problem wird das Altern im Berufsleben meist dann, wenn Beschäftigte auf lange Sicht in belastungsintensiven Tätigkeiten verbleiben und wenn sich eine dort geforderte spezifische Belastbarkeit so weit verbraucht, dass das individuelle Leistungsvermögen den Anforderungen am Arbeitsplatz immer weniger genügt.“²⁰

Derartige kumulierte Belastungswirkungen zeigen sich nicht nur bei den physischen, sondern zunehmend auch im Bereich der psychischen Anforderungen. Zum vorzeitigen Verschleiß führt jedoch nicht allein Stress: Mitverursachend für eine sinkende geistige Flexibilität und Lernungewohntheit sind gleichermaßen zu niedrige Qualifikationsanforderungen und schlecht gestaltete Arbeitsplätze. Im Zusammenhang mit der psychischen Leistungsfähigkeit im Alter lassen die empirischen Untersuchungen folgende Aussagen zu:

- „Bei älteren Menschen ist häufig eine Abnahme der Reaktionsfähigkeit, der Wahrnehmungsleistungen und eine Verlangsamung der geistigen Verarbeitungsprozesse zu beobachten. Diese Leistungsdefizite können, sofern sie überhaupt auftreten und im Arbeitsprozess eine Rolle spielen, durch geeignete Maßnahmen der Arbeitssystemgestaltung aufgefangen werden.
- Leistungsvoraussetzungen wie Gedächtnis, Kreativität, Problemlösungskompetenz, Intelligenz, soziale Kompetenz oder Stressbewältigungsfähigkeit sind in hohem Maße von den Anregungsbedingungen abhängig, denen ein Individuum im Laufe seines Berufslebens ausgesetzt ist. Sie können durch gezielte Förderung erhalten beziehungsweise aufgebaut werden.“²¹

²⁰ Pack, Jochen; Buck, Hartmut; Kistler, Ernst; Mendius, Hans G.; Morschhäuser, Martina; Wolff, Heinfried (2000): Zukunftsreport demographischer Wandel. Bonn, S. 14.

²¹ Ebenda, S. 16.

Tabelle 6.6: Veränderungen in der Leistungsfähigkeit Älterer

	Physiologische Leistung	Psychologische Leistung	Qualifikation
unterstellte Vorteile älterer Mitarbeiter/innen			
+	Geübtheit in motorischen Abläufen	Verantwortungs- bewußtsein	praktisches Urteilsvermögen
+		Menschliche Reife	Organisationstalent
+		Gelassenheit	Erfahrungswissen
+		Loyalität	Zuverlässigkeit
+			Genauigkeit
erwartete Handicaps älterer Mitarbeiter/innen			
-	Eingeschränkte Wahrnehmung	Resignation, Frustration	Veraltetes Wissen
-	Verminderte Reaktions- fähigkeit	Konservatives Denken	Fehlende Weiterbildung
-	Geringe Leistungs- reserven	Starrheit	Unzureichende Lernmotivation
-	Abnahme von Kraft und Beweglichkeit	Geringere psychische Belastbarkeit	Unterentwickelte Teamfähigkeit
-	Körperlicher Verschleiß	Gedächtniseinbußen	
-		Geringeres Wahrnehmungs- tempo	

Quelle: Pack et al. 2000: 15

Diese Befunde belegen, dass die beschriebenen demografischen Trends keineswegs automatisch zu weniger leistungsfähigen oder weniger innovativen Belegschaften und Unternehmen führen müssen. Es gibt erfolgsversprechende Handlungsansätze, die aber eher mittelfristig wirksam sind und daher ein rechtzeitiges Implementieren personalpolitischer und organisatorischer Strategien voraussetzen. Gerade hier erweisen sich aber – neben den immer schneller wachsenden Anforderungen an Leistung und Flexibilität – die bestehenden Vorurteile betrieblicher Praktiker als eine der größten Hürden. So gelten ältere Arbeitnehmer pauschal als weniger innovativ, kreativ und belastbar, ihnen werden neben einem höheren Krankheitsrisiko weitere negative Stereotypen zugeschrieben.

Derartige Stereotypen sind in der Regel nicht geeignet, zu den erforderlichen „nachhaltigen“ Personal- und Organisationsstrategien zu führen. So ist z. B. in vielen Betrieben neben dem absoluten Altern der Belegschaft eine altersbezogene

Segmentierung von Tätigkeiten und Produkten zu beobachten: Ältere Mitarbeiter fertigen die alten Produkte mit alten Verfahren, Anlagen und Methoden, während die jüngeren Mitarbeiter sich vorrangig bei „jungen“ Produkten mit modernen (EDV-gestützten) Verfahren, Maschinen und Organisationsmodellen finden. Auf diese Weise ist weder ein Erfahrungsaustausch zwischen den Generationen möglich, noch ergibt sich hieraus eine Beschäftigungsperspektive für die Älteren, da „ihre“ Produkte eben absehbar das Ende ihres Lebenszyklus erreichen. Tritt dieser Fall ein, ist eine Integration in die anderen, aktuelleren Bereiche zudem dadurch erschwert, dass in sehr hohem Maß spezifisches Wissen vermittelt und zugleich gruppenspezifische Schließungsmechanismen überwunden werden müssen.

Nach dem Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung gibt es nur noch in der Hälfte der deutschen Betriebe über 50-jährige Beschäftigte.²² Dabei gäbe es keine großen Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern, aber erhebliche zwischen einzelnen Wirtschaftszweigen. Erfahrungen mit über 50-jährigen Beschäftigten haben vor allem die Betriebe bzw. Dienststätten des öffentlichen Dienstes (alte Bundesländer 55 %), seltener die Betriebe der privaten Dienstleistungen (39 %). „Zudem steigt der Anteil der Betriebe, die ältere Mitarbeiter beschäftigen, mit zunehmender Betriebsgröße deutlich an.“²³ Die Einschätzung älterer Mitarbeiter fällt in Betrieben des Produzierenden Gewerbes schlechter aus als im privaten Dienstleistungsbereich und im öffentlichen Sektor. „Als ‚Ausreißer‘ [nach unten, die Autoren] lassen sich dabei vor allem das Baugewerbe, die Investitionsgüterindustrie sowie die Grundstoffverarbeitung identifizieren.“²⁴ Die betrieblichen Akteure sind sich allerdings über die Alterung der Belegschaft keineswegs immer im klaren. So ergab eine Umfrage unter Personalverantwortlichen, dass sich ihrer Meinung nach die Belegschaft in den 1990er Jahren verjüngt habe, obwohl das Durchschnittsalter am Ende des Jahrzehnts über dem Ausgangswert lag. Offenkundig haben sich die massiven Personalmaßnahmen der Krisenjahre im Gedächtnis verankert, während übersehen wird, dass einerseits die verbliebenen Jahrgänge gealtert sind und andererseits vergleichsweise wenig Junge ausgebildet bzw. rekrutiert wurden. Erst in den letzten beiden Jahren wurden in etwa die Ausbildungsstärken der frühen 1990er Jahre erreicht.

²² Vgl. Leber, Ute (2001): Ältere – ein Schatz muss gehoben werden. In: IAB-Materialien Nr. 2/2001, S. 6.

²³ Am angegebenen Ort.

²⁴ Ebenda, S. 7.

Adressaten dieser Erkenntnis sind zunächst die Unternehmen selbst. Die erforderlichen Aktivitäten weisen jedoch weit über die betriebliche Ebene hinaus, auch wenn dort die wesentlichen Entscheidungen getroffen werden müssen. Es geht im Grunde um einen Paradigmenwechsel der Gesellschaftspolitik, der sich die Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit alternder Belegschaften zum Ziel setzt. Das schließt die Anpassung der Wettbewerbsmechanismen auf dem Arbeitsmarkt ein, die zur Zeit Ältere ausschließen. Betrieblich geht es darum, präventiv Bedingungen (Arbeitsorganisation und Qualifizierung) zu schaffen, mit denen ein vorzeitiger Verschleiß der beruflichen und persönlichen Fähigkeiten der Beschäftigten vermieden wird. Ergänzt mit entsprechenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen können dann neue Formen der Organisation der Lebensarbeitszeit entworfen und verwirklicht werden.

6.2 Ältere Erwerbstätige in der Region Stuttgart

Auch in der Region Stuttgart zeigt sich eine Abnahme der Erwerbsbeteiligung bei zunehmendem Alter der Erwerbsbevölkerung. Zwar liegen keine Daten über die tatsächlichen Erwerbsquoten²⁵ vor, aber über den Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der Bevölkerung der jeweiligen Altersklasse kann eine (allerdings zu niedrige) Erwerbsquote angenähert werden:

²⁵ Die Erwerbsquoten bezeichnen den Anteil der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen (also derjenigen, die bei einem entsprechenden Arbeitsangebot erwerbstätig wären) im Verhältnis zu der Gesamtbevölkerung im entsprechenden Alter.

Tabelle 6.7: Anteile der Altersklassen für die Region Stuttgart 1998

Altersklassen	Anteil der Alters- klasse an der Bevölkerung	angenäherte Erwerbs- quote ²⁶	Anteil der Altersklasse an den sozialversiche- rungspflichtig Beschäftig.
unter 25 Jahren	27 %	16,9 %	11,5 %
25 bis unter 40 Jahren	25 %	68,6 %	43,7 %
40 bis unter 50 Jahren	14 %	66,9 %	23,2 %
50 bis unter 55 Jahren	6 %	63,4 %	9,5 %
55 bis unter 60 Jahren	7 %	51,2 %	9,5 %
60 bis unter 65 Jahren	7 %	14,4 %	2,7 %
66 Jahre und älter	14 %	-	-

Quelle: Verband Region Stuttgart, IMU-Berechnungen

Trotz der recht geringen (angenäherten) Erwerbsquote haben die älteren Beschäftigten gerade in der Region Stuttgart erheblichen Anteil am Beschäftigungszuwachs der letzten Jahre. Im Bundesgebiet blieb zwar die Zahl der älteren Beschäftigten (55-65 Jahre) zwischen 1998 und 2000 konstant, allerdings ergaben sich dabei erhebliche Verschiebungen: Während die Zahl der 55- bis 59-Jährigen Beschäftigten um ca. 125.000 zurückging (-6,8 %), erhöhte sich im gleichen Umfang die Zahl der 60- bis 65-Jährigen (+25,2 %). Dies ist im wesentlichen demografisch bedingt, erst ab dem Jahrgang 1940 gingen kriegsbedingt die Geburtenzahlen deutlich zurück. In der Region Stuttgart nahm die Zahl der Beschäftigten um 6.850 auf nunmehr über 34.000 zu. Damit entfielen rund 15 % des gesamten Beschäftigungszuwachses auf die 60- bis 65-Jährigen, deren Anteil an allen Beschäftigten nur gut 3 % ausmacht. In den Wirtschaftszweigen Kfz-Herstellung und Einzelhandel lag der Beschäftigungszuwachs sogar bei über 30 %. Diese Entwicklung kann durchaus als „Alterung“ interpretiert werden; zeigt aber auch, dass es Spielräume für die Erwerbsbeteiligung Älterer gibt.

In der Region Stuttgart verliefen die Verschiebungen im Altersaufbau der Beschäftigten im wesentlichen parallel zu den westlichen Bundesländern, wobei der Rückgang in der Altersklasse der 55- bis 60-Jährigen etwas geringer ausfiel als in

²⁶ Bei den höheren Altersklassen dürfte die tatsächliche Erwerbsquote höher sein, weil vor allem Selbstständige – die nicht bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erfasst sind, aber gut 8 % der Erwerbstätigen ausmachen – eher länger arbeiten.

den alten Bundesländern (-5,5 % oder -5.330 Personen) (siehe dazu auch den Abschnitt über das Ausscheiden aus der Erwerbstätigkeit in diesem Kapitel). Das kann als Indiz dafür gesehen werden, dass in der Region Stuttgart aufgrund der besseren Arbeitsmarktlage weniger Frühverrentungen stattfinden. Einen Zuwachs von 8.550 Beschäftigten wies die Altersklasse der jüngeren Beschäftigten (unter 25 Jahren) auf; mit +7,3 % war das Wachstum leicht höher als im Durchschnitt der alten Bundesländer mit +7,0 %.

Die verhältnismäßig hohe Bedeutung der älteren Erwerbstätigen beim Beschäftigungsaufbau der letzten Jahre spiegelt sich auch beim Altersgefüge der Beschäftigten wider. Der Anteil älterer Beschäftigter (55 Jahre und älter) an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Region Stuttgart lag im Jahr 2000 bei 11,8 % und damit signifikant über dem Anteil in der BRD West mit 10,2 %. Dies dürfte zu einem erheblichen Teil auf die insgesamt günstigere Arbeitsmarktsituation zurückzuführen sein; niedrige Arbeitslosenquoten signalisieren offenbar ein höheres Arbeitsplatzangebot auch für Ältere und verringern zugleich den sozialen Druck, vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden zu müssen.

Zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen bestehen zum Teil erhebliche Unterschiede im Altersgefüge der Beschäftigten. Eher „alte Belegschaften“ finden sich bei der Deutschen Bahn, Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen, bei der Gewinnung und Verarbeitung von Natursteinen, im Bauhauptgewerbe sowie bei der Stahl-, Eisen- und Nicht-Eisen-Metallerzeugung, während „jüngere“ Belegschaften stärker in den privaten Dienstleistungsbranchen zu finden sind²⁷. Diese Verteilung lässt sich auch in der Region Stuttgart beobachten:

²⁷ Hoffmann, Edeltraut (1993): Zur Beschäftigung älterer Arbeitnehmer in Westdeutschland – Qualitative und quantitative Aspekte. In: Mitteilungen zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung H. 3/1993, S. 320.

Tabelle 6.8: Anteil der über 55-jährigen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in ausgewählten Wirtschaftszweigen im Jahr 2000

	Anteil Region Stuttgart	Anteil BRD West	Differenz: Region Stuttgart – BRD West
Maschinenbau	15,5 %	12,0 %	3,5
Elektrotechnik	11,1 %	9,3 %	1,8
Kfz-Herstellung	11,6 %	9,5 %	2,1
Bauwirtschaft	13,4 %	10,4 %	3,0
Unternehmensbez. DL i.e.S.	8,9 %	8,4 %	0,5
Großhandel	12,9 %	11,1 %	1,8
Einzelhandel	11,6 %	9,9 %	1,7
Kreditgewerbe	9,8 %	8,0 %	1,8
öff. Verwaltung	17,7 %	15,9 %	1,8
Soziales und Gesundheit	9,3 %	8,0 %	1,3
SVPB Insgesamt	11,8 %	10,1 %	1,7

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Auffällig ist der in der Region Stuttgart in den zehn bedeutendsten Wirtschaftszweigen durchweg höhere Anteil Älterer gegenüber der Bundesrepublik West, unabhängig davon, ob es sich um Industriezweige oder Dienstleistungen handelt. Offenbar ist hier ein sektorenübergreifender Trend wirksam. Auch dies unterstreicht die These, dass die Ursachen in einem weitgehend geräumten Arbeitsmarkt (Rekrutierungsbedarf auch bei Älteren) und damit de facto in einem unterschiedlichen Erwerbs- und Beschäftigungsverhalten liegen. Im Umkehrschluss bedeutet dies zugleich, dass unter Bedingungen einer anhaltend hohen Arbeitslosigkeit wie in den alten Bundesländern die Trends einer altersbezogenen Segmentierung stärker Wirksamkeit entfalten.

Trotzdem sind die Anteilswerte Älterer noch weit von den Werten entfernt, die nach den vorliegenden Prognosen für das Jahr 2020 erwartet werden: Dort wird ein Anteil von 30–40 % älterer Beschäftigter an den Belegschaften vorausgesagt, das wäre etwa eine Verdreifachung und würde – bezogen auf die heutigen Gesamtzahlen – in der Region Stuttgart ca. 350.000 Beschäftigten umfassen. Dennoch sollte diese relativ moderate Ausgangslage nicht als „Entwarnung“ interpretiert werden. Zum einen gibt es schon heute einen erheblichen Rekrutierungsbedarf in einzelnen Branchen (auch für Auszubildende), der teilweise nicht mehr gedeckt werden kann. Und zum anderen setzt sich ein derartiger

Alterungsprozess eben nicht plötzlich, sondern sukzessive durch, weshalb eine rechtzeitige Anpassung der Personalpolitik – von Rekrutierungsansätzen über die Qualifizierung bis hin zur Personalentwicklung – erforderlich ist.

Die Situation jüngerer Beschäftigter (unter 25 Jahren) stellt sich dagegen in der Region Stuttgart schon heute mit anderem Vorzeichen dar: Mit 125.600 Beschäftigten ist diese Altersklasse zwar noch etwas stärker besetzt als die der Älteren. Aber ihr Anteil an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Region liegt mit 11,9 % unter dem Durchschnitt der alten Bundesländer (12,8 %).

Tabelle 6.9: Anteil der unter 25-jährigen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in ausgewählten Wirtschaftszweigen im Jahr 2000

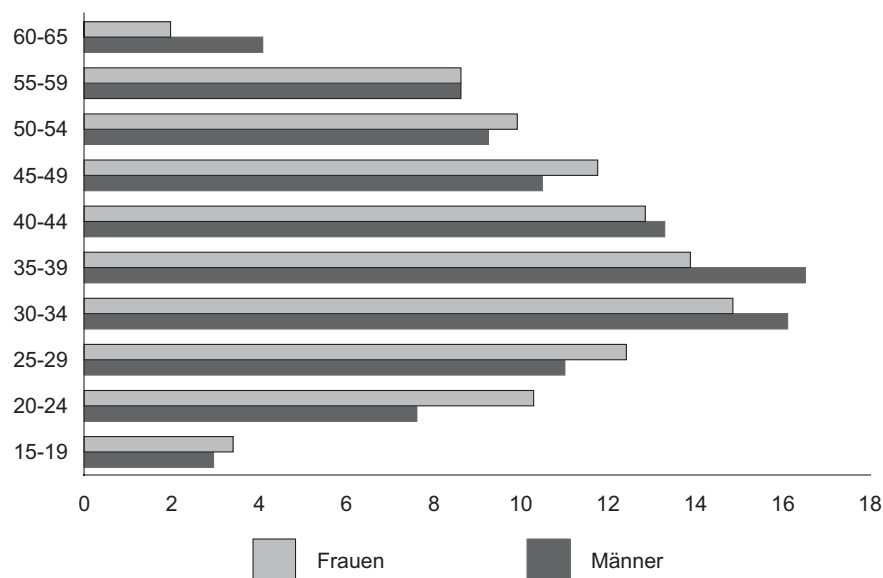
	Anteil Region Stuttgart	Anteil BRD West	Differenz: Region Stuttgart – BRD West
Maschinenbau	8,8 %	10,5 %	-1,7
Elektrotechnik	9,5 %	9,2 %	+0,3
Kfz-Herstellung	9,4 %	9,5 %	-0,1
Bauwirtschaft	15,2 %	18,1 %	-2,9
Unternehmensbez. DL i.e.S.	12,3 %	14,4 %	-2,1
Großhandel	8,7 %	9,5 %	-0,8
Einzelhandel	17,3 %	15,8 %	+1,5
Kreditgewerbe	15,0 %	13,3 %	+1,7
Öff. Verwaltung	8,8 %	7,7 %	+1,1
Soziales und Gesundheit	16,6 %	14,3 %	+2,3
SVPB Insgesamt	11,9 %	12,8 %	-0,9

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Allerdings ist die Verteilung auf die zehn größten Wirtschaftszweige nicht ganz so homogen wie bei den Älteren. Geringe Anteile haben der Maschinenbau, der Großhandel, die öffentliche Verwaltung sowie die Elektrotechnik und die Kfz-Herstellung; während das Kreditgewerbe, die Bauwirtschaft, Soziales und Gesundheit sowie der Einzelhandel (hier sind fast 1/6 der Beschäftigten unter 25 Jahren) einen im Vergleich zu den alten Bundesländern höheren Anteil von unter 25-Jährigen haben. Auffällig sind Abweichungen einzelner Branchen: Dabei liegt vor allem das produzierende Gewerbe (mit Ausnahme der Elektrotechnik) unter

den Bundeswerten, beispielsweise der Maschinenbau (-1,7 Prozentpunkte), die Bauwirtschaft (-2,9 Prozentpunkte), aber auch die unternehmensbezogenen Dienstleistungen (-2,1 Prozentpunkte). Im Dienstleistungsbereich dagegen liegt der Anteil der unter 25-Jährigen in der Region Stuttgart über dem der alten Bundesländer: im Einzelhandel (+1,5 Prozentpunkte), im Kreditgewerbe (+1,7 Prozentpunkte) und insbesondere im Wirtschaftszweig „Soziales und Gesundheit“ (+2,3 Prozentpunkte).

Abbildung 6.1: Altersklassen (Anteilswerte) der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Region Stuttgart im Jahr 2000



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

6

Betrachtet man die Altersstruktur der Beschäftigten, so wird schon allein durch Anschauung der Grafik deutlich, dass es sich nicht (mehr) um eine „Alterspyramide“ handelt, bei der viele Jüngere nachwachsen und wenige Ältere das Erwerbsleben verlassen. Vielmehr handelt es sich um eine „Alterszwiebel“, bei der die mittleren Jahrgänge deutlich überrepräsentiert sind, während sich vor allem bei den 25- bis 29-Jährigen sehr deutlich die Effekte der demografischen Entwicklung, insbesondere des „Pillenknicks“ seit Ende der 1960er Jahre, zeigen. Beim Vergleich der Beschäftigtenzahlen von Jüngeren und Älteren besteht zwar heute noch ein in etwa ausgeglichenes Verhältnis, es ist jedoch absehbar, dass es in den nächsten zehn Jahren hier allein durch die Verschiebung zur nächsten

Altersklasse zu erheblichen Veränderungen kommen wird. Zudem weist diese Relation schon heute zwischen den zehn größten Wirtschaftszweigen erhebliche Schwankungen auf:

Tabelle 6.10: Beschäftigtenzahlen von über 55-Jährigen und unter 25-Jährigen in ausgewählten Wirtschaftszweigen der Region Stuttgart im Jahr 2000

Wirtschaftszweig	Beschäftigte 55 Jahre und älter	Beschäftigte jünger als 25 Jahre	Verhältnis Ältere: Jüngere ²⁸	Verhältnis bezogen auf BRD West
Maschinenbau	11.520	6.520	1 : 0,57	1 : 0,87
Elektrotechnik	3.450	2.950	1 : 0,86	1 : 0,99
Kfz-Herstellung	11.750	9.500	1 : 0,81	1 : 1,01
Bauwirtschaft	8.150	9.220	1 : 1,13	1 : 1,66
Unternehmensbez. DL i.e.S.	8.000	11.020	1 : 1,38	1 : 1,75
Großhandel	7.560	5.100	1 : 0,68	1 : 0,85
Einzelhandel	7.180	10.600	1 : 1,48	1 : 1,62
Kreditgewerbe	3.280	4.600	1 : 1,40	1 : 1,67
Öff. Verwaltung	9.290	4.600	1 : 0,50	1 : 0,49
Soziales und Gesundheit	7.130	12.700	1 : 1,78	1 : 1,80
SVPB Insgesamt	125.210	125.550	1 : 1,00	1 : 1,26

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Die Relation „Ältere zu Jüngeren“ kann als Indikator für die „Erneuerungsrate“ des jeweiligen Wirtschaftszweigs dienen. Die Werte der Tabelle sind dabei in zweierlei Hinsicht von Bedeutung: Erstens gibt es Branchen, in denen die in den nächsten zehn Jahren ausscheidenden Beschäftigten nicht mehr durch die Ausbildung junger Beschäftigter ersetzt werden kann. Die größten Probleme weisen in dieser Hinsicht der Maschinenbau, die Kfz-Herstellung, der Großhandel sowie die öffentliche Verwaltung auf. Dabei wird nicht unterstellt, dass diese Relation für sich genommen „kritisch“ ist; so gibt es Tätigkeiten, bei denen es auf ein hohes Maß an Erfahrungswissen ankommt. Ein Übergewicht Älterer ist aber als Indiz für

²⁸ Die Verhältniszahl Ältere:Jüngere gibt wieder, wie viele jüngere Beschäftigte einem Älteren gegenüberstehen. Das kann als „Erneuerungsquote“ der jeweiligen Wirtschaftszweige gesehen werden. Ist dieser Wert kleiner als 1, so ist eine Erneuerung der Abgänge nur noch über externe Rekrutierung möglich.

Rekrutierungslücken anzusehen: In diesen Wirtschaftszweigen kann der zu erwartende Abgang aus demografischen Gründen – falls erforderlich oder erwünscht – nicht aus eigener Kraft ausgeglichen werden, sondern erfolgt durch die Rekrutierung bereits qualifizierter Mitarbeiter aus anderen Unternehmen. Daher muss das Verhältnis jüngerer zu älteren Beschäftigten branchenspezifisch bewertet werden. Der große Anteil Jüngerer vor allem in den Wirtschaftszweigen „unternehmensbezogene Dienstleistungen“ sowie „Soziales und Gesundheit“ ist zu begrüßen, weil hier verhältnismäßige viele Jüngere in zukunftssträchtigen Branchen beginnen. Dagegen sind Einzelhandel und Kreditgewerbe mit ihren großen Anteilen Jüngerer schlechter zu beurteilen, weil hier Anzeichen für einen starken Arbeitsplatzabbau in den nächsten Jahren erkennbar sind.

Zweitens ist auffällig, dass die ausgewiesene Erneuerungsrate im Grunde für alle Wirtschaftszweige schlechter ausfällt als im Bundesvergleich. Dies überrascht, weil ein Ballungszentrum wie Stuttgart gerade für Jüngere eine vergleichsweise hohe Attraktivität aufweisen sollte, was sich auch in Wanderungsgewinnen ausdrückt.²⁹ Der relativ hohe Anteil Älterer in der Region Stuttgart mag zwar das Verhältnis von Älteren zu Jüngeren im Vergleich zur Bundesrepublik West insgesamt verschlechtern, es lässt sich aber in jedem Fall konstatieren, dass für die in der Region ansässigen Unternehmen sowohl der Bedarf an externer Rekrutierung als auch der Bedarf an interner Personalentwicklung höher ist als im Bundesdurchschnitt.

Werden die Beschäftigten nicht nach Wirtschaftszweigen, sondern nach ausgeübten Tätigkeiten (Funktionen) betrachtet, so stellt sich dieses Rekrutierungsproblem doch sehr differenziert dar. Ist bei den direkten Produktionstätigkeiten das Verhältnis Älterer zu Jungen mit jeweils über 15.000 Beschäftigten ausgeglichen, so weisen die indirekten Produktionstätigkeiten (Schlosser/innen, Mechaniker/innen, Werkzeugmacher/innen) einen positiven Saldo von 7.500 zugunsten der unter 25-Jährigen auf. Allerdings darf nicht verschwiegen werden, dass diese Berufsgruppen zwischen 1998 und 2000 jeweils insgesamt um ca. 1.300 Beschäftigte geschrumpft sind und gleichzeitig die Zahl der Beschäftigten mit 60 Jahren und älter um 700 bzw. 620 zugenommen hat. Zumindest für die direkten Produktionstätigkeiten wird bei unveränderten Trends mittelfristig ein Problem erwachsen.

²⁹ Trotz einiger Jahre mit negativen Wanderungssalden (1993, 1994, 1996) überwiegen die Zuwanderungen in die Region. Die sehr hohen Werte um 1990 (jeweils über 30.000 Zugezogene) werden allerdings nicht mehr erreicht, die Spanne liegt seit 1995 zwischen -2.332 und +9.746 Personen.

Tabelle 6.11: Verhältnis der über 55-Jährigen zu den unter 25-jährigen bzw. unter 35-jährigen Beschäftigten nach ausgeübten Tätigkeiten im Jahr 2000

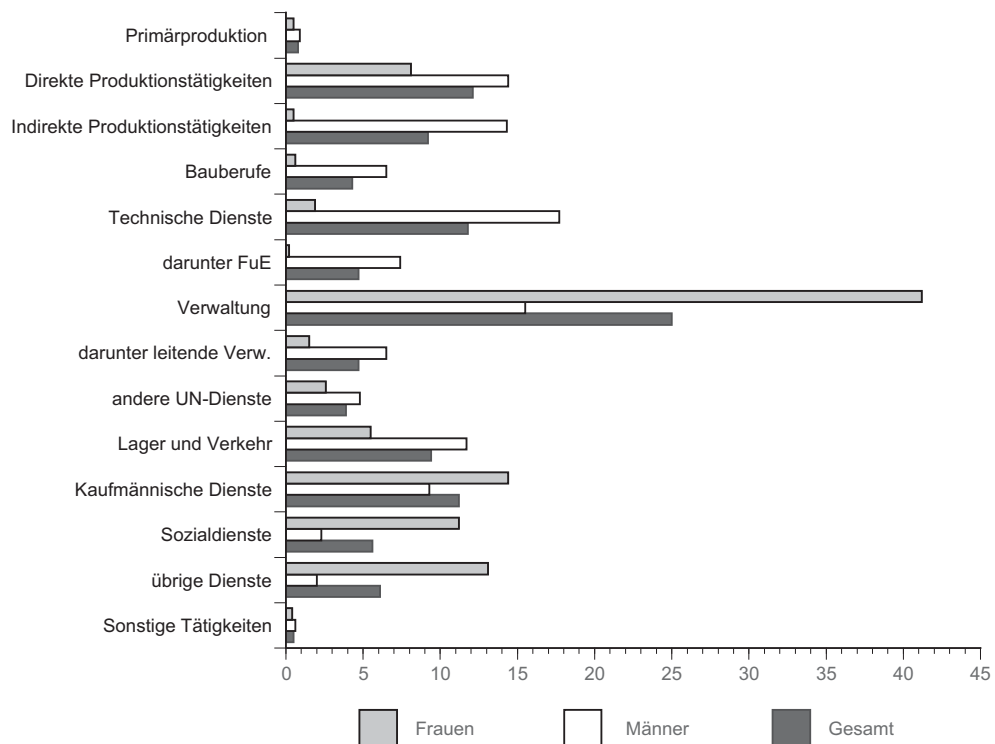
Tätigkeit	Verhältnis der über 55-Jährigen : unter 25-Jährigen		Verhältnis der über 55-Jährigen : unter 35-Jährigen	
	Region Stuttgart	BRD West	Region Stuttgart	BRD West
Direkte Produktionstätigkeiten	1 : 1,04	1 : 1,41	1 : 3,26	1 : 4,43
Indirekte Produktionstätigkeiten	1 : 1,65	1 : 2,30	1 : 4,11	1 : 5,45
Technische Dienste	1 : 0,21	1 : 0,32	1 : 2,42	1 : 2,45
darunter FuE	1 : 0,12	1 : 0,09	1 : 3,17	1 : 2,53
Verwaltung	1 : 0,65	1 : 0,90	1 : 2,77	1 : 3,39
Lager/Verkehr	1 : 0,59	1 : 0,66	1 : 2,30	1 : 2,77

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Völlig entgegengesetzt ist das Verhältnis Ältere zu Jüngeren einerseits für den Bereich der Technischen Dienste einschließlich der Forschung und Entwicklung (FuE), für den Verwaltungsbereich sowie für die Funktionen Lager und Verkehr. Erklärbar ist dies für die Technischen Dienste sowie FuE mit den Qualifikationsanforderungen, die in der Regel ein Hochschulstudium erforderlich machen und daher zu einem späteren Berufseintritt führen. Auch im Bereich der Verwaltungstätigkeiten scheinen sich lange Ausbildungszeiten im Verhältnis Jüngerer:Älterer niederzuschlagen. Allerdings ist in diesem Bereich zwischen 1998 und 2000 ein überproportionaler Zuwachs der Jüngeren zu verzeichnen (+13,8 % bzw. +2.450 gegenüber +5,2 % bzw. + 11.900 in der gesamten Berufsgruppe). Die gerade im Verwaltungsbereich erheblichen Anforderungen an Know-how im Bereich EDV und Internet werden bislang in der Regel über die Einstellung jüngerer Beschäftigter gedeckt. Hier wird in Zukunft eine Verbreiterung der Wissensbasis quer über alle Jahrgänge der Beschäftigten erforderlich sein. Anders verhält es sich mit dem Bereich Lager und Verkehr: Der hohe Anteil Älterer ist nicht in langen Ausbildungszeiten begründet, sondern hier setzten viele Unternehmen traditionell ältere bzw. leistungsgewandelte Mitarbeiter ein. Allerdings ist es zweifelhaft, ob dies angesichts der gewachsenen Bedeutung von Logistikdiensten sowie des zunehmenden Einsatzes von EDV auch in Zukunft so bleiben wird.

Das Verhältnis der Älteren zu den unter 35-Jährigen berücksichtigt lange Ausbildungszeiten. Über alle Tätigkeiten sind deutlich mehr unter 35-Jährige als über 55-Jährige beschäftigt, allerdings schwankt die Anzahl der Jüngeren zwischen 2,3 und 4,11. Auch hier sind – im Vergleich zu den alten Bundesländern – in der Region Stuttgart überproportional viele Ältere in fast allen Tätigkeitsbereichen beschäftigt. Die einzige Ausnahme ist der Bereich Forschung und Entwicklung, hier ist das Verhältnis der unter 35-Jährigen deutlich günstiger als in den alten Bundesländern.

Abbildung 6.2: Tätigkeitsstruktur der über 55jährigen Beschäftigten in der Region Stuttgart im Jahr 2000 (Anteile in %) ³⁰



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

³⁰ In den Tätigkeiten der Primärproduktion sind land- und forstwirtschaftliche Berufe (wie Landwirt/innen, Tierzüchter/innen, Gartenbauer/innen) und Berufe der Rohstoffgewinnung (z. B. Bergleute, Mineral-, Erdöl-, Erdgasgewinner/innen) zusammengefasst.

Die Einsatzbereiche der älteren Beschäftigten in der Region Stuttgart haben ihre Schwerpunkte bei den Verwaltungstätigkeiten (25,0 %), den Produktionstätigkeiten (zusammengefasst 21,1 %) sowie den technischen (11,8 %) und kaufmännischen (11,2 %) Diensten. Allerdings differiert diese Struktur beträchtlich zwischen Frauen und Männern. Für ältere Frauen ist der mit Abstand wichtigste Einsatzbereich die Verwaltung mit über 41 %, in etwa gleichauf folgen die kaufmännischen (14,4 %), sonstigen (13,1 %) und sozialen (11,2 %) Dienste. In allen Produktionstätigkeiten beträgt der Anteil älterer weiblicher Beschäftigter lediglich 8 %, während dieser bei den älteren Männern bei 28,7 % liegt und nach wie vor den Tätigkeitsschwerpunkt bildet. Auf Rang zwei bei den Männern folgen die technischen Dienste mit 17,7 % und erst dann die Verwaltung mit einem Anteil von 15,5 %. Immerhin knapp 12 % der Männer zwischen 55 und 65 Jahren sind im Bereich Lager und Verkehr tätig; einem Bereich mit unsicheren Arbeitsplätzen, weil sich hier strukturelle Veränderungen abzeichnen.

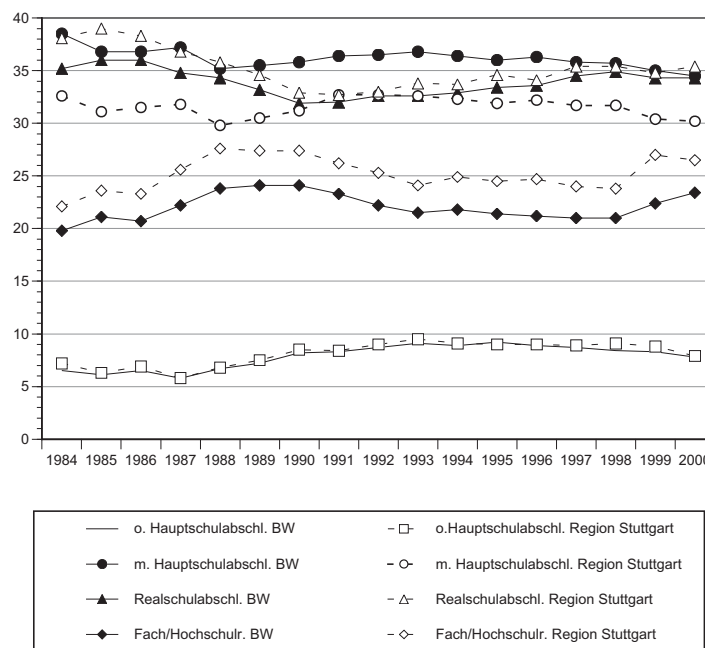
Insgesamt ist die Alterstruktur von sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen etwas günstiger als die von Männern: Der Anteil der Jüngeren (unter 25 Jahre) ist mit 13,7 % gegenüber 10,6 % höher, der Anteil der Älteren (55 Jahre und älter) ist mit 10,6 % gegenüber 12,7 % niedriger. Dies dürfte in erster Linie auf die unterschiedliche Erwerbsbeteiligung sowie das niedrigere Renteneintrittsalter zurückzuführen sein. Die regional prägenden Effekte zeigen sich auch bei einer geschlechtsspezifischen Betrachtung: Sowohl bei den älteren als auch bei den jüngeren Frauen gibt es die gleichen Differenzen zum Durchschnitt der alten Bundesländer wie bei den Gesamtbeschäftigten. Auffällig ist das starke Wachstum (+36,0 %) der Zahl der beschäftigten Frauen über 60 Jahren in den Jahren 1999 und 2000.

Eine besondere Bedeutung bekommt die Alterung der Erwerbspersonen vor dem fortschreitenden Strukturwandel, der die Arbeitsnachfrage in Richtung anderer und vor allem höherer Qualifikationen verändert. Daher gehört zur Analyse des Altersgefüges der Beschäftigten auch die Frage nach deren Qualifikation. Beim Vergleich der Schul- bzw. Berufsabschlüsse in der Region Stuttgart, in Baden-Württemberg und in der Bundesrepublik West zeigen sich bei grundlegenden Gemeinsamkeiten einige Unterschiede.

Bereits bei der Betrachtung der Schulabgänger nach Abgangsarten unterscheidet sich die Region Stuttgart vom Land Baden-Württemberg. So ist der Anteil derjenigen ohne Schulabschluss um einige zehntel Prozentpunkte höher als in Baden-Württemberg, was vermutlich auf unterschiedliche Ausländeranteile

zurückgeführt werden kann.³¹ Rund drei Prozentpunkte höher ist dagegen der Anteil der Absolventen mit Fachhochschul- bzw. Hochschulabschluss. Deutlich niedriger als im Land ist der Anteil derjenigen mit Hauptschulabschluss. Dagegen besteht (mittlerweile) beim Anteil der Realschulabgänger/innen zwischen dem Land und der Region Stuttgart kein Unterschied mehr.

Abbildung 6.3: Anteile der Schulabgänger in der Region Stuttgart und in Baden-Württemberg 1984 bis 2000



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg und IMU-Berechnungen

Der Geburtenrückgang wird sich deutlich in den Schülerzahlen niederschlagen. Nach einer Prognose für Baden-Württemberg werden die Schülerzahlen im Vergleich zum Jahr 2000 noch bis zum Schuljahr 2003/2004 um knapp 17.600 Schüler/innen zunehmen, das sind ca. 1,5 %. Von da an werden die Zahlen bis zum Schuljahr 2015/2016 um 216.000 Schüler/innen abnehmen, das sind rund -18 %. Die Anzahl sinkt auf 83,5 % im Vergleich zum Schuljahr 1999/2000. Entsprechend steigt die Zahl der Schulabgänger/innen in den nächsten Jahren (bis ca. 2005)³² noch an, wird dann aber zwangsläufig zurückgehen. Dagegen ändern sich die Anteile der verschiedenen Schulabschlüsse kaum. Von 2000 bis 2005

³¹ 1999 betrug der Ausländeranteil in der Region Stuttgart 17,4 %, in Baden-Württemberg dagegen 12,5 %.

³² Vgl. <http://www.zdh.de/dt/hwk/dat/fadt/daten/bb/schul/vrtlr.htm>.

steigt der Anteil der Schulabgänger mit Hauptschulabschluss um 0,3 Prozentpunkte auf 31,4 %, derer mit Hochschulreife sinkt um 1 Prozentpunkt auf 22,6 %. Um 0,7 Prozentpunkte steigt der Anteil der Realschulabsolvent/innen auf 46,0 %. Für die Realschulen werden auch für einen längeren Prognosezeitraum (bis 2016) steigende Anteile an allen Schülern bei einem geringeren absoluten Rückgang erwartet.

Der Übergang von der Schule in die Erwerbstätigkeit findet für über die Hälfte der Beschäftigten über eine Berufsausbildung statt. In der Region Stuttgart ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse bei IHK und HwK von 1990 bis 2001 zwar gestiegen (+3,8 % auf 16.116), aber zwischen den beiden Kammern bestehen große Unterschiede im Zeitverlauf. Während die Neuabschlüsse bei Ausbildungsverträgen bei der Industrie- und Handelskammer bis Mitte der 1990er Jahre zurückgegangen sind und seitdem leicht steigen, stiegen sie bei der Handwerkskammer bis Mitte der 1990er Jahre an und gehen seitdem leicht zurück. Der Rückgang wird mit dem Mangel geeigneter Bewerber/innen begründet, die Anzahl offener Ausbildungsstellen ist weiterhin hoch.

Tabelle 6.12: Anzahl der bei der IHK und der HwK neu abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse in der Region Stuttgart von 1990 bis 2001

Jahr	HwK Region Stuttgart			IHK Region Stuttgart		
	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	Veränderung zum Vorjahr in %	Vergleich zu 1990	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	Veränderung zum Vorjahr in %	Vergleich zu 1990
1990	3.088		100,0 %	12.436		100,0 %
1991	2.907	-5,9 %	94,1 %	12.247	+1,5 %	98,8 %
1992	4.529	+55,8 %	146,7 %	10.907	-10,9 %	87,8 %
1993	4.795	+5,9 %	155,3 %	9.728	-10,8 %	78,2 %
1994	5.160	+7,6 %	167,1 %	8.835	-9,2 %	71,0 %
1995	5.157	- 0,0 %	167,0 %	8.797	-0,4 %	70,7 %
1996	5.058	-1,7 %	163,8 %	8.715	-0,0 %	70,1 %
1997	5.069	+0,2 %	164,2 %	9.370	+7,5 %	75,3 %
1998	5.116	+0,9 %	165,7 %	10.007	+6,8 %	80,5 %
1999	5.035	-1,6 %	163,1 %	10.548	+5,4 %	84,8 %
2000	4.815	-4,4 %	155,9 %	11.062	+4,9 %	89,0 %
2001	4.666	-3,2 %	151,1 %	11.450	+3,5 %	92,1 %

Quelle: IHK Region Stuttgart, HwK Region Stuttgart und IMU-Berechnungen

Die Unterschiede zwischen Baden-Württemberg und der Region Stuttgart bei den Berufsabschlüssen der Beschäftigten entsprechen denen bei den Schulabschlüssen:

- der Anteil Hochqualifizierter in der Region Stuttgart ist gegenüber dem Land sogar noch deutlich höher,
- der Anteil „mittlerer Abschlüsse“ (mit Berufsausbildung) liegt unter dem des Landes
- und die leicht höhere Zahl der Schulabbrecher spiegelt sich – möglicherweise – in dem etwas höheren Anteil derjenigen wider, deren Ausbildung unbekannt ist.³³

Tabelle 6.13: Anteile der jeweiligen Schul- bzw. Berufsausbildung bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 2000

	Haupt-/ Realschul- abschluss ohne Berufs- ausbildung	Haupt-/ Realschul- abschluss mit Berufs- ausbildung	Abitur ohne Berufs- ausbil- dung	Abitur mit Berufs- ausbil- dung	Fachhoch- schulab- schluss	Hochschul- abschluss	Ausbil- dung un- bekannt
BRD-West	17,7	57,6	1,8	3,9	3,1	5,0	10,9
Baden-Württemberg	20,8	57,9	1,6	3,6	3,8	4,9	7,4
Region Stuttgart	20,0	54,5	1,7	4,2	5,3	6,3	7,9

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Die von der Bundesanstalt für Arbeit unterschiedenen Schul- bzw. Berufsabschlüsse sind sowohl auf Bundes-, Landes- als auch auf Regionsebene ähnlich stark vertreten: Mit jeweils mehr als der Hälfte aller Abschlüsse bildet die Klasse „Haupt-/Realschulabschluss mit Berufsausbildung“ den Hauptanteil an den Erwerbstätigen. Die zweitgrößte Klasse sind diejenigen mit dem niedrigsten Abschluss: Haupt-/Realschulabschluss ohne Berufsausbildung. Sie machen etwa 1/5 der Beschäftigten aus, wobei ihr Anteil in der Region Stuttgart leicht über

³³ In dieser Rubrik sind sowohl diejenigen erfasst, die keinen Schulabschluss haben, als auch diejenigen, deren Abschluss nicht in die Systematik eingeordnet werden kann (z. B. Ausländer, Asylanten und Aussiedler). Insofern besteht auch für diese Gruppe ein hohes Arbeitsmarktrisiko, weil sie ihre Qualifikationen nicht formal nachweisen können.

dem der Bundesrepublik-West, aber noch unter dem für Baden-Württemberg liegt. Jedoch befinden sich zur Zeit gut 20 % dieser Beschäftigten in der Ausbildung, in der Region Stuttgart entspricht dies etwa 40.000 Auszubildenden. Etwa 3/4 aller Auszubildenden werden in dieser Kategorie erfasst. Die anderen Schul- und Berufsabschlüsse sind dagegen nur gering vertreten. Auffällig ist der in der Region Stuttgart wesentlich höhere Anteil hoher Abschlüsse (Fachhochschul- und Hochschulabschluss), was insbesondere für die Absolventen von Fachhochschulen³⁴ gilt. Das ist für Ballungsräume typisch. Bei den Beschäftigten mit Abitur und ohne Berufsausbildung ist der Anteil der Auszubildenden mit knapp 40 % am höchsten. Sie stellen etwa 10 % aller Auszubildenden.

Frauen haben zu einem höheren Anteil als Männer niedrigere Schul- und Berufsabschlüsse und sind dementsprechend zu einem wesentlich geringeren Anteil bei den hohen Abschlüssen vertreten (6,9 % der Frauen gegenüber 14,9 % der Männer haben einen Fachhochschul- oder einen Hochschulabschluss). Diese Verteilung findet sich auch auf Bundesebene wieder.

Tabelle 6.14: Anteile der Beschäftigten an den Schul- bzw. Berufsabschlüssen nach Geschlechtern in der Region Stuttgart im Jahr 2000

	Haupt-/ Realschul- abschluss ohne Berufs- ausbildung	Haupt-/ Realschul- abschluss mit Berufs- ausbildung	Abitur ohne Berufs- ausbil- dung	Abitur mit Berufs- ausbil- dung	Fachhoch- schulab- schluss	Hochschul- abschluss	Ausbil- dung un- bekannt
Frauen	21,9	55,6	2,0	5,1	2,8	4,1	8,6
Männer	18,6	53,8	1,5	3,6	7,0	7,9	7,5

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

³⁴ Die Absolvent/innen der Berufsakademien zählen nach Auskunft des Landesarbeitsamts Baden-Württemberg in der Regel zu den Fachhochschulabsolvent/innen. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass sie in Einzelfällen bei der Meldung der Beschäftigtendaten durch die Betriebe der Kategorie „Abitur mit Berufsausbildung“ zugeordnet werden.

Bei der Betrachtung der Schul-/Berufsabschlüsse nach Altersklassen steigt der Anteil der Höherqualifizierten bei den Jüngeren an:

Tabelle 6.15: Anteile der Beschäftigten verschiedener Altersklassen an den Schul- bzw. Berufsabschlüssen in der Region Stuttgart im Jahr 2000

Altersklasse	ohne Berufsausbildung	mit Berufsausbildung	Fachhoch- bzw. Hochschulabschluss	Ausbildung unbekannt
25 bis 39 Jahre	15,4	60,5	15,7	8,3
40 bis 49 Jahre	19,4	61,0	12,4	7,2
50 bis 54 Jahre	23,0	61,3	8,0	7,6
55 bis 59 Jahre	21,8	63,5	8,0	6,8
60 Jahre und älter	19,6	61,7	9,8	9,0

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Neben einem hohen Anteil der über 60-Jährigen mit unbekannter Ausbildung fällt der gegenüber den 50- bis 59-Jährigen höhere Anteil der Hochqualifizierten auf. Vermutlich scheiden vor allem Geringqualifizierte frühzeitig aus dem Erwerbsleben aus, während die Hochqualifizierten bis zum Erreichen des offiziellen Rentenalters mit 65 Jahren berufstätig bleiben.

Hier schlägt sich möglicherweise auch die Abnahme an der Teilhabe bei der beruflichen Weiterbildung bei niedrigeren Schul- und Berufsabschlüssen nieder. Mit dem periodischen Berichtssystem Weiterbildung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung liegen Zeitreihen vor, die allgemeine Trends für das Verhalten der jeweiligen Jahrgänge für die letzten 20 Jahre darstellen. Generell hat sich die Weiterbildungsbereitschaft über alle Altersklassen in den letzten 20 Jahren stark erhöht: Haben 1979 nur 16 % der unter 35-Jährigen, 9 % der 35- bis 49-Jährigen und lediglich 4 % der 50- bis 64-Jährigen an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung teilgenommen, so lagen die entsprechenden Werte 1997 immerhin bei 33 % für die unter 35-Jährigen, 36 % für die 35- bis 49-Jährigen und 20 % für die 50- bis 64-Jährigen. Zwar werden die Weiterbildungsteilnehmer im Schnitt älter, aber der Abstand zwischen den Älteren und den Jüngeren liegt nach wie vor bei ca. 13 Prozentpunkten, hier haben sich im Zeitverlauf keine Änderungen ergeben.

Tabelle 6.16: Strukturanteile nach Altersklassen in beruflicher Weiterbildung 1997

	TN-Quote ³⁵ BRD West	TN-Quote	TN-Fälle ³⁶	TN- Volumen ³⁷	TN- Volumen BRD West	AFG-geförd. Weiterbildung BRD West ³⁸
19 – 34 Jahre	33 %	32 %	37 %	48 %	54 %	50 %
35 – 49 Jahre	36 %	35 %	42 %	39 %	35 %	44 %
50 – 64 Jahre	20 %	19 %	21 %	14 %	11 %	6 %

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung 2000: 98-105

Diese Zahlen verweisen auf einen erheblichen Handlungsbedarf, wenn man den Fokus auf die Weiterbildungsaktivitäten der Älteren in Westdeutschland richtet. Die gesonderte Betrachtung der alten Bundesländer ist gerade mit Blick auf die berufliche Weiterbildung notwendig, da in den neuen Ländern ein viel stärkerer Einsatz von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten zu verzeichnen ist, der die Werte entsprechend beeinflusst. Ältere nehmen nicht nur seltener an Weiterbildungsmaßnahmen teil, die Maßnahmen sind auch erheblich kürzer als bei den anderen Altersklassen. So liegt der Anteil der Älteren in Westdeutschland – gemessen am Weiterbildungsvolumen – nur bei 11 %, während über die Hälfte der Aktivitäten den Jüngeren zugute kommt.

Allerdings ist diese Betrachtung methodisch nicht ganz einwandfrei; beispielsweise müsste bei der Frage Älterer nach ihrer Teilnahme an Weiterbildung auch die erheblich geringere Erwerbsquote berücksichtigt werden.³⁹ Auch die jeweilige Berufssituation muss berücksichtigt werden, denn während ein 45-jähriger Stahlarbeiter fast zum „alten Eisen“ gehört, ist ein 45-jähriger Professor beinahe

³⁵ Die Teilnahmequote gibt an, welcher Anteil der Kohorte an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung teilgenommen hat.

³⁶ Die Teilnahmefälle zeigen die anteilige Verteilung der Kohorten auf die tatsächlich durchgeführten Maßnahmen.

³⁷ Das Teilnahmenvolumen stellt die Verteilung der Kohorten nicht bezogen auf die Fälle, sondern die tatsächlich in beruflicher Weiterbildung verbrachter Zeit dar.

³⁸ Als Referenz wird die Altersstruktur bei AFG-geförderten Weiterbildungsmaßnahmen in den alten Bundesländern ausgewiesen.

³⁹ Gallenberger, Wolfgang (1998): Berufliche Weiterbildungsteilnahme – (k)eine Frage des Alters?! In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, S. 22.

noch eine „Nachwuchskraft“. Zur genauen Ermittlung einer altersabhängigen Teilnahme an Weiterbildung müssten also Beschäftigte in ähnlichen Berufssituationen (z. B. Produktionsarbeiter) verglichen werden. Eine derart differenzierte Betrachtung zeigt, dass andere Merkmale wie Qualifikationsstand, Beruf, Einkommen einen größeren Einfluss auf die Weiterbildungsteilnahme haben als das Alter an sich.⁴⁰ Berufliche Weiterbildungsmaßnahmen finden sich überproportional bei den Beschäftigten mit höherem Bildungsniveau und mit höheren beruflichen Qualifikationen. So nahmen 1997 nur 9 % der Beschäftigten ohne Berufsausbildung an Weiterbildungsmaßnahmen teil, immerhin 28 % der Beschäftigten mit abgeschlossener Berufsausbildung, aber 42 % der Meister und 48 % der Beschäftigten mit Hochschulabschluss.

Ausgegrenzt von beruflicher Weiterbildung sind mit hoher Wahrscheinlichkeit Un- und Angelernte, Teilzeitkräfte, Personen mit Schulabschlüssen unterhalb der Fachoberschulreife sowie Arbeiter/innen, die in einem Mittelbetrieb arbeiten.⁴¹ Auch befristet Beschäftigte sind ausgeschlossen. In diesen Personenkreisen verstärken sich diese Segmentierungen zudem mit den Alterseffekten. Bei Beamten, hochqualifizierten bzw. leitenden Angestellten und vollwerbstätigen Facharbeitern zeigt sich dagegen kein Zusammenhang zwischen dem Alter und der Teilnahme an beruflicher Weiterbildung. Diese Zahlen zeigen, dass bei dem Personenkreis, der sowohl durch demografische Entwicklungen wie durch die allgemeinen Qualifikationsanforderungen das größte Risikopotenzial darstellt, zugleich der höchste Handlungsbedarf besteht.

6.3 Alter und Arbeitslosigkeit

6.3.1 Allgemeine Entwicklungen ...

Gleichzeitig mit der Verdrängung Älterer aus dem Erwerbsleben stieg die Arbeitslosenquote der über 50-Jährigen in den 1990er Jahren stetig an. Erst seit wenigen Jahren ist ein Meinungsumschwung zu beobachten, der aus sehr unter-

⁴⁰ Gallenberger, Wolfgang (1998): Berufliche Weiterbildungsteilnahme – (k)eine Frage des Alters?! In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, S. 22.

⁴¹ ebenda, S. 23.

⁴² Koller, Barbara (2001): Ältere Arbeitnehmer. Das Rentenalter wurde angehoben – zieht der Arbeitsmarkt mit? Nürnberg, S. 15.

schiedlichen Richtungen angestoßen wird (z. B. „Beschäftigungspolitische Leitlinien 2000“ für die Mitgliedsstaaten der EU, absehbarer demografischer Wandel).

In den 1990er Jahren stieg der Anteil der Arbeitslosen über 55 Jahren stärker als der Anteil der Arbeitslosen insgesamt. Erst von 1999 auf 2000 ging ihr Anteil – bei insgesamt ebenfalls zurückgehender Arbeitslosenquote – an allen Arbeitslosen um einem Prozentpunkt zurück.⁴² Dagegen nahm seit Mitte der 90er Jahre und auch in den letzten Jahren der Anteil der 45- bis 55-Jährigen an den Arbeitslosen weiter zu.

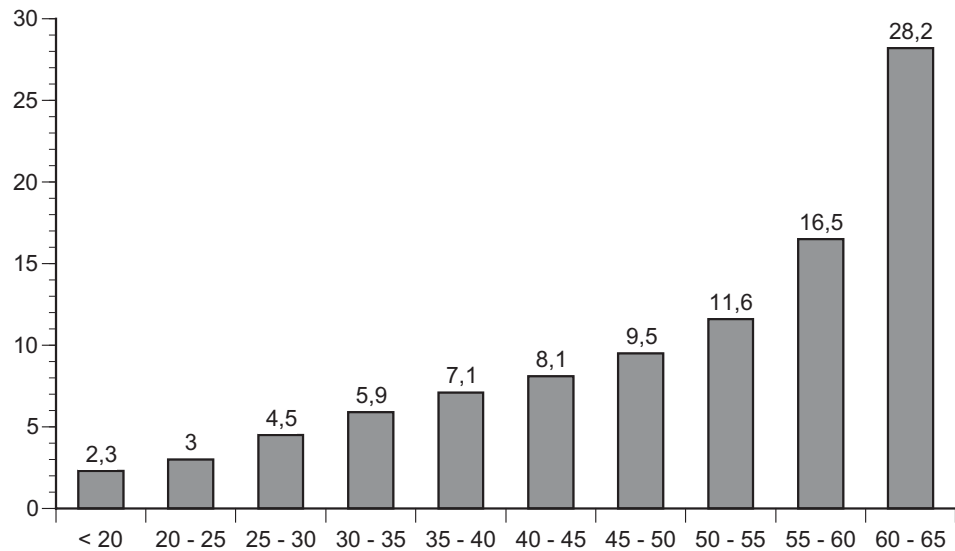
Tabelle 6.17: Arbeitslosenquoten nach Altersklassen (alte Bundesländer, jeweils Ende September)

Altersklassen	Arbeitslosenquoten		
	1998	1999	2000
Unter 20 Jahre	9,4	8,7	8,1
20 bis unter 25 Jahre	10,8	9,9	9,2
25 bis unter 30 Jahre	7,8	7,5	7,0
30 bis unter 35 Jahre	8,4	7,9	7,1
35 bis unter 40 Jahre	9,3	8,9	7,9
40 bis unter 45 Jahre	9,4	9,2	8,2
45 bis unter 50 Jahre	10,1	9,7	8,8
50 bis unter 55 Jahre	12,3	12,5	12,0
55 bis unter 60 Jahre	22,4	21,8	18,7
60 Jahre und älter	20,5	22,1	21,0
Insgesamt	10,9	10,6	9,6

Quelle: Koller 2001: 17

Der Rückgang der Arbeitslosenquoten gegen Ende der 90er Jahre gilt zwar auch für die Altersklassen der über 55jährigen, aber ihre höhere Betroffenheit von der Arbeitslosigkeit zeigt sich deutlich. Auch setzte der Rückgang der Arbeitslosigkeit bei ihnen verspätet ein (erst 1999) und war schwächer als in anderen Altersklassen. Noch immer ist ihre Arbeitslosenquote rund doppelt so hoch wie die durchschnittliche Arbeitslosenquote. Ähnliches gilt für die Dauer der Arbeitslosigkeit: Je älter die Person, desto länger dauert die Arbeitslosigkeit.

Abbildung 6.4: Verweildauer in Arbeitslosigkeit in Monaten im Jahr 2000
(alte Bundesländer) nach Altersklassen



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit reicht von etwas über 2 Monaten bei den unter 20-Jährigen bis zu mehr als 2,5 Jahren bei den über 60-Jährigen. Die Unterschiede wurden von 1999 auf 2000 sogar eher größer; während die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit bei den Jüngeren leicht zurückgegangen ist, ist sie bei den über 50-Jährigen deutlich gestiegen. Allerdings bedeutet ein Abgang aus der Arbeitslosigkeit nicht immer auch die Aufnahme einer Beschäftigung, vielmehr können Krankheit, Erwerbsunfähigkeit oder der Umzug in einen anderen Arbeitsamtsbezirk zum „Abgang aus der Arbeitslosigkeit“ führen. Deshalb sind die Abgänge genauer auf ihre Gründe hin zu untersuchen:

Tabelle 6.18: Gründe für den Abgang aus der Arbeitslosigkeit nach Altersklassen im Jahr 2000 (alte Bundesländer)

Altersklassen	Abgänge insgesamt	Abgangsgründe (in %)				
		Aufnahme einer Arbeit	Sonder- regelun- gen	Krank- heit	Ausscheiden aus dem Er- werbsleben	Sonstige Gründe ⁴³
Unter 20 Jahre	247.475	32,3	0,1	3,6	0,1	63,9
20 bis unter 25 Jahre	763.200	47,4	0,1	7,0	0,2	45,2
25 bis unter 30 Jahre	631.024	50,6	0,1	11,0	0,3	37,9
30 bis unter 35 Jahre	710.323	50,2	0,2	13,4	0,4	35,9
35 bis unter 40 Jahre	669.169	48,9	0,2	14,8	0,6	35,6
40 bis unter 45 Jahre	540.346	47,2	0,3	17,0	0,8	34,7
45 bis unter 50 Jahre	434.990	43,9	0,4	21,5	1,5	32,7
50 bis unter 55 Jahre	352.047	37,1	0,5	28,3	2,9	31,2
55 bis unter 60 Jahre	294.352	23,9	3,8	33,2	6,6	32,5
60 bis unter 65 Jahre	230.512	5,7	2,4	6,9	67,6	17,5
65 Jahre und älter	8.195	1,7	1,2	0,4	80,3	16,4
Insgesamt	4.881.633	43,1	0,5	14,8	4,4	37,1

Quelle: Koller 2001: 23

Weniger als die Hälfte aller Abgänge aus der Arbeitslosigkeit erfolgen aufgrund der Aufnahme einer neuen Beschäftigung. Das gilt sogar für Jahrgänge zwischen 20 und 50 Jahren, in denen das eigentlich der Normalfall sein sollte. Deutlich wird, dass die Abgangsgründe je nach Altersklasse ganz unterschiedlich stark vertreten sind. Insbesondere über 60-Jährige scheiden zu großen Teilen aus dem Erwerbsleben aus und gelten daher nicht mehr als arbeitslos. Von den 50- bis 55-Jährigen nehmen noch mehr als ein Drittel und von den 55- bis 60-Jährigen noch knapp ein Viertel eine Arbeit auf. Es gibt offenkundig reale Chancen zur Wiedereingliederung, auch wenn die Schwelle höher liegt als bei Jüngeren. „Ob sich damit bereits der Beginn einer Wende in den Beschäftigungschancen Älterer ankündigt, wird sich erst auf längere Sicht erweisen. Im Jahr 2000 wurden zumin-

⁴³ Zu den sonstigen Abgangsgründen zählen beispielsweise Aufnahme einer beruflichen Bildungsmaßnahme, Wohnortwechsel in einen anderen Arbeitsamtsbezirk oder die Nichterneuerung der Meldung.

dest die „jungen Älteren“ in die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt einbezogen. Langfristig wird das jedoch nicht ausreichen, denn Arbeitslose, die z. B. 55 Jahre alt sind, haben noch 10 Jahre bis zur Rente zu überbrücken.“⁴⁴

6.3.2 ... und Trends in der Region Stuttgart

Die Arbeitsmarktsituation in der Region Stuttgart ist seit einigen Jahren von starken Gegensätzen gekennzeichnet. Einerseits gibt es Branchen, die über Rekrutierungsprobleme für qualifizierte Mitarbeiter klagen und Stellen nicht besetzen können. So waren bei den Arbeitsämtern der Region Stuttgart zum 31.12.2001 rund 20.000 offene Stellen gemeldet; da nicht alle Rekrutierungspfade über die Arbeitsverwaltung laufen, ist die tatsächliche Zahl der nicht besetzten Stellen erheblich größer.

Gleichzeitig waren in der Region Stuttgart Ende 2001 immer noch 62.000 Menschen arbeitslos gemeldet, die Arbeitslosenquoten⁴⁵ lagen zwischen 6,0 % (Arbeitsamtsbezirk Stuttgart) und 4,4 % (Arbeitsamtsbezirke Ludwigsburg und Göppingen). Der Vergleich mit dem Landesdurchschnitt (5,8 %) und insbesondere mit dem Bundesdurchschnitt zeigt die deutlich günstigere Lage auf dem Arbeitsmarkt. Knapp 30 % (16.500 Personen) waren dabei jedoch langzeitarbeitslos;⁴⁶ dies liegt von der Größenordnung her exakt im Landesdurchschnitt. Zudem ist der Anteil der Arbeitslosen über 50 Jahre mit 38,0 % (22.200 Personen) überproportional hoch (34,0 % im Land), so wie auch der Anteil der älteren Beschäftigten über 50 Jahren mit 21,3 % höher ist als im Landesdurchschnitt (19,8 %))

Schon diese ersten Beobachtungen zeigen, dass neben einer regelmäßigen Untersuchung von sektoralen Beschäftigungstrends, wie sie in den Strukturberichten geleistet wird, eine vertiefte Analyse des Arbeitsmarktes unter Berücksichtigung weiterer Merkmale erfolgen muss. Diese Sichtweise wird noch durch eine Sonderuntersuchung des Landesarbeitsamtes⁴⁷ zur inneren Struktur der Langzeitarbeitslosigkeit unterstrichen. Dort wurden folgende Kernaussagen getroffen:

⁴⁴ Koller, Barbara (2001): Ältere Arbeitnehmer. Das Rentenalter wurde angehoben – zieht der Arbeitsmarkt mit? Nürnberg, S. 24.

⁴⁵ Anteil der Arbeitslosen an den abhängig beschäftigten, zivilen (ohne Soldaten) Erwerbspersonen.

⁴⁶ Die Dauer der Arbeitslosigkeit ist ohne Unterbrechungen größer als ein Jahr.

⁴⁷ Landesarbeitsamt Baden-Württemberg (2000): Informationen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 4/2000.

- Im Jahr 1999 konnten 2/3 aller Arbeitslosen Baden-Württembergs diesen Status innerhalb von 6 Monaten wieder verlassen. Die Langzeitarbeitslosen repräsentierten im gleichen Jahr zwar nur 17 % der Fälle, waren aber im Durchschnitt bereits 828 Tage arbeitslos.
- Fast zwei Drittel der Langzeitarbeitslosen (65,6 %) sind 50 Jahre und älter, fast 60 % der älteren Arbeitslosen sind langzeitarbeitslos.
- Gut die Hälfte der Langzeitarbeitslosen hat keine abgeschlossene Berufsausbildung.
- Neben dem Alter weist knapp die Hälfte der Langzeitarbeitslosen zusätzliche, vermittlungerschwerende Merkmale auf wie beispielsweise gesundheitliche Einschränkungen oder das Fehlen einer Berufsausbildung.

Auffälliges Ergebnis aller Detailberechnungen dieser Studie ist, dass das Merkmal Alter in jeder Risikogruppe und Risikokombination die stärkste diskriminierende Wirkung aufweist. Allerdings hat sich im Zuge des Beschäftigungszuwachses in der Region Stuttgart die Situation verbessert: Ende Oktober 2001 lag die Zahl der Langzeitarbeitslosen um 22,0 % (-4.600), die der älteren Arbeitslosen um 18,1 % (-4.900) unter den Vorjahreswerten. Beide Problemgruppen haben sich deutlich günstiger entwickelt als der gesamte Arbeitsmarkt mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit um lediglich 3,1 % (-1.860). Ob sich hier die angespanntere Rekrutierungssituation in der Region Stuttgart niederschlägt oder dies – auch – auf die Aktion 50+ der Arbeitsverwaltung zurückzuführen ist, lässt sich derzeit noch nicht schlüssig bewerten. Es lohnt sich jedoch, die Eingliederungsbilanzen der Arbeitsämter der Region Stuttgart nach ihren altersspezifischen Merkmalen zu untersuchen.

Generell gilt, dass bis zu den 55-Jährigen jeweils ein größerer Teil der Arbeitslosen selbst Arbeit findet als durch die Vermittlung der Arbeitsämter. Und sogar bei den 55- bis 65-Jährigen ist das Verhältnis in etwa 50:50. Auch die finanzielle Förderung der Arbeitsaufnahme ist bei den über 55-Jährigen der Ausnahmefall.⁴⁸ Zwar hat die Zahl älterer Teilnehmer in den wichtigsten arbeitsmarktpolitischen

⁴⁸ Vgl. Koller, Barbara (2001): Ältere Arbeitnehmer. Das Rentenalter wurde angehoben – zieht der Arbeitsmarkt mit? Nürnberg, S. 26.

Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit (Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Strukturanpassungsmaßnahmen sowie Eingliederungszuschüsse) von 1999 auf 2000 etwas abgenommen, aber angesichts gesunkener Arbeitslosenzahlen ist die Teilnehmerquote gestiegen.

Der hohe Anteil der über 50-Jährigen an den Arbeitslosen hängt mit der zum Teil deutlich schlechteren Vermittlungsquote⁴⁹ zusammen, diese liegt in allen Arbeitsamtsbezirken der Region Stuttgart für Ältere um ca. 5 Prozentpunkte unter der Gesamtvermittlungsquote. Interessant ist dabei, dass die Vermittlungsquote in Stuttgart auffällig höher ist als in den anderen drei Arbeitsamtsbezirken. Zudem liegt sie bei älteren Frauen deutlich über derjenigen bei älteren Männern.

Hieraus kann noch kein Rückschluss darauf gezogen werden, ob die Arbeitsämter bei Älteren weniger Aufwand bei deren Vermittlung betreiben oder ob die Arbeitgeber weniger Ältere einstellen. Allerdings werden Ältere – die ja 1999 fast 50 % der Arbeitslosen gestellt haben – in den wichtigsten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nicht ihrem Anteil entsprechend gefördert. Lediglich bei den Eingliederungszuschüssen wird ihr Anteil fast erreicht, an qualifizierenden Maßnahmen werden sie dagegen kaum beteiligt.

Tabelle 6.19: Anteil der über 50jährigen Arbeitslosen an den wichtigsten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in den Arbeitsamtsbezirken der Region Stuttgart

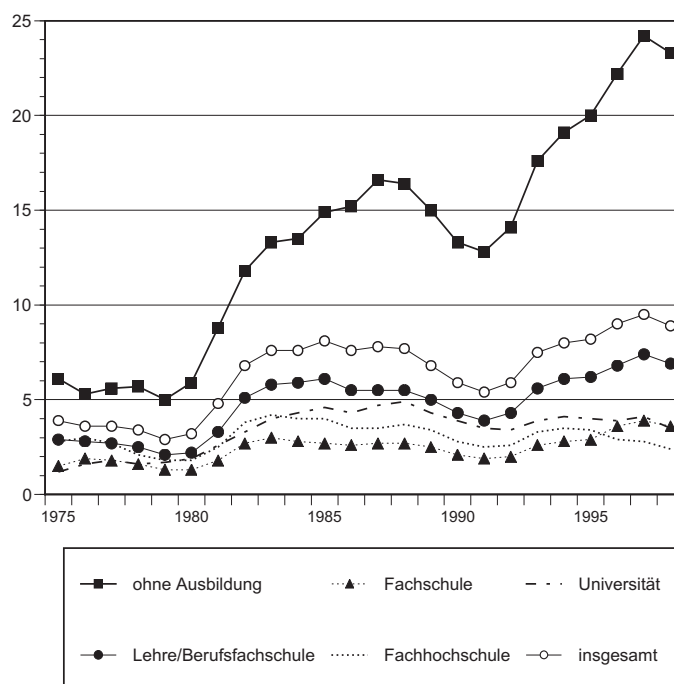
Arbeitsamt	Anteil der über 50-Jährigen an				
	Eingliederungszuschüssen	Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	Überbrückungsgeld bei Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit	Trainingsmaßnahmen	Förderung der beruflichen Weiterbildung
Stuttgart	44 %	24 %	13 %	9 %	6 %
Waiblingen	40 %	18 %	14 %	19 %	9 %
Göppingen	42 %	25 %	16 %	14 %	8 %
Ludwigsburg	40 %	21 %	13 %	13 %	9 %

Quelle: Eingliederungsbilanzen 1999 der vier Arbeitsämter und IMU-Berechnungen

⁴⁹ Die Vermittlungsquote ist der Anteil der durch Vermittlung in eine nicht geförderte Beschäftigung übergetretenen Arbeitslosen im Verhältnis zu allen Abgängen Arbeitsloser in eine nicht geförderte Beschäftigung, also der Teil der Arbeitslosen, die mit Tätigkeit der Arbeitsämter eine nicht geförderte Beschäftigung gefunden haben.

Kritisch zu beurteilen ist die geringe Teilnahme Älterer an Trainings- und Weiterbildungsmaßnahmen. Nicht nur in Beschäftigungskrisen wird die formale Qualifikation des Einzelnen zum entscheidenden Wettbewerbsfaktor. „Je niedriger die formale berufliche Qualifikation ist, desto schlechter [ist, die Autoren] die Position auf dem Arbeitsmarkt.“⁵⁰ Da durch demografische Effekte das Durchschnittsalter zunimmt, wächst der Bedarf an spezifischen Maßnahmen für die älteren Arbeitslosen und Beschäftigten. Ansonsten besteht die Gefahr, dass sich trotz des Bedarfs an Arbeitskräften ein Bestand an Langzeitarbeitslosen verstetigt, der aufgrund des hohen Alters und der fehlenden Qualifikation nicht mehr vermittelbar ist. Schon heute haben Geringqualifizierte mit knapp 25 % eine mehrfach höhere Arbeitslosenquote als Erwerbspersonen mit höheren Berufsabschlüssen:

Abbildung 6.5: Qualifikationsbezogene Arbeitslosenquoten in den alten Bundesländern



Quelle: Reinberg 1999: 444

⁵⁰ Reinberg, Alexander (1999): Der qualifikatorische Strukturwandel auf dem deutschen Arbeitsmarkt – Entwicklungen, Perspektiven und Bestimmungsgründe. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 4/1999, S. 435.

Von dem Rückgang der Arbeitslosenquoten, der 1997 begann, profitierten alle Qualifikationsebenen. Aber in den 90er Jahren gewannen nur die Hoch- und Fachhochschulabsolventen Arbeitsplätze dazu, während auf allen anderen Qualifikationsebenen Beschäftigung abgebaut wurde.⁵¹ Am stärksten betroffen waren die Personen ohne Berufsabschluss. Zwischen 1991 und 1998 wurden fast 1,2 Mio. Arbeitsplätze in der Bundesrepublik abgebaut. Gleichzeitig verringerte sich zwar auch die Zahl der geringqualifizierten Erwerbspersonen, aber deren Arbeitslosenquoten sind trotzdem gestiegen. Das zeigt, „dass die Aufnahmefähigkeit bzw. -bereitschaft des Arbeitsmarkts für nicht formal Qualifizierte immer geringer wird.“⁵² So hatten im September 1998 knapp 40 % aller registrierten Arbeitslosen keinen Berufsabschluss, obwohl diese Gruppe nur noch einen Anteil von knapp 16 % aller Erwerbspersonen stellt.⁵³

6.4 Ausblick und Handlungsbedarf

Mit den dargestellten Strukturen und Trends wird deutlich, dass sich in Folge der absehbaren demografischen Entwicklungen nicht nur für die Sozialversicherungssysteme und die Gesellschaftspolitik, sondern gerade für den Arbeitsmarkt strukturelle Schwierigkeiten abzeichnen. Die Lage heute erscheint noch nicht gravierend: Der Anteil Älterer in der Region Stuttgart ist zwar mit knapp 12 % höher als im Bundesdurchschnitt, ist aber noch weit von den prognostizierten Werten entfernt. Das verzögert die Umsetzung von Lösungsansätzen. Aber der Anteil Älterer wird sich in den nächsten 10 Jahren etwa verdoppeln, das ergibt sich allein durch den derzeitigen Bevölkerungsaufbau. Es sind die Jahrgänge zwischen 1950 und 1965, die heute in der Regel die Kernbelegschaften stellen; in der Perspektive der nächsten 10 Jahre werden die Unternehmen mit Blick auf diese Altersklasse Lösungen für Qualifizierung und angepasste Beschäftigungsformen finden müssen.

⁵¹ Reinberg, Alexander (1999): Der qualifikatorische Strukturwandel auf dem deutschen Arbeitsmarkt – Entwicklungen, Perspektiven und Bestimmungsgründe. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 4/1999, S. 437.

⁵² Ebenda.

⁵³ Ebenda.

Strukturell ist für die Region Stuttgart bedeutsam, dass diese demografischen Trends eng mit der Qualifikation der Beschäftigten verbunden sind. Zwar sinkt bei den jüngeren Beschäftigten unter 40 Jahren der Anteil von Ungelernten, und ihr Qualifikationsniveau ist im Durchschnitt höher. Aber gleichzeitig verringert sich auch das Angebot an Arbeitsplätzen mit niedrigen Qualifikationsanforderungen. Zudem weisen aktuelle Studien wie z. B. PISA darauf hin, dass der Trend zu höheren Qualifikationen stockt. Es besteht die Gefahr eines bleibenden Anteils von Ungelernten, der auch mittel- und langfristig eine Problemgruppe bleibt. Parallel zu diesen externen Trends altern die Kernbelegschaften unter einem hohen Druck auf das Arbeitsvermögen der Beschäftigten: Der Arbeitsalltag ist geprägt durch eine Zunahme von Druck und Stress, neben den physischen wachsen insbesondere die psychischen Verschleißerscheinungen. Schon heute signalisiert die Rentenstatistik sowie der Umgang mit der Altersteilzeit, dass sich unabhängig von demografisch wünschenswerten Verhaltensmustern ein Trend zur „Entberuflichung des Alters“ verfestigt hat, der sich stark aus den subjektiven Präferenzen und Anforderungen der Beschäftigten speist.

Verstärkt wurde dieser Trend gesamtgesellschaftlich durch die dauerhafte Langzeitarbeitslosigkeit: Ein vorzeitiges Ausscheiden Älterer aus dem Erwerbsleben war durchaus positiv besetzt in dem Sinn, bei zu knappem Arbeitsangebot Platz zu machen für die jüngere Generation. Dies wurde von den Unternehmen honoriert, die gerade Restrukturierungsphasen genutzt haben, um ihre Belegschaften zu verjüngen. In den letzten Jahren verstärkte sich diese Entwicklung im Zusammenhang mit der Durchsetzung von jugendlich geprägten Lebensstilen: „Erfolg“ wird heute in den überwiegenden Fällen mit Leitbildern und Aktivitätsmustern von 25- bis 40-Jährigen beschrieben.

„Heute ist die Komprimierung von Ausbildungs- und Erwerbsphasen das dominante naturwüchsige Modell mit hohem Stellenwert. Es gibt unter den Jüngeren eine deutliche Option zur Komprimierung der Erwerbsphase auf eine überschaubare Frist, in der das komplette Lebensinkommen durch hohe Arbeitseinkommen und möglicherweise zusätzliche Spekulationsgewinne erzielt werden kann ...“⁵⁴.

Es zeigen sich jedoch auch positive Entwicklungen: So hat sich in der Region Stuttgart die Zahl der älteren Arbeitslosen deutlich verringert, von Oktober 2000 bis Oktober 2001 ging sie um knapp 20 % zurück. Auch im höheren Anteil älterer

⁵⁴ Dostal, Werner (2001): Demografie und Arbeitsmarkt. In: Bullinger, Hans-Jörg (Hrsg.) (2001): Zukunft der Arbeit in einer alternden Gesellschaft. Stuttgart, S. 39.

Beschäftigter spiegelt sich die günstige Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage in der Region. Unter dem Druck von echten Rekrutierungsproblemen gelang es offenbar, zunehmend wieder Ältere in das Erwerbsleben zu integrieren. Allerdings sollte dies nicht mit einem „Strategiewechsel“ der Unternehmen gleichgesetzt werden, diese Entwicklung vollzog sich eher vor dem Hintergrund hoher Auslastungen, einem daraus folgenden niedrigen internen Verdrängungsdruck und dem Problem, den geforderten Qualifikationsmix (hohe Fachqualifikationen mit Erfahrungen, Problemlösungskompetenz bei gleichzeitig hoher Flexibilität) allein mit Jüngeren zu besetzen. Überspitzt könnte man sagen: Mit dem überdurchschnittlich hohen Anteil älterer Beschäftigter muss die Wirtschaft in der Region Stuttgart heute schon auf Probleme und Herausforderungen reagieren, die sich in anderen Regionen noch nicht stellen. Damit dies mehr als eine bloße Anpassungsreaktion wird, ist es erforderlich, mit den zugrunde liegenden Trends bewusster umzugehen und sie systematisch in den betrieblichen Alltag zu implementieren. Die Betriebe sind dabei „die entscheidende Handlungs- und Eingriffsebene. Hier fällt die Entscheidung für oder gegen eine Zukunft der Alterserwerbsarbeit, für oder gegen die Zukunft älterer Arbeitnehmer/innen.“⁵⁵

Das erfordert ein Umdenken der „Arbeitsmarktakteure“: Die Beschäftigten müssen über den vielfach beklagten Stress und Druck hinaus dazu bereit sein, Entlastungsphasen in ihrem Erwerbsleben einzubauen, seien es reine Erholphasen, seien es Erziehungs- oder Qualifizierungszeiten. Eine solche Neuorientierung wird zumindest in der Metall- und Elektroindustrie durch die Tarifpolitik unterstützt. Der Qualifizierungstarifvertrag in Baden-Württemberg ist ein Instrument, mit dem die Qualifizierungs- und Entwicklungswünsche der Individuen neben den betrieblichen Entwicklungstrends zum Ausgangs- und Bezugspunkt der Personalentwicklung werden. Mit diesem betrieblichen Instrument begegnet man zugleich dem analytischen Problem, dass das zukünftige Arbeitsangebot auf Regionsebene nur schwer zu quantifizieren ist und nicht ausgeschlossen werden kann, dass es bei einer gesamtgesellschaftlich hohen Zahl von Arbeitslosen bleibt, die sich zudem regional oder sektoral ballen könnte. Deshalb eignet sich eine Strategie, die sich auf die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit (employability) konzentriert, am ehesten für verschiedene Optionen und Szenarien.

Zusammengefasst kann man sagen, dass ein Umdenken, ein Paradigmenwechsel aller relevanten Akteure im Bereich der Beschäftigung und des Arbeitsmarktes erforderlich ist, um sich auf die dargestellten Entwicklungen vorzubereiten.

⁵⁵ Nägele, Gerhard (2001): Demografischer Wandel und Erwerbsarbeit im Alter. In: Fuchs, Gerhard; Renz, Christian (Hrsg.) (2001): Altern und Erwerbsarbeit. Workshopdokumentation. Stuttgart, S. 18

Erforderlich ist zunächst in erheblichem Umfang die Aufklärung aller Beteiligten auf den verschiedenen Ebenen; gerade die aktuelle Debatte über den Fachkräftemangel in der Region Stuttgart ist ja auch darin begründet, dass bis vor nicht allzu langer Zeit in den meisten Unternehmen die Personalpolitik eher kurzfristig und reaktiv ausgerichtet war. Betriebe befinden sich in einem Spannungsfeld, einerseits müssen sie kurzfristig auf konjunkturelle Schwankungen reagieren und daher beim Personalbestand flexibel sein, das widerspricht aber einer langfristigen Personalplanung, wie sie gerade für die Beschäftigungschancen Älterer erforderlich wäre. Betrachtet man die letzten zehn Jahre, so wurden darin wie im Zeitraffer alle Phasen durchlaufen:

- Zu Beginn der 1990er Jahre gab es in der Region Wachstums-, Investitions- und Beschäftigungsrekorde mit Facharbeitermangel und den Erfahrungen der Nord-Süd-Wanderung;
- denen dann 1992 bis 1994 eine Krise mit einem Abbau von knapp 120.000 Arbeitsplätzen folgte.
- 1995 bis 1998 stabilisierte sich allmählich die Beschäftigung, ohne dass die Verluste ausgeglichen wurden.
- Ende der 1990er Jahre gibt es in der Kfz-Industrie, in Teilen der Elektrotechnik und bei den produktionsbezogenen Dienstleistungen wieder einen mit Facharbeitermangel verbundenen Boom, der aber mit einem höheren Bestand an Arbeitslosen und anhaltend labilen Branchen und Teilarbeitsmärkten einhergeht.

Personalpolitisch bedeutete dies zugleich einen permanenten Wechsel der dominierenden Strategien: von Beschaffungs- und Rekrutierungsproblemen zu Beginn der 1990er Jahre über die Hochphase von Gruppenarbeit und Lean Production hin zum Management von Kurzarbeit, Personalabbau und Entlassungen; von der Restrukturierungsbegleitung bis hin zur erneuten Rekrutierung. Genau dieses Muster zeigt sich auch in der Zahl der Ausbildungsplätze. Nach einem hohen Stand zu Beginn der 1990er Jahre wurde die Anzahl von 1993 bis 1995 verringert. Zwischen 1995 und 1998 fand zwar kein weiterer Abbau mehr statt, aber erst seit 1998 nimmt die Zahl der Auszubildenden wieder zu. Von daher sollte dieses Feld der Aufklärung mittelfristig angelegt werden und auf mehrjährige Strategien und Konzepte zielen. Zudem muss es verbunden werden mit einem ersten Einstieg in eine betriebliche Operationalisierung, die auch der Widersprüchlichkeit von betrieblichen, branchenspezifischen und regionalen Trends gerecht wird.

Auch hier ist eher Mittel- statt Kurzfristigkeit gefragt, „best practise“-Modelle sollten zwar bekannt und transparent werden, aber eben nicht im Sinne von kopierfähigen Mustern, sondern im Sinn von Anregungen und Erfahrungsaustausch. Erste Ansatzpunkte könnten sein:

- Methoden einer betrieblichen Qualifikationsbedarfsanalyse,
- der Aufbau von horizontalen Karriereformen (Erwerbsbiographien in Unternehmen) verbunden mit altersgemischten Teams,
- die Vermeidung von Burn-Out-Effekten durch lernförderliche Arbeitsbedingungen,
- die Förderung von Frauenbeschäftigung durch flankierende Programme (Kinderbetreuung, Qualifikationsberatung, Mentoring, Ausweitung der Teilzeitarbeit etc.)

Im Rahmen eines ESF-Projektes wird derzeit in zwei Betrieben der Region versucht, die aktuelle Kurzarbeitsphase mit sinnvollen Qualifizierungsbausteinen so zu verbinden, dass es sich nicht lediglich um einen passiven „Arbeitsausfall“ handelt, sondern die betroffenen Mitarbeiter/innen an zertifizierbaren Qualifizierungen teilnehmen, die ihnen sowohl in ihrer jetzigen Tätigkeit nutzen, als auch ihre Position auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Im Zentrum der Maßnahmen stehen die „Operator“ genannten Mitarbeiter/innen in der Fertigung; es handelt sich in der Regel um Anlern Tätigkeiten, die jedoch hoch spezialisiert sind und aufgrund der Besonderheiten der IT-Industrie (wenig manuelle Tätigkeiten, sondern DV-gestützte Anlagenbedienung, extreme Qualitätsanforderungen etc.) eine längere Anlernzeit erfordern als in anderen Wirtschaftszweigen. Für ein Verständnis des eher abstrakten Produktionsprozesses unter Reinraumbedingungen ist technisch-naturwissenschaftliches Grundwissen erforderlich, die Fachsprache ist stark mit Englisch vermischt, so dass die spezifischen Qualifikationsanforderungen dabei recht hoch sind.

Wie so häufig beziehen sich auch in diesen beiden Unternehmen die normalerweise laufenden Qualifizierungsmaßnahmen eher auf den Bereich der mittleren Angestellten, die Produktionsmitarbeiter/innen bleiben gewöhnlich

unterrepräsentiert. Gerade für diese Zielgruppe stellt die Kurzarbeitsphase daher eine Chance dar, die Entkoppelung vom ansonsten strikten Arbeitsregime (in der IT-Industrie wird in der Regel in Conti-Schicht, also an 7 Tagen pro Woche 24 Stunden gearbeitet) für passgenaue Maßnahmen zu nutzen. Im Zuge des Projektes wurden Kurse wie „Grundwissen Chemie“, „Grundwissen Leiterplattentechnik“, „Statistik für Operator/innen“, „Problemlösung in Gruppen“, aber auch eine umfassendere Qualifizierung zur zertifizierten Elektrofachkraft durchgeführt.

Zwar können, wie in den beiden Unternehmen gezeigt, Kurzarbeitszeiten sinnvoll für Qualifizierung genutzt werden, allerdings sind die Rahmenbedingungen eher schwierig. Das gilt zunächst für die Finanzierung solcher Maßnahmen, da gerade in Zeiten eines erheblichen Arbeitsausfalls in der Regel auch rote Zahlen geschrieben werden. Daher war in beiden Fällen die Förderung durch den Europäischen Sozialfonds Ziel 3 von großer Bedeutung.

Außerdem ist gerade die Kurzarbeit durch ihre extreme Kurzfristigkeit gekennzeichnet, was die Planbarkeit enorm erschwert: Auch wenn das Produktionsniveau zum Teil auf 50 % herunter gefahren wurde, musste dennoch ein kurzfristiger Kleinauftrag angenommen werden, der dann Änderungen der Schicht- und Auslastungsplanung erforderte. Zudem ist der Arbeitsausfall in der Regel nicht gleichmäßig über alle Bereiche verteilt, es gibt Schwankungen sowohl zwischen den einzelnen Funktionsbereichen (Fertigung, Logistik, Einkauf, Konstruktion etc.) als auch innerhalb derselben (z. B. stärkere Belastung an Engpassmaschinen). Das Management des realen Arbeitsausfalls sowie der regelmäßige Abgleich mit der Arbeitsverwaltung stellt die erste große Herausforderung dar.

Die zweite Herausforderung besteht darin, dass man in der Regel nicht planmäßig, sondern durch externe Ereignisse (z.B. Stornierungen, kurzfristige Marktschwankungen etc.) in eine Unterauslastung gerät. Daher ist auch die Vorlaufzeit bis zum eigentlichen Start der Kurzarbeit sehr kurz; wenn dann noch das entsprechende Umsetzungs-Know-how fehlt (etwa weil es in den letzten 4-5 Jahren keine Erfahrungen mit Kurzarbeit gab), sind erfahrungsgemäß die Ressourcen von Personalabteilung, Betriebsrat und Produktionsleitung mit der Organisation der Kurzarbeit allein vollständig ausgelastet, kaum jemand kann sich zusätzlich um Qualifizierungen kümmern. Gerade durch solche Effekte und weniger aufgrund „echter Blockaden“ wird eine Koppelung von Kurzarbeit und Qualifizierung nur in den Betrieben gelingen,

die bereits vorher über eine ausgeprägte Weiterbildungskultur verfügen. In diesem Sinne kann man von den beteiligten Unternehmen allgemeine Bedingungen abstrahieren:

- Überblick über Qualifizierungsstand und Bedarf der Mitarbeiter/innen: Bei beiden beteiligten Unternehmen gibt es schon seit langem eine interne Datenbank, in der für jede/n Mitarbeiter/in die intern oder extern durchlaufenen Weiterbildungsmaßnahmen erfasst sind. Die Mitarbeiter/innen erhalten darüber hinaus einmal jährlich einen Weiterbildungspass, auf dem die Maßnahmen, an denen sie teilgenommen haben, dokumentiert sind.
- Weiterbildungs-Ressourcen und Know-how: Qualifizierungsmaßnahmen, die während Kurzarbeit durchgeführt werden, müssen mit dem jeweiligen Arbeitsamt auf ihre Arbeitsmarktrelevanz hin abgestimmt werden. Da aber die Zeit für eine umfassende Bedarfsplanung und Bildungsanamnese fehlt, braucht man zumindest konkrete Vorstellungen über zielgruppenspezifische Module, die sowohl im betrieblichen Kontext vermittelbar als auch mit dem Arbeitsamt regelbar sind. In beiden Unternehmen gibt es Weiterbildungsbeauftragte, die ohnehin regelmäßig Vorschläge für Weiterbildungsmaßnahmen erarbeiten und die internen Programme und Angebote erstellen. Es war sicherlich ein Vorteil, dass dieses Know-how betriebsintern statt (wie häufig zu beobachten) in fernen „Zentralbereichen“ weitab von den Beschäftigten vorhanden war.
- Positives Weiterbildungsklima in der Belegschaft: Geradezu ein K.o.-Kriterium ist die Frage, ob es gelingt, bei relevanten Teilen der Belegschaft eine positive Grundhaltung zu Weiterbildungsmaßnahmen zu wecken. Je mehr praktische Erfahrungen vorhanden sind, desto leichter fällt es, den Mitarbeiter/innen glaubwürdig die Vorteile von Qualifizierungsmaßnahmen zu vermitteln. Allerdings zeigte sich bei den beteiligten Unternehmen, dass gerade die unmittelbaren Produktionsbeschäftigten, die zudem weitgehend Un- und Angelernte sind, traditionell nur wenig von den vorher vorhandenen Angeboten profitieren konnte. Von daher waren sowohl das Misstrauen in die Maßnahmen selbst als auch die Unsicherheiten über die eigenen Positionen sehr groß. Unterstützend haben Diskussionen auf Abteilungs- und Arbeitsgruppenebene sowie Ansprachen der Vorgesetzten gewirkt.

Untauglich scheint jedoch die Ausübung eines formalen Drucks auf die Beschäftigten, auch wenn der Bezug von Kurzarbeitsgeld (als Leistung der Sozialversicherung) durch das Arbeitsamt an eine Teilnahme gekoppelt werden könnte.

- Rolle des Betriebsrates: Eine Schlüsselrolle für die Überwindung solcher subjektiver Barrieren besitzt der Betriebsrat, da ihm einerseits zugetraut wird, zusammen mit den Beschäftigten Strategien in Krisenphasen zu entwickeln und er andererseits in Phasen der Verunsicherung, die ja bei Kurzarbeit immer gegeben ist, stabilisierend auf die Belegschaft einwirken kann. Dies setzt aber voraus, dass der Betriebsrat intern über das Know-how verfügt und dass er sich glaubwürdig zu Fragen der strategischen Ausrichtung des Unternehmens bzw. des Betriebs äußern kann. Beides erfordert eine gewisse Kontinuität und ist nicht kurzfristig im Krisenfall herstellbar.

Neben der betrieblichen Ebene kommt der Arbeitsmarktpolitik eine entscheidende Rolle zu. Unmittelbar deutlich wird dies an der oben skizzierten unzureichenden Beteiligung Älterer an den Maßnahmen zur Fort- und Weiterbildung. Hier können leichter entsprechende Signale gesetzt werden, wenn die Bereitschaft der Unternehmen anhält, diesen Personenkreis weiter zu beschäftigen und einzustellen. Daneben gibt es konzeptionellen Bedarf: So müssen die Träger von Fort- und Weiterbildung in Zukunft spezifische Modelle für die Qualifizierung und Integration von Älteren entwickeln und anbieten; diese müssen auch „moderne“ Themen wie EDV-Systeme umfassen und dürfen sich nicht nur auf den Wissenserhalt beschränken. Zudem wird sich im Zuge des Job-Aktiv-Gesetzes die Stellung von Prävention in der Arbeitsmarktpolitik erhöhen; insbesondere im Bereich der ständigen Fort- und Weiterbildung der Beschäftigten wären entsprechende Akzentsetzungen wünschenswert und erforderlich. Nicht zuletzt bedarf es einer besseren Abstimmung der verschiedenen Programme und Maßnahmen, die in der Region Stuttgart stattfinden. Nach wie vor gibt es keine echte Verzahnung von Förderinstrumenten wie dem ESF und dem SGB III, nach wie vor werden erfolgreiche Projekte zu wenig kommuniziert und es gibt keine gemeinsamen Schwerpunktprogramme und -projekte der vier Arbeitsämter in der Region.

Flankierend zu diesen Bereichen gibt es auch für die Regionalpolitik Handlungsbedarf, der jedoch nicht losgelöst von den genannten Ansätzen umgesetzt werden kann. Insbesondere im Bereich der Aufklärung von Akteuren durch Veranstaltungen, Workshops und ähnlichem hat die Regionalpolitik mit ihrem engen Netzwerk aus Institutionen wie dem Verband Region Stuttgart, der Wirtschaftsförderung, den Kammern und den Gewerkschaften gute Voraussetzungen, viele Akteure aus der betrieblichen und aus der politischen Szene zu erreichen und zur Teilnahme zu motivieren. Zweitens gibt es die Möglichkeit, die Themen im Rahmen von ohnehin durchgeführten Maßnahmen und Aktivitäten wie z. B. der Kfz-Zuliefererinitiative, dem Mentoring-Projekt für un- und angelernte Frauen, dem Regionaltag des Forums thematisch zu verankern und zu vertiefen. Drittens gibt es erheblichen Koordinationsbedarf, damit nicht eine Vielzahl von Veranstaltungen im Frühjahr, aber keine in der zweiten Jahreshälfte stattfindet; hier wäre die Etablierung einer Veranstaltungsdatenbank sicherlich eine Hilfe.

Zudem besteht die Möglichkeit, im Rahmen von Projekten verstärkend und vertiefend die Analyse und Konzeptentwicklung für bestimmte Branchen (z. B. Kfz) oder relevante Teilarbeitsmärkte (z. B. Produktionsbezogene Dienstleistungen oder Dienstleistungspools für personenbezogene Tätigkeiten) zu unterstützen. Nicht zuletzt wird es auch darauf ankommen, sich im Sinne eines regelmäßigen Monitoring weiterhin mit strukturellen Veränderungen und Trends zu befassen, sie zu analysieren, zu bewerten, und unter Beteiligung möglichst vieler Akteure über Gegenstrategien zu diskutieren.

Literaturverzeichnis

Bade, Franz-Josef (1987): Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen. Berlin.

Biehler, Hermann; Genosko, Joachim; Sargl, M.; Sträter, Detlev (1999): Regionale Netzwerke und regionaler Arbeitsmarkt: kumulative Prozesse zirkulärer Verursachung? München (= IMU-Informationsdienst 1/1999).

BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2001): Berufsbildungsbericht 2001. Bonn.

BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2000): Qualifikationsstrukturbericht 2000. Bonn.

BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2000): Berichtssystem Weiterbildung VII Integrierter Gesamtbericht zur Weiterbildungssituation in Deutschland. Bonn.

Braczyk, H.-J.; Schienstock, G.; Steffensen, B. (1996): Die Regionalökonomie Baden-Württembergs – Ursachen und Grenzen des Erfolgs. In: Braczyk, H.-J.; Schienstock, G. (Hrsg.): Kurswechsel in der Industrie. Lean Production in Baden-Württemberg. Stuttgart, S. 24-51.

Bruch-Krumbein, Waltraud; Hochmuth, Elke (2000): Cluster und Clusterpolitik. Begriffliche Grundlagen und empirische Fallbeispiele aus Ostdeutschland. Marburg.

Buchner, Michael; Pfäfflin, Heinz (1998): Druckereien als Mediendienstleister? München (= IMU-Informationsdienst Nr. 6/1998).

Buck, Hartmut; Schletz, Alexander (Hrsg.) (2001): Wege aus dem demographischen Dilemma durch Sensibilisierung, Beratung und Gestaltung. Stuttgart.

Bullinger, Hans-Jörg (Hrsg.) (2001): Zukunft der Arbeit in einer alternden Gesellschaft. Stuttgart.

Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (Hrsg.) (2001): Fremdwort Rente. 250 Begriffe verständlich gemacht. Berlin.

Buschmann, Birgit (2001): Abschlussbericht der Enquetekommission „Situation und Chancen der mittelständischen Unternehmen, insbesondere der Familienunternehmen in Baden-Württemberg. Zusammenfassung Handwerk (hrsg. v. BWHT), Stuttgart.

Caspar, Sigried; Weil, Stefan (2001): Hochschulen – Ihre Bedeutung für die wirtschaftliche Dynamik, in: IAW-Mitteilungen 2/2001, S. 4-15.

Commerzbank Economic Research (2001): Branchen-Report. Industrieprognose Deutschland 2001/2002. September 2001. Frankfurt.

Cost, Hilde; Reimers, Philip (2001): Arbeitskräftebedarf trotz Arbeitslosigkeit. Umfrage zum Arbeitskräftebedarf in der Region Stuttgart im Herbst 2001 (hrsg. v. IHK Region Stuttgart), Stuttgart 2001.

Creditreform (2001): Wirtschaftslage Handwerk. Frühjahr 2001. Neuss.

Deutsche Bank Research (2001): Euroland-Branchen 2001 und 2002. Frankfurt (= Aktuelle Themen vom 12.03.2001).

Dispan, Jürgen (2001): Regionale Struktureffekte und Beschäftigungsperspektiven im Handwerk. Regionalanalyse, Trends, Handlungsfelder. Zwischenbericht Oktober 2001. Stuttgart.

Dispan, Jürgen; Grammel, Ralf (1999): Automobilcluster Region Stuttgart. Clusterreport 1998/99. Stuttgart (= IMU-Informationsdienst, Nr. 4/1999).

Dispan, Jürgen; Stieler, Sylvia (2000): Wirtschaft und Arbeit in Zuffenhausen-West. Stuttgart.

Dispan, Jürgen; Grammel, Ralf; Stieler, Sylvia (2001): E-Business or no business? Automobil-Clusterreport 2000. Aktuelle Herausforderungen für Kfz-Zulieferer der Region Stuttgart. Stuttgart.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (2001): Entwicklung der Bauwirtschaft 2001 und 2002: Nach starkem Produktionseinbruch leichte Erholung in Sicht. Berlin (= DIW-Wochenbericht 44/2001).

Dostal, Werner (2001): Demografie und Arbeitsmarkt 2010 – Perspektiven einer dynamischen Erwerbsgesellschaft. In: Bullinger, Hans-Jörg (Hrsg.) (2001):

- Zukunft der Arbeit in einer alternden Gesellschaft. Stuttgart, S. 32-47 (= Broschürenreihe Demographie und Erwerbsarbeit).
- Dreher, Christoph (2001): Das Bauhauptgewerbe in Baden-Württemberg 2000. In: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, H. 7/2001, S. 315-321.
- Dybe, Georg; Kujath, Hans Joachim (2000): Hoffnungsträger Wirtschaftscluster. Unternehmensnetzwerke und regionale Innovationssysteme. Berlin.
- Eisenmann (2001): Kennzahlen für den Einzelhandel – 2001. Kaufkraft, Umsatz und Zentralität in der Region Stuttgart (Hrsg. v. IHK Region Stuttgart), Stuttgart.
- Fischer, Alrun; Grammel, Ralf; Iwer, Frank; Rehberg, Frank; Vogl, Gerlinde (1995): Aufbruch aus der Krise? Wirtschafts- und beschäftigungspolitische Lage der Region Stuttgart, Stuttgart (=IMU-Informationsdienst 2/1995).
- Fischer, Alrun; Grammel, Ralf; Iwer, Frank; Rehberg, Frank; Vogl, Gerlinde (1996): Krise als Normalität. Wirtschafts- und beschäftigungspolitische Lage der Region Stuttgart, Stuttgart.
- Fischer, Alrun; Vogl, Gerlinde (1998): Frauenerwerbstätigkeit in der Region Stuttgart. München (= IMU-Informationsdienst, Nr. 8/1998).
- Fischer, Alrun; Vogl, Gerlinde (2000): Neue Konzepte beruflicher Weiterbildung für Frauen im strukturellen Wandel. München (= IMU-Informationsdienst, Nr. 5/2000).
- Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung et al. (2000): Regionale Verteilung von Innovations- und Technologiepotenzialen in Deutschland und Europa (Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung), Karlsruhe.
- Gallenberger, Wolfgang (1998): Berufliche Weiterbildungsteilnahme – (k)eine Frage des Alterns?! In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, H. 1/1998, S. 20-25.
- Grammel, Ralf; Iwer, Frank (1997a): Wachstum ohne Beschäftigung. Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung in der Region Stuttgart im Jahr 1996, Stuttgart.

- Grammel, Ralf; Iwer, Frank (1997b): Mögliche Arbeitsplatzeffekte durch Multimedia in ausgewählten Regionen Baden-Württembergs. (= Arbeitsbericht der Akademie für Technikfolgenabschätzung Baden-Württemberg, Nr. 81), Stuttgart.
- Greif, S.; Schmiedl, D. (1998): Patentatlas Deutschland – Die räumliche Struktur der Erfindertätigkeit, München.
- Heeg, Susanne (2001): Politische Regulation des Raums. Metropolen – Regionen – Nationalstaat. Berlin.
- Hilpert, Markus; Kistler, Ernst; Wahse, Jürgen (o. J.): Demographischer Wandel, Arbeitsmarkt und Weiterbildung. <http://www.demotrans.de>.
- Hoffmann, Edeltraud (1993): Zur Beschäftigung älterer Arbeitnehmer in Westdeutschland – Qualitative und quantitative Aspekte. In: Mitteilungen zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung H. 3/1993, S. 313-335.
- HwK Region Stuttgart (2001): Konjunkturbericht. Ab 1. Quartal 2000 fortlaufend.
- IHK Region Stuttgart (Hrsg.) (1999): Region Stuttgart: Baden-Württembergs Motor für die Wirtschaft (erstellt vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg), Stuttgart.
- IHK Region Stuttgart (1999): E-Business. Chancen für die Region Stuttgart. Management Summary. Stuttgart.
- IHK Region Stuttgart: Konjunkturbericht für die Region Stuttgart. Ab 1. Quartal 2000 fortlaufend.
- IHK Region Stuttgart (2000): Statistik 2000. Die Wirtschaft Baden-Württembergs und der Region Stuttgart. Stuttgart.
- IHK Region Stuttgart (2001a): Die Wirtschaftsregion Stuttgart. Strukturen und Potenziale. Stuttgart.
- IHK Region Stuttgart (2001b): Bedeutende Unternehmen in der Region Stuttgart 2001. Stuttgart.

IMU & IAW (1998): Strukturbericht 1997/98. Zur wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Lage in der Region Stuttgart. Stuttgart.

IMU & IAW (1999): Strukturbericht 1998/99. Zur wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Lage in der Region Stuttgart. Stuttgart.

Innovationsbeirat der Landesregierung Baden-Württemberg (1998): Baden-Württemberg – ein Land im Aufbruch. Entwurf eines Leitbildes. Stuttgart.

Iwer, Frank; Dispan, Jürgen (1999): Regionale Politikkonzepte in der Region Stuttgart. Stuttgart (= IMU-Informationsdienst, Nr. 5/1999).

Iwer, Frank; Grammel, Ralf (1998): Regionaler Strukturwandel und arbeitsorientierte Strukturpolitik in der Region Stuttgart. München (= IMU-Informationsdienst, Nr. 4/1998).

Iwer, Frank; Rehberg, Frank (1999): Mythos Region? Clusterstrukturen und Diffusion regionaler Politikmuster unter der Bedingung internationaler Restrukturierung. In: Fuchs, Gerhard; Krauss, G.; Wolf, H.-G. (Hrsg.): Die Bindungen der Globalisierung. Marburg, S. 329-361.

Kistler, Ernst; Wahse, Jürgen (2001): Sensibilisierung und Aktivierung für die Probleme älterer Erwerbspersonen in ausgewählten Regionen. In: Buck, Hartmut; Schletz, Alexander (Hrsg.): Wege aus dem demographischen Dilemma durch Sensibilisierung, Beratung und Gestaltung. Stuttgart.

Knapp, Ulla (2001): Arbeitslosigkeit und (Frauen-)Erwerbsangebot – Eine andere Sicht des Beschäftigungsproblems. In: WSI-Mitteilungen Nr. 11/2001, S. 692-697.

Koller, Barbara (2001): Ältere Arbeitnehmer. Das Rentenalter wurde angehoben – zieht der Arbeitsmarkt mit? Eine Analyse zum Übergang in Rente, zu Erwerbsbeteiligung und Arbeitslosigkeit Älterer (= IAB Werkstattbericht Nr. 7/29.6.2001), Nürnberg.

Kremer, Uwe; Harmes-Liedke, Ulrich; Korflür, Inger (2000): Regionalwirtschaftliche Kooperation und arbeitsorientierte Strukturpolitik. Marburg.

Kujath, Hans Joachim (1998): Regionen im globalen Kontext. In: Kujath, Hans Joachim (Hrsg.): Strategien der regionalen Stabilisierung. Berlin, S. 13-37.

Landesarbeitsamt Baden-Württemberg (2000): Informationen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 4/2000 (=ABF Info 04/2000)

Landtag von Baden-Württemberg (2000): Bericht und Empfehlungen der Enquetekommission „Situation und Chancen der mittelständischen Unternehmen, insbesondere der Familienunternehmen, in Baden-Württemberg“ (= Landtags-Drucksache 12/5800).

Lowey, Stefanie (2000): Unternehmenskooperationen, Globalisierung und die Aufwertung des Regionalen. In: Jahrbuch für Regionalwissenschaft, Jg. 20, H. 1, S. 55-77.

Mangold, Michael; Caspar, Siegrid; Hochmuth, U. (1996): Qualifizierung im Strukturwandel. Zur Bedeutung der Weiterbildung. Tübingen.

Morgan, Kevin (1996): Umkehrung der Zermürbung? Das baden-württembergische Automobil-Cluster. In: Braczyk, H.-J.; Schienstock, G. (Hrsg.): Kurswechsel in der Industrie. Lean Production in Baden-Württemberg. Stuttgart, S. 245-268.

Naegele, Gerhard (2001): Demografischer Wandel und Erwerbsarbeit im Alter. In: Fuchs, Gerhard; Renz, Christian (Hrsg.) (2001): Altern und Erwerbsarbeit. Workshopdokumentation. Stuttgart, S. 5-21. (= Arbeitsbericht der Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg: 201).

Pack, Jochen; Buck, Hartmut; Kistler, Ernst; Mendius, Hans G.; Morschhäuser, Martina; Wolff, Heimfried (2000): Zukunftsreport demographischer Wandel. Innovationsfähigkeit in einer alternden Gesellschaft. Bonn.

Porter, Michael E. (1999): Unternehmen können von regionaler Vernetzung profitieren. In: Harvard Business Manager 3/1999, S. 51-63.

Reinberg, Alexander (1999): Der qualifikatorische Strukturwandel auf dem deutschen Arbeitsmarkt – Entwicklungen, Perspektiven und Bestimmungsgründe. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 4/1999, S. 434-447.

Rehfeld, Dieter (1998): Unternehmensstrategien zwischen Regionalisierung und Globalisierung. In: Kujath, Hans Joachim (Hrsg.): Strategien der regionalen Stabilisierung. Berlin, S. 41-59.

Richter, Gerhard (1988): Stuttgart – Problemregion der 90er Jahre? München (= IMU-Studien 7).

Statistisches Bundesamt (2001): Leben und Arbeiten in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 2000, Wiesbaden.

Statistisches Landesamt (2001): Statistisch-prognostischer Bericht 2001. Stuttgart.

Statistisches Landesamt: Baden-Württemberg in Wort und Zahl. Ab 1/98 fortlaufend.

Statistisches Landesamt: Konjunktur Südwest. Ab 1/99 fortlaufend.

Steinacher, Bernd (1999): Regionales Management für regionale Probleme. In: Wolf, Klaus; Tharun, Elke (Hrsg.): Auf dem Weg zu einer neuen regionalen Organisation? Frankfurt, S. 35-63 (=Rhein-Mainische Forschungen).

VRS; IHK (1998): Die Region Stuttgart im Standortwettbewerb. Stuttgart.

Weidig, Inge; Hofer, Peter; Wolff, Heimfrid (1999): Arbeitslandschaft 2010 nach Tätigkeiten und Tätigkeitsniveau. Nürnberg (= Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 227).

Wörner, Manfred (2001): Berufs- und Studienwahl von Ausländerkindern, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl 11/2001, S. 523-528.

Zentralverband des Deutschen Handwerks (2001): Demographische Entwicklung – Eine Herausforderung für die Berufsbildung im Handwerk. Berlin (= Schriftenreihe des ZDH H. 59).

Verfasser/innen

Dr. Sigried Caspar (Diplom-Volkswirtin), Wissenschaftliche Mitarbeiterin beim IAW in Tübingen seit 1996. Arbeitsschwerpunkte: Wechselwirkungen zwischen Wirtschafts- und Siedlungsentwicklung, Fragen des Wohnungsmarktes und der Beschäftigungsentwicklung.

Jürgen Dispan (Diplom-Geograph), Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim IMU-Institut in Stuttgart seit 1998. Arbeitsschwerpunkte: Regional- und Stadtforschung, regionale Strukturpolitik, Raumplanung, Statistik, Strukturanalysen.

Ralf Grammel (Sozialwissenschaftler M.A.), Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Berater beim IMU-Institut in Stuttgart seit 1994. Arbeitsschwerpunkte: Struktur- und Regionalpolitik, industriesoziologische Forschung sowie Beratung bei wirtschaftlichen Angelegenheiten, Organisationsentwicklung und betrieblicher Standortsicherung/Umstrukturierung.

Frank Iwer (Wirtschaftsinformatiker), Leiter des IMU-Instituts in Stuttgart seit 1994. Arbeitsschwerpunkte: Struktur- und Regionalpolitik, industriesoziologische Forschung sowie Beratung zu den Themen Technologiegestaltung, betriebliche Standortsicherung und bei wirtschaftlichen Angelegenheiten.

Dr. Raimund Krumm (Diplom-Volkswirt), Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim IAW in Tübingen seit 2001. Arbeitsschwerpunkte: Internationaler Standortwettbewerb und regionale Wirtschaftsförderung, Fragen im Kontext von Umwelt- und Finanzpolitik.

Sylvia Stieler (Diplom-Sozialwirtin, lic. rer. reg.), Wissenschaftliche Mitarbeiterin des IMU-Instituts Stuttgart seit 1999. Arbeitsschwerpunkte sind Regionalpolitik und -forschung, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik.

Institute

Institut für Medienforschung und Urbanistik (IMU)

Das IMU-Institut ist ein 1981 gegründetes, unabhängiges sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut mit Büros in München, Stuttgart, Nürnberg, Dresden und Berlin. Im Institut arbeiten insgesamt 30 wissenschaftliche Mitarbeiter/innen, die ein breit gestreutes Profil durch alle sozialwissenschaftlichen Disziplinen aufweisen.

Der Forschungsschwerpunkt des IMU-Instituts liegt im Bereich der arbeitsorientierten Regional- und Strukturpolitik. Zentrale Aktionsfelder und Themenstellungen sind dabei:

- Arbeit: regionale Arbeitsmarkt- und Branchenanalysen, regionale Industrie- und Strukturpolitik, betriebliche Beratung zu Standortentwicklung und Unternehmensstrategien, Unternehmenskooperationen und Innovationsnetzwerke, Stadt- und Regionalentwicklung, Chancengleichheit für Männer und Frauen.
- Umwelt: räumlich-ökologische Planung, nachhaltige Regionalentwicklung, Agenda 21, Umweltvorsorgekonzepte, Bewertung von Nutzungskonkurrenzen.
- Technik: Einsatz- und Gestaltungsaspekte von Techniknutzung im Betrieb, Humanisierung der Arbeit, EDV-Systeme in Betrieb und Verwaltung.

Dabei ist das IMU-Institut von der Grundlagenforschung und Beratung in diesen Feldern bis hin zur Umsetzung von Ergebnissen für regionale, betriebliche und branchenbezogene Strategien. Forschungsprojekte des IMU-Instituts behandeln unter anderem Veränderungen von Unternehmensstrategien und deren Auswirkungen auf interne und regionale Innovationsprozesse, die Entwicklung von Qualifikationsbedarfen, Flächennutzungskonkurrenzen zwischen Industrie, Dienstleistungen, Wohnungsbau und ökologischen Bedarfen sowie räumliche und Arbeitsmarktfolgen neuer Medien. Ein Schwerpunkt ist dabei der Aufbau von branchenspezifischen Verbundprojekten und solchen entlang der Wertschöpfungsketten von Produkten (Unternehmensnetzwerken) sowie der Aufbau und die Leitung von Beratungs- und Qualifizierungseinrichtungen im Rahmen der Transformationsprozesse in den neuen Ländern.

Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW)

Das Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) Tübingen ist ein unabhängiges außeruniversitäres Forschungsinstitut. Seit mehr als vierzig Jahren betreibt es theoretisch fundierte angewandte Wirtschaftsforschung für die öffentliche Hand und private Auftraggeber.

Im IAW arbeiten 10 fest angestellte Wissenschaftler, die durch ein großes Netzwerk wissenschaftlicher Berater vorwiegend aus dem Hochschulbereich unterstützt werden.

Die Arbeitsschwerpunkte des Instituts sind:

- Arbeit, Wohnen und Soziales
- Umwelt, Verkehr und Regionalentwicklung
- Öffentliche Finanzen, Standort und Außenwirtschaft

Wesentliche Auftraggeber des IAW sind Bundes- und Landesministerien, wissenschaftliche Stiftungen und Verbände sowie die EU-Kommission. Aufträge aus Baden-Württemberg besitzen dabei schon immer einen besonderen Stellenwert für das Institut.

Die Forschungsaufträge reichen von theoretischer Grundlagenforschung über Studien zu zentralen Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung bis hin zur Beratung und Evaluierung von Modellprojekten insbesondere der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.

Das IAW ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V. (ARGE) und unterhält Kooperationsbeziehungen zu zahlreichen nationalen und internationalen Forschungsinstituten.

Herausgeber

Verband Region Stuttgart
Kronenstr. 25, 70174 Stuttgart
Telefon (07 11) 22 75 9-0, Telefax (07 11) 22 75 9-70
E-Mail: info@region-stuttgart.org, Internet: <http://www.region-stuttgart.org>

Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH
Friedrichstr. 10, 70174 Stuttgart
Telefon (0711) 22 83 5-0, Telefax (0711) 22 83 5-55
E-Mail: wrs@region-stuttgart.de, Internet: <http://www.region-stuttgart.de>

Handwerkskammer Region Stuttgart
Heilbronner Str. 43, 70191 Stuttgart
Telefon (0711) 16 57-0, Telefax (0711) 16 57-222
E-Mail: info@hwk-stuttgart.de, Internet: <http://www.hwk-stuttgart.de>

Kreishandwerkerschaften in:

Kreishandwerkerschaft Böblingen
Schönaicher Str. 18, 71032 Böblingen
Telefon (0 70 31) 27 20 34 Telefax (0 70 31) 27 35 05
E-Mail: khs-boeblingen@t-online.de

Kreishandwerkerschaft Esslingen
Kandlerstr. 11, 73728 Esslingen
Telefon (07 11) 35 93 73, Telefax (07 11) 3 50 83 65
E-Mail: kh-esslingen@t-online.de

Kreishandwerkerschaft Göppingen/Geislingen
Davidstr. 29, 73033 Göppingen
Telefon (0 71 61) 7 30 41, Telefax (0 71 61) 6 92 44
E-Mail: kh-goeppingen@t-online.de

Kreishandwerkerschaft Ludwigsburg
Bismarckstr. 24, 71634 Ludwigsburg
Telefon (0 71 41) 92 30 02, Telefax (0 71 41) 90 15 78
E-Mail: kh-ludwigsburg@t-online.de

Kreishandwerkerschaft Nürtingen/Kirchheim
Frickenhäuser Str. 12, 72622 Nürtingen
Telefon (0 70 22) 3 26 77, Telefax (0 70 22) 3 67 31

Kreishandwerkerschaft Rems-Murr
Oppenländer Str. 40, 71332 Waiblingen
Telefon (0 71 51) 5 20 81-82, Telefax (0 71 51) 5 21 95
E-Mail: kh-remms-murr@t-online.de

Kreishandwerkerschaft Stuttgart
Schlachthofstr. 15, 70188 Stuttgart
Telefon (07 11) 48 97 30, Telefax (07 11) 4 89 73 22
E-Mail: info@kh-stuttgart.de

IG Metall Region Stuttgart
Fronackerstraße 60, 71332 Waiblingen
Telefon (07151) 95 26-0, Telefax (07151) 95 26-22
E-Mail: waiblingen@igmetall.de, Internet: <http://www.bw.igm.de/region-stuttgart>

Örtliche IGM-Büros in:

IG Metall Esslingen
Julius-Motteler-Straße 12, 73728 Esslingen
Telefon (0711) 931805-0, Telefax (0711) 931805-34
E-Mail: esslingen@igmetall.de, Internet: <http://www2.igmetall.de/homepages/esslingen>

IG Metall Göppingen-Geislingen
Poststraße 14A, 73033 Göppingen
Telefon (07161) 96349-0, Telefax (07161) 96349-49
E-Mail: goeppingen-geislingen@igmetall.de, Internet: <http://www2.igmetall.de/homepages/geislingen>

IG Metall Ludwigsburg
Schwieberdingerstraße 71, 71636 Ludwigsburg
Telefon (07141) 4446-10, Telefax (07141) 4446-20
E-Mail: ludwigsburg@igmetall.de, Internet: <http://www.bw.igm.de/region/ludwigsburg>

IG Metall Stuttgart
Sattlerstraße 1, 70174 Stuttgart
Telefon (0711) 6278-0, Telefax (0711) 16278-49
E-Mail: stuttgart@igmetall.de, Internet: <http://www.bw.igm.de/region/stuttgart>

IGM-Büro Sindelfingen / Böblingen
Gartenstraße 10, 701063 Sindelfingen
Telefon (07031) 7983-0, Telefax (07031) 7983-30

IG Metall Waiblingen
Fronackerstraße 60, 71332 Waiblingen
Telefon (07151) 9526-22, Telefax (07151) 9526-22
E-Mail: waiblingen@igmetall.de, Internet: <http://www.bw.igm.de/region/waiblingen>

Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart
Jägerstr. 30, 70174 Stuttgart
Postfach 10 24 44, 70020 Stuttgart
Telefon (07 11) 20 05-2 21, Telefax (07 11) 20 05-2 38
E-Mail: info@stuttgart.ihk.de, Internet: <http://www.stuttgart.ihk.de>

Bezirksskammern in:

Steinbeisstraße 11, 71034 Böblingen
Telefon (0 70 31) 62 01-0, Telefax (0 70 31) 62 01-50 oder -60
E-Mail: info.bb@stuttgart.ihk.de

Fabrikstraße 1, 73728 Esslingen
Telefon (07 11) 3 90 07-0, Telefax (07 11) 3 90 07-30
E-Mail: info.es@stuttgart.ihk.de

Franklinstraße 4, 73033 Göppingen
Telefon (0 71 61) 67 15-0, Telefax (0 71 61) 6 95 85
Mail: info.gp@stuttgart.ihk.de

Kurfürstenstraße 4, 71636 Ludwigsburg
Telefon (0 71 41) 1 22-0, Telefax (0 71 41) 1 22-235
E-Mail: info.lb@stuttgart.ihk.de

Bismarckstraße 8 - 12, 72622 Nürtingen
Telefon (0 70 22) 30 08-0, Telefax (0 70 22) 30 08-30
E-Mail: info.nt@stuttgart.ihk.de

Kappelbergstraße 1, 71322 Waiblingen
Telefon (0 71 51) 9 59 69-0, Telefax (0 71 51) 9 59 69-26
E-Mail: info.wn@stuttgart.ihk.de

